

Gerrit Schrödel

Empirische Bestandsaufnahme der deutschen Kleinstädte zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Ein Siedlungstyp im
sozioökonomischen Niedergang?



Cuvillier Verlag Göttingen
Internationaler wissenschaftlicher Fachverlag



Empirische Bestandsaufnahme der deutschen Kleinstädte zu Beginn des 21. Jahrhunderts





Empirische Bestandsaufnahme der deutschen Kleinstädte zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Ein Siedlungstyp im sozioökonomischen Niedergang?

Dissertation

zur Erlangung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Doktorgrades

„Doctor rerum naturalium“

der Georg-August-Universität Göttingen

im Promotionsprogramm Geographie

der Georg-August University School of Science (GAUSS)

vorgelegt von

Gerrit Schrödel

aus Gifhorn

Göttingen 2014



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Aufl. - Göttingen : Cuvillier, 2014

Zugl.: Göttingen, Univ., Diss., 2014

© CUVILLIER VERLAG, Göttingen 2014

Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen

Telefon: 0551-54724-0

Telefax: 0551-54724-21

www.cuvillier.de

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das Buch oder Teile daraus auf fotomechanischem Weg (Fotokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen.

1. Auflage, 2014

Gedruckt auf umweltfreundlichem, säurefreiem Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft.

ISBN 978-3-95404-903-5

eISBN 978-3-7369-4903-4



Betreuungsausschuss:

Prof. Heiko Faust, Abteilung Humangeographie, Geographisches Institut der Georg-August-Universität Göttingen

Prof. Werner Kreisel, Abteilung Humangeographie, Geographisches Institut der Georg-August-Universität Göttingen

Mitglieder der Prüfungskommission

Referent: Prof. Heiko Faust, Abteilung Humangeographie, Geographisches Institut der Georg-August-Universität Göttingen

Korreferent: Prof. Werner Kreisel, Abteilung Humangeographie, Geographisches Institut der Georg-August-Universität Göttingen

weitere Mitglieder der Prüfungskommission:

Prof. Christoph Dittrich, Abteilung Humangeographie, Geographisches Institut der Georg-August-Universität Göttingen

Prof. Karl-Heinz Pörtge, Geographisches Institut der Georg-August-Universität Göttingen

Prof. Wolfgang Krumbein, Institut für Regionalwissenschaft e.V. an der Georg-August-Universität Göttingen

Dr. Thomas Dörfler, Methodenzentrum der Leuphana Universität Lüneburg

Tag der mündlichen Prüfung: 21.05.2014





Inhalt

1. Einleitung	15
2. Die deutsche Kleinstadt – Definition und Entwicklungslinien.....	27
2.1 Definitionen des Siedlungstyps Kleinstadt.....	27
2.2 Bestand und räumliche Verteilung der Kleinstadt in Deutschland	31
2.3 Funktionen und Bedeutung der Kleinstadt als Teil des deutschen Siedlungssystems	36
2.4 Die deutsche Kleinstadt im 20. Jahrhundert – eine historische Skizze.....	41
2.4.1 Kleinstädte bis Mitte des 20. Jahrhunderts	41
2.4.2 Entwicklungen in der Nachkriegszeit.....	44
2.4.3 Entwicklungen seit den 1960er Jahren	46
2.4.4 Die Kleinstadt der DDR	49
2.4.5 Entwicklungen Ende des 20. Jahrhunderts	53
2.5 Die deutsche Kleinstadt zu Beginn des 21. Jahrhunderts	56
3. Soziale Raumproduktion, Ökonomie und deutsche Kleinstadtentwicklung . 61	
3.1 Die soziale Produktion von Raum	61
3.2 Die deutsche Kleinstadt im Kontext gesellschaftlicher Raumlogik des 20. Jahrhunderts	63
3.3 Sozioökonomischer Wandel und neue Raumlogiken zu Beginn des 21. Jahrhunderts	67
3.4 Zum Wettbewerb als Raumproduktionslogik der Gegenwart	71
3.4.1 Wettbewerb als Triebfeder kapitalistischer Wachstumsprozesse.....	72
3.4.2 Standortfaktoren und soziale Raumproduktion	76
3.4.3 Polarisierungstheorie als weiterer wirtschaftsgeographischer Erklärungsansatz	80
4. Transformative Herausforderungen für die Kleinstadt zu Beginn des 21. Jahrhunderts.....	83
4.1 Wirtschaftliche Transformation	84
4.1.1 Deindustrialisierung.....	87
4.1.2 Globalisierung	89
4.2 Wandel individueller Lebenszusammenhänge	91
4.2.1 Räumliche Auswirkungen des Wandels im Konsumentenverhalten.....	93
4.2.2 Veränderte Flächennutzung durch neue Raumansprüche	95



4.3 Demographischer Wandel.....	98
4.3.1 Gesamtstaatliche Ebene	99
4.3.2 Wanderung und Bevölkerungsstruktur	102
4.4 Die Folgen des sozioökonomischen Wandels	108
Zwischenfazit I: Theoretisches Programm.....	112
5. Ökonomie, Demographie, Sozial- und Finanzstruktur – eine quantitative Kategorisierung der deutschen Kleinstadt	115
5.1 Methodik.....	116
5.1.1 Untersuchungsgebiet	116
5.1.2 Operationalisierung und Indikatoren	117
5.1.3 Erläuterung zu den vergleichenden Stichproben	123
5.2 Kleinstadt im Vergleich – die Indikatoren auf Makroebene.....	125
5.2.1 Wirtschaft (Globalisierung und Deindustrialisierung).....	126
5.2.2 Demographischer Wandel.....	130
5.2.3 Soziale Lage und Finanzausstattung der Kommunen.....	136
5.3 Kleinstädte in der Clusteranalyse	139
5.3.1 Methodik der Clusteranalyse.....	139
5.3.2 Erwartungen und Annahmen für die Analyse	141
5.3.3 Ergebnisse der Clusteranalysen	144
5.4 Zusammenfassung der quantitativen Untersuchung	163
Zwischenfazit II: Theoriegeleitete Reflexion der quantitativen Untersuchungsergebnisse	170
6. Deutsche Kleinstädte im Wettbewerb – eine qualitative Untersuchung.....	175
6.1 Methodik.....	176
6.1.1 Untersuchungsgebiet	177
6.1.2 Zugang zum Feld	186
6.1.3 Gestaltung des Interview-Leitfadens	187
6.1.4 Interviewauswertung	190
6.2 Kleinstädtische Raumstrukturen.....	192
6.2.1 Zur Bedeutung der räumlichen Lage.....	192
6.2.2 Stadtstrukturelle Herausforderungen aus Sicht der Interviewten	199
6.2.3 Suburbanisierung und Wohngebiete	203
6.3 Ökonomischer Strukturwandel und Wettbewerb	204
6.3.1 Ökonomischer Strukturwandel	205
6.3.2 Kommunale Finanzknappheit.....	206



6.3.3 Wettbewerbsfelder	209
6.3.4 Zur Ethik des Wettbewerbs	213
6.4 Demographie und Sozialstruktur	217
6.4.1 Abwanderung jüngerer Einwohner aus Kleinstädten.....	217
6.4.2 Überalterung	219
6.4.3 Das Zusammenleben in Kleinstädten.....	223
6.5 Politik in Kleinstädten	228
6.5.1 Steuerung kommunalpolitischer Prozesse	228
6.5.2 Demokratie in der Kleinstadt	229
6.5.3 Politische Einbindung der Bürger	231
6.5.4 Die Kleinstadt im Kontext nationaler Politik	232
6.5.5 Interkommunale Zusammenarbeit.....	236
Zwischenfazit III: Theoriegeleitete Reflexion der qualitativen Untersuchungsergebnisse	242
7. Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse und Ausblick	245
7.1 Möglichkeiten der Entwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Raum der Bundesrepublik Deutschland	253
7.2 Innovationspotentiale der deutschen Kleinstadt im 21. Jahrhundert	255
8. Literaturverzeichnis.....	263



Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.1: Stadtgrößenklassen in der Bundesrepublik Deutschland	32
Abbildung 2.2: Kleinstädte (5.000 - 20.000 Ew.) mit Stadtrecht in Deutschland	33
Abbildung 2.3: Bevölkerung im Wandel nach Gemeindegrößenklassen	34
Abbildung 2.4: Bevölkerungsentwicklung in absoluten Zahlen	35
Abbildung 2.5: Funktionale Gliederung der deutschen Kleinstadt	39
Abbildung 2.6: Siedlungskategorien der DDR	49
Abbildung 2.7: Schematisches Modell der DDR-Kleinstadt	51
Abbildung 3.1: Standortfaktoren	78
Abbildung 4.1: Tägliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche 1996 bis 2003	96
Abbildung 4.2: Ergebnisse der BBR-Bevölkerungsprognose	101
Abbildung 4.3: Kleinräumige Bevölkerungsdynamik 2002 bis 2020	103
Abbildung 4.4: Der demographische Wandel im Raum – eine Synthese	106
Abbildung 4.5: Drohende Abwärtsspirale peripherer und schrumpfender Städte ..	109
Abbildung 4.6: Soziale Raumproduktion in Abhängigkeit zu sozioökonomischer Entwicklung	113
Abbildung 5.1: Indikatoren zum ökonomischen Wandel und seinen vermuteten Auswirkungen	118
Abbildung 5.2: Indikatoren zum demographischen Wandel	120
Abbildung 5.3: Indikatoren zur sozialen Situation und zu den städtischen Finanzen	122
Abbildung 5.4: Stichprobe Mittelstädte anhand kommunaler Demographietypen	124
Abbildung 5.5: Übersichtsdaten Stadttypen nach Fläche und Bevölkerung	125
Abbildung 5.6: Beschäftigte nach Sektoren und Stadttypen	126
Abbildung 5.7: Anteil der Beschäftigten in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen	128
Abbildung 5.8: Bevölkerungsentwicklung 2006-2025 für Landkreise und kreisfreie Städte (in %).....	132
Abbildung 5.9: Wanderungsarten nach Stadttypen (je 1000 Ew.)	133
Abbildung 5.10: Durchschnittsalter 2007 und 2025 nach Stadttypen	135



Abbildung 5.11: Übersicht Clusteranalyse „Ökonomie“	144
Abbildung 5.12: Räumliche Darstellung des Bereichscluster „Ökonomie“	148
Abbildung 5.13: Übersicht Clusteranalyse „Demographie“	150
Abbildung 5.14: Räumliche Darstellung des Bereichscluster „Demographie“	155
Abbildung 5.15: Übersicht Clusteranalyse „Soziales und Finanzen“	157
Abbildung 5.16: Räumliche Darstellung des Bereichscluster „Soziales und Finanzen“	162
Abbildung 5.17: Verteilung der Kleinstädte in der Gesamtanalyse	164
Abbildung 5.18: Räumliche Darstellung der Gesamtanalyse	166
Abbildung 6.1: Kleinstadthäufungen in Deutschland	178
Abbildung 6.2: Die 20 qualitativ untersuchten Kleinstädte	181
Abbildung 6.3: Innenstadt Ketzin	182
Abbildung 6.4: Innenstadt Dippoldiswalde	183
Abbildung 6.5: Fußgängerzone Bitburg	184
Abbildung 6.6: Lindenfels Kernstadt	184
Abbildung 6.7: Stadtzentrum Bexbach	185
Abbildung 6.8: Innenstadt Haslach im Kinzigtal	186
Abbildung 6.9: Leitfaden zu den Experteninterviews	188
Abbildung 6.10: Codierung der qualitativen Untersuchungen und Häufigkeiten	191
Abbildung 6.11: Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit	239
Abbildung 7.1: Anteilige Verteilung der untersuchten Kleinstädte nach Gefährdungslage	248
Abbildung 7.2: Beurteilung der durchschnittlichen Kleinstadt auf Basis der Bereichsclusteranalysen	250
Abbildung 7.3: Kleinstadtgruppen mit unterschiedlichen Entwicklungsperspektiven	252
Abbildung 7.4: Funktionale Gliederung einer wettbewerbsfähigen Kleinstadt im 21. Jahrhundert	261





Danksagung

Ich danke der Konrad-Adenauer-Stiftung für die erhaltene Promotionsförderung. Sie ermöglichte es mir, mich über mehrere Jahre voll und ganz meinem Forschungsthema zu widmen.

Außerdem danke ich dem Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung dafür, dass mir die umfangreichen Datensätze zur Situation der deutschen Kleinstädte zur Verfügung gestellt wurden. Ohne die Datensätze wäre es mir nicht möglich gewesen, das Thema in so breiter Form zu behandeln.

Schlussendlich danke ich den Menschen, die mir nahestehen, dass sie mich in der beileibe nicht immer einfachen Zeit der letzten Jahre begleitet haben und mir Unterstützung gegeben haben, wenn ich sie brauchte.



1. Einleitung

Seit dem 19. Jahrhundert findet eine weltweite Verstädterung statt. Dieser Wandel, der durch die Industrialisierung ausgelöst wurde, veränderte die im Mittelalter herausgebildete Siedlungsstruktur tiefgreifend. Städte hatten in der vorindustriellen Zeit eine im Vergleich zu heute geringe Größe. Die Industrialisierung führte zum Wachstum bestimmter Städte mit der Folge, dass sich das Siedlungssystem stärker als in den Jahrhunderten zuvor ausdifferenziert hat. Dieses industrialisierungsbedingte Wachstum begründet die Entstehung des Siedlungstyps Kleinstadt, der erst durch die Entwicklung bestimmter Städte zur Großstadt in Abgrenzung zu dieser entstehen konnte. Der Wachstumsimpuls, der seit dem 19. Jahrhundert in der westlichen Welt mit der Industrialisierung einherging, dauerte bis Ende des 20. Jahrhunderts an. Bis dahin entwickelten sich Dörfer zu Kleinstädten, aus Kleinstädten wurden Großstädte und Großstädte wurden zu Metropolen. Dieses Wachstum und die sich dadurch verändernden Lebensbedingungen der Menschen gaben der Wissenschaft Anlass, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Seitdem sind Städte ein vielfältig untersuchtes Thema verschiedener Fachdisziplinen.

Die Erfahrungen in industriellen Großstädten prägten bspw. Marx und seine Idee des Sozialismus, lieferten Anlass zum Entstehen städtischer Utopien (z.B. Le Corbusiers Plan Voisin, 1925) oder inspirierten die Sozialwissenschaften zu neuen Formen empirischer Forschung (Sozialökologie der Chicago School). Bis heute wurden Großstädte zu Knotenpunkten in globalen Netzwerken (Castells, 2004), von denen einige sogar die Bezeichnung der Global City (Sassen, 1991) zugewiesen bekamen. Diese Meilensteine der Sozial- und Raumwissenschaft gehen einher mit einem gesellschaftlichen Wandel und machen diesen begreifbar, indem sie sich mit der sichtbarsten räumlichen Manifestation, den (Groß-)Städten, auseinandersetzen. Doch es sind eben nicht nur die Metropolen, die gravierende Transformationen erlebten und Veränderungen für das Leben der Menschen mit sich brachten – im gesamten Siedlungssystem ergaben sich diese massiv.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem bisher wenig beachteten Siedlungstyp der Kleinstadt. Ebenso wie die Großstädte war auch dieser Siedlungstyp dem sozioökonomischen Wandel unterworfen, jedoch erfuhr die Kleinstadt weitaus geringere Veränderungen. Dieser Siedlungstyp erlebte den sozioökonomischen Wandel zumeist etwas später und weniger tiefgreifend als Großstädte – wenn der sie nicht direkt zu solchen werden ließ.¹ Die Industrialisierung löste auch in diesem Siedlungstyp die Agrar-

¹ Bspw. hatte Bochum im Jahr 1816 mit 2.148 Einwohnern nicht einmal den Status einer Kleinstadt, wie ihn diese Arbeit definiert. Am 1. Dezember 1900 war die Stadt im Zuge ihres industriellen Aufschwungs schon auf 65.554 Einwohner angewachsen. Dieser Trend setzte sich im 20. Jahrhundert weiter fort, bis die Einwohnerzahl im Jahr 1975 mit 417.336 ihren Höchststand erreichte.



gesellschaft ab, jedoch führte das in geringerem Maße zu einem Verlust sozialer Bindungen und dem Anstieg sozialer Konflikte als in größeren Städten.

Die vorliegende Arbeit verfolgt die These, dass die deutsche Kleinstadt durch zunehmenden räumlichen Wettbewerb zu Beginn des 21. Jahrhunderts im sozioökonomischen Niedergang begriffen ist. Damit ist nicht gemeint, dass die Orte, die heute als Kleinstädte wahrgenommen werden, vom Erdboden verschwinden. Vielmehr zielt die These darauf ab, dass der Siedlungstyp als sozial produzierter Raum vor der Ablösung steht, da sich die raumdefinierenden Gesellschaftskriterien in den letzten Dekaden maßgeblich verändert haben. In diesem Zusammenhang ist anzunehmen, dass nicht alle Regionen der Bundesrepublik Deutschland in gleicher Weise von einer „Marginalisierung der Kleinstadt“ (Hannemann, 2004) betroffen sein werden, sondern einige stärker als andere.

Die Kleinstadt als Siedlungstyp der deutschen Raumstruktur ist über Jahrzehnte gewachsen. In ihr manifestiert sich das bundesrepublikanische Gesellschaftssystem, das spezifische räumliche Konfigurationen wie z.B. den umfangreichen Neubau von Eigenheimen überhaupt erst ermöglicht hat. Ein Gegensatz dazu stellte 40 Jahre lang der zweite deutsche Staat, die DDR dar: In ihm hat sich aufgrund eines anderen Gesellschaftssystems kein individueller Massenwohlstand, der zu neuen Eigenheimen, privatwirtschaftlichen Infrastrukturen o.ä. führte, eingestellt, und Bautätigkeiten waren grundsätzlich staatlich gesteuert. An diesem einfachen Beispiel wird deutlich, dass Gesellschaft Raum beeinflusst. Daraus leitet sich die Argumentationslinie der vorliegenden Arbeit ab:

1. Die deutsche Raumstruktur ist durch das deutsche Sozialsystem und die in ihm verwurzelte Gesellschaftsethik² der Dezentralität bestimmt.
2. Die Entwicklung des Siedlungstyps Kleinstadt ist heute eng mit dem bundesrepublikanischen Gesellschaftssystem verbunden, weil die Ethik der Dezentralität ihren Niederschlag in der gesetzlich postulierten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse findet. Diese hat sich durch einen beispiellosen ökonomischen Aufschwung der Bundesrepublik seit ihrem Bestehen räumlich eindeutig und frühere räumliche Konfigurationen überprägend manifestiert.
3. Im Zuge des weltweiten sozioökonomischen Wandels zu Beginn des 21. Jahrhunderts verändert sich die deutsche Gesellschaftsethik. Dies hat direkte Auswirkungen auf die nationale Raumstruktur. Dem Wandel zu mehr Wettbewerb unterliegt auch die deutsche Kleinstadt zusehends und wird dabei vor Adapti-

² „Gesellschaftsethik“ meint hierbei die Werte und Normen, die gesellschaftlich als richtig und erstrebenswert angesehen werden. Die Ethik der bundesdeutschen Gesetzgebung wirft Fragen nach der Stellung des Individuums in der Gesellschaft und nach Werten wie Freiheit und Gerechtigkeit auf. Sie verbindet das Prinzip der Freiheit (Rechtsstaatspostulat des klassischen Liberalismus) mit dem des sozialen Ausgleichs (Sozialstaatspostulat, Gleichheit des staatsbürgerlichen Status und der Startbedingungen). Hiermit soll gewährleistet sein, dass jeder deutsche Bürger die gleichen grundlegenden Partizipationsmöglichkeiten in der Gesellschaft hat.

onsherausforderungen gestellt, denen viele dieser Städte nicht mehr gewachsen sind. Damit ist es gerechtfertigt vom sozioökonomischen Niedergang der Kleinstadt zu sprechen, die eine Siedlungsstruktur des 20. Jahrhunderts darstellt.

Auf Basis dieser Argumentation ist die Arbeit folgendermaßen aufgebaut:

Zunächst wird dargestellt, welche historischen Entwicklungslinien die deutsche Kleinstadt geprägt haben. Dabei wird nur ein kurzer Blick auf die Zeit vor 1945 geworfen, die als Vorkonfiguration des Raumes zu verstehen ist. Der Schwerpunkt der Entwicklungsbetrachtung liegt auf der Zeit von 1945 bis heute. Dabei wird gezeigt, wie sich die Kleinstadt in Abhängigkeit zu Gesellschaft und Wirtschaft in der Bundesrepublik entwickelt hat. Da ab 1990 die Kleinstädte der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik gehören, wird ihnen ein eigener Abschnitt gewidmet. Dabei wird deutlich, dass die unterschiedlichen Entwicklungen zwischen Ost und West heute zu Differenzen in der Stadtstruktur führen, die bisher nur in Teilen kompensiert wurden.

Das darauffolgende dritte Kapitel fokussiert die gesamtgesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik seit ihrem Bestehen und stellt anhand von Theorien zur sozialen Raumproduktion dar, welchen Veränderungen der Raum heute unterworfen ist und warum diese zu mehr Wettbewerb zwischen Raumstrukturen führen.

Das vierte Kapitel definiert die Wettbewerbsfelder, die hauptsächlich Ökonomie, Demographie und den Bereich Soziales und Finanzen betreffen. Problemkontexte werden dargestellt und Herausforderungen abgeleitet. Dies stellt den theoretischen Teil der vorliegenden Arbeit dar. Auf ihm baut der zweite Teil der Arbeit auf, der eine breit angelegte quantitative sowie eine aspektbezogene qualitative Untersuchung zum Inhalt hat. Die quantitative Untersuchung stellt dabei die Situation der deutschen Kleinstadt im Verhältnis zu anderen Stadttypen dar und hat eine Bewertung der deutschen Kleinstädte auf Basis einer Clusteranalyse zum Ziel. Damit können Aussagen über die sozioökonomische Situation der deutschen Kleinstadt insgesamt getroffen werden, bevor die qualitative Studie ausgewählte Kleinstädte genauer unter dem Fokus des Wettbewerbs untersucht. Zunehmender Wettbewerb ist, wie die These dieser Arbeit besagt, das entscheidende Element, das zum sozioökonomischen Niedergang der sozialräumlichen Siedlungsstruktur Kleinstadt im 21. Jahrhundert führen könnte.

Mithilfe dieser Vorgehensweise wird eine Aussage darüber möglich sein, ob die deutsche Kleinstadt, wie die These beschreibt, im Niedergang begriffen ist, ob dies nur einige Regionen betrifft, oder ob diese These verworfen werden muss, weil die Kleinstadt ein Element der deutschen Raumstruktur ist, dessen Überlebensfähigkeit auch in Zukunft nicht zur Debatte steht. Eine Skizze möglicher Entwicklungsperspektiven deutscher Kleinstädte im 21. Jahrhundert bildet den Abschluss der vorliegenden Arbeit.



Zum Stand der deutschen Kleinstadtforschung

Kleinstadtforschung ist in der deutschsprachigen Wissenschaft bis heute ein Nischenthema. Im Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland findet sich die Aussage: „Die Kleinstadt ist als Forschungsthema in allen wissenschaftlichen Disziplinen eher randständig vertreten.“³ Die Autoren der Fachzeitschrift Pro-Regio-Online merken ebenfalls an, dass die Kleinstadt in der Öffentlichkeit kaum Beachtung findet:

„Als breites Diskussionsthema spielen die Kleinstädte in der öffentlichen, fachpolitischen und wissenschaftlichen Wahrnehmung so gut wie keine Rolle. In der öffentlichen Sichtweise gehen sie irgendwo zwischen Großstadt und ländlichem Raum unter. In der fachpolitischen Diskussion gehören sie irgendwie zum ländlichen Raum, aber dieser wird weiterhin unter dem Hauptaspekt der Dörfer und Landwirtschaft gesehen. Und in der wissenschaftlichen Aufarbeitung sind sie eine klassische Forschungslücke: Eine explizite ‚Kleinstadtforschung‘ existiert nicht.“⁴

In den Humanwissenschaften, die Kleinstadtforschung betreiben, finden sich jeweils nur einzelne Arbeiten, die sich mit Teilaspekten der Thematik befassen. So liegen bspw. in den Sozialwissenschaften einige Arbeiten zur Jugend auf dem Land und in Kleinstädten vor, doch beziehen sich diese nicht explizit auf Kleinstädte und weisen weiterhin keine Einbindung in einen kleinstädtischen Gesamtforschungszusammenhang auf. Während es in der Stadtplanung bisher meist um die Bewältigung urbaner Herausforderungen und nur selten um Kleinstädte ging, behandelt die Regionalplanung einen Raum, der auch die Kleinstadt beinhaltet, sie aber nicht in den Fokus stellt: „Letztlich fällt die Kleinstadt zwischen die beiden Pole Stadt-Land, zwar gibt es eine Dorf- aber keine explizite Kleinstadtplanung.“⁵

Einzig die Geschichte der Kleinstadt und die Rolle der Kleinstadt für die Geschichte Deutschlands wurden in der Vergangenheit genauer untersucht. Der Grund dafür ist, dass Kleinstädte im dezentralen Siedlungssystem Deutschlands eine siedlungsstrukturelle Konstante bilden. Viele der historischen Veröffentlichungen fallen dabei jedoch in den Bereich touristischen Standortmarketings.

Der zentrale Forschungsbereich, in dem Kleinstadt- und somit Siedlungsforschung betrieben wird, ist die Humangeographie. Hier existieren jedoch nur wenige Werke, die sich explizit mit der Kleinstadt als Forschungsgegenstand befassen.

Erwin Grötzbach gilt als Vater der Kleinstadtforschung auf bundesdeutscher Ebene. Er veröffentlichte 1963 seine „Untersuchungen über die Kleinstadt der Gegenwart in Süd-

³ HANNEMANN, CHRISTINE: Klein- und Landstädte. In: BEETZ, STEPHAN; BRAUER, KAI; NEU, CLAUDIA (HRSG.): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. VS, Wiesbaden 2005, S.108.

⁴ HERRENKNECHT, ALBERT; WOHLFARTH, JÜRGEN (HRSG.): PRO-REGIO-ONLINE 2/2004, ThemenSchwerpunkt Kleinstädte (Teil I), S. 5.

⁵ HANNEMANN, CHRISTINE: Klein- und Landstädte. In: BEETZ, STEPHAN; BRAUER, KAI; NEU, CLAUDIA (HRSG.): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. VS, Wiesbaden 2005, S.108.

deutschland“ und schuf damit einen Ansatz für Standards zur Untersuchung von Kleinstädten. Eine intensivere Auseinandersetzung mit diesem Siedlungstyp regte Grötzbach nicht an. Bis in die 1980er Jahre erschienen zwar einige deutschsprachige Studien zur Kleinstadt, diese analysierten jedoch in der Regel nur vergleichend und im Sinne der Regionalplanung eine kleinere Zahl von Orten.⁶

Niedermeyer macht im Jahr 2000 in seiner Veröffentlichung zur Kleinstadtentwicklung deutlich, dass es in der Vergangenheit verschiedene Phasen und Ausrichtungen in der Kleinstadtforschung gegeben hat. Er sieht die Häufigkeit und Intensität der Beschäftigung mit dem Thema Kleinstadt in den vergangenen vier Jahrzehnten verschiedenen Trends unterworfen. Anhand einer quantitativen Analyse definiert er zeitliche Schwerpunkte von Kleinstadtpublikationen. Niedermeyer stellt fest, dass es zwei Schwerpunkte bei wissenschaftlichen, deutschsprachigen Kleinstadtpublikationen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gibt: Einerseits wurden westdeutsche Kleinstädte in den 1970er Jahren vermehrt strukturell und funktional untersucht. Andererseits in den 1970er Jahren So finden sich bspw. vermehrt Forschungen zur Kleinstadt in den 1970er Jahren. Nahm sich etwa ab 1980 die Siedlungsforschung der DDR des Themas an.

„Zumindest für den Bereich der alten Bundesrepublik ist Kleinstadt seitdem ein wenig nachgefragtes Thema, das sich nur mehr den Fragen der Spezifik städtebaulicher Sanierung widmet. Einzelfallbezogene Untersuchungen mit recht unterschiedlicher Schwerpunktsetzung sind dennoch weitgehend konstant erschienen.“⁷

Diese Aussage ist auf den bundesdeutschen Bereich bezogen. Niedermeyer macht einen zweiten Schwerpunkt in den Publikationen der DDR-Wissenschaft zur Kleinstadt aus. Hier setzte ab Mitte der 1970er Jahre ein regelrechter Boom an Forschungsarbeiten im Bereich der Kleinstadtsysteme und der baulich-physiognomischen Entwicklungsfähigkeit der Kleinstädte ein. Hannemann (2005) beschreibt die DDR-Kleinstadtforschung, die sie im Sinne einer sozialistisch geplanten Stadtentwicklung als ideologisch stark eingeschränkt bezeichnet, als siedlungsgeographische und der Städtebau-forschung zuzuordnende Untersuchungen, die das Ziel hatten, Kleinstädte in das hierarchische Siedlungssystem der DDR einzuordnen. Damit sollte für diesen Stadttyp eine Planbarkeit in Bezug auf Investitionen geschaffen werden. Dementsprechend handelte es sich zumeist um Analysen des siedlungspolitischen Stellenwerts von Kleinstädten, über ihre defizitäre Infrastrukturausstattung und über Sanierungsmöglichkeiten.⁸

Was die Bundesrepublik angeht, kann neben der schon erwähnten Arbeit von Grötzbach die Veröffentlichung von Stewig (1987) „Untersuchungen über die Kleinstadt

⁶ Vgl. ebd., S.108.

⁷ NIEDERMEYER, MARTIN: Zur Theorie der Kleinstadt und Peripherie. Geogr. Institut Uni Würzburg, Würzburg 2000, S.88f.

⁸ Vgl. HANNEMANN, CHRISTINE: Klein- und Landstädte. In: BEETZ, STEPHAN; BRAUER, KAI; NEU, CLAUDIA (HRSG.): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. VS, Wiesbaden 2005, S.108.



in Schleswig-Holstein“ als bedeutsam für die Kleinstadtforschung angeführt werden. Seit der Wiedervereinigung beschäftigen sich einige weitere Arbeiten mit dem Thema Kleinstadt. Hier stehen nun besonders die Dynamisierung der Raumstrukturen und stadtplanerische Herausforderungen im Rahmen des Programms „Aufbau Ost“ im Mittelpunkt.⁹

In jüngerer Zeit sind weitere Arbeiten erschienen, die insbesondere wegen ihrer Aktualität von Belang sind, mitunter aber auch einen Wegweiser für die Kleinstadtforschung darstellen. Vor allem die Arbeit von Hannemann „Marginalisierte Städte. Probleme Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess“ aus dem Jahr 2004 ist dabei in Bezug auf die Entwicklung von (ostdeutschen) Kleinstädten zu nennen. Die aktuellste Publikation zur Thematik stammt aus dem Jahr 2009 und wurde von Paul L. Knox und Heike Mayer unter dem Titel „Kleinstädte und Nachhaltigkeit“ veröffentlicht. „Pro-Regio-Online“, ein Fachmagazin für den ländlichen Raum, trägt umfangreiche Publikationslisten zusammen und liefert eigene historische Beiträge zu Themen der Kleinstadtforschung. Die historische Aufarbeitung der Entwicklungsgeschichte der Kleinstadt von 1945 bis 2000 ist dabei für die vorliegende Arbeit von Belang. Des Weiteren wird bei der Analyse der Kleinstädte im 21. Jahrhundert auf Tagungsbeiträge und Essays aus Fachzeitschriften zurückgegriffen.

Grundsätzlich stellt die Kleinstadtforschung – mit Ausnahme der Geschichtswissenschaft – ein Desiderat geo- und sozialwissenschaftlicher Forschung dar. Die Autoren der Fachzeitschrift Pro-Regio-Online stellen anhand dieser mangelnden Aktualität zur Diskussion, wie heutige Kleinstädte in ihrer Position zwischen Dorf und Großstadt oder Stadt und Land bewertet werden sollen und welche Kriterien die Fortschritte und Veränderungen der Kleinstädte seit den 1950er Jahren sichtbar machen können.¹⁰ Diese Fragen beantwortet das folgende Kapitel.

Aktualisierung des Forschungsstandes zum Zeitpunkt der Veröffentlichung

Im Entstehungszeitraum dieser Arbeit sind weitere relevante Publikationen zur deutschen Kleinstadt erschienen. Drei davon stehen im engen thematischen Zusammenhang zur vorliegenden Arbeit. Es handelt sich dabei um eine 2011 erschienene Untersuchung von Knoblauch und Schulitz mit dem Titel: „Interkommunale Kooperation schrumpfender Kleinstädte: Analyse der Chancen und Grenzen für schrumpfende Kleinstädte im ländlichen Raum“ sowie um die beiden 2012 erschienenen Arbeiten vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) „Klein- und Mittelstädte in Deutschland – eine Bestandsaufnahme“ und des Fraunhofer IRB: „Aktivieren des

⁹ Vgl. NIEDERMEYER, MARTIN: Zur Theorie der Kleinstadt und Peripherie. Geogr. Institut Uni Würzburg, Würzburg 2000, S.89.

¹⁰ HERRENKNECHT, ALBERT; WOHLFARTH, JÜRGEN (HRSG.): PRO-REGIO-ONLINE 2/2004, ThemenSchwerpunkt Kleinstädte (Teil I). S.6.

Stadtzentrierte Kleinstädte durch die verknüpfte Anwendung erfolgreicher Modelle aus Großstädten und ländlichen Regionen wie innovatives Leerstandsmanagement, installieren multipler Häuser und Förderung alternativer Wohnformen für die Generation 50 Plus“.

Alle Arbeiten bestätigen Aufbau und Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung und fügen den Erkenntnissen zur deutschen Kleinstadt zu Beginn des 21. Jahrhunderts weitere Teile hinzu. Insbesondere die Untersuchung des BBSR (2012) ist im Kontext deutscher Kleinstadtforschung hervorzuheben. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung untersucht in seiner Veröffentlichung die beiden deutschen Siedlungstypen Klein- und Mittelstadt. Beachtenswert ist die Veröffentlichung vor allem aufgrund ihrer breiten Anlage. Das BBSR berücksichtigt dabei alle Einheits- oder Verbandsgemeinden mit mindestens 5.000 und maximal 100.000 Einwohnern und definiert Kleinstädte folgendermaßen: „Kleinstädte im Sinne dieser Studie sind demnach Einheits- oder Verbandsgemeinden mit 5.000 bis unter 20.000 Einwohnern oder mindestens grundzentraler Funktion.“¹¹

Die Kleinstadtdefinition des BBSR deckt sich mit der, der vorliegenden Arbeit. Die Auswahl in der vorliegenden Untersuchung beruft sich als zusätzliche Hilfestellung auf das Stadtrecht der Kleinstadt, sodass die Untersuchungsgesamtheit im Gegensatz zum BBSR auf 971 Städte schrumpft. Es kann so jedoch mit einem einfachen Hilfsmittel sichergestellt werden, dass alle untersuchten Kommunen wesentliche zentrale Funktionen aufweisen. Die vorliegende Untersuchung gewinnt dadurch trotz geringerer Untersuchungsgesamtheit repräsentativen Charakter im Sinne der funktionalen Stadtypisierung. Das BBSR hat den Vorteil, über eine Typisierung aller Kommunen nach Zentralität zu verfügen, die in der vorliegenden Untersuchung nicht verwendet werden konnte. Die grundlegenden Ergebnisse des BBSR decken sich mit denen der vorliegenden Arbeit. Folgende Ergebnisse wurden durch das BBSR thesenhaft zusammengefasst:¹²

1. Analysegegenstand: Einheits- und Verbandsgemeinden mit mindestens 5.000 und maximal 100.000 Einwohnern.
2. Klein- und Mittelstädte finden sich gleichermaßen in ländlichen wie in städtischen Räumen, aber mit verschiedenen Gesichtern und Funktionen.
3. Klein- und Mittelstädte werden in der Regel von ihren Bewohnern als lebenswerte Orte geschätzt.
4. Die zentralörtliche Ausstattung von Mittelstädten bzw. -zentren erfüllt nicht überall das Soll, Disparitäten in der Infrastrukturversorgung werden zunehmen.

¹¹ BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (HRSG.): Klein- und Mittelstädte in Deutschland - eine Bestandsaufnahme Broschiert, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2012, S.6.

¹² Vgl. ebd., S. 6,7.



5. Großstadtnahe Klein- und Mittelstädte sind eher (suburbane) Wohnstandorte, großstadtferne eher regionale Versorgungs- und Arbeitsmarktzentren.
6. In peripheren schrumpfenden Räumen gewinnen die Mittelstädte und verlieren die Kleinstädte an Bedeutung für Daseinsvorsorge und Regionalentwicklung.
7. Schrumpfung und Wachstum, Vitalität und Niedergang stehen auch bei Klein- und Mittelstädten nebeneinander.
8. Gut zwei Fünftel aller Klein- und Mittelstädte in Deutschland schrumpfen und müssen den Rückgang an Bevölkerung, Infrastruktur und Arbeitsplätzen bürger-nah und nachhaltig gestalten.
9. Stadtentwicklungspolitik und Fachpolitiken unterstützen schrumpfende Klein- und Mittelstädte bereits stark, müssen dabei jedoch noch gezielter zulegen.
10. Deutschland braucht weiterhin starke Klein- und Mittelstädte – und entsprechende Initiativen von Politik und Bürgern.

Ebenso wie die vorliegende Arbeit verfolgt das BBSR das Ziel, eine Studie zu schaffen, die sich mit der Gesamtheit der Kleinstädte beschäftigt „mit ihren spezifischen Funktionen, Problemen und Herausforderungen“.¹³ Im Gegensatz zum BBSR, das sich auf die siedlungsstrukturellen Entwicklungen konzentriert, legt die vorliegende Arbeit ihren Schwerpunkt auf die sozioökonomische Entwicklung des Siedlungstyps im Zeitalter der postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft. Darüber hinaus ist insbesondere die qualitative Untersuchung der vorliegenden Arbeit als Erweiterung der Erkenntnisse des BBSR anzusehen.

Die zweite relevante Publikation zum Thema „Deutsche Kleinstadt“, die erst im Entstehungszeitraum der vorliegenden Arbeit veröffentlicht wurde, ist eine Arbeit des Fraunhofer IRB mit dem Titel „Aktivieren des Stadtzentrums von Kleinstädten durch die verknüpfte Anwendung erfolgreicher Modelle aus Großstädten und ländlichen Regionen wie innovatives Leerstandsmanagement, installieren multipler Häuser und Förderung alternativer Wohnformen für die Generation 50 Plus“ (2012). Die Untersuchung beschäftigt sich mit ausgewählten Kleinstädten auf kommunaler Ebene. Annahme der Untersuchung ist, dass sich in deutschen Kleinstädten Trading-Down Effekte einstellen, die zum immer weiteren Attraktivitätsverlust der Städte führen:

„Den Kleinstädten droht die Degradierung zu Schlafstädten im Einzugsgebiet von Großstädten. Im ländlichen Raum stehen die Kleinstädte nicht nur in gegenseitiger Konkurrenz als regionale Dienstleistungszentren, sondern versuchen auch sich ge-

¹³ Ebd., S.10.

gen die Einkaufszentren und Factory-Outlets auf der „grünen Wiese“ zu behaupten.“¹⁴

Den Ausgangspunkt dieser Entwicklungen sieht die Untersuchung, ähnlich der vorliegenden Arbeit, im ökonomischen Strukturwandel zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Die Fraunhofer Studie hat darüber hinaus eine stark anwendungsorientierte Zielsetzung: Durch die Erarbeitung von Maßnahmenpaketen soll „das Veröden der Kleinstadtzentren nachhaltig und dauerhaft“¹⁵ verhindert werden sowie Wegzug gestoppt werden. Der Siedlungstyp Kleinstadt wird in der Arbeit einzig quantitativ bestimmt (Städte zwischen 5.000 und 20.000 Einwohner) und ist somit teilweise kompatibel zur Untersuchungsgesamtheit der vorliegenden Arbeit.

Die anwendungsorientierte Zielsetzung der Untersuchung des Fraunhofer Institutes macht diese Arbeit zu einer wertvollen Ergänzung für die vorliegende Studie. Die Ergebnisse decken sich in weiten Teilen, während der Anwendungsbezug durch das Fraunhofer Institut umfangreich ausgearbeitet wird. Der „Masterplan Kleinstadt“, den das Fraunhofer IRB entwirft, bezieht sich maßgeblich auf die Kernstadt der Kleinstadt:

„Denn ein wichtiges Ergebnis bleibt, dass die historische Altstadt immer das „Herz“ und das Aushängeschild der Kleinstadt sein wird. Hier hat die Stadt alle Möglichkeiten zur „Selbstdarstellung“. Und gerade deshalb wird sich hier auch jeder Besucher sein ganz persönliches Bild von der Kleinstadt machen, das subjektiv und von außen betrachtet nicht immer so positiv ausfallen wird, wie Stadtverwaltung und vielleicht auch Stadtbewohner denken.“¹⁶

In der Zusammenfassung sieht das Fraunhofer IRB zwei Stufen in ihrem Masterplan vor. Die erste Stufe ist die Stadtsanierung, möglichst im Rahmen verschiedener dazu aufgelegter Programme. Die zweite Stufe betrifft die Stabilisierung der Einwohnerzahl. Dazu entwickelt das Fraunhofer IRB einen 10-Punkte-Plan:¹⁷

1. Aufbau und Pflege eines Leerstandskataster Kernstadt.
2. Aufbau und Pflege eines Gewerbekatasters Kleinstadt.
3. Aufbau und Pflege eines Kommunikationsforums für Stadtverwaltung und Bürger zur Stadtentwicklung.
4. Installieren eines „Quartiersmanagement Kernstadt“ als professionelle Schnittstelle zwischen aktivem Bürger und Stadtverwaltung mit den zentralen Aufgaben Kommunikation, Moderation und Organisation.

¹⁴ REICHENBACH-BEHNISCH, JANA; FLÄMIG, ANTJE; KASEK, JÜRGEN; KRÖCKEL, JENS; FREUND, EUGENIA: Aktivieren des Stadtzentrums von Kleinstädten durch die verknüpfte Anwendung erfolgreicher Modelle aus Großstädten und ländlichen Regionen wie innovatives Leerstandsmanagement installieren multipler Häuser und Förderung alternativer Wohnformen für die Generation Plus, Fraunhofer IRB Verlag, Stuttgart 2012, S.9.

¹⁵ Ebd., S. 9.

¹⁶ Ebd., S. 227.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 228, 229.



5. Definieren und Identifizieren von Leerstandsschwerpunkten in der Kernstadt.
6. Identifizieren und Abwägen von Alleinstellungsmerkmalen der Kleinstadt.
7. Definieren und Identifizieren von besonders attraktivem Gewerbe zur gezielten Ansiedlung und Unterstützung einer „Manufaktur(kern)stadt“.
8. Aufstellen des Stadtentwicklungskonzepts Kernstadt.
9. Planen und Festlegen des Finanzbudgets und möglicher Finanzierungsschritte.
10. Planen und Festlegen kooperativer und übergeordneter Maßnahmen.

Ein solcher Maßnahmenplan erscheint als zweckmäßige Handlungsempfehlung, die bisherige Mittel und Vorgehensweisen der (Groß-)Stadtsanierung auf den Siedlungstyp Kleinstadt überträgt. Die Schlüsse der vorliegenden Arbeit stehen im Gegensatz dazu, da die zunehmenden Herausforderungen für den Stadttyp Kleinstadt nicht als kleinstadtimmanent charakterisiert werden, sondern durch äußere Faktoren (Gesellschaftswandel, veränderte Wirtschaftsweisen etc.) bedingt sind. Eine solche Problemlage würde durch die innere kleinstädtische Aktivierung nicht in jedem Fall positiv beeinflusst werden.

Die dritte relevante Publikation wurde im Jahr 2011 von Knoblauch und Schulitz veröffentlicht und trägt den Titel „Interkommunale Kooperation schrumpfender Kleinstädte: Analyse der Chancen und Grenzen für schrumpfende Kleinstädte im ländlichen Raum“. In ihrer Untersuchung gehen die Autorinnen der Frage nach, ob interkommunale Kooperation Handlungsspielräume für Kleinstädte entstehen lässt, die Schrumpfungprozessen ausgesetzt sind. Dabei stimmen die angenommenen Rahmenbedingungen zum sozioökonomischen Wandel mit denen der vorliegenden Arbeit überein: Kleinstädte werden als Orte nachlassender wirtschaftlicher Dynamik identifiziert und erleben dementsprechende Bevölkerungsverluste. Dies gilt insbesondere für Kleinstädte im ländlich geprägten peripheren Raum. Dabei zeigt die Untersuchung, die schon im Jahr 2005 durchgeführt wurde, dass interkommunale Zusammenarbeit grundsätzlich als Lösung für kommunale Schrumpfungsprozesse gelten kann. Insgesamt decken sich die Ergebnisse der Untersuchung von Knoblauch und Schulitz mit denen der qualitativen Analyse der vorliegenden Arbeit: Es zeigt sich,

„dass auch unter dem Problemdruck des Schrumpfungsprozesses Maßnahmen mit einem hohen Konfliktpotenzial häufig umgangen werden. Es scheint sogar so, als verschärfe der Problemdruck die Schwierigkeit, eine Abstimmung hinsichtlich der Anpassung und des Rückbaus zu erzielen, da die Konsequenzen als schwerwiegend oder existenzbedrohend wahrgenommen werden. Es wird deutlich, dass die Kooperationsbereitschaft der Akteure in einem engen Zusammenhang mit der Dimension der Betroffenheit der eigenen Kommune steht und weniger mit der Betroffenheit der Gesamtregion. Die Bereitschaft zur Kooperation steigt, wenn das eigene

Potenzial zur Problembewältigung als nicht ausreichend eingeschätzt oder durch eine interkommunale Zusammenarbeit ein zusätzlicher Nutzen erwartet wird.“¹⁸

Für die vorliegende Arbeit ist zu konstatieren, dass sie sich in den aktuellsten Forschungskontext zum Siedlungstyp Kleinstadt eingliedert und sowohl thematisch als auch inhaltlich durch die hier genannten Publikationen bestätigt wird. Dabei setzt die vorliegende Arbeit insofern neue Akzente, als das der sozioökonomische und sozialwissenschaftliche Kontext stärker als Erklärungsmodell herangezogen wird. Darüber hinaus ist die qualitative Untersuchung breiter als in den Vergleichsarbeiten angelegt. Im quantitativen Kontext vertritt die Studie des BBSR einen umfangreicheren Ansatz, zieht jedoch vergleichbare Schlüsse.

¹⁸ KNOBLAUCH, BRITTA; SCHULITZ, ANTONIA: Interkommunale Kooperation schrumpfender Kleinstädte: Analyse der Chancen und Grenzen für schrumpfende Kleinstädte im ländlichen Raum, Akademische Verlagsgemeinschaft München 2011, „Zusammenfassung“.



2. Die deutsche Kleinstadt – Definition und Entwicklungslinien

In diesem Kapitel wird der Frage nachgegangen, wie sich Kleinstädte in der Vergangenheit entwickelt haben und welche heutigen Definitionen und Entwicklungslinien sich daraus für diesen Siedlungstyp ableiten lassen. Wichtig für die eigenen Erhebungen ist in diesem Zusammenhang, wie das umfangreiche Untersuchungsgebiet, das die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer hohen Zahl an Kleinstädten darstellt, erfasst werden kann. Von Interesse ist dabei insbesondere, ob sich Gemeinsamkeiten aufweisender Siedlungstyp anhand räumlich, zeitlich und funktional festgelegter Kriterien finden lässt, sodass eine deutschlandweite Untersuchung möglich ist.

Weiterhin ist zu prüfen, welche raumstrukturelle Bedeutung dieser Siedlungstyp in der Bundesrepublik Deutschland besitzt. Hierbei sind außer der räumlichen Verteilung auch die Funktionsausstattung und Bedeutung als Zentrum zu betrachten.

Neben räumlichen und funktionalen Merkmalen spielt die historische Entwicklung der deutschen Kleinstädte eine wichtige Rolle. Einerseits hilft sie, den Siedlungstyp allgemeingültig einzugrenzen, andererseits werden so die Entstehungsprozesse der aktuellen Herausforderungen sichtbar, die später näher betrachtet werden. Der Schwerpunkt dieser Entwicklungsgeschichte des Siedlungstyps liegt auf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In dieser Zeit wurden die Grundlagen für die Herausforderungen des zunehmendem ökonomischen Wettbewerbs und demographischen Wandels gelegt.

2.1 Definitionen des Siedlungstyps Kleinstadt

Erstmals sprechen Forscher und Planer vom Siedlungstyp Kleinstadt mit dem Entstehen des wissenschaftlichen Phänomens Großstadt im 19. Jahrhundert. Durch die Industrialisierung und den massenhaften Zuzug von Arbeitern veränderten sich Siedlungsstrukturen. Für eine Kategorisierung der differenzierteren Siedlungstypen wurden Stadtgrößenklassen entwickelt. Nicht mehr der Gegensatz zwischen Stadt und Land stand somit im siedlungsanalytischen Mittelpunkt, sondern die unterschiedlichen Qualitäten einzelner Stadtgrößen.

„Von der deutschen Reichsstatistik wurde die Einteilung der Gemeinden entsprechend einer Einwohnerzahl von 2.000 bis 5.000 als Landstädte, 5.000 bis 20.000 als Kleinstädte, 20.000-100.000 als Mittelstädte und von mehr als 100.000 als Großstädte vorgenommen.“¹⁹

¹⁹ HANNEMANN, CHRISTINE: Klein- und Landstädte. In: BEETZ, STEPHAN; BRAUER, KAI; NEU, CLAUDIA (HRSG.): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. VS, Wiesbaden 2005, S.105.



Auch Erwin Grötzbach (1963) beschäftigte sich als erster Kleinstadtforscher mit dem Problem der Stadtgrößenklassen. Er warf die Frage auf, ob Stadtgrößenklassen ein ausreichendes Typisierungskriterium darstellen.

„Da die rein quantitative Abgrenzung nach der Einwohnerzahl über die Kleinstadt als Typus zunächst kaum etwas auszusagen vermag, ist es notwendig, nach geographischen Kriterien zu suchen. Dabei liegt es nahe, den Index der Einwohnerzahl durch andere Indizes zu ergänzen, etwa durch den Anteil der „zentralen Schicht“ an der Bevölkerung (O. Schlier, 1937) oder durch den Anteil der Ackerbürger, den K. Ruppert (1959) in Kleinstädten für relativ hoch hält.“²⁰

In seiner Argumentation weist Grötzbach darauf hin, dass mit dem quantitativen Bevölkerungszuwachs fast selbstverständlich auch eine gewisse qualitative Veränderung einhergeht. Er führt aus, dass zunehmende Einwohnerzahlen strukturelle Veränderungen in Städten auslösen, neue Institutionen entstehen und sich so die innere Gliederung verändert, bis die Kleinstadt ab einem gewissen Punkt zur Mittelstadt wird.²¹ Grötzbach macht hierbei deutlich, dass sich Begriffe wie Klein-, Mittel- und Großstadt insbesondere über qualitative Inhalte unterscheiden, die aus seiner Sicht die primären Bestimmungsmerkmale bilden, während die Einwohnerzahl nur als ergänzender Faktor zu betrachten ist. Er definiert Kleinstädte im Sinne des zentralörtlichen Systems, womit die Nähe zu Christallers System der zentralen Orte deutlich wird. Dabei ist er der Auffassung, dass „die Kleinstadt der Gegenwart [...] eine nach der Vielfalt ihrer Zentralfunktionen wie nach der inneren Differenzierung voll entwickelte Stadt“²² ist, bei der trotz je eigener Formen wiederkehrende Merkmale vorzufinden sind:

„Die Kleinstädte zeigen bei allem individuellen Gepräge doch immer wiederkehrende Merkmale, die zu einer Kennzeichnung des Typs verwendet werden können. Es muss daher möglich sein, die Kleinstadt mit Hilfe einiger dieser Merkmale von anderen Stadtgrößentypen abzugrenzen. Zu den genannten Merkmalen zählt vor allem ein bestimmt geprägtes Geschäftszentrum dieser Städte. Es zeigt in der Kleinstadt ein anderes Gefüge und nimmt in ihr eine andere Stellung ein als in der typischen Mittelstadt oder gar in der Großstadt.“²³

Diese Definition ist weit gefasst, was vermutlich darauf zurückzuführen ist, dass in Deutschland zu jener Zeit des gesellschaftlichen Wandels keine eindeutige Entwicklungsgeschichte der Kleinstadt im kapitalistischen System sichtbar war. Der größere Entwicklungszeitraum macht es heute möglich, präzisere Begriffsannäherungen für die deutsche Kleinstadt zu entwickeln.

²⁰ GRÖTZBACH, ERWIN: Geographische Untersuchung über die Kleinstadt der Gegenwart in Süddeutschland, Michael Lassleben Verlag, Kallmünz/Regensburg 1963, S.13.

²¹ Vgl. ebd., S.13.

²² Ebd., S.17.

²³ Ebd., S.17.



Die nächste bedeutsame Einlassung zum Thema stammt von Reinhard Stewig, der 1987 seine „Untersuchungen über die Kleinstadt in Schleswig Holstein“ veröffentlichte. Ebenso wie in den meisten vorangehenden Publikationen spricht auch Stewig von Kleinstädten, sofern diese eine Anzahl von mind. 2.000 bis max. 20.000 Einwohnern haben. Allerdings besteht bei Stewig die Einschränkung, dass auch ein Stadtrecht vorhanden sein muss. Bei einer Anzahl von 20.000 bis 100.000 Einwohnern werden Siedlungen als Mittelstädte bezeichnet, sodass folglich alle Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern den Status einer Großstadt besitzen. Weiter lässt Stewig sich nur bedingt auf eine klar festgelegte Definition ein. Folgendes Zitat verdeutlicht seine Position:

„Der Mensch selbst, seine Verhaltensweisen und Erscheinungsformen auf den verschiedenen Ebenen, vor allem der demographischen, der ökonomischen und der sozialen Ebene, rückt in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses bei den Stadtgeographen, mit fließenden Übergängen zur (Stadt-)Soziologie, während der Siedlungskörper der Stadt nur noch als Indikator und Auswirkungsniederschlag der Verhaltensweisen der Menschen angesehen wird.“²⁴

So beruht Stewigs Auswahlprozess zunächst auf Größenklassen. Er arbeitet in der Folge vier zusätzliche Charakteristika (Demographie, Migration, Ökonomie, soziale Verhältnisse) heraus, anhand derer er Verallgemeinerungen und Vergleiche sichtbar macht, die dem Verständnis sozialer Raumproduktionslogik folgen.²⁵ Stewig macht deutlich, dass es sich bei Kleinstädten in erster Linie um einen sozialen Wirkungszusammenhang handelt, den es zu analysieren gilt. Dabei wird die sozialwissenschaftliche Perspektive als ein Ansatz sichtbar, der zunehmend Relevanz in der Kleinstadtforschung bis heute erfährt.

In Bezug auf die Stadtgrößenklassen findet sich im „Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland“ der Hinweis, dass die Klassifizierung, die von der deutschen Reichsstatistik getroffen wurde noch Gültigkeit besitzt.²⁶ Ein einzig statistischer Stadtbegriff kann, wie schon Grötzbach erkannte, nur eingeschränkte Aussagen über Sozialstrukturen und städtische Funktionen liefern. Somit wird weiterhin versucht, qualitative Differenzierungen zu etablieren, auch wenn die große Heterogenität der Kleinstädte dieses erschwert. Hannemann (2005) trifft im „Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland“ einige verallgemeinernde Aussagen über diesen Stadttyp:²⁷

²⁴ STEWIG, REINHARD: Untersuchungen über die Kleinstadt in Schleswig-Holstein, Kieler geographische Schriften, Kiel 1987, S.5.

²⁵ Vgl. ebd., S.5f.

²⁶ Vgl. HANNEMANN, CHRISTINE: Klein- und Landstädte. In: BEETZ, STEPHAN; BRAUER, KAI; NEU, CLAUDIA (HRSG.): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. VS, Wiesbaden 2005, S.105.

²⁷ Ebd., S.106.



1. Die Anzahl der Bewohner liegt unter 15.000 bis 20.000.
2. Die wirtschaftliche und sozioökonomische Struktur wird von nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeit bestimmt. Die Wirtschaft der Kleinstädte ist vom ortsansässigen gewerblichen Mittelstand geprägt.
3. Die baulich-räumliche Struktur ist städtisch geprägt durch ein Vorherrschen geschlossener, mehrstöckiger Bebauungsformen im Ortskern, die Ausprägung eines Ortszentrums und einen hohen Anteil an Mehrfamilienhäusern.
4. Die Kleinstädte haben Gemeinsamkeiten hinsichtlich ihrer historischen Entwicklung, da die überwiegende Mehrheit der Kleinstädte im Mittelalter entstanden ist. Eine geringere Zahl sind Bergbaustädte bzw. Residenzstädte oder während der Industrialisierung aus Dörfern bzw. Arbeitersiedlungen hervorgegangen.
5. Viele Kleinstädte Deutschlands konnten bis heute die Qualität als „zentraler Ort“ erhalten, zumindest auf unterer Stufe. Sie sind Schulstandorte, lokal regionale Einkaufszentren und häufig auch Standorte von Kultur- und Freizeiteinrichtungen.

Diese fünf Punkte ermöglichen als funktionale Richtwerte eine grundsätzliche Definition von Kleinstädten. Jedoch ist dieser Ansatz noch erweiterungsfähig. Niedermeyer bemängelt in diesem Zusammenhang die Handhabung verschiedener Definitionen. Einerseits versuche man, im Rahmen von Kleinstadtdefinitionen mit exakten, ordinalskalierten Grenzwerten auf empirischer Basis die Zugehörigkeit des Stadtraumes festzulegen, andererseits würden qualitative und teilweise begrifflich sehr unscharfe Faktoren zur Definition herangezogen.²⁸

Es stellt sich jedoch die Frage, auf welche Art eine valide Kleinstadtdefinition zustande kommen soll. Nach Niedermeyer entsteht der Eindruck, als könnte nur die Einzelfalluntersuchung verdeutlichen, ob es sich beim untersuchten Siedlungsraum um eine Kleinstadt handelt oder nicht.

Bei Niedermeyer findet sich weiterhin eine Unterscheidung zweier Blöcke von Definitionskriterien für Kleinstädte. Dies sind einerseits räumliche, formale und statische Merkmale, worunter er topographische Lage, geschlossene Ortsform mit deutlichem Kern, vielfältiges Gesamtbild und innere Differenzierung, Einwohnerzahl und die Stadt als Rechtsform ausmacht. Andererseits existieren funktionale, soziologische und ökonomische Merkmale. Hier subsumiert Niedermeyer Faktoren wie Berufsstruktur, Handel, Verkehr, tertiärer Sektor, städtisches Leben, Kultur, zentralörtliche Umlandbedeutung, städtisches Funktionsgefüge und sozialräumliche Gliederung. Diese Merkmale hat Niedermeyer aus Arbeiten zu Kleinstädten und Städten gesammelt und nach Dominanz

²⁸ Vgl. NIEDERMEYER, MARTIN: Zur Theorie der Kleinstadt und Peripherie. Geogr. Institut Uni Würzburg, Würzburg 2000, S.93.



der Merkmale sortiert. Einwohnerzahl, die innere Differenzierung und die zentralörtliche Umlandbedeutung als werden als dominante Definitionskriterien dargestellt. Verschiedene Forschungsansätze vermischen sich miteinander. So findet sich der strukturelle Ansatz der inneren Differenzierung neben der eher funktionalen Zentralitätsforschung. Hinzugezogen wird dann noch das quantitative Merkmal der Einwohnerzahl. Für eine erste Einordnung von Kleinstädten ist dieses Vorgehen zwar nützlich, neuere Stadtforschung bezieht sich aber immer mehr auf prozessorientierte Ansätze.²⁹

Vor diesem Hintergrund werden in der vorliegenden Arbeit wesentliche Faktoren einer Kleinstadt definiert, um eine Auswahl an relevanten Städten herausfiltern zu können. Im Rahmen der Analyse bilden die Einwohnerzahl und das Stadtrecht die primären Untersuchungskriterien, an die eine Betrachtung sozioökonomischer und räumlicher Kriterien anschließt. Treffen diese Faktoren auf die jeweiligen Kleinstädte zu, wäre ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit hergestellt, auf dessen Basis weitere Untersuchungen erfolgen können. Hierfür ist es zudem von Belang, die Entwicklung der deutschen Kleinstadt aus historischer Perspektive nachzuvollziehen.

2.2 Bestand und räumliche Verteilung der Kleinstadt in Deutschland

Verschafft man sich einen Überblick über wesentliche Publikationen deutscher Stadtforschung, so gewinnt man den Eindruck, dass der häufigste Stadttyp der Bundesrepublik Deutschland die Großstadt ist. Hiermit unterliegt man jedoch einer Fehleinschätzung. Die Siedlungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland ist dezentral von einer Vielzahl an Orten geprägt.³⁰ Der vorherrschende Stadttyp ist dabei nicht die Großstadt:

„Im Gegenteil, die deutsche Stadt ist offensichtlich mittel- und kleinstädtisch geprägt, wie sich aus einem einfachen Vergleich, der Verteilung der Stadtgrößenklassen in der Statistik ergibt.“³¹

²⁹ Ebd., S.99.

³⁰ HANNEMANN, CHRISTINE: Marginalisierte Städte, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2004, S.16.

³¹ Vgl. ebd., S.16.


Abbildung 2.1: Stadtgrößenklassen in der Bundesrepublik Deutschland

Stadtgrößenklassen nach Einwohnern	Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	Anzahl der Städte	Anteil der Städte in %	Anteil der Stadtbevölkerung in %	Anzahl der Städte	Anteil der Städte in %	Anteil der Stadtbevölkerung in %
Unter 500	1	0,1	0,00	0	0,0	0,00
500-999	1	0,1	0,00	10	1,6	0,08
1000-1999	22	1,5	0,07	41	6,4	0,59
2000-4999	149	10,4	1,13	220	34,4	7,05
5000-9999	313	21,9	4,72	158	24,7	10,40
10.000-19.999	406	28,4	12,27	102	16,0	13,39
20.000-49.999	373	26,1	23,95	85	13,3	24,01
50.000-99.999	95	6,6	13,28	11	1,7	7,31
100.000-199.999	39	2,7	10,88	5	0,8	5,28
200.000-499.999	20	1,4	11,69	7	1,1	19,96
500.000 und mehr	12	0,8	22,01	0	0,0	11,93
Gesamt	1.431	100	100	639	100	100

Der Ostteil Berlins ist mit seiner Einwohnerzahl bei den neuen Ländern berücksichtigt, nicht jedoch bei der Zählung der Gemeinden.

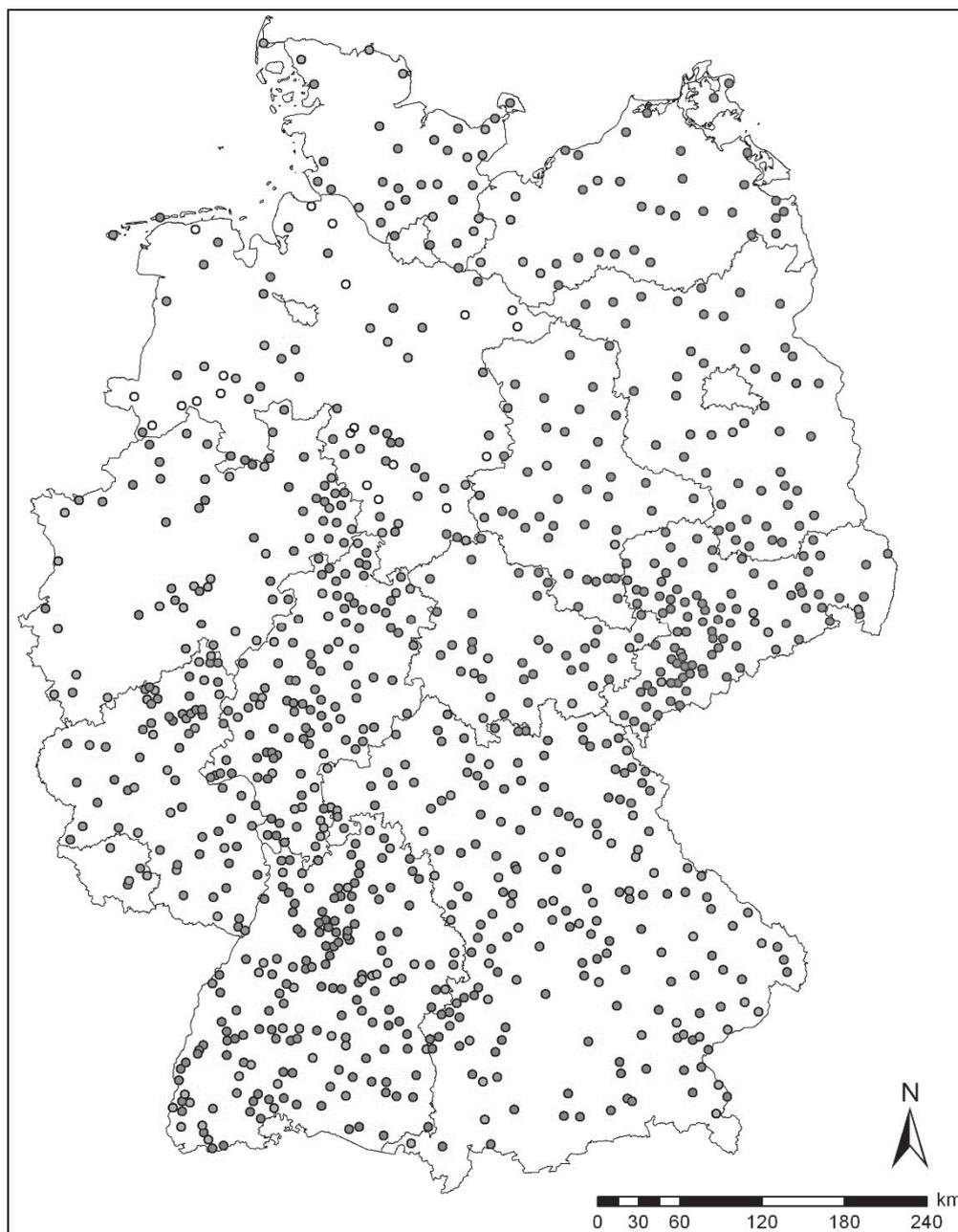
Quelle: In Anlehnung an HANNEMANN, CHRISTINE: Marginalisierte Städte, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2004, S.16 (StaBa 1999).

Wie Abbildung 2.1 zeigt, existierten im Jahr 1999 in der gesamten Bundesrepublik 2070 Städte. Davon 1431 in den alten und 639 in den neuen Bundesländern. Differenziert man diese Zahlen in die drei Kategorien Klein-, Mittel- und Großstadt, so kommt man zu folgender Verteilung:

- 83 Großstädte (Stadtgröße über 100.000 Einwohner)
- 564 Mittelstädte (Stadtgröße 20.000 bis 100.000 Einwohner)
- 1428 als Kleinstädte (bis 20.000 Einwohner) kategorisierte Kommunen.

An dieser Verteilung wird die quantitative Relevanz dieser Stadtgrößenklasse im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sichtbar. Auch mit der Einschränkung, dass in der vorliegenden Arbeit nur Kleinstädte mit einer Einwohnerzahl von 5.000 bis 20.000 Personen betrachtet werden sollen, bleiben noch immer 979 Kleinstädte, die einen großen Teil der deutschen Stadtlandschaft ausmachen.

Aus Abbildung 2.1 geht weiterhin hervor, dass 1999 in Westdeutschland 16,99% der Stadtbevölkerung und in Ostdeutschland 23,79% der Stadtbevölkerung in Kleinstädten lebten. Interessant ist in diesem Zusammenhang die räumliche Verteilung der Kleinstädte in Deutschland (siehe Abbildung 2.2)

Abbildung 2.2: Kleinstädte (5.000 - 20.000 Ew.) mit Stadtrecht in Deutschland

Quelle: Eigener Entwurf.

Die Karte verdeutlicht, dass es in Bezug auf die Verteilung der Kleinstädte Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern sowie räumliche Schwerpunkte innerhalb dieser gibt. Insbesondere die Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt sind stark durch diesen Siedlungstyp geprägt. In Nordrhein-Westfalen finden sich nur wenige Kleinstädte, was auf die großen Agglomerationsräume dort zurückzuführen ist.

Ebensolche Unterschiede zeigen sich in der Nord-Süd-Ausdehnung der Bundesrepublik: Im Norden ist die Anzahl der Kleinstädte geringer als im Süden, was zur Folge hat, dass in letztgenannten „das weitmaschige Netz der Kleinstädte besonders raumprä-



gend [ist], da Groß- und Mittelstädte weitgehend fehlen.“³² Kleinstädte sind in diesem Bereich Anlaufpunkt für ein weiträumiges Umland und verfügen über eine weitreichende funktionale Bedeutung in der Region.

Weiterhin ist die quantitative Entwicklung der deutschen Stadtlandschaft von Bedeutung. Die Klassifizierung erfolgt hier nach Einwohnerzahl bezogen auf die Stadtgrößenklassen und kann von 1871 bis heute nachvollzogen werden.

Abbildung 2.3: Bevölkerung im Wandel nach Gemeindegrößenklassen

Von 1.000 Einwohnern (EW) lebten	In Gemeinden über 100.000 EW	In Gemeinden 20.000 – 99.999	In Gemeinden 5.000 – 19.999 EW	In Gemeinden 2.000 – 4.999 EW
1871	48	72	112	124
1880	72	89	126	127
1890	121	98	131	120
1900	162	126	135	121
1905	190	129	137	118
1910	212	133	141	112
1925	267	134	134	109
1964 BRD	333	162	172	121
1989 West	335	260	257	89
1989 Ost	277	225	156	108
1998 West	334	271	260	84
1998 Ost	179	243	213	166

Quelle: In Anlehnung an HANNEMANN, CHRISTINE: Marginalisierte Städte, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2004, S.19.

Anhand der Abbildung 2.3 wird deutlich, dass die Bevölkerung der Großstädte mit über 100.000 Einwohnern bis zum Jahr 2000 fast durchgängig zunahm.

Auch Mittelstädte mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern sind in den vergangenen 150 Jahren nahezu unvermindert gewachsen, Kleinstädte mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern stagnierten schon von 1910 bis 1925, bevor sie bis 1998 nochmals erheblich an Einwohnern gewinnen konnten, sodass 1998 im Westen 260 von 1000 Einwohnern und im Osten 213 von 1.000 Einwohnern in Kleinstädten lebten. In den Gemeinden mit bis zu 5.000 Einwohnern zeigt sich im Westen ein leichter Rückgang, im Osten aufgrund der nachholenden Suburbanisierung nach der Wiedervereinigung eine Zunahme.

In Betracht gezogen werden sollte, dass Deutschland seit 1871 eine Verdoppelung der Bevölkerung erlebte, die sich auch in Wachstumszahlen fast aller Städtegruppen ausdrückt (vgl. Abbildung 2.4)

³² HANNEMANN, CHRISTINE: Klein- und Landstädte. In: BEETZ, STEPHAN; BRAUER, KAI; NEU, CLAUDIA (HRSG.): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. VS, Wiesbaden 2005, S.106.

Abbildung 2.4: Bevölkerungsentwicklung in absoluten Zahlen

	Bevölkerung in Tausend		
	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
1871	40.997	X	X
1890	49.241	X	X
1910	64.568	X	X
1925	63.166	X	X
1935	68.871	X	X
1950	69.346	50.958	18.388
1970	78.069	61.001	17.068
1990	79.753	63.726	16.028
2000	82.260	67.140	15.119
2001	82.440	65.323	17.118
2002	82.537	65.527	17.009
2003	82.532	65.619	16.913
2004	82.501	65.680	16.821
2005	82.438	65.698	16.740
2006	82.315	65.667	16.648

Quelle: In Anlehnung an Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2007, Lange Reihen.

Wie aus demographischen Vorausberechnungen bekannt ist, wird sich das Bevölkerungswachstum nicht weiter fortsetzen. Stattdessen wird es zu einem Bevölkerungsrückgang kommen, der für die deutsche Kleinstadt eine wesentliche Rolle spielt. Wenn man sich in diesem Zusammenhang die Zahlen aus Abbildung 2.3 vergegenwärtigt, wird deutlich, dass Kleinstädte im Verhältnis zu anderen Siedlungstypen geringere Zuwachsraten aufweisen. Betrachtet man den allgemeinen Trend der zunehmenden Verstädterung, lässt die aufgezeigte Entwicklung Gefahren für viele Kleinstädte erahnen. An diesem Punkt wird es schwierig, weitere Prognosen zu treffen, da die funktionale Ausstattung der Kleinstädte, ihre Umlandbedeutung und regionale Lage eine wesentliche Rolle bei der Frage spielen, welche Städte vom Einwohnerrückgang besonders betroffen sein werden:

„Der quantitativ induzierte Begriff ‚Kleinstadt‘ wird zur Kennzeichnung eines qualitativen Stadttyps herangezogen. Eine inhaltliche Bestimmung von ‚Kleinstadt‘ wird professionsspezifisch aus dem historischen, dem statistischen und dem funktionellen Stadtbegriff gebildet. Kleinstadt, Großstadt und Dorf werden ‚e contrario‘ definiert: Kleinstadt im Gegensatz zu Dorf und Großstadt. Aufgrund der bisher diskutierten Problematik der Bestimmung von ‚Kleinstadt‘ ist es deshalb notwendig, eine Arbeitsdefinition zu entwickeln, die die Hauptmerkmale des Stadttyps ‚Kleinstadt‘ aus einer Kombination verschiedener qualitativer und quantitativer Merkmale abbildet. Die Kleinstädte in Deutschland bilden eine heterogene Siedlungsgruppe, determiniert durch ihre jeweilige regionale, wirtschaftliche und funktionelle Situation.“³³

³³ HANNEMANN, CHRISTINE: Marginalisierte Städte, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2004, S.20.



2.3 Funktionen und Bedeutung der Kleinstadt als Teil des deutschen Siedlungssystems

Städte entstehen und bestehen fort durch bestimmte Motive und Zwecke, die eine Ansiedlung an diesen Orten sinnvoll erscheinen lassen. In diesem Sinne sind die Funktionen von Städten aus ihren Tätigkeiten und den Rollen abzuleiten, die sie innehaben. Städte sind in der Regel Sammelstellen von Ressourcen, Güterproduzenten, Distributionsstellen, Entwicklungs- bzw. Innovationszentren, und nicht zuletzt auch Machtzentren.³⁴ Sie sind mit den dort ansässigen Einrichtungen, z.B. einem zentralen Geschäftszentrum oder einer Kommunalverwaltung, verbunden und beziehen daraus ihre Legitimation.

Städtische Funktionen sind anhand des soziologischen Systembegriffes zu erklären, wonach (Stadt)Strukturen als Systeme von sozialen Beziehungen unter Akteuren definiert sind. Diese komplexen Systeme³⁵ entsprechen auf Anthropogeographie übertragen der räumlichen Verteilung und Anordnung von Nutzungen (Tätigkeiten) und der ihnen entsprechenden und mehr oder weniger gut angepassten Einrichtungen (Physiognomien) in jeweils spezifischer Konzentration oder Mischung.³⁶ Die funktionalen Strukturen, die sich in Städten entwickeln, lassen sich in ökonomischer, sozialer und kultureller Hinsicht trennen. In allen Bereichen sind in Städten Einrichtungen von gesteigerter Bedeutung vereint.

Ökonomisch lassen sich vorhandene Strukturen in drei Sektoren differenzieren. Dabei ist der Agrarsektor in Städten nicht so bedeutsam, wie der industrielle und als absehbare Besonderheit des 21. Jahrhundert immer mehr der Dienstleistungssektor. Für Kleinstädte trifft eine solche Beschreibung aber nicht in dem Maße zu wie für größere Städte, da häufig eine enge Verbindung mit dem ländlichen Umland besteht, sodass auch der Agrarsektor eine Rolle für die Stadtstruktur spielt. Daran ist erkennbar, dass sowohl die Funktionen als auch die Struktur von Kleinstädten nicht notwendigerweise der nach Größe und Lage verallgemeinerten Lehrbuchmeinung über Stadtfunktionen entsprechen und für diesen Stadtyp gesondert zu untersuchen sind.

Hannemann schreibt hierzu³⁷, dass sich Kleinstädte sowohl nach wirtschaftlicher Basis, landschaftlicher Umgebung, nach ihrer Geschichte, ihrer Bebauungsstruktur und architektonischen Gestalt als auch nach ihrer Lage in einem überwiegend agrarisch geprägten Gebiet oder in einem industriellen Ballungsgebiet unterscheiden:

„Dennoch haben sie wesentliche Gemeinsamkeiten und unterscheiden sich hinsichtlich Problemlagen, Siedlungsform und Lebensweise von Groß- und Mittelstädten

³⁴ Vgl. HOFMEISTER, BURKHARD: Stadtgeographie, Westermann Verlag, Braunschweig 1993, S.43.

³⁵ Vgl. VESTER, FREDERIC: Die Kunst vernetzt zu denken, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 2000.

³⁶ Vgl. HOFMEISTER, BURKHARD: Stadtgeographie, Westermann Verlag, Braunschweig 1993, S.43f.

³⁷ Vgl. HANNEMANN, CHRISTINE: Marginalisierte Städte, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2004, S.20f.



sowie von Dörfern. In ihnen durchdringen sich sowohl städtische als auch dörfliche Lebensbedingungen und –weisen, die eine besondere Charakteristik dieser Ortschaften bewirken.“³⁸

Im fünften Band des Nationalatlas Deutschland, einem Projekt des Instituts für Länderkunde Leipzig mit dem Thema „Dörfer und Städte“ (2002), findet sich eine Abhandlung über die Funktion und Struktur von Klein- und Mittelstädten. Hierbei werden verschiedene deutsche Klein- und Mittelstädte in Bezug auf ihre Funktionsausstattung untersucht. Auf der Suche nach Gemeinsamkeiten in der funktionalen Gliederung der Städte wird deutlich, dass trotz großer Unterschiede zwischen diesen gewisse Stadtstrukturen immer wieder auftauchen. So verfügen die untersuchten Städte über ein Stadtzentrum, in dem das Hauptgeschäftsbereich mit dem historischen Stadtkern und den angrenzenden verkehrsberuhigten Geschäftsstraßen liegt. Dieses Zentrum ist dominiert vom mittelfristigen Einzelhandel und durchsetzt mit einfachen und hochwertigen Dienstleistungen. Das Hauptgeschäftsbereich hat sich in den letzten Jahrzehnten weiter ausgedehnt, aber nur selten in neue Viertel verlagert. Bezugspunkt einer solchen Ausdehnung ist in vielen Fällen der Bahnhof, sofern er regelmäßige Passantenströme verzeichnet:

„Die Innenstädte sind Ausdruck der Individualität der Klein- und Mittelstädte. Nicht nur regional unterschiedliche Baustile, sondern auch die lebendige Vielfalt lokaler Händler und bunter Branchenmischung prägen das Bild. [...] In sanierten Altstadtbereichen sind Ansätze der Gentrifizierung zu beobachten während das traditionelle Handwerk weitgehend aus den Stadtzentren verschwunden ist. Für den Einzelhandel ist die Innenstadt immer noch der wichtigste Standort, in nicht integrierten Lagen befinden sich vorwiegend die typischen Branchen mit großem Flächenbedarf, die in der Innenstadt nicht angesiedelt werden könnten.“³⁹

An diese Hauptgeschäftszentren schließen sich häufig flächen- oder linienförmig sekundäre Geschäftsstraßen an, die nicht mehr über die gleiche Gewerbedichte wie das Geschäftszentrum verfügen. Es überwiegen in diesen Bereichen langfristiger Handel, hochwertige Dienstleistungen wie z. B. Arztpraxen und Wohnfunktionen.

Die typische Kleinstadt ist oftmals – gerade im ländlichen Bereich – eine Kreisstadt, womit eine zentrale Bedeutung in der öffentlichen Kommunalverwaltung gegeben ist. In der städtischen Gliederung befinden sich Stadtverwaltungen entweder direkt im Zentrum – untergebracht in einem historischen Rathaus – oder an neueren, meist ebenfalls zentralen Standorten, die dann am Rande der Geschäftszentren liegen. Kulturelle Einrichtungen finden sich meist ebenfalls im Zentrum, während Bildungs- und Gesund-

³⁸ Ebd., S.20f.

³⁹ MEYER-KRIESTEN, KERSTIN: Klein- und Mittelstädte – Ihre Funktion und Struktur, In: INSTITUT FÜR LÄNDERKUNDE LEIPZIG; HAHN BARBARA (HRSG.): Nationalatlas Deutschland Bd.5 – Dörfer und Städte, Spektrum Verlag, Berlin 2002, S. 59.



heitseinrichtungen eher in der Nähe der Wohngebiete zu finden sind. Insgesamt nehmen Wohngebiete den größten Flächenanteil ein.⁴⁰

Der Anteil des Geschosswohnungsbaus ist geringer als in Großstädten. Größere Stockwerkshöhen konzentrieren sich weitgehend auf die Zentren der Kleinstädte. In den umliegenden, eingemeindeten Ortsteilen überwiegen Einfamilienhäuser. Wenn nach Ein- und Mehrfamilienhäusern untergliedert wird, bieten sich Anhaltspunkte für eine sozialräumliche Differenzierung in den Städten. In der Regel sind dabei verschiedene soziale Schichten sehr kleinräumig über die Stadt verteilt, sodass nicht von einer deutlich sichtbaren sozialen Segregation in der deutschen Kleinstadt gesprochen werden kann. Wenn in einer Kleinstadt jedoch Konzentrationen von Mehrfamilienhäusern in wenig zentraler Lage auftreten, ist davon auszugehen, dass dort eher sozialschwächere Gruppen leben.⁴¹

Noch 1963 fand Grötzbach heraus, dass das Fehlen von Sekundärzentren ein kleinstädtisches Merkmal ist.⁴² Laut Meyer-Kriesten (2002) ist hier jedoch ein Wandel eingetreten. Die von ihr untersuchten Städte zeigen eindeutige Ansätze der Mehrkernigkeit:

„Subzentren liegen dort, wo sich die Bevölkerung in größeren Gebieten mit Mehrfamilienhäusern konzentriert. Um einen Supermarkt konzentrieren sich weitere Geschäfte des kurz- und mittelfristigen Bedarfs, einfache Dienstleistungen und eine Sparkassen- oder Bankfiliale. Zahl und Größe der Subzentren stehen in direktem Zusammenhang zum Ausmaß des Geschosswohnungsbaus. Zudem hat sich an der Peripherie großflächiger Einzelhandel angesiedelt, überwiegend auf Sonderflächen innerhalb der Gewerbegebiete.“⁴³

Eine solche Migration von Gewerbe auf die „grüne Wiese“ birgt die vielfach für Großstädte diskutierte Gefahr der Entleerung des Zentrums. Für Kleinstädte ist diese Entwicklung aufgrund des geringeren Einzelhandelsbesatzes der Innenstadt noch gefährlicher, da schnell ein sich gegenseitig bedingender Funktionsverlust eintritt. Meyer-Kriesten berichtet weiter davon, dass die Städte mittlerweile versuchen, die weitere Ausbreitung dieser Betriebsformen durch Restriktionen einzudämmen oder zumindest auf die nicht innenstadtrelevanten Branchen zu beschränken, um die Funktionalität der Stadtzentren zu erhalten.⁴⁴

Einen Überblick über die erörterte Situation bietet Abbildung 2.5, in der die Struktur des Stadtzentrums und der daran angeschlossenen Wohngebiete dargestellt ist. In Kleinstädten ist die kleinräumige Vermischung relativ hoch. Für Industrie und produzierendes

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 60.

⁴¹ Vgl. ebd., S. 60.

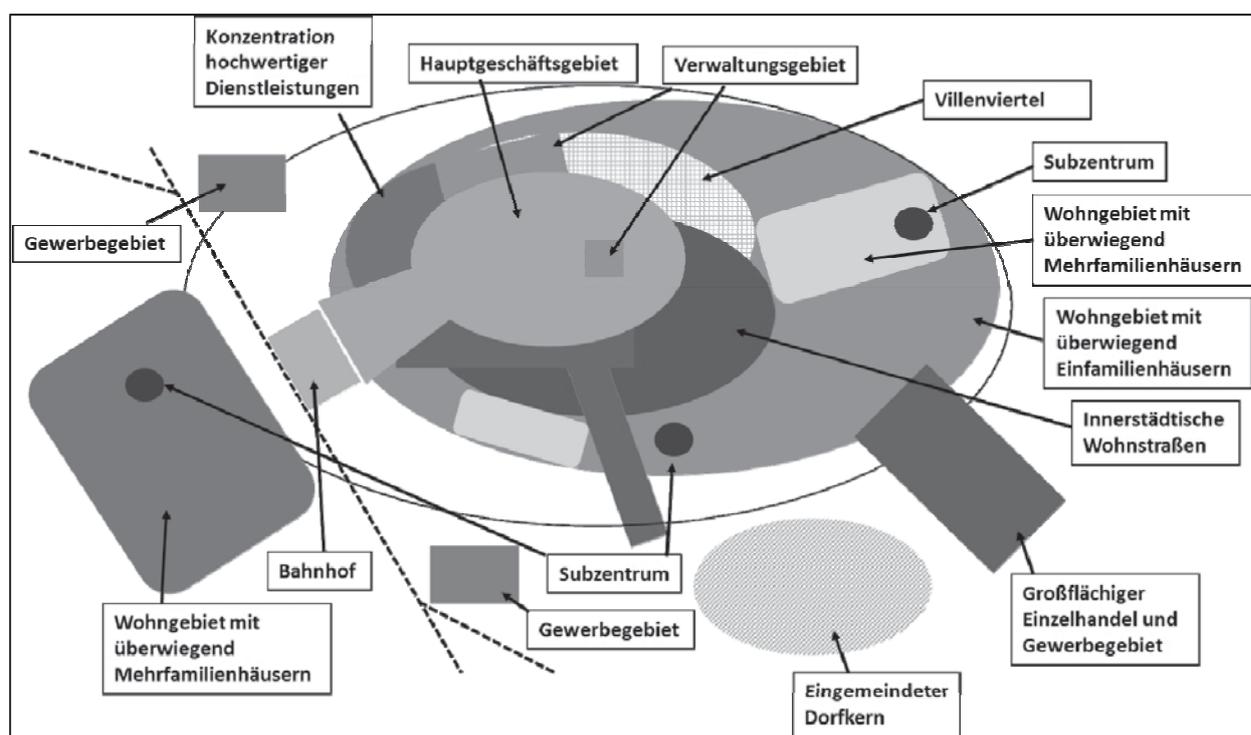
⁴² GRÖTZBACH, ERWIN: Geographische Untersuchung über die Kleinstadt der Gegenwart in Süddeutschland, Michael Lassleben Verlag, Kallmünz/Regensburg 1963, S.97.

⁴³ MEYER-KRIESTEN, KERSTIN: Klein- und Mittelstädte – Ihre Funktion und Struktur, In: INSTITUT FÜR LÄNDERKUNDE LEIPZIG; HAHN BARBARA (HRSG.): Nationalatlas Deutschland Bd.5 – Dörfer und Städte, Spektrum Verlag, Berlin 2002, S. 60

⁴⁴ Vgl. ebd., S. 60.

Gewerbe können zwei Standorte ausgemacht werden, die jedoch nicht notwendigerweise divergieren müssen. Traditionell befinden sich Industriebetriebe häufig in der Nähe des Bahnhofs. Ansiedlungen neueren Datums sind in den randstädtischen Gewerbegebieten verortet, zusammen mit weiteren flächenintensiven Dienstleistern wie Autohäusern, Großhandel oder Speditionen.

Abbildung 2.5: Funktionale Gliederung der deutschen Kleinstadt



Quelle: Eigener Entwurf, in Anlehnung an MEYER-KRIESTEN, KERSTIN: Klein- und Mittelstädte – Ihre Funktion und Struktur, In: INSTITUT FÜR LÄNDERKUNDE LEIPZIG; HAHN BARBARA (HRSG.): Nationalatlas Deutschland Bd.5 – Dörfer und Städte, Spektrum Verlag, Berlin 2002, S. 61.

Die Beständigkeit vieler kleinstädtischer Funktionen beweist, dass es allgemeine Entwicklungslinien für die deutsche Kleinstadt gibt. Bereits Grötzbach (1963) und Popp (1977) stellten diese fest. Bestätigt wurden ihre Ergebnisse in der relativ aktuellen Untersuchung von Meyer-Kriesten (2002). Es existieren jedoch auch andere Entwicklungen, die die traditionellen Stadtstrukturen verändern.⁴⁵

Relevant ist in diesem Zusammenhang die zentralörtliche Bedeutung der Kleinstadt im Hinblick auf ihre Verbindung mit dem Umland. Die Abhängigkeiten der Lagebeziehungen, die maßgeblich für die Gestalt und die Sozialstruktur einer Kleinstadt sind, lassen sich anhand des Konzepts der zentralen Orte von Walter Christaller nachvollziehen. Niedermeyer (2000) schreibt hierzu:

⁴⁵ Vgl. ebd., S. 61.



„Auf dieses Analyseinstrument zentralörtlicher Überschussbedeutung gründen sich die Ansätze funktionaler Raumstrukturierung. Für einen Ort bedeutet somit Zentralität, dass er für eine bestimmte Zahl von Orten in seinem Umland, dem Einzugsbereich, bestimmte Funktionen der Versorgung mit Gütern und Diensten übernimmt, die jenen fehlen. Daraus resultiert für den zentralen Ort selbst eine Überschussbedeutung, weil sie über die eigene Versorgung hinausreicht (basic – non-basic Funktionen).“⁴⁶

Es wird deutlich, dass die Verknüpfungen, die zwischen der Kleinstadt als zentralem Ort und dem Umland existieren, maßgeblich die Größe und Funktionsausprägung der Kleinstadt bestimmen. Hieraus lässt sich schließen, dass für die Analyse der Einzugsbereich der Städte zu beachten ist. Dies wird besonders bei Stewigs Untersuchung zu Kleinstädten in Schleswig-Holstein (1987) deutlich. Stewig führt eine funktionale Typisierung der Kleinstädte durch, indem er Lagebeziehungen und Verflechtungsintensität zum Verdichtungsraum Hamburg und Bremen analysiert. Damit kann er die Entwicklungsabhängigkeit der Kleinstädte zu diesen übergeordneten Wachstumszentren belegen.⁴⁷ Ein Teil des Fazits, das Stewig aus seiner Arbeit zieht, lautet:

„Im Methodischen besteht das wohl wichtigste Ergebnis der Untersuchung schleswig-holsteinischer Kleinstädte darin, dass ihre Strukturen und Funktionen als ganzheitlicher Ausdruck eines komplexen Zusammenspiels in der Dimension der Zeit erscheinen: eines Zusammenspiels von demographischen, ökonomischen und sozialen Gegebenheiten auf der gesamtgesellschaftlichen, großräumlichen Ebene; eines Zusammenspiels von demographischen, ökonomischen und sozialen Gegebenheiten auf der regionalen bis lokalen Ebene der unterschiedlichen Einbettungen und Lagebeziehungen der Städte; und eines Zusammenspiels dieser zwei Ebenen miteinander.“⁴⁸

Dieses Fazit unterstreicht die Bedeutung der Umlandverknüpfung, da keine Stadt für sich allein betrachtet werden kann. Ein umgebender ländlicher Raum bestimmt genauso wie eine größere Stadt in der Nähe die Größe und Gestalt der Kleinstadt mit.

Die zeitliche Perspektive, die Stewig außerdem anspricht, stellt nachfolgend den zentralen Aspekt für die Einordnung kleinstädtischer Entwicklungszusammenhänge dar.

⁴⁶ NIEDERMEYER, MARTIN: Zur Theorie der Kleinstadt und Peripherie. Geogr. Institut Uni Würzburg, Würzburg 2000, S.97

⁴⁷ Vgl. ebd., S.97.

⁴⁸ STEWIG, REINHARD: Untersuchungen über die Kleinstadt in Schleswig-Holstein, Kieler geographische Schriften, Kiel 1987, S.364.



2.4 Die deutsche Kleinstadt im 20. Jahrhundert – eine historische Skizze

2.4.1 Kleinstädte bis Mitte des 20. Jahrhunderts

Der Entstehungszeitraum der deutschen Stadt liegt im Hochmittelalter in der Zeit zwischen ca. 1050 bis 1450. In dieser Zeit vollzog sich ein umfassender sozioökonomischer Wandel in Europa. Auslöser hierfür war das allgemeine Bevölkerungswachstum, aus dem sich zunehmender Handel und die Notwendigkeit zur Erschließung neuer Gebiete ergab. Es entstand ein dichtes Städtenetz in Deutschland, wobei gleichzeitig die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Städte wuchs und sich rechtliche und soziale Strukturen ausbildeten.

„Viele der Gründungen ab 1250 blieben dauerhaft Kleinstädte, weshalb diese Phase in der deutschen Stadtgeschichte auch als Zeitalter der Kleinstadtgründung bezeichnet wird.“⁴⁹

Für das Mittelalter gelten andere Stadtgrößenklassen zur Bestimmung von Kleinstädten als heute. Eine Stadt von über 10.000 Einwohnern war zu dieser Zeit bereits eine Großstadt. Kleinstädte wiesen in der Regel 200 bis 2.000 Einwohner auf. Trotz der geringen Größe von 200 Einwohnern wird in solchen Fällen von Städten gesprochen, da Funktionen im Sinne der Umlandbedeutung den Status der Stadt rechtfertigen. Neben der Zentralität des Ortes für sein agrarisches Umland und dem daraus resultierenden Bedeutungsüberschuss waren besonders die rechtliche Sonderstellung der Stadt sowie die politische Organisation ihrer Bürger maßgeblich für die Bewertung. Überschüsse in der landwirtschaftlichen Produktion ermöglichten die Bildung städtischer Strukturen, die auf Fernhandel bezogen waren, oder aber die Landesherrschaft der Feudalherren sicherten. Weiterhin war auch die Dienstleistungsfunktion als Handelsplatz für das Umland von übergeordneter Bedeutung.⁵⁰

Die Sozialstruktur der Stadt unterschied sich deutlich vom Umland. Zwar lebte im feudalen Mittelalter nur ein kleiner Teil der Bevölkerung in Städten, doch entstanden Entwicklungszentren in dieser Zeit fast immer dort. Freiheiten waren – sofern man hiervon in dieser Zeit überhaupt sprechen kann – in den Städten zu finden. Sie waren Handelszentren und Orte des überregionalen Austausches. Händler und Handwerker waren die beiden Bevölkerungsgruppen, die Rechte innehatten und die soziale Struktur der Stadt trugen.⁵¹

Die beginnende Neuzeit weist im Vergleich zum Hochmittelalter deutlich weniger Stadtneugründungen auf. In dieser Zeit fand eine Konsolidierung des bis dahin intensiv aus-

⁴⁹ HANNEMANN, CHRISTINE: *Marginalisierte Städte*, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2004, S.45.

⁵⁰ Vgl. ebd., S.47.

⁵¹ Vgl. ebd., S.48.



gebauten und weitgehend saturierten Städtesystems statt. Außerdem ist eine generell hohe Beständigkeit des deutschen Siedlungssystems hinsichtlich der zentralörtlichen Bedeutung zu erkennen, insbesondere weil die Bevölkerung im Mittelalter und in der Neuzeit weniger stark gewachsen ist, als dies z.B. in der Moderne der Fall war. So wiesen Orte mit Stadtrecht ähnliche Einwohnergrößen wie ländliche Siedlungen auf.⁵² Die Stagnation der deutschen Städte in der frühen Neuzeit betraf insbesondere die kleineren Städte. Durch das Entstehen einiger größerer bzw. bedeutender Städte in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht traten erste Differenzierungen ein.⁵³

Die Kleinstadt erlebte bis zum Beginn der Industrialisierung keine weiteren Entwicklungsschübe. Mit Beginn der Industrialisierung traten jedoch vielfältigste Entwicklungen zu Tage. Niedermeyer (2000) beschreibt dies sehr treffend:

„Die starke Arbeitsteiligkeit mit ihren Konsequenzen auf Standortwahl von Produktion und Dienstleistungen ermöglichte auf der Grundlage veränderter Mobilitäts- und Transportpotentiale agglomerative Zentralisierungswirkungen in größerem Maße. Die veränderten Erreichbarkeitsmöglichkeiten von Absatzmärkten kehrten das Verkehrsprinzip der ubiquitären Raumerschließung um: nicht mehr die Erreichbarkeit und flächendeckende Erschließung des (ländlichen) Raumes durch Raststationen (gleiche Ausstattung von meist territorial begründeten Kleinstädten in großer Zahl und flächenhaft mit jeweils gleichen Distanzen zueinander) war verkehrsbestimmend, sondern die Absatzorientierung der zentralisierten industriellen Massenproduktion.“⁵⁴

Folglich entwickelten größere Zentren zunehmenden Bedeutungsüberschuss, die übrigen Städte hingegen blieben auf einem niedrigeren Niveau zurück. Hieraus ist ersichtlich, dass die heutige Kleinstadt das Ergebnis verschieden starker Wachstumsprozesse ist, das aus einer relativ homogenen Stadtlandschaft des Mittelalters und der Neuzeit durch Zentralisierungsprozesse und veränderten Bedeutungen resultiert.

In diesem Prozess der Zentrenbildung spielten die zunehmende Rücknahme von Verwaltungsfunktionen aus der Fläche und die – je nach Bedeutung – erst spät erfolgenden Anschlüsse an das Infrastruktur- bzw. Schienennetz eine wichtige Rolle. Das außergewöhnliche Wachstum der Großstädte während der Industrialisierung führte einerseits dazu, dass einige kleinstädtische Gemeinden in diesen Sog gezogen wurden und ihrerseits Wachstum erlebten. Andererseits wurden viele Kleinstädte von der allgemeinen Entwicklung abgehängt und stagnierten. Insbesondere Kleinstädte in peripheren Gebieten waren betroffen:

⁵² NIEDERMEYER, MARTIN: Zur Theorie der Kleinstadt und Peripherie. Geogr. Institut Uni Würzburg, Würzburg 2000, S.110.

⁵³ Vgl. HANNEMANN, CHRISTINE: Marginalisierte Städte, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2004, S.49f.

⁵⁴ NIEDERMEYER, MARTIN: Zur Theorie der Kleinstadt und Peripherie. Geogr. Institut Uni Würzburg, Würzburg 2000, S.110.



„Großstadtnähe war für die eigene Entwicklung günstig, wenn man sie zu nutzen vermochte, v.a. durch Eisenbahnanschluss und Industrieansiedlung. Für das 20. Jahrhundert war dann der Zusammenbruch von traditionellen Gewerben und das Eindringen der Konsumwelt relevant, verbunden mit Ansätzen, ökonomische Nischen zu besetzen und allmählich eine Erweiterung und Diversifizierung von Funktionen zu erreichen.“⁵⁵

Obgleich ein Teil der deutschen Kleinstädte keine eigenen Strukturen der Moderne aufbauen konnte, versuchte man den Anschluss an eben diese zu halten. Hannemann (2004) spricht in diesem Zusammenhang von einer Mittlerrolle der Kleinstädte im Prozess der kulturellen Urbanisierung. Sie versuchten zeitverzögert – nach dem Vorbild größerer Städte – Infrastrukturen zu modernisieren, um hierdurch ihre Lebensbedingungen zu verbessern und Anschluss an die „Moderne“ zu finden.⁵⁶

Hiermit korrespondiert, dass Kleinstädte im 20. Jahrhundert – abhängig von ihrer räumlichen Lage – in die Entwicklung der Ballungsräume einbezogen wurden. Dies geschah durch fortschreitende Industrialisierung und Bevölkerungsabwanderung aus den Kernen der Großstädte. Es kam zu Bevölkerungsgewinnen für ländliche Räume, die sich aber weitestgehend auf west- und süddeutsche Gebiete beschränkte.⁵⁷

In einigen Regionen Deutschlands, speziell Pommern und Brandenburg, spielte auch das Militär eine prägende Rolle. In vielen Städten entstanden Garnisonen, die die wirtschaftliche und soziale Struktur ganzer Städte oder Regionen bestimmten. Ausgehend von der militärischen Aufrüstung im Kaiserreich über den Nationalsozialismus dauerten diese Prozesse durch den kalten Krieg bis 1991 an, bevor es zu einer deutlichen Reduzierung der Truppen auf deutschem Boden kam. Die Industrialisierung führte zu Veränderungen der kulturellen Wahrnehmungsmuster von Kleinstädten. Während in der späten Neuzeit noch die Stimmen dominierten, die Kleinstädte als Orte der Engstirnigkeit, der Antriebslosigkeit und der Lächerlichkeit bezeichneten, veränderte sich das Bild fortan und das romantisierende Bild der Kleinstadt als Ort, an dem die Welt noch in Ordnung ist trat in dem Mittelpunkt.⁵⁸

Je mehr die Großstadt als Ort der Industrialisierung und der damit korrespondierenden Lebensweise tonangebend in sozialer und ästhetischer Hinsicht wurde, umso mehr versuchte sich das Bildungsbürgertum dagegen abzugrenzen:

„Die Kleinstadt [wurde] zum verklärten Gegenbild der vom „Proletariat beherrschten Großstadt“ [...]. Damit suggeriert der Begriff bis heute Lebensverhältnisse, die insbesondere großstadtmüde Menschen idealisieren, die mit Stichworten wie Idylle,

⁵⁵ ZIMMERMANN, CLEMENS (HRSG.): Kleinstadt in der Moderne, Thorbecke Verlag, Ostfildern 2003, S.21.

⁵⁶ Vgl. HANNEMANN, CHRISTINE: Marginalisierte Städte, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2004, S.52.

⁵⁷ Vgl. ebd., S.53.

⁵⁸ Vgl. ZIMMERMANN, CLEMENS (HRSG.): Kleinstadt in der Moderne, Thorbecke Verlag, Ostfildern 2003, S.9.



Überschaubarkeit, Behaglichkeit und Romantik verbunden werden. In der Literatur wird hier von einer spezifisch deutschen Kleinstadtromantik gesprochen.⁵⁹

Dies ist mithilfe des Gesellschaftswandels im Zuge der Industrialisierung zu erklären. Im Kontrast zu den schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen in den Großstädten wurde die ländlich-agrarisch geprägte Kleinstadt idealisiert.⁶⁰

Diese Prozesse zeichnen die Kleinstadtentwicklung bis zum zweiten Weltkrieg aus. Im zweiten Weltkrieg blieben viele Kleinstädte relativ unversehrt, was sie in der Folge zum Ziel von Flüchtlingsströmen werden ließ.

2.4.2 Entwicklungen in der Nachkriegszeit

Die Nachkriegszeit war für das gesamte Deutschland von Entbehrungen und Wiederaufbau geprägt. Flüchtlinge aus den sowjetisch besetzten Gebieten und Wohnungslose waren auf der Suche nach einer neuen Bleibe. Die Zerstörung deutscher Städte stellte Hohn (1990) folgendermaßen dar:

„Der Wohnungsverlust in den Mittel- und Kleinstädten mit 10.000 bis 100.000 Einwohnern lag in den vier Zonen bei 11%. Während alle westlichen Zonen höhere Werte aufwiesen, verloren die Mittel- und Kleinstädte der SBZ lediglich 5% ihres Vorkriegswohnungsbestandes durch Totalschäden. Ein vergleichbares Bild zeigen die Verluste in den Landstädten und –gemeinden unter 10.000 Einwohnern, die in der SBZ nur einen Wert von 2% erreichen, in der Britischen Zone dagegen eine Abnahme von 11% bedingen.“⁶¹

Von Kriegsschäden betroffen waren in erster Linie Kleinstädte im westlichen und nordöstlichen Grenzgebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland. Die meisten Kleinstädte waren im Gegensatz zu größeren Städten unversehrt und wurden deshalb zum Anlaufpunkt für Flüchtlinge.⁶²

Hieraus resultierten für Kleinstädte in der Nachkriegszeit soziale Belastungen. Der vorhandene Wohnraum genügte dem Flüchtlingsstrom nicht. Hygienische Verhältnisse verschlechterten sich und es entstanden soziale Brennpunkte in den modernisierungsbedürftigen Wohnquartieren der Kleinstädte. Lösungsansätze für die Krise der Städte wurden durch die Währungsreform und das „Not- und Sofortprogramm“ von 1946 geschaffen, die ihre Priorität im ländlichen Raum hatten und die Nahrungsmittelversorgung sichern sollten.⁶³

⁵⁹ HANNEMANN, CHRISTINE: Marginalisierte Städte, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2004, S.54.

⁶⁰ Vgl. ebd., S.55.

⁶¹ HOHN, UTA: Die Zerstörung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg, Dortmund Vertriebs für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund 1991, S.60.

⁶² Vgl. HERRENKNECHT, ALBERT; WOHLFARTH, JÜRGEN (HRSG.): PRO-REGIO-ONLINE 2/2004, ThemenSchwerpunkt Kleinstädte (Teil I), S.20f.

⁶³ Vgl. ebd., S.21f.

In soziokultureller Hinsicht entstanden weitere Probleme aufgrund der hohen Zahl an Migranten:

„Der Zustrom ortsfremder Menschen sprengte die vormals intime Atmosphäre einer in sich geschlossenen Kleinstadtgemeinschaft: Bisher meist ein-konfessionelle Gemeinschaften wurden nun mit bi-konfessionellen Kulturen konfrontiert. Lokale Bräuche wurden mit mitgebrachtem Brauchtum und fremder Tracht konterkariert. Die Bildung von Wohngettos beförderte die Blockbildung der Kulturen und behinderte die angestrebte Integration.“⁶⁴

So wurden kleinstädtische Sozialstrukturen zerstört, die sich in den Jahrhunderten zuvor herausgebildet hatten. Für die langfristige Integration der Flüchtlinge bestanden zwei Prioritäten: Einerseits musste, wie im gesamten Deutschland, wieder ein eigenständiger Wirtschaftskreislauf etabliert werden. Andererseits musste neuer Wohnraum geschaffen werden. Die Währungsreform stellte ökonomische Sicherheit her und lieferte eine Grundlage, auf der die benötigte Arbeitskraft gehandelt werden konnte.⁶⁵

Die beginnende Zeit des Wirtschaftswunders brachte einen wesentlichen Wandel für die Struktur des Siedlungstyp Kleinstadt mit sich: Es wurden viele Gebäude in kurzer Zeit errichtet – mit der Folge, dass neben dem alten Stadtkern neue Subzentren entstanden. Durch die Flüchtlinge, die ein relativ großes Potenzial an Arbeitskräften vor Ort darstellten, ergab sich die Gelegenheit, Industrialisierungsprozesse nachzuholen.⁶⁶

„Mit diesem gut ausgebildeten Potenzial an Arbeitskräften, mit diesen arbeitsmotivierten Umsiedlern, mit dem Umzug ganzer Industriezweige aus dem Osten (z.B. Carl-Zeiss nach Oberkochen oder die Thüringer Glasindustrie nach Wertheim) konnte der Sprung ins Industriezeitalter nun gelingen. In großen Teilen der Bundesrepublik Deutschland begann so tatsächlich die ‚zweite Welle‘ der Industrialisierung der Kleinstädte nach 1945.“⁶⁷

Neue Industrien wurden in der Regel am Rande der Städte angesiedelt. Dies geschah bis in die 1960er Jahre hinein. Mit der allgemeinen Aufwertung der Kleinstadt entstanden sodann weitere Probleme: Das Straßennetz war durch den zunehmenden Individualverkehr überlastet, das Abwassersystem und die Stadtstruktur nicht auf die wachsende Einwohnerzahl ausgelegt. Die innerhalb von Stadtmauern angelegten Kleinstädte hatten mussten sich aufgrund des Wachstums mit räumlichen Fragen befassen.⁶⁸

⁶⁴ Vgl. ebd., S.23.

⁶⁵ Vgl. ebd., S.23.

⁶⁶ Vgl. ebd., S.24.

⁶⁷ Ebd., S.24.

⁶⁸ Vgl. ebd., S.25f.



2.4.3 Entwicklungen seit den 1960er Jahren

Die Entwicklungen, die in den 1960er Jahren ihren Anfang nahmen, veränderten die Gestalt der Kleinstadt des Mittelalters und der Neuzeit. Dieser Prozess ist im Kontext der allgemeinen Verstädterung (Auslöser: ländlicher Strukturverfall, steigende Automobilität, Zwang zur Schaffung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze) zu sehen, die im Zuge des allgemeinen industriellen Wohlstands eine Folge des Wirtschaftswunders war.⁶⁹ Weiterhin spielten kommunale Notwendigkeiten (Sanierungsdruck, autogerechte Verkehrsplanung, Ausdehnung der Siedlungsfläche) und Modernisierungsbestrebungen (Anschluss des Handels an das allgemeine Konsumniveau, Modernisierung des Stadtbildes, Errichtung städtisch-moderner Funktionsgebäude) eine Rolle bei der Modernisierung der Kleinstadt.

Die zu Beginn der 1960er Jahre bestehenden Strukturprobleme der Kleinstädte führten dazu, dass die Innenstädte Einwohner verloren, sobald die es sich leisten konnten, Eigenheime am Stadtrand zu bauen.⁷⁰ Kolb (2007) stellt außerdem fest, dass der Abwanderungsdruck anders als in Großstädten nicht aus ökonomischem Zwang heraus entstand, sondern durch den Wunsch nach Verbesserung der eigenen Lebenssituation. Der innerstädtische Wohnraum in Kleinstädten wurde als Folge dessen und im Einklang mit dem bestehenden Sanierungsbedarf von einkommensschwächeren Gruppen in Anspruch genommen.⁷¹

Der innerstädtische Einzelhandel war durch das kontinuierlich steigende Konsumniveau zur Vergrößerung seiner Geschäftsflächen gezwungen, was die Modernisierung der Innenstadt weiter vorantrieb. Dies wiederum hatte den Verlust zentraler Wohnflächen zur Folge. Der Abwanderungswunsch der Bewohner und das Ausdehnungsbestreben des Einzelhandels leiteten durch ihr Zusammentreffen den raumplanerischen Prozess der Entmischung der Kernstadt ein: Während der Konsum und andere wesentliche Funktionen (z.B. Verwaltung) im Zentrum blieben, wurde moderner Wohnraum an den Rändern der Kernstadt neu geschaffen.⁷²

Die baulichen Modernisierungen vernichteten einerseits historischen Gebäudebestand. Andererseits bewirkten sie den sichtbaren Wandel der Kleinstadt zu Orten der Industriegesellschaft. Dies spiegeln seit dem auch die stärker konsumorientierten Innenstädte wider.

Auch der rapide ansteigende Individualverkehr erzwang die Modernisierung der Kleinstadt. Je mit dem Ansteigen des Verkehrs ging die Notwendigkeit einher Parkraum zu

⁶⁹ Vgl. KOLB, ANNETTE: Die Kleinstadt auf dem Weg in die Moderne, In: HERRENKNECHT, ALBERT; WOHLFARTH, JÜRGEN (HRSG.): PRO-REGIO-ONLINE 4/2007, ThemenSchwerpunkt Kleinstädte (Teil III), S.57f.

⁷⁰ Vgl. HERRENKNECHT, ALBERT; WOHLFARTH, JÜRGEN (HRSG.): PRO-REGIO-ONLINE 2/2004, ThemenSchwerpunkt Kleinstädte (Teil I), S.30.

⁷¹ Vgl. KOLB, ANNETTE: Die Kleinstadt auf dem Weg in die Moderne, In: HERRENKNECHT, ALBERT; WOHLFARTH, JÜRGEN (HRSG.): PRO-REGIO-ONLINE 4/2007, ThemenSchwerpunkt Kleinstädte (Teil III), S.58.

⁷² Vgl. ebd., S.58.

schaffen und Straßen anzupassen. Der Vergleich von Kleinstädten in den neuen und alten Bundesländern zeigt auch heute noch, dass sich das Erscheinungsbild der bundesrepublikanischen Kleinstadt seit den 1960er Jahren einschneidend verändert hat:

„Der Hochbau mit Flachdach wird zum Symbol der Moderne. Mit diesem Trend fingen in der Regel die Gewinner des Wiederaufbaus, die Banken in den Kleinstädten, an: die Sparkassen, Volksbanken und Filialen der Landesbanken stellten in den 1960er und 1970er Jahren vielerorts ihren majestätischen Betonklotz mitten in die Stadt. Die Stadtverwaltung zog nach und modernisierte im gleichen Stil: Das neue Rathaus, die neue Stadthalle, das neue Krankenhaus, das neue Schwesternwohnheim, hatten ebenfalls diese Mischung aus Stahl, Beton, Glas und Kiesdach. Neue Funktionsbauten folgten diesem Stil: Die Rettungswachen von Feuerwehr und Rotem Kreuz, das neue Domizil der Polizei und das modernisierte Arbeitsamt.“⁷³

In ökonomischer Hinsicht veränderte sich die Kleinstadt ebenfalls: Es entwickelten sich neue Gewerbegebiete am Rand der Stadt. Flächenintensive Gewerbe (z.B. Bau, Kfz) siedelten in diese neuen Lagen um. Größere städtische Verwaltungsneubauten wurden dort ebenfalls errichtet. Alte Industrien oder Gewerbe (z.B. Betriebe landwirtschaftlicher Veredelung, Produktion) sowie die Eisenbahn, die viele Kleinstädte an das Verkehrsnetz des 19. und frühen 20. Jahrhunderts angeschlossen hatte, gingen in dieser Zeit verloren und ließen für die Kleinstädte so die Herausforderung ökonomischer Neustrukturierung aufkommen. Entwicklungsperspektiven im außerlandwirtschaftlichen Bereich mussten erschlossen werden.

Während Landwirtschaft für viele Kleinstädte weiterhin prägend blieb, fand durch die Verbesserung industrieller Produktionstechniken eine Freisetzung an Arbeitskräften statt, die aufgefangen werden musste. Dies konnte im ländlichen Raum häufig durch Bundeswehr oder neue Verkehrsinfrastrukturen geschehen.

Beides brachte Investitionen und Arbeitsplätze in die Regionen, was zunächst der Bauindustrie und später dem Einzelhandel zu Gute kam. Neue Verkehrsinfrastrukturen entlasteten zusätzlich die Innstädte. Ein wichtiger Wirkungszusammenhang war außerdem, dass Autobahnen eine ähnliche Rolle übernahmen wie das Schienennetz im 19. Jahrhundert. Die Bundeswehr wurde in einigen Kleinstädten zum Wachstumsmotor, was ab den 1990er Jahren zu noch andauernden Problemen führte, da im Zuge der verringerten Bedrohungspotenziale Bundeswehrstandorte geschlossen oder verkleinert werden.⁷⁴

Die Entwicklung der Kleinstädte weist in der Nachkriegszeit eine deutliche Ausdehnung ins Umland auf. Dem trug man Mitte der 1970er Jahre mit Kommunalreformen Rech-

⁷³ Vgl. HERRENKNECHT, ALBERT; WOHLFARTH, JÜRGEN (HRSG.): PRO-REGIO-ONLINE 2/2004 ThemenSchwerpunkt Kleinstädte (Teil I), S.38.

⁷⁴ Vgl. ebd., S.41.



nung, die aus Landkreiszusammenlegungen und Eingemeindung kleinerer Orte bestanden.

„Die Kreiszusammenlegung brachte für die neue zentrale Kreisstadt, die ja vorher eine alte gewesen war und bereits über eine solche Verwaltungsstruktur verfügte, eine Aufwertung und eine Ausweitung der Verwaltungseinrichtungen. [...] Die unterlegene Kreisstadt nutzte die nicht mehr gebrauchten Gebäude, um dort ihre nun durch die Eingemeindungen angewachsene Verwaltung unterzubringen, oder die vorherrschende Raumnot zu entzerren.“⁷⁵

Folge der Kommunalreformen war, dass sich politische Machtgefüge und Zentralitätsbeziehungen der Kleinstädte zueinander und zu ihrem Umland veränderten.⁷⁶ Hierdurch sowie durch die Eingemeindung von Dörfern wurde die Sozialstruktur vieler Kleinstädte städtischer.⁷⁷

Der Wohlstand des Wirtschaftswunders schlug sich bundesweit im zunehmenden Bau von Ein- oder Mehrfamilienhäuser am Rand der Städte nieder. Kleinstädte konnten in ländlichen Regionen selbst das Zentrum einer solchen Entwicklung sein oder wurden Teil des suburbanen Raumes, wenn sie in der Nähe größerer Städte lagen. Bisher agrarisch genutzte Flächen wurden in Wohn- und Gewerbegebiete umgewandelt.

„Die bedeutende Entwicklung des suburbanen Raumes durch den Eigenheimbau, teils in Anlehnung an bestehende ländliche Siedlungskerne, teils als Zersiedelung, stand in deutlichem Kontrast zu einer fehlenden (entsprechenden) Suburbanisierung in der früheren DDR. Im Vergleich zur Entwicklung der Wohnbevölkerung und Erwerbstätigen wuchs die Siedlungsfläche innerhalb der Bundesrepublik in den 1960er und 1970er Jahren überproportional an.“⁷⁸

Damit wird ein weiterer Punkt in Bezug auf die Veränderung des Siedlungstyps deutlich: Durch den ökonomischen Wandel und Kommunalreformen ergab sich der Trend zum Eigenheim und einer neuen raumstrukturellen Situation der Kleinstadt. Einerseits wächst die bebaute Fläche, andererseits besteht – je nach Lage – die Möglichkeit, dass Kleinstädte in eine größere suburbane Stadtlandschaft integriert werden. Diese Entwicklungen sind seit den 1970er Jahren feststellbar, wobei aufgrund der veränderten demographischen Situation der Bundesrepublik Deutschland und der Gesetzesgrundlage zur Eigenheimförderung eine deutliche Abschwächung dieses Prozesses in Sicht ist.

⁷⁵ Vgl. ebd., S.43.

⁷⁶ Vgl. BROMBACH, KAROLINE; JESSEN, JOHANN: Die Kleinstadt im Suburbanisierungsprozess, In: ZIMMERMANN, CLEMENS (HRSG.): Kleinstadt in der Moderne, Thorbecke Verlag, Ostfildern 2003, S.186.

⁷⁷ Vgl. KOLB, ANNETTE: Die Kleinstadt auf dem Weg in die Moderne, In: HERRENKNECHT, ALBERT; WOHLFARTH, JÜRGEN (HRSG.): PRO-REGIO-ONLINE 4/2007 ThemenSchwerpunkt Kleinstädte (Teil III), S.59.

⁷⁸ HEINEBERG, HEINZ: Stadtgeographie, Schöningh Verlag, Paderborn 2006, S.237.



2.4.4 Die Kleinstadt der DDR

Stadtentwicklung in der DDR verlief systemabhängig anders als in Westdeutschland. Das sozialistisch-planwirtschaftliche Gesellschaftssystem prägte das Bild der Raumplanung. Einfamilienhäuser waren in der DDR selten zu finden, wohingegen selbst in Kleinstädten Plattenbausiedlungen geschaffen wurden. Diese unterschiedlichen Entwicklungen nahmen schon Ende der 1940er Jahre ihren Anfang. Der freie Markt im Westen führte zu privatem Wiederaufbau, der ein hohes Maß an Effizienz entfaltete. In der sowjetischen Besatzungszone wurde im Juni 1948 jegliche private Bautätigkeit untersagt.⁷⁹

In Ostdeutschland finden sich von jeher mehr Kleinstädte als in Westdeutschland. Eine hohe Dichte findet man in der Region um Chemnitz sowie um Leipzig und Berlin.

Die ostdeutschen Kleinstädte begründen eine siedlungsstrukturelle Besonderheit der deutschen Stadtlandschaft. „Da diese in der DDR-Zeit im Windschatten der staatlich geplanten Entwicklung lagen, konnten sie vielfach ihre historische Altstadt erhalten.“⁸⁰

Die Siedlungspolitik der DDR wurde durch die Einteilung in sieben Siedlungskategorien bestimmt (siehe Abbildung 2.6). Kleinstädte fielen in die Kategorie 4, die ihrerseits noch einmal nach Zentrumsfunktionen in drei Unterkategorien unterteilt war.

Abbildung 2.6: Siedlungskategorien der DDR

Siedlungskategorie	
1	Hauptstadt Berlin (komplette Ausstattung)
2	Großstädte (komplette Ausstattung)
3	Mittelstädte (komplexe Ausstattung)
4	Kleinstädte und ausgewählte große Dörfer (erweiterte Grundausstattung)
darunter	
4a	Kleinstädte mit Zentrumsfunktion (z.T. komplexe Ausstattung)
4b	Kleinstädte ohne Zentrumsfunktion (erweiterte Grundausstattung)
4c	Große Dörfer mit Zentrumsfunktion (erweiterte Grundausstattung)
5	Große Dörfer (Grundausstattung b)
darunter	
5a	Große Dörfer mit ausgeprägter Umlandfunktion (z.T. erweiterte Grundausstattung)
5b	Große Dörfer ohne ausgeprägte Umlandfunktion (Grundausstattung b)
6	Kleine Dörfer und Wohnplätze
darunter	
6a	Kleine Dörfer mit stabilen gesellschaftlichen Funktionen (Grundausstattung a)
6b	Kleine Dörfer mit rückläufigen gesellschaftlichen Funktionen (Grundausstattung a)
6c	Kleinstsiedlungen (Grundausstattung a)
7	Kleinstsiedlungen mit unzureichenden Lebensbedingungen

Quelle: In Anlehnung an HANNEMANN, CHRISTINE: Urbanistische Probleme und kulturelle Perspektiven der ostdeutschen Kleinstadtentwicklung, In: ZIMMERMANN, CLEMENS (HRSG.): Kleinstadt in der Moderne, Thorbecke Verlag, Ostfildern 2003, S.168.

⁷⁹ Vgl. ebd., S.229f.

⁸⁰ HANNEMANN, CHRISTINE: Urbanistische Probleme und kulturelle Perspektiven der ostdeutschen Kleinstadtentwicklung, In: ZIMMERMANN, CLEMENS (HRSG.): Kleinstadt in der Moderne, Thorbecke Verlag, Ostfildern 2003, S.157.



Nach diesen Siedlungskategorien wurden Maßnahmen der Stadtentwicklung für einzelne Siedlungen festgelegt. Mit jeder Kategorie waren Ausstattungsnormen verbunden, die im Sinne zentraler Orte definiert wurden. Die Entwicklungspolitik der DDR war bezogen auf die Maxime der Wirtschafts- und Strukturpolitik. Auch die Kleinstädte sollten deshalb weitestgehend zu Industriestandorten ausgebaut werden:

„Wichtigster stadtbildender Faktor in kleinen Mittelstädten und Kleinstädten ist die Industrie. Das Industrieprofil dieser Städte ist nach der Betriebsgrößenstruktur zu meist durch eine Vielzahl kleinerer und in der Regel durch einen, seltener durch mehrere Großbetriebe, geprägt. Veränderungen in der Entwicklungsdynamik, insbesondere der größeren Betriebe, haben infolge der vergleichsweise geringen Einwohnerzahl und flächenmäßigen Stadtausdehnung spürbare Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung und die sozialdemografische Struktur der Wohnbevölkerung, die Stadtstruktur und Flächennutzung als in größeren Städten.“⁸¹

Trotz der Siedlungskategorien erfolgte die Entwicklung der DDR-Kleinstadt nur mangelhaft. Hannemann (2004) merkt an, dass die Siedlungskategorie 4 meist durch das Planungsraster fiel, da Bebauungspläne und Gestaltungskonzeptionen fehlten. Gerade die Vielzahl der ostdeutschen Kleinstädte und ihre regionalen Eigenheiten machten eine allgemeine Planung für diesen Siedlungstyp schwierig.⁸² Man konzentrierte sich in der DDR in erster Linie auf die Entwicklung von Großstädten, weil die zentralistische Planung nicht die Kapazitäten besaß, alle Entwicklungsbedürfnisse im Land abzudecken. Niedermeyer schreibt hierzu:

„Je näher die Kleinstädte im Einzugsbereich von großen Zentren lagen, desto besser waren die Chancen, als Siedlungsschwerpunkt ausgebaut zu werden. Leer gingen in dieser Lagesituation dennoch die Kleinstädte aus, die keinerlei Planungsausbau erfuhren und durch die Nähe zum Zentrum unter Übersprungeffekten des Versorgungs- und Bevölkerungsabzugs litten.“⁸³

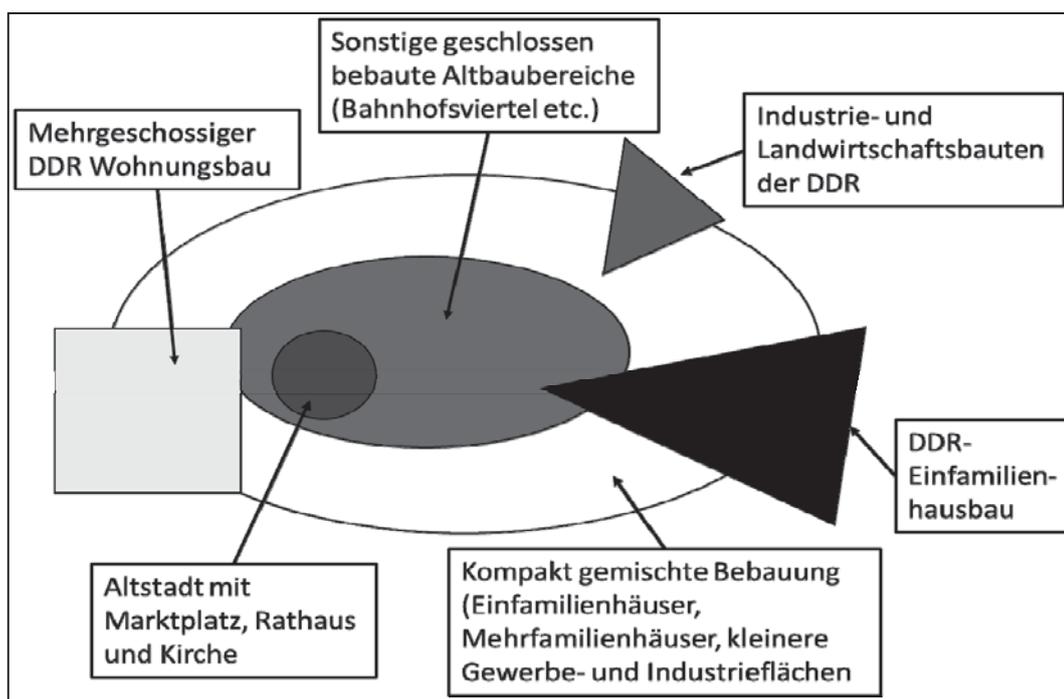
Kleinstädte erfuhren nur dann städtebauliche Entwicklungen, wenn sie im Zuge der Gebietsreform 1952 zu Kreisstädten erhoben wurden, bzw. Wirtschafts- oder Militärstandorte waren.⁸⁴ Betrachtet man die Funktionsstruktur der DDR-Kleinstadt, fallen einige Besonderheiten im Gegensatz zur Bundesrepublik auf (vgl. Abbildungen zur Funktionsgliederung 2.5 und 2.7).

⁸¹ ROSENKRANZ, CHRISTA: Zur städtebaulichen Leitplanung von Mittel- und Kleinstädten. In: Architektur der DDR: Jg.38, Nr.3, 1989, S. 24.

⁸² Vgl. HANNEMANN, CHRISTINE: Marginalisierte Städte, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2004, S.59.

⁸³ NIEDERMEYER, MARTIN: Zur Theorie der Kleinstadt und Peripherie. Geogr. Institut Uni Würzburg, Würzburg 2000, S.113.

⁸⁴ Vgl. HANNEMANN, CHRISTINE: Marginalisierte Städte, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2004, S.64.

Abbildung 2.7: Schematisches Modell der DDR-Kleinstadt

Quelle: Eigener Entwurf, in Anlehnung an HANNEMANN, CHRISTINE: Marginalisierte Städte, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2004, S.70.

Die DDR-Kleinstadt verfügt über eine wenig veränderte, baustrukturell mittelalterlich geprägte Innenstadt. Diese wurde, sofern Bautätigkeiten in relevantem Maß erfolgten, durch neue, monostrukturell geprägte Wohn- oder Industriegebiete am Stadtrand erweitert. Gewerbegebiete und innerstädtische Aufwertungen der Baustruktur gab es nicht. Werner (1985) charakterisiert die Entwicklung der DDR-Kleinstadt wie folgt:

„Der Siedlungskörper und das Zentrum der kleinen Städte haben nur kleine Neubaugebiete aus den Zeitabschnitten, in denen ihre ansässige Industrie kurzfristig gefördert wurde. Seit den 70er Jahren schließen sich meist kleinere Eigenheimbebauungen an. Die räumliche Struktur dieser Städte und vor allem ihrer Industrie blieben seit der Vorkriegszeit, damit oft über ein halbes Jahrhundert, unverändert. Die Zentren und Einkaufsstraßen sind trotz ihrer zentralörtlichen Bedeutung ebenfalls noch vom alten Baubestand geprägt.“⁸⁵

Es wird deutlich, dass die Entwicklung der Kleinstädte kein übergeordnetes Thema für die sozialistische Städtebauplanung darstellte. Erst in den 1970er und 1980er Jahren wurden Kleinstädte zunehmend als Problembereiche angesehen. Zu dieser Zeit war die Siedlungskategorie 4 von starken Bevölkerungsverlusten geprägt. Die Raumstruktur der DDR wies deutliche Zentralisierungsprozesse auf, sodass – je geringer die Größe der Städte war – Bevölkerungsverluste umso deutlicher spürbar waren. Dieser Prozess

⁸⁵ WERNER, FRANK: Die Raumordnungspolitik der DDR. Vincentz Verlag, Hannover 1985, S.372.



stellt sich als gegensätzliche Entwicklung zum Westen dar, wo Suburbanisierung zumindest die Umlandgemeinden der Agglomerationen stärkte.

Neben den Bevölkerungsverlusten traten Probleme wirtschaftlicher und sozialer Art auf. Mitunter konnte in den 1980er Jahren die Güterproduktion kleinstädtischer Betriebe nicht mehr aufrecht erhalten werden, da qualifizierte Arbeitskräfte fehlten und die Bevölkerung der Städte überalterte. Untersuchungen der DDR-Stadtforschung wiesen eine Zunahme von räumlich basierten sozialen Unterschieden nach. Diese wirkten der Ausbildung einer homogenen kommunistischen Gesellschaft entgegen.

In Kleinstädten dominierten schwere körperliche Arbeiten in Landwirtschafts- und Industriebetrieben, während in Großstädten, vor allem in Berlin und den Universitätsstädten, ein Schwerpunkt auf geistiger Arbeit lag. Das war ein weiterer Grund für die Abwanderung der Bevölkerung.⁸⁶

Neben dem Großstadt-Kleinstadt-Gefälle und den demographischen Verlusten waren auch die Konsequenzen der planerischen Vernachlässigung für die Kleinstädte von Belang. Niedermeyer stellt dazu eine Liste der Mängel auf:⁸⁷

- unzureichende zersplitterte ökonomische Basis
- geringe Attraktivität der Arbeitsplätze
- unzureichende Komplexität und Kapazität der sozialen Infrastruktur
- zunehmender Verschleiß der Bausubstanz, besonders in den historischen Stadtkernen
- mangelnde bzw. fehlende technische Infrastruktur, insbesondere Abwasserbehandlung und Wasserversorgung, keine leistungsfähige Energie- und Wärmeversorgung
- daraus resultierende unbefriedigende Wohnraumbedingungen
- starke Umweltbelastungen durch Durchgangsverkehr
- Verschlechterung der ÖPNV-Verkehrsverbindungen zu den übergeordneten Zentren und zu ihrem Umland.

Mit der Wiedervereinigung trat der gesamte Osten Deutschlands und mit ihm auch die Kleinstädte in einen schwierigen Prozess der Anpassung an das kapitalistische System mit weitreichenden ökonomischen, sozialen und politischen Dimensionen ein.

⁸⁶ Vgl. HANNEMANN, CHRISTINE: *Marginalisierte Städte*, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2004, S.62f.

⁸⁷ Vgl. NIEDERMEYER, MARTIN: *Zur Theorie der Kleinstadt und Peripherie*. Geogr. Institut Uni Würzburg, Würzburg 2000, S.113.



2.4.5 Entwicklungen Ende des 20. Jahrhunderts

Während die Kleinstädte der DDR in den 1980er Jahren nur wenige Veränderungen erfuhren, wurde in westdeutschen Kleinstädten postmoderner Gesellschaftswandel relevant:

„Dieser war geprägt von weltweiter Aufrüstung, heraufziehender Ökokrisen und sozialen Bindungsverfall. Gerade Kleinstädte hatten diesem Trend durch ihre spezifische Sozialstruktur einiges entgegenzusetzen. Kleinstädtische Enge, soziale Dichte und Gemütlichkeit wurden zu einer Qualitätsmarke.“⁸⁸

Das, was Ulrich Beck (1986) einige Jahre später als „Risikogesellschaft“ bezeichnete, zeigte sich schon Anfang der 1980er Jahre in vielen Kleinstädten. Kleinstädte hatten sich um Militär und Autobahnen als Entwicklungsträger bemüht. Im Kontext gesellschaftlicher Strömungen in den 1980er Jahren (Friedens- und Ökobewegungen) wurde dies nun als Fehler wahrgenommen: Das Militär schuf Gefahrenpotenziale, Autobahnen und Industrie trugen zur Umweltverschmutzung bei. Die Kleinstadt war in der 2. industriellen Moderne angekommen. Die damit einhergehenden Probleme wurden nun sichtbar.⁸⁹

Stadtstrukturelle Neuplanung hatte führten durch die Auslagerung von Wohnfunktionen zu entleerten Innenstädten.⁹⁰ Die Folge war ein raumplanerischer Paradigmenwechsel hin zur erneuten Funktionsmischung:

„Die Entmischung und Funktionstrennung innerhalb des Kleinstadtraumes musste gestoppt werden. Die Nahräume sollten durch soziale und funktionale Neu- oder Wiedervermischung wieder anregungsstärker und interessanter gemacht werden. Zentral belegte und frequentierte Anlaufsorte sollten wieder multifunktional (als Arbeits-, Wohn- und Freizeitraum) gestaltet werden.“⁹¹

Das Wohnen in der Stadt wurde gefördert und Wohnraum saniert. Weiterhin entstanden in der Innenstadt erneut Gewerberäume für Dienstleistungen (z.B. Fahrschulen, Reisebüros, Steuerberater). Durch Verweilmöglichkeiten und Straßencafés wurde versucht neue Belegungen zu schaffen. Eine durch „Sehen und Gesehen werden“ sollte eine neue postmoderne Öffentlichkeit geschaffen werden.⁹² Erneute innerstädtische Wohnfunktionen machten eine bessere Nahversorgung erforderlich. Es entstanden Supermärkte in stadtnahen Neubaugebieten.

⁸⁸ KOLB, ANNETTE: Die Kleinstadt auf dem Weg in die Moderne, In: HERRENKNECHT, ALBERT; WOHLFARTH, JÜRGEN (HRSG.): PRO-REGIO-ONLINE 4/2007, ThemenSchwerpunkt Kleinstädte (Teil III), S.63.

⁸⁹ Vgl. HERRENKNECHT, ALBERT; WOHLFARTH, JÜRGEN (HRSG.): PRO-REGIO-ONLINE 2/2004, ThemenSchwerpunkt Kleinstädte (Teil I), S.54.

⁹⁰ Vgl. ebd., S.55.

⁹¹ Vgl. ebd., S.55.

⁹² Vgl. ebd., S.58.



„Daneben lässt sich bei den insgesamt vorhandenen Ladengeschäften eine Zunahme der Läden des täglichen Bedarfs von der Stadtmitte zu den Außenbezirken feststellen (vgl. Stewig 1987, S. 206). Außerdem entstanden am Stadtrand erste Baumärkte, Möbelhäuser, zumeist in Hand von Familienbetrieben aus der Altstadt, die aus Platzmangel an den Stadtrand zogen. Viele neue Geschäfte zogen nach, wie reine HiFi- und Plattenläden, [...] Spielwarengeschäfte, [...] Fahrradläden, Kleindruckereien mit Buchbindeabteilung, Bildergalerien. Aber auch Tee- und Exotik-Läden, Buchläden mit progressiverem Angebot, zumeist geführt von Kleinstadtaktivisten aus den 1970ern.“⁹³

Im Kontrast zur Globalisierung entstand in der Kleinstadt ein Trend zur Historisierung und Beschwörung der alten Geborgenheit und Gemütlichkeit. Alte Gebäude wurden saniert und die Geschichte der Städte in Museen dargestellt. Diese Inwertsetzung konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Kleinstädte ihre präindustrielle Homogenität der Siedlungsstruktur verloren hatten.⁹⁴

Kolb (2007) ist der Meinung, dass der kleinstädtische Historismus aus dem Wunsch entstand, „verlorengegangenes Gemeinschaftsleben, Identität und Brauchtum in die Gegenwart zurückzuholen. Alte Sozial- und Funktionszusammenhänge sollten wiederbelebt werden.“⁹⁵ Dies ist als Reaktion auf eine zunehmend komplexer werdende Lebenswelt, die Ulrich Beck (1986) beschreibt, zu verstehen.

Das ausgehende 20. Jahrhundert stellte die Kleinstädte mit den Folgen der deutschen Einheit, dem steigenden Globalisierungsdruck und soziokulturellen Veränderungen vor weitere Herausforderungen.

„[Gleichzeitig] erschienen die 1990er Jahre im positiven Licht einer „sanften Verstädterung“, die zwar die Modernisierung weitertrieb, aber dabei auch stets eine „reflexive Verkleinstädterung“ einer eigenständigen Regio-City-Entwicklung praktizierte. Die Positionierung innerhalb der immer dominanter werdenden Globalisierung, die Standortfindung innerhalb der Neubildung des Regionalen, aber auch die Frage nach einer kleinstädtischen Identität zwischenlandstädtischer Tradition und großstädtischer Orientierung, markieren das Bewegungs-Dreieck, in dem sich die Kleinstadtentwicklung im letzten Jahrzehnt vor der Jahrtausendwende vollzog.“⁹⁶

Die sich verändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen prägten die Kleinstadtentwicklung in West- und Ostdeutschland in unterschiedlicher Art.

⁹³ KOLB, ANNETTE: Die Kleinstadt auf dem Weg in die Moderne, In: HERRENKNECHT, ALBERT; WOHLFARTH, JÜRGEN (HRSG.): PRO-REGIO-ONLINE 4/2007, ThemenSchwerpunkt Kleinstädte (Teil III), S.66.

⁹⁴ Vgl. HERRENKNECHT, ALBERT; WOHLFARTH, JÜRGEN (HRSG.): PRO-REGIO-ONLINE 2/2004, ThemenSchwerpunkt Kleinstädte (Teil I), S.60.

⁹⁵ KOLB, ANNETTE: Die Kleinstadt auf dem Weg in die Moderne, In: HERRENKNECHT, ALBERT; WOHLFARTH, JÜRGEN (HRSG.): PRO-REGIO-ONLINE 4/2007, ThemenSchwerpunkt Kleinstädte (Teil III), S.64.

⁹⁶ HERRENKNECHT, ALBERT; WOHLFARTH, JÜRGEN (HRSG.): PRO-REGIO-ONLINE 2/2004, ThemenSchwerpunkt Kleinstädte (Teil I), S.72.



Das differenzierte kleinstädtische Konsumangebot in Westdeutschland wurde durch Discounter und Ketten verändert. Kaufkraft strömte aufgrund hoher individueller Mobilität in die Shopping Malls der Großstädte und auf der grünen Wiese ab. Diese Entwicklung sowohl im Westen als auch nachholend im Osten hält bis heute an.⁹⁷

Durch die strukturellen Probleme der Kleinstadt der ehemaligen DDR entstand zu Beginn der 1990er Jahre der Bedarf, Transformationsprozesse zu initiieren. Diese beziehen sich auf das Wirtschafts-, Gesellschafts- und Planungssystem sowie auf die spezifischen Rahmenbedingungen der ostdeutschen Städte, die hohe Problemkomplexität aufwiesen. Zu nennen sind der wirtschaftliche Strukturwandel und die damit verbundene Abwanderung von Bevölkerung, hohe Arbeitslosigkeit, gravierende städtebauliche Probleme, Wanderung auf Mikroebene (von den Kernstädten in Ein- und Mehrfamilienhäuser an den Stadträndern) und vielfältige Umweltprobleme.⁹⁸

In diesem Prozess, der Großstädte und Kleinstädte in Ostdeutschland weiterhin betrifft, konnte es nur wenige Gewinner geben. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung entwickelten sich starke Konkurrenzkämpfe zwischen Kommunen, in denen gerade die kleineren nur geringe Chancen auf die ohnehin dürftigen Entwicklungspotenziale hatten. Umlandgemeinden größerer Städte hatten dabei Wettbewerbsvorteile gegenüber den Kernstädten, da sie in der Regel über schnell aktivierbare Flächenpotentiale verfügten. So waren Investitionen leichter möglich und Entscheidungen wurden schneller getroffen.⁹⁹ Das hat sich geändert. Zwar steht das Umland größerer Städte durch Suburbanisierung und Wirtschaftsansiedlungen vergleichsweise gut da, doch holen die Kerngebiete der größeren ostdeutschen Agglomerationen zunehmend auf. Die ländlichen Regionen unterliegen noch immer Schrumpfungsprozessen, die aus den genannten Entwicklungsproblemen resultieren.

Hannemann (2003) fasst zusammen, dass die Entwicklungsherausforderungen der ostdeutschen Kleinstadt hoch sind. Der wirtschaftliche Strukturwandel wirke als Deökonomisierungsprozess und führe zur Erosion der wirtschaftlichen Basis. Dazu komme der Verlust ehemals zentraler Funktionen, z.B. als Standort von Bildungseinrichtungen, Verwaltungen und Wirtschaftsunternehmen. Weiter geht sie davon aus, dass die Konkurrenz der großen Einkaufszentren, Binnenmigration und die Zunahme des motorisierten Individualverkehrs den generellen Funktionsverlust der Kleinstädte verstärken.¹⁰⁰

⁹⁷ Vgl. Ebd., S.72f.

⁹⁸ Vgl. HEINEBERG, HEINZ: Stadtgeographie, Schöningh Verlag, Paderborn 2006, S.241.

⁹⁹ Vgl. Ebd., S.241.

¹⁰⁰ HANNEMANN, CHRISTINE: Urbanistische Probleme und kulturelle Perspektiven der ostdeutschen Kleinstadtentwicklung, In: ZIMMERMANN, CLEMENS (HRSG.): Kleinstadt in der Moderne, Thorbecke Verlag, Ostfildern 2003, S.174.



2.5 Die deutsche Kleinstadt zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Die deutschen Kleinstädte bieten zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch regionsabhängige Unterschiede ein heterogenes Bild. Gleichzeitig bietet jedoch die historische Perspektive den Blick auf gemeinsame und übergeordnete Entwicklungslinien, sodass anhand verallgemeinernder Kriterien eine bundesweite Bewertung des Siedlungstyps Kleinstadt möglich ist.

Unter Berücksichtigung kleinstädtischer Funktionsausstattung und Stadtgrößenklassen ist es außerdem möglich, die Gestalt und Verteilung von Kleinstädten nachzuvollziehen und Schwerpunkte auszumachen. Das Ergebnis dieses Vorgehens sind verschiedene Kleinstadttypen, die sich innerhalb von vier Extremen definieren: Zunächst ist dies die Lage in den neuen oder alten Bundesländern. Aufgrund der differierenden historischen Entwicklung ab 1945 ergeben sich spezielle Problemzusammenhänge für beide Typen.

Die zwei weiteren Extreme definieren sich über Lage in Relation zu größeren Agglomerationsräumen. Wenn sich Kleinstädte in der Nähe von übergeordneten Zentren befinden, weisen sie andere Problemzusammenhänge auf als Kleinstädte im ländlichen Raum, die bei ähnlichen Größen, höhere Zentralitätsbedeutung für die umgebende Region haben.

Kurz nach der Wiedervereinigung stand in den ostdeutschen Kleinstädten der wohnungs- und städtebauliche Erneuerungsbedarf an erste Stelle der Stadtpolitik. Mit dem gleichzeitigen nahezu kompletten Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft, ging ein hoher Verlust an Arbeitsplätzen einher. Dies führte zu Migration von den neuen in die alten Bundesländer. Dieser Prozess verlangsamte sich in den folgenden Jahren wieder während das Problem eines ökonomisch strukturschwachen Raumes fortbestand.

Neben Deökonomisierung und Schrumpfung durch Abwanderung kommt als dritter Faktor der ostdeutschen Stadtentwicklung die Suburbanisierung hinzu: Der Wunsch nach einem Einfamilienhaus im Zuge neuer Wohnmobilität erfolgte in bis dahin unbekannter Dimension und Geschwindigkeit.

„Die neue Qualität der Schrumpfungsprozesse in Ostdeutschland ist gekennzeichnet durch die Konvergenz und wechselseitige Verstärkung verschiedener Rückbildungsprozesse. Deökonomisierung, Depopulation und Deurbanisierung erzeugen verkoppelt mit dem Abbau sozialstaatlicher Auffangmechanismen eine Abwärtsspirale, die als strukturelle Schrumpfung alle städtischen Lebensbereiche erfasst.“¹⁰¹

Hannemann (2004) ist weiterhin der Meinung, dass die spezifische ostdeutsche Kleinstadtentwicklung und die Probleme der Gegenwart für die Kleinstädte in den neuen

¹⁰¹ HANNEMANN, CHRISTINE: Marginalisierte Städte, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2004, S.97.



Bundesländern zu einer Kumulation von Problemlagen führt, denn „anders als Großstädte oder traditionelle Industriestandorte sind Kleinstädte von einer Überlagerung von Marginalisierungsschüben gekennzeichnet.“¹⁰²

Westdeutsche Kleinstädte erlebten diese Einschnitte nicht vergleichbar, da sie sich im westdeutschen Kapitalismus bis 1990 anders entwickeln konnten als es die ostdeutsche Planwirtschaft zuließ. Sie haben somit bessere Chancen, den gegenwärtigen sozioökonomischen Herausforderungen zu begegnen. Dennoch sind auch die westdeutschen Kleinstädte im Zuge der wachsenden Stadtkonkurrenz vor große Herausforderungen gestellt. Niedermeyer (2000) sieht zwei wesentliche Unterschiede der west- und ostdeutschen Kleinstadtentwicklung nach der Wende:¹⁰³

- Strukturelle Andersartigkeit der Suburbanisierungs- und Dispersionsvorgänge:
Die Geschwindigkeit der Suburbanisierung ließ oftmals keine konzeptionellen Vorplanungszeiträume und die Abfolge der räumlichen Funktionsverlagerung verlief anders unter dem hochdynamischen Zeitregime und unter den massiven externen Inputs von Kapital und Wissen.
- Die Rahmenbedingungen für endogene Entwicklungen unterscheiden sich strukturell:

„Während die klassischen Instrumente einer autonomen Entwicklungssteuerung auf kommunaler Ebene sich im Laufe der Zeit nur als bedingt nützlich erwiesen, ist die Einsicht zur Bereitschaft, neue informelle und endogene Verfahren aus diesem Erfahrungsvorsprung zu begrüßen, im Westen größer als in den jungen Kommunalautonomien der neuen Länder. Der externe Wandlungsdruck und die bislang noch zu kurze Zeit der Erkundung stellen ungünstige Rahmenbedingungen für eine Prozess endogener Eigenentwicklung dar.“¹⁰⁴

Im ersten Punkt stimmt Niedermeyer mit Hannemann überein. Insgesamt wird deutlich, dass sich die Zukunftsperspektiven für Kleinstädte in den neuen Bundesländern zwischen einem politisch propagierten Förderaktionismus und einer wissenschaftlich nüchternen Schrumpfung bewegen.¹⁰⁵

Der Prozess der Suburbanisierung und der Einfamilienhaus-Boom sind auch im Zusammenhang mit der zweiten groben Kleinstadteinteilung von Bedeutung. Dies ist die Lage von Kleinstädten in Relation zu übergeordneten Zentren. Kleinstädte im ländlichen Raum weisen andere Entwicklungstendenzen auf als großstadtnahe Kleinstädte.

¹⁰² Vgl. ebd., S.100.

¹⁰³ Vgl. NIEDERMEYER, MARTIN: Zur Theorie der Kleinstadt und Peripherie. Geogr. Institut Uni Würzburg, Würzburg 2000, S.109.

¹⁰⁴ Vgl. ebd., S.109.

¹⁰⁵ Vgl. ebd., S.115.



„Die Verallgemeinerung des Automobilbesitzes, der kontinuierliche Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die von breiten Bevölkerungsschichten gewollte und wohnungspolitisch geförderte Bildung von Wohneigentum trugen zum Entstehen und Wachsen der Ballungsräume ebenso bei wie die Expansion tertiärer Nutzungen in den Innenstadtlagen, die ökonomisch schwächere Nutzungen wie Wohnen, Gewerbe und Industrie an die Peripherie drängte. Auch durch den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und des Fernstraßennetzes hat sich der regionale Wohnungs- und Arbeitsmarkt der Ballungsräume stetig ausgedehnt, sodass immer größere Bereiche einstmals landwirtschaftlich geprägter Räume in den Einzugsbereich der großen Zentren geraten sind. Im Zuge dieser inzwischen fast ein halbes Jahrhundert andauernden Entwicklung hat sich der Rand der Großstadt immer weiter nach außen verlagert und immer mehr Dörfer und Kleinstädte umschlossen.“¹⁰⁶

Das althergebrachte Verhältnis von Kern und Umland verändert sich. Das Umland ergänzt die Kernstädte nicht nur, sondern marginalisiert die Kerne zunehmend. Funktionszusammenhänge in der Stadtlandschaft differenzieren sich und Innenstädte werden verstärkt zu Orten, die auf einige unverzichtbare Dienstleistungen, Konsum und Tourismus beschränkt sind. Es entstehen polyzentrale Regionen um die Großstädte. Anhand der Region Stuttgart stellen Brombach und Jessen (2003) fest, dass es vorschleunigend wäre, bei den beobachteten Deindustrialisierungs- und Dekonzentrationstendenzen bereits von Auszehrung zu sprechen. Im Gegenteil entsteht vielmehr ein sich stets reproduzierendes Netz einander ergänzender Funktionsstandorte.¹⁰⁷ Dabei ist die Situation für Kleinstädte im Agglomerationsraum ambivalent. Einerseits werden sie mit regionalen Nutzungsansprüchen konfrontiert (Flughafen, Recycling-Anlage etc.), andererseits besteht die Herausforderung soziale Qualitäten aufrecht zu erhalten, die ihre Wettbewerbsfähigkeit zu anderen Kommunen ausmachen.¹⁰⁸

Kleinstädte unterliegen in diesem Zusammenhang einer Funktionsausdünnung. Stagnierende und rückläufige Einzelhandelsentwicklung ist selbstverschuldet durch die Ansiedlung von Gewerbegebieten mit großflächigem Einzelhandel am Rande der Städte. Die Kleinstadtzentren verlieren zunehmend an Attraktivität. Brombach und Jessen weisen darauf hin, dass viele westdeutsche Kleinstädte aufgrund der momentan noch stabilen, aber tatsächlich eher stagnierenden Lage die drohende Gefahr für die Innenstädte noch nicht erkannt haben.¹⁰⁹

Suburbanisierung in Agglomerationsräumen ist angetrieben vom Wunsch eines ruhigen naturnahen Wohnens. Die massenhafte Errichtung von Wohngebieten konterkariert diesen Wunsch jedoch. Die Freizeit- und Erholungsansprüche der Bevölkerung machen

¹⁰⁶ BROMBACH, KAROLINE; JESSEN, JOHANN: Die Kleinstadt im Suburbanisierungsprozess, In: ZIMMERMANN, CLEMENS (HRSG.): Kleinstadt in der Moderne, Thorbecke Verlag, Ostfildern 2003, S.186.

¹⁰⁷ Vgl. ebd., S.195.

¹⁰⁸ Vgl. ebd., S.195.

¹⁰⁹ Vgl. ebd., S.195.



es notwendig, Naturräume zu erhalten. Andererseits werden Wirtschaftsansiedlungen und Infrastruktur gebraucht, um die Region in ökonomischer Hinsicht attraktiv zu halten. Kleinstädte stehen hier vor großen planerischen Herausforderungen, die durch die engere Verknüpfung im Zusammenhang mit einem Anwachsen der Ballungsräume noch verstärkt werden.

Anders stellt sich die Situation in ländlichen Gebieten dar. Insbesondere im Norden und Osten der Bundesrepublik Deutschland existieren Regionen, in denen Kleinstädte Zentren größerer Umlandregionen sind.

„Klein- und Landstädte stärkten Stadt-Land Verflechtungen über Jahrhunderte. Das Bild der rückständigen, auf landwirtschaftliche Produktion orientierten Ackerbürgerstädte muss revidiert werden, denn sie waren Dienstleistungszentren für ihre ländliche Umgebung – Standort der Märkte, Schulen, staatlicher Ämter, Kultureinrichtungen. [...] Heute entbehren viele Kleinstädte durch den Verlust zentraler Funktionen, den Rückgang der Bedeutung der Landwirtschaft, der Bevölkerung, den Kreisgebietsreformen und den Strukturveränderungen im Einzelhandel zwar zunehmend originäre Aufgabenbereiche, aber im Sinne endogener Potenziale dürften sie auch zukünftig eine wichtige Rolle für eine ländliche Entwicklung spielen.“¹¹⁰

Diese Tendenzen sind im Osten stärker zu beobachten als im Westen, wobei Kleinstädte im Westen ebenfalls Entwicklungsprobleme aufweisen. Grundsätzlich gilt, dass insbesondere die ostdeutschen ländlichen Kleinstädte seit der Wende starke Bedeutungsverluste hinnehmen mussten, die unter anderem auf ihre Strukturdefizite zurückzuführen sind. Hierzu sind der Verfall von Industrie- und Gewerbestandorten bei gleichzeitig nur wenigen neuen Wirtschaftsansiedlungen, die Aufgabe von Militärstandorten und der Verlust der Kreisstadtfunktion zu zählen. Daraus resultieren ein Mangel an Arbeitsplätzen, zunehmende Bevölkerungsverluste, eine Ausdünnung der Infrastruktur und eine gefährdete Innenentwicklung, bedingt durch die unüberlegten Außenentwicklungen „auf der grünen Wiese“ und überhöhte Baulandausweisungen.

Diese Prozesse kumulieren mit der Folge eines weiteren Bevölkerungsrückganges durch Abwanderung und Überalterung. Soziale, kulturelle und technische Infrastruktureinrichtungen sind nicht mehr zu erhalten, da sie finanziell nicht länger tragbar sind. Hierdurch büßt man zentralörtliche Funktionen ein.¹¹¹ Einige ostdeutsche Kleinstädte stehen hierdurch vor der Auflösung, andere stehen diesem Problemzusammenhang zumindest in Ansätzen gegenüber, sodass Marginalisierung als Hauptproblem der ländlichen Kleinstädte betrachtet werden kann.

¹¹⁰ HANNEMANN, CHRISTINE: Klein- und Landstädte. In: BEETZ, STEPHAN; BRAUER, KAI; NEU, CLAUDIA (HRSG.): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. VS, Wiesbaden 2005, S.110.

¹¹¹ Vgl. SCHREINER, DIETRICH: Klein- und Mittelstädte in peripheren und ländlichen Räumen, In: INSTITUT FÜR STADTENTWICKLUNG UND WOHNEN BRANDENBURG (HRSG.): Klein- und Mittelstädte im Land Brandenburg, Potsdam 1995, S.5ff.



Die Entwicklung der deutschen Kleinstädte ist regional sehr unterschiedlich. Neben den marginalisierungsbedrohten Kleinstädten gibt es ebenso prosperierende Kleinstädte. Diese befinden sich im Umland größerer Agglomerationen oder in wirtschaftlich erfolgreichen Regionen, sind jedoch vermutlich in der Minderheit. Mittel- bis langfristig ergibt sich für deutsche Kleinstädte in ökonomischer und demographischer Hinsicht ein Paradigmenwechsel vom Wachstum zur Schrumpfung.¹¹² Trotzdem bleiben sie dezentrale Versorgungszentren im deutschen Siedlungssystem.

Das 21. Jahrhundert stellt Kleinstädte in Deutschland vor komplexe Prozesse der Marginalisierung oder Stagnation. Die räumliche Logik des wachstumsorientierten Kapitalismus verliert ihre Funktionsfähigkeit. Im folgenden Kapitel wird dieser Wandel in seinen Auswirkungen auf die Kleinstadt näher erläutert.

¹¹² Vgl. GATZWEILER, HANS-PETER: Kleinstädte in Deutschland, In: INSTITUT FÜR ENTWICKLUNGSFORSCHUNG IM LÄNDLICHEN RAUM OBER- UND MITTELFRANKENS E.V. (HRSG.): Kleinstädte im ländlichen Raum, Bamberg 2004, S. 2ff.

3. Soziale Raumproduktion, Ökonomie und deutsche Kleinstadtentwicklung

Dieses Kapitel führt in die Theorie der sozialen Raumproduktion ein, um daran anschließend die Logik der Raumproduktion und die Folgen ihres Wandels für die deutsche Kleinstadt zu analysieren. Hierbei steht zunächst die bisherige Raumproduktion der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung im Fokus, bevor ihre Veränderungen im Kontext des sozioökonomischen Wandels behandelt werden. Gezeigt wird, dass die wohlfahrtsstaatliche, ordoliberalen Gesellschaftsethik des 20. Jahrhunderts maßgeblich war für die Schaffung der nationalen Raumstruktur, in der Kleinstädte in ihrer heutigen Form existieren konnten.

3.1 Die soziale Produktion von Raum

Theorien sozialer Raumproduktion gewannen im ausgehenden 20. Jahrhundert an Bedeutung, in dem sie Raum als Analyseelement definierten. Man spricht dabei vom „Spatial Turn“.¹¹³ Döring und Thielmann (2008) führen an, dass der Begriff „Spatial Turn“ dabei in erster Linie als ein Label zu verstehen ist, das dieses neue Primat des Raumes charakterisiert und in verschiedenen wissenschaftlichen Fachrichtungen genutzt wird.¹¹⁴

In der Geographie wird Raum von jeher ein hoher Stellenwert beigemessen. Die Humangeographie als Schnittpunkt zwischen Geographie und Sozialwissenschaft steht dabei vor neuen Herausforderungen: Ausgehend davon, dass Gesellschaft Raum produziert und mit ihm in Wechselwirkung steht, sind verschiedenste Theorien entstanden. Eine der bedeutendsten wurde schon 1974 von Henri Lefèbvre unter dem Titel „The production of Space“ veröffentlicht. Sie erhielt jedoch erst in den letzten zwei Jahrzehnten vermehrte Aufmerksamkeit. Lefèbvre hinterfragt die Bedeutung des Raumes am Beispiel der Stadt. Die Stadt bezeichnet er dabei als eine historische Konfiguration, die an Zentralität gebunden ist. Aus seiner Sicht stellt sie eine spezifische räumliche Struktur der gesellschaftlichen Wirklichkeit dar, eine mittlere Ebene zwischen dem Alltag des Menschen und dem Staat bzw. der Politik. Städte selbst haben für Lefèbvre mehrere Dimensionen, die in räumlicher Wechselwirkung zueinander stehen.¹¹⁵ Nach seiner Theorie ist die gesellschaftliche Produktion von Raum der maßgebende Faktor. Hierbei

¹¹³ Vgl. NÜNNING, ANSGAR (HRSG.): Metzler Lexikon Literatur- und Kulturtheorie, Artikel „Spatial turn“, Metzler Verlag, Stuttgart 2008, S. 664.

¹¹⁴ Vgl. DÖHRING, JÖRG; THIELMANN, TRISTAN: Spatial Turn – Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften, Transcript Verlag, Bielefeld 2008, S. 12.

¹¹⁵ Vgl. SCHMID, CHRISTIAN: Stadt, Raum und Gesellschaft – Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes, Steiner Verlag, Stuttgart 2005, S. 191.



geht es um den Übergang von einem absoluten Raumverständnis hin zu einem relationalen: Die Theorie besagt, dass Raum gesellschaftliche Praxis darstellt, sie geht „von den Subjekten und ihren sozialen Beziehungen aus und analysiert die Aktionen und Situationen dieser Subjekte“.¹¹⁶ Dies ist der Kerngedanke einer sozialen Produktion von Raum. Eine Vielzahl weiterer Raumtheoretiker haben immer wieder neue Konnotationen einfließen lassen, doch blieb das Verständnis dafür, dass Raum ein soziales Konstrukt ist, unverändert. Lefèbvre selbst gilt als marxistischer Raumtheoretiker. Hieraus erklärt sich die Entwicklung seiner kritischen Raumtheorie:

„Ähnlich wie Marx, der die Produkte der Industrie nicht in ihrer dinglichen Gestalt, sondern als Resultat eines gesellschaftlichen Produktionsprozesses untersucht hat, entwickelt Lefèbvre eine kritische Analyse von Raum, die diesen als gesellschaftlich hergestellten Raum zu erforschen vermag.“¹¹⁷

Deutlich wird, dass sich das Verständnis von sozial produziertem Raum gerade zu Beginn einer kritischen Denktradition verpflichtet fühlte. Bis heute haben Wissenschaftler wie Martina Löw (2000) dafür gesorgt, dass die Theorie des sozial produzierten Raumes auch aus einer nicht marxistisch-kritischen Perspektive als Erklärungsmodell in Anspruch genommen werden kann. Löw beschreibt Räume „als relationale (An)Ordnungen von Lebewesen und sozialen Gütern an Orten.“ Dabei ist von Bedeutung, dass Räume einerseits aus der Praxis des Anordnens, also durch gesellschaftliches Handeln entstehen, andererseits durch ihr Vorhandensein auch eine gesellschaftliche Ordnung vorgeben. Es handelt sich also um ein relationales Raumkonzept. Von räumlichen Strukturen kann man laut Löw sprechen, „wenn die Konstitution von Räumen, also die Anordnung von Gütern bzw. Menschen zu Räumen [...], in Regeln eingeschrieben und durch Ressourcen abgesichert ist.“¹¹⁸ Dabei sind Räume dynamischer Veränderung unterworfen. Gleichzeitig geht von ihnen aber auch eine Strukturierungskraft aus, sodass sich eine wechselseitige Beeinflussung (Dualität) zwischen Raum und Gesellschaft ergibt.

Die Kleinstadt ist eine gesellschaftlich hergestellte Raumstruktur. Relationale Räume – in diesem Fall die Kleinstädte – sind Raumstrukturen, die nicht aus sich selbst heraus existieren. Kleinstädte wurden durch gesellschaftliche Praxis geschaffen und sind als räumliche Struktur Bestandteil ebendieser Gesellschaft, auf die sie rückwirkend wieder Einfluss nehmen. Ausgehend von dieser dualen Theorie ergeben sich zwei Fragen in Bezug auf den Siedlungstyp:

¹¹⁶ Vgl. ebd. S.203.

¹¹⁷ LÖW, MARTINA; STEETS, SILKE; STOETZER, SERGEJ: Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie, Verlag Barbara Budrich, Opladen 2007, S.52.

¹¹⁸ Ebd., S.63.



1. Welche Raumproduktionslogiken konstituieren den bundesrepublikanischen Siedlungstyp Kleinstadt zu Beginn des 21. Jahrhunderts in seiner spezifischen Größe und Funktionsausstattung?
2. Welche Auswirkungen hat das Vorhandensein dieser Raumstruktur auf gesellschaftliche Praktiken? Welche Raumstrukturen wurden in Vergangenheit und werden aktuell reproduziert?

Die Antwort auf diese Fragen sind in der Theorie sozialer Raumproduktion zu finden: Löw macht deutlich, dass die Kleinstadt als Ort und Siedlungstyp eng mit der nationalen Raumstruktur verwoben bzw. ein Teil von ihr ist. Gleichzeitig ist die Kleinstadt geprägt von der Gesellschaft, der sie angehört. Genauso, wie man für Gesellschaften Logiken des Bestehens und ihrer Funktionsweise finden kann, ist das auch für den Raum bzw. dessen Teile möglich. Wenn man also die Gesellschaften der westlichen Welt im 19. und 20. Jahrhundert als Industriegesellschaften definiert, hätte das im Umkehrschluss für den durch sie geschaffenen Raum zu erfolgen. Da Industriegesellschaften andere Funktionsweisen haben als z.B. Agrargesellschaften, ist der Raum durch andere Logiken geprägt bzw. wird anhand anderer Logiken neu geschaffen.

Eine solche Form der Analyse ist immer an Raum und Zeit gebunden. Untersucht man beispielsweise die Gestalt eines Siedlungssystems, ist es ein Unterschied, ob es sich dabei um das feudale China des 16. Jahrhunderts oder um das der kapitalistischen USA im 20. Jahrhundert handelt. Gleichzeitig ist auch die räumliche Maßstabsebene von Bedeutung. Gesellschaftliche Raumlogik kann nicht gleichermaßen auf der Ebene des Nationalstaates wie auf der Ebene eines Stadtteiles gelten. Diese Räume überlappen sich zwar, weil Stadtteile immer Teile des Nationalstaates sind, doch lassen sich die Analyseebenen – je nach Betrachtungsgegenstand – nur schwer verbinden.

3.2 Die deutsche Kleinstadt im Kontext gesellschaftlicher Raumlogik des 20. Jahrhunderts

Die Logik der Raumproduktion des 20. Jahrhunderts war die der industriellen Moderne und damit eine andere als zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Die Raumlogik des 20. Jahrhunderts hat Kleinstädte zu dem gemacht, was sie zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind. Dabei sind Kleinstädte nicht erst im Laufe des 20. Jahrhunderts entstanden, wohl aber sind sie in ihrer Definition als solche ein Produkt des Industriezeitalters.¹¹⁹

¹¹⁹ Erst durch das industrialisierungsbedingte Anwachsen vieler Städte zu Mittel- und Großstädten wurde die Kategorie Kleinstadt im Umkehrschluss siedlungssystematisch bedeutsam, indem sie sich in Funktionen und Bedeutung abgrenzte. Im vorindustriellen Zeitalter war nicht die Differenzierung zwischen Klein-, Mittel- und Großstädten maßgeblich, sondern vielmehr die zwischen Stadt und Land generell.



Die zunehmende sozioökonomische Bedeutung von Städten als Siedlungsstrukturen mit klar abgrenzbaren Raumlogiken ist etwa seit dem Mittelalter erkennbar. Das Bürgertum entstand, neue Arten ökonomischer Wertschöpfung führten über Jahrhunderte sukzessive zu gesellschaftlichem Wohlstand und sorgten dafür, dass sich sozial produzierte Räume differenzierten. Nationalstaaten bildeten sich als neue raumdefinierende Elemente heraus und kapitalistischer Handel wurde ein wesentliches raumprägendes Kriterium. Die Räume, die Neil Brenner (2008) als Maßstabsebenen bezeichnet, wurden immer ausdifferenzierter:

„Ursache dessen war vor allem die Etablierung einer neuen Arbeitsteilung, im Rahmen derer, geographisch verstreuten Orten bestimmte funktionale Rollen im schnell expandierenden kapitalistischen Weltmarkt zugeschrieben wurden. Anfänglich, im merkantilistischen Kapitalismus (1600-1750), hingen räumliche Unterschiede eng mit dem präkapitalistischen Handelskreisläufen und der vorhandenen Ressourcenausstattung zusammen, z.B. mit dem Verlauf von Wasserstraßen, Rohstoff- oder Mineralvorkommen usw. Doch mit zunehmender Industrialisierung des Kapitals seit Mitte des 18. Jahrhunderts und wachsender Integration der Produktionsprozesse in die Akkumulationskreisläufe bildeten sich spezifische Formen kapitalistischer Arbeitsteilung heraus, die überwiegend auf räumlicher Nähe beruhten (Agglomerationsvorteile).“¹²⁰

Das führte wiederum dazu, dass Städte wuchsen und der urbane (großstädtische) Raum als Erfahrungswirklichkeit neu geschaffen wurde. Industrielle Produktion ließ qualitativ und quantitativ umfangreichere Handelsbeziehungen entstehen und in Westeuropa entwickelte sich ein Netz aus räumlichen Beziehungen, das charakteristisch für das industrielle Zeitalter ist.

Sinnbildlich für die industrielle Raumlogik ist die Theorie der zentralen Orte von Walter Christaller. Diese basiert auf der ökonomischen Prämisse, dass Güter und Dienste nicht in gleicher Weise und Häufigkeit räumlich in Anspruch genommen werden. So werden die Güter des täglichen Bedarfs bspw. ständig benötigt, während Luxusartikel nur unregelmäßig nachgefragt werden. Daraus folgt eine Rangfolge der notwendigen Erreichbarkeit der Güter und Dienstleistungen, denn je seltener Produkte oder Dienstleistungen benötigt werden, umso größer muss das Absatzgebiet dimensioniert sein, damit das entsprechende Angebot rentabel ist.¹²¹

Die Theorie der zentralen Orte erklärt die räumliche Verteilung unterschiedlich großer Siedlungen, die in einem hexagonalen Schema nach Bedeutung der Zentren angeordnet sind. Die Produktion und Distribution von Gütern hat dieses räumliche System über

¹²⁰ BRENNER, NEIL: Tausend Blätter, In: WISSEN, MARKUS; RÖTTGER, BERND; HEEG SUSANNE (HRSG.): Politics of Scale – Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik, Westfälisches Dampfboot, Münster 2008, S.64.

¹²¹ Vgl. HEINEBERG, HEINZ: Stadtgeographie, Schöningh Verlag, Paderborn 2006, S.86.



Jahrhunderte entstehen lassen. Im 20. Jahrhundert fand es seinen Höhepunkt und wird nun durch eine neue Raumlogik ersetzt oder erweitert. Da das Modell von Christaller auf der Annahme einer Bedarfsdiffusion der jeweiligen Güter und Dienstleistungen basiert, die die Versorgung der Bevölkerung auf einer räumlichen Ebene aufgreift, hat es jedoch eine hohe Planungsrelevanz in der deutschen Politik als Grundlage des Zentrale-Orte-Konzepts der Raumplanung.

Weiterhin ist diese Logik der Raumproduktion charakteristisch für das 20. Jahrhundert, da sie Märkte und Menschen nach Maßgabe der ökonomischen Theorien der Industriegesellschaft behandelt: Christaller beruft sich in seiner Argumentation auf den rational handelnden Menschen im Sinne des homo oeconomicus. Als räumliche Ausgangsbedingungen werden ein stark vereinfachtes ökonomisches System sowie ein homogener Raum (gleichmäßige Bevölkerung, Einkommen, Konsumbedürfnisse, gleichmäßiges Verkehrsnetz etc.) zugrunde gelegt – lediglich die Transportkosten setzt Christaller als variabel voraus (direkt proportional zur kürzesten Distanz zwischen Wohnstandort und zentralem Ort angenommen).¹²²

Diese Annahmen werden auch heute noch zugrunde gelegt, wenngleich das Bezugssystem deutlich komplexer geworden ist. Es kommen bspw. neue Standortfaktoren durch sozioökonomischen Wandel hinzu (z.B. Bildung und Fachkräfteverfügbarkeit), die ihrerseits in Abhängigkeit zu Gesellschaftswandel, Globalisierung oder neuen Technologien zu sehen sind. Dementsprechend ist die Praktikabilität des auf Christaller beruhenden und in der heutigen Raumordnung verwendeten Konzeptes der zentralen Orte mit den zugrundeliegenden vereinfachten wirtschaftlichen Annahmen kritisch zu hinterfragen.¹²³ Raumplanung muss sich fortwährend den Gegebenheiten und Notwendigkeiten der Gesellschaftsverhältnisse anpassen. Das vorrangige Ziel der Raumordnung in Deutschland besteht darin,

„durch die bestmögliche Verteilung von Infrastruktureinrichtungen eine optimale Raumstruktur und -entwicklung zu erzielen. Im Baugesetzbuch und Raumordnungsgesetz ist die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen Deutschlands als wesentliche Aufgabe festgeschrieben. Zu den räumlichen Ordnungskriterien zählen in erster Linie die so genannten zentralen Orte und großräumige Entwicklungsachsen.“¹²⁴

Es wird deutlich, dass die Theorie von Christaller in den staatlichen Bestrebungen zur Erschaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse eine bedeutende Rolle spielt. So ist staatlich gesteuerte Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wesentlicher

¹²²Vgl. ebd., S.88.

¹²³Vgl. BLOTEVOGEL, HANS HEINRICH: Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts, Verlag der ARL, Hannover 2002, S.XIV.

¹²⁴SACHS, KLAUS: Zentrale Orte und Entwicklungsachsen, In: INSTITUT FÜR LÄNDERKUNDE LEIPZIG; HAHN BARBARA (HRSG.): Nationalatlas Deutschland Bd.5 – Dörfer und Städte, Spektrum Verlag, Berlin 2002, S.34.



Teil der Raumproduktion der Industriegesellschaft des 20. Jahrhunderts geworden. Die Forderung nach „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ stellt das zentrale Element einer Raumordnungspolitik dar, die derzeit aufgrund eines vielschichtigen sozioökonomischen Wandels zur Diskussion steht.

Mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde eine neue Raumordnung nötig, da dem „Dritten Reich“ ein zentralistisches Planungssystem zugrunde lag, das dem Grundgesetz und dem darin wurzelnden Gedanken der Dezentralität entgegenstand.¹²⁵ Nachdem 1955 ein Sachverständigenrat für Raumordnung (SARO) geschaffen worden war, wurde in den 1960er Jahren in Anlehnung an die Werte des Grundgesetzes ein Raumordnungsgesetz (ROG) verabschiedet. Nachfolgende Auszüge aus dem ROG sollen die staatliche Raumproduktionslogik, die ihm zugrunde liegt, charakterisieren:¹²⁶

- Im Gesamtraum der Bundesrepublik Deutschland ist eine ausgewogene Siedlungs- und Freiraumstruktur zu entwickeln. In den jeweiligen Teilräumen sind ausgeglichene wirtschaftliche, infrastrukturelle, soziale, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben.
- Die dezentrale Siedlungsstruktur des Gesamtraumes mit ihrer Vielzahl leistungsfähiger Zentren und Stadtregionen ist zu erhalten. Die Siedlungstätigkeit ist räumlich zu konzentrieren und auf ein System leistungsfähiger Zentraler Orte auszurichten.
- Die Infrastruktur ist mit der Siedlungs- und Freiraumstruktur in Übereinstimmung zu bringen. Eine Grundversorgung der Bevölkerung mit technischen Infrastrukturleistungen der Ver- und Entsorgung ist flächendeckend sicherzustellen. Die soziale Infrastruktur ist vorrangig in zentralen Orten zu bündeln.
- Ländliche Räume sind als Lebens- und Wirtschaftsräume mit eigenständiger Bedeutung zu entwickeln. Eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur ist zu fördern. Die zentralen Orte der ländlichen Räume sind als Träger der teilräumlichen Entwicklung zu unterstützen.
- In Räumen, in denen die Lebensbedingungen in ihrer Gesamtheit im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt wesentlich zurückgeblieben sind oder ein solches Zurückbleiben zu befürchten ist (strukturschwache Räume), sind die Entwicklungsvoraussetzungen bevorzugt zu verbessern. Dazu gehören insbesondere ausreichende und qualifizierte Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten sowie eine Verbesserung der Umweltbedingungen und der Infrastrukturausstattung.

¹²⁵ Vgl. LANGHAGEN-ROHRBACH, CHRISTIAN: Raumordnung und Raumplanung, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2010, S.7f.

¹²⁶ Vgl. RAUMORDNUNGSGESETZ (ROG) in der Fassung vom 22. Dezember 2008.



- Zu einer räumlich ausgewogenen, langfristig wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstruktur sowie zu einem ausreichenden und vielfältigen Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen ist beizutragen.

Anhand dieser Auszüge wird der grundsätzliche Orientierungsrahmen der deutschen Raumordnungspolitik ersichtlich. Die dezentrale Ausgeglichenheit der Siedlungsstruktur und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse stellen dabei die Hauptbestandteile der staatlichen Raumproduktion der Bundesrepublik Deutschland im 20. Jahrhundert dar.

Ein weiteres Merkmal der industriegesellschaftlichen Logik der Raumproduktion findet sich im Bundesraumordnungsprogramm (BROP), das als konkrete Handlungsanleitung zur Raumentwicklung 1975 erlassen wurde. Darin heißt es, dass eine leistungsfähige Siedlungsstruktur entwickelt werden sollte,

„wobei als wesentliches Element der Ausbau von Entwicklungszentren bzw. der Ausbau von großräumig bedeutsamen Achsen gesehen wurde. Die Entwicklungszentren, die konzeptionell auf einem System von zentralen Orten basieren [...], sollten besonders in strukturschwachen Gebieten Wachstumsimpulse geben, die Wirtschaftsstruktur in diesen Gebieten stärken und so zum Abbau räumlicher Ungleichgewichte – Disparitäten – beitragen.“¹²⁷

Die Logik der Raumproduktion manifestiert sich im BROP durch strukturpolitische Maßnahmen – indem man Wirtschaftskraft (Kapital, Produktionsmittel etc.) umverteilt und technisch basierte Wertschöpfungsketten schafft, wird der Raum an die Maßgabe des industriellen Kapitalismus angepasst. Über strukturpolitische Maßnahmen (Subventionen, Infrastrukturen etc.) wollte man so in der Industriegesellschaft die Neuansiedlung von Produktionsstandorten steuern. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ändert sich dieser Umstand, da ökonomische Wertschöpfung einem Wandel unterliegt.

3.3 Sozioökonomischer Wandel und neue Raumlogiken zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Nicht nur politische und soziale Raumproduktionslogiken sind bedeutsam für die Raumstruktur der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung. Auch der Aufstieg zu einer erfolgreichen Industrienation hat den Raum geprägt.

Allen modernen kapitalistischen Industrienationen der „ersten Welt“ ist zu eigen, dass ihre Gesellschaftsstruktur die einer „Arbeitsgesellschaft“ (Claus Offe, 1989) ist. Gesellschaftliche Teilhabe ist maßgeblich von der Erwerbsarbeit bzw. von der Produktion materiellen oder immateriellen Mehrwertes abhängig, so dass ökonomische Aspekte den

¹²⁷ Vgl. LANGHAGEN-ROHRBACH, CHRISTIAN: Raumordnung und Raumplanung, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2010, S.12f.



wichtigsten Faktor für das Gesellschaftssystem und die gesellschaftliche Raumproduktionslogik darstellen. Diese ökonomische Gesellschaftsethik manifestiert sich in der Bundesrepublik Deutschland in Form der sozialen Marktwirtschaft.

Die soziale Marktwirtschaft geht davon aus, dass es im Gegensatz zur freien Marktwirtschaft einen ordoliberalen „Rahmen“ des Kapitalismus geben muss. Das meint eine Umverteilung finanzieller Mittel, die dezentrale Gleichwertigkeit auf allen Gesellschaftsebenen herstellen soll. Der kommunale Finanzausgleich ist diesem Gedanken geschuldet und bewirkt, dass das gesellschaftsethische Prinzip raumproduzierend wird. Dieses sozioökonomisch-politische System hat Veränderungen erlebt, so dass man heute von einem Wandel der Gesellschaft und damit auch der Raumproduktionslogik sprechen kann. Dabei ist der Punkt, an dem die Veränderung einsetzte, nicht eindeutig zu definieren. Insgesamt handelt es sich bei dieser Veränderung um das, was heute landläufig als „Neoliberalismus“ bezeichnet wird:

„Zweifellos ist ‚Neoliberalismus‘ einer der schillerndsten Begriffe unserer Zeit. In der internationalen Diskussion steht er für die Kritik und das Unbehagen gegenüber einer entwurzelten Ökonomie im globalen Maßstab.“¹²⁸

Trotz ursprünglich anderer Bedeutung ist Neoliberalismus heute in erster Linie als kritischer Begriff zu verstehen, der sich gegen die Vereinnahmung von Gesellschaft durch ein ökonomisches Diktum wehrt. So spricht Willke davon, dass der Begriff negativ konnotiert ist und gibt gleichzeitig einen kurzen Überblick über wissenschaftliche Kritiker, die dieses Phänomen aufgreifen und sich dagegen wenden:

„Die Gemäßigten unter den Kritikern beklagen die ökonomische ‚Kolonialisierung der Lebenswelt‘ (Habermas), den ‚Imperativ der Rendite‘ (Sennett), ‚gnadenlosen Ökonomismus‘ (Lohmann) und ‚Marktfundamentalismus‘ (Giddens); sie kritisieren den Rückfall in Manchesterkapitalismus und *Laisser-faire* unter dem Druck verschärfter globaler Standortkonkurrenz. Die Radikaleren prangern die ‚Despotie‘ des Marktes an und schmähen die ‚infernale Maschine‘ des Kapitalismus (Bourdieu), sie entlarven im herrschenden System einen ‚barbarischen Ultraliberalismus‘ (Forrester), den ‚totalen Markt‘ (Schui) und den ‚Kapitalismus ohne Maske‘ (Chomsky).“¹²⁹

Dies ist das heutige Verständnis des Begriffes Neoliberalismus, auch wenn anzumerken ist, dass Neoliberalismus in seiner ursprünglichen Bedeutung nicht nur die Wiederbelebung des originären Liberalismus ist, sondern eine Weiterentwicklung mit mitunter sinnvollen Ansätzen.¹³⁰

¹²⁸ BUTTERWEGGE, CHRISTOPH; LÖSCH, BETTINA; PTAK, RALF; ENGARTNER, TIM: Kritik des Neoliberalismus, 2.Aufl., VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S.13.

¹²⁹ WILLKE, GERHARD: Neoliberalismus, Campus Verlag, Frankfurt/New York 2003, S. 12.

¹³⁰ Vgl. BUTTERWEGGE, CHRISTOPH; LÖSCH, BETTINA; PTAK, RALF; ENGARTNER, TIM: Kritik des Neoliberalismus, 2.Aufl., VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S.16.



Die Kritik des früheren wissenschaftlichen Neoliberalismus am Liberalismus bezieht sich vor allem auf die zu geringe institutionelle Umrahmung und Sicherung des marktwirtschaftlichen Prozesses. Durch die Krisen, die die freie Marktwirtschaft im späten 19. und beginnenden 20. Jahrhundert auf Basis ihrer eigenen Funktionsweise heraufbeschwor, wurde deutlich, dass eine dauerhafte Stabilisierung der Marktwirtschaft nötig ist. Dies war das ursprüngliche Kernanliegen des Neoliberalismus.¹³¹

Die soziale Marktwirtschaft in Deutschland ist dem wissenschaftlichen Neoliberalismus zuzuordnen. Rückblickend für die Zeit des 20. Jahrhunderts war dieses neoliberale wirtschaftstheoretische Instrument eine sinnvolle Einhegung des freien Marktes. Der Bedeutungswandel des Begriffes Neoliberalismus lässt heute jedoch eine Diskrepanz entstehen, die es schwierig macht von Neoliberalismus und sozialer Marktwirtschaft gemeinsam zu sprechen. Neoliberalismus in seinem heutigen Verständnis steht dem wohlfahrtsstaatlichen Gedanken der sozialen Marktwirtschaft diametral entgegen.¹³²

Es stellt sich die Frage, ob man trotz des bis heute andauernden offiziellen Fortbestehens dieses Systems einen Zeitpunkt ausmachen kann, an dem das Konzept des Wohlfahrtsstaates zugunsten von mehr Liberalismus abgeschwächt wurde. Ptak (2008) spricht davon, dass in den 1990er Jahren die Folgen eines internationalen Politikwechsels offen zutage traten, der seinen Ursprung Anfang der 1970er Jahre hatte:

„Die Liberalisierung der Finanzmärkte und die Flexibilisierung der Wechselkurse der nationalen Währungen, die Intensivierung des Freihandels, der massive Rückbau der Sozialstaaten sowie eine Wirtschaftspolitik, die auf die einseitige Verbesserung der Angebotsbedingungen von Unternehmen zielt, hatten die Konturen einer neuen Wirtschafts- und Sozial(un)ordnung geformt und sichtbar werden lassen. [...] Am Ende des 20. Jahrhunderts avancierte der Neoliberalismus zur dominanten Ideologie des Kapitalismus, deren Leitsätze international den Referenzrahmen für die Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik vorgeben. Dabei ist der Machtanspruch des Neoliberalismus total und universell – total im Sinne einer umfassenden Entpolitisierung des Gesellschaftlichen und universell im Hinblick auf seinen globalen Geltungsanspruch.“¹³³

Da sich die deutsche Gesellschaft in erster Linie über ökonomisches Handeln definiert und die Wirtschaft einer Hinwendung zu mehr Wettbewerb unterliegt¹³⁴, wird auch der

¹³¹ Vgl. ebd., S.16.

¹³² Vgl. ebd., S.14.

¹³³ Ebd., S.13f.

¹³⁴ An diesem Punkt ist zu bemerken, dass Neoliberalismus als Systemlogik wahrgenommen werden sollte. Die politischen Liberalisierungsentscheidungen zu Beginn der 1970er Jahre haben mit Sicherheit das Entstehen der heutigen Situation beflügelt, indem sie den Prozess der Globalisierung beschleunigten. Gleichzeitig ist der Globalisierung aber auch Eigendynamik zuzusprechen. Als weitere wesentliche Punkte sind steigende Mobilität und die zunehmende Technisierung - besonders im Rahmen der IuK Technologien - zu nennen. Diese beiden Punkte haben entscheidend dazu beigetragen, dass neue Räume entstehen (bspw. lässt der Flugverkehr einen neuen transnationalen Raum für Personen entstehen, der Frachtverkehr auf den Weltmeeren einen für Güter, das Internet und die Telekommunikation einen Raum für Finanzströme usw.), für die bis heute keine geeigneten Steuerungsinstitutionen geschaffen werden konnten. Die Folge daraus ist, dass diese neuentstandenen Räume der Logik eines nahezu freien Kapitalismus unterliegen, mit dem die Nationalstaaten konkurrieren. Diese Konkurrenz, die sich nie direkt, aber in vielen Details zeigt, führt dazu,



Wandel der gesellschaftlichen Raumproduktionslogik verständlich. Es entstehen dadurch Herausforderungen für die deutsche Raumstruktur und die deutsche Kleinstadt: Wenn Gesellschaft, wie im vorangehenden Zitat erläutert, entpolitisiert wird, ihr also die Handlungsmacht entzogen wird, so bedeutet dies für die gesellschaftliche Raumproduktion, dass auch sie nicht mehr durch die Gesellschaft bzw. ihre Moral und Ethik definiert, sondern zunehmend durch eine neue wettbewerbsorientierte Logik der Raumproduktion ersetzt wird.

Diese ökonomische Denkweise setzt sich im Zuge des zunehmenden Neoliberalismus immer mehr im Leben eines jeden Mitgliedes der Gesellschaften der westlichen hochindustrialisierten Länder fest. Reese-Schäfer (2006) beschreibt, wie die zunehmende Verwirklichung des Freihandels Markttransparenz schafft und kurzfristige massive Umschichtungen von Mitteln (z.B. Kapital) auf dem Markt verlangt. Dabei laste nicht nur auf Wirtschaftszweigen, sondern ebenso auf Individuen ein enormer Veränderungsdruck.¹³⁵

Freie Marktwirtschaft schafft einen Wettbewerbsdruck, der bis hinunter auf die Ebene des Individuums wirkt. Dieses Wirken freier Marktwirtschaft ist aus dem 19. Jahrhundert bekannt. Während es eine kurze Zeitspanne gab (in der Zeit nach 1945), in der Massenwohlstand mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates einherging, beschreibt Reese-Schäfer, wie der neuerliche Wandel der ökonomischen Wertschöpfung zu steigendem Wettbewerbsdruck führt:

„In der Ökonomie geht der Trend jetzt von der Massenproduktion zu einer Wirtschaft der permanenten Innovation, zur Qualitätsware, von Standardproduktion und Standarddienstleistungen zu solchen, die stärker auf individuelle Kundenwünsche abgestimmt sind. Wir können als Käufer Waren zum günstigsten Preis und in der besten Qualität bekommen. Damit wird aber unsere Situation in unserer anderen Rolle als Verkäufer unsicherer. Für den Innovationsprozess ist diese Unsicherheit außerordentlich anregend. Heute wird man jedoch als Unternehmer, aber auch als verantwortlicher Angestellter nie einen Punkt erreichen, an dem man sich entspannt zurücklehnen könnte. Wem es materiell gut geht, muss dennoch weiterrennen, weil die Märkte sich rasch verändern, die Kunden ständig neue Angebote bekommen und selbst die besten Ideen schon innerhalb weniger Wochen und Monate veraltet sein können, weil andere sie blitzschnell kopieren oder mit noch besseren Ideen auf den Markt kommen. Die ständige Selbstvermarktung erfordert dauernde Präsenz und Werbung.“¹³⁶

dass auch Nationalstaaten oder globale Unternehmen der kapitalistischen Systemlogik unterworfen sind und gar keine andere Wahl (Wettbewerb) haben, als sich entsprechend zu verhalten. Es scheint also, als würden die Probleme einer freien Marktwirtschaft, wie sie das 19. und beginnende 20. Jahrhundert auf nationalstaatlicher Ebene erlebt hat, nun wieder drohen, da eine neue wirtschaftsräumliche Ebene geschaffen wurde, die eben außerhalb der Errungenschaften volkswirtschaftlicher Theorien (Ordoliberalismus) liegt, die aus den Erfahrungen mit den Krisen der freien Marktwirtschaft resultieren.

¹³⁵ Vgl. REESE-SCHÄFER, WALTER: Politische Theorie der Gegenwart in fünfzehn Modellen, Oldenbourg Verlag, München 2006, S.133.

¹³⁶ Ebd., S.133.



Es ist dieser zunehmende Wettbewerb auf allen gesellschaftlichen Ebenen der maßgeblich für die neue Raumproduktionslogik wird. Ein Beispiel erläutert dies: Ist ein Individuum durch Wettbewerbsdruck gezwungen auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen, wird es bestrebt sein, die bestmögliche Ausbildung zu absolvieren. In einer innovationsabhängigen Wirtschaft sind dies wissensbasierte Ausbildungen, sprich ein Studium. Da Universitäten und Fachhochschulen insgesamt nur in Orten hoher Zentralität verfügbar sind, kommt es dadurch zu Bildungsmigration jüngerer Bevölkerungsteile. Eine Pfadabhängigkeit entsteht, die zentralen Orte werden durch den Zustrom Jüngerer innovativer und attraktiver, während die Peripherien gleichzeitig unattraktiver werden, da Bevölkerung wie Wirtschaft die Nähe zu Standortfaktoren, Innovationen und Humankapital suchen. Diese raumproduzierende Logik der Ökonomie ist auch auf andere Bereiche (Leben im Alter, Wohnortwahl im Erwerbsprozess etc.) anzuwenden. Auf diese Art entsteht aus der Veränderung individueller ökonomischer Notwendigkeiten eine neue gesellschaftliche Raumlogik:

„Der heutigen Ökonomie scheint vor allem die radikale Individualität angemessen zu sein, so dass die Atomisierung der Sozialbeziehungen einen neuen Schritt gemacht hat. [...] Die liberale Theorie wie die liberale Sozialpraxis atomisieren die Individuen, nehmen ihnen ihre lebensweltliche Einbettung und schleudern sie in einen gnadenlosen Konkurrenzkampf. Jedes Gemeinschaftsgefühl wird als reaktionär bekämpft und durch die zunehmende soziale Mobilität aufgelöst. [...] Der gesellschaftliche Zusammenhalt tendiert dazu, sich aufzulösen und allein durch kalte Marktbeziehungen ersetzt zu werden.“¹³⁷

Raumproduktion wird durch diesen Wandel geprägt. In Kleinstädten könnte sich dieser Wandel in seinen negativen Formen besonders deutlich wiederfinden. Dementsprechend ist es sinnvoll Wettbewerb in seiner räumlichen Dimension genauer zu betrachten.

3.4 Zum Wettbewerb als Raumproduktionslogik der Gegenwart

Es ist zunehmend anerkannt, dass der ökonomische Wandel der letzten Jahrzehnte zu mehr Wettbewerb führt und prägend auf Raumstrukturen einwirkt. Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik (2007) schreibt dazu:

¹³⁷ Ebd., S.133f.



„Relativ neu in der ökonomischen Diskussion ist der sich im Rahmen der zunehmenden weltwirtschaftlichen Integration intensivierende Wettbewerb von Staaten, Regionen und Kommunen um Produktionsfaktoren (Standortwettbewerb).“¹³⁸

Wettbewerb im kapitalistischen Wirtschaftssystem produziert Räume auf verschiedenen miteinander verwobenen Ebenen. Folgend werden die raumproduzierende Wirkung von Wettbewerbstheorien und ihre Bedeutung für den Wandel in Kleinstädten dargestellt.

3.4.1 Wettbewerb als Triebfeder kapitalistischer Wachstumsprozesse

Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik (2007) nennt vier grundlegende Wettbewerbsfunktionen, die die Basis einer freien Marktwirtschaft bilden¹³⁹:

- **Allokationsfunktion:** Wettbewerb hat die Aufgabe, die Ressourcen in einer Gesellschaft in ihre jeweils produktivsten Verwendungen zu lenken. Wettbewerbsakteure haben den Anreiz kosteneffizient zu handeln (Minimalkostenkombination) und an den Präferenzen der Konsumenten auszurichten (Konsumentensouveränität). Insofern führt Wettbewerb zur effizienten Allokation (statische Effizienz), wozu auch eine möglichst schnelle Anpassung der Ressourcenverwendung an exogen verursachte Veränderungen (wie Nachfrageschwankungen etc.) gehört.
- **Innovationsfunktion:** Durch Wettbewerb werden Innovationen generiert und durch Imitation verbreitet. Dies ist von besonderer Bedeutung, da die Schaffung und Ausbreitung neuen Wissens (technischer Fortschritt) die primäre Ursache für Wohlstandssteigerungen ist (dynamische Effizienz). Der Selbststeuerungscharakter des Wettbewerbs zeigt sich hierbei darin, dass den Akteuren, die ihre innovativen Leistungen auf dem Markt ausprobieren, erstens durch die Entscheidungen der Nachfrager Informationen über die relative Qualität ihrer Leistungen rückgekoppelt werden (Markttest) und zweitens durch die entstehenden Gewinne bzw. Verluste positive und negative Anreize zur innovativen Verbesserung ihrer Leistung gesetzt werden.
- **Verteilungsfunktion:** Auf wettbewerblichen Märkten spiegeln Gewinne und Verluste von Akteuren ihre Leistungen im Wettbewerb wider. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass Gewinne nicht aufgrund von dauerhaften Machtstellungen auf Märkten (Marktmachtgewinne) oder durch staatliche Subventionen (rent seeking) entstehen sollten, sondern nur durch bessere Leistungen für die Konsumenten (Leistungswettbewerb; Böhm 1933). Das durch den Wettbewerb verwirklichte

¹³⁸ THIEME, H. JÖRG; BERG, HARTMUT; CASSEL, DIETER (ET AL.): Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, 9., überarbeitete Auflage, Verlag Franz Vahlen, München 2007, S.371.

¹³⁹ Vgl. ebd., S.372.

Verteilungsprinzip entspricht folglich der Leistungsgerechtigkeit (Aristoteles: kommutative Gerechtigkeit); gleichzeitig werden damit adäquate Anreize zur Leistungssteigerung gesetzt.

- **Freiheitsfunktion:** Durch die Konkurrenz alternativer Anbieter und Nachfrager auf wettbewerblichen Märkten gewinnen die Marktteilnehmer Wahlmöglichkeiten und damit Freiheitsspielräume, durch die sie vor der wirtschaftlichen Macht einzelner Anbieter und Nachfrager geschützt werden. Da Wettbewerb die marktmächtigen Positionen von Unternehmen begrenzt und immer wieder abbaut, wird die individuelle Freiheit der Marktteilnehmer und damit ein Grundwert demokratischer Gesellschaften gesichert.

Diese vier Wettbewerbsfunktionen können als Raumproduktionslogiken gelten, obwohl Kommunen nicht in allen Fällen mit Unternehmen bzw. den Akteuren einer Marktwirtschaft gleichzusetzen sind.

Die Allokationsfunktion, ist direkt auf Kommunen übertragbar. Die gesellschaftlichen Ressourcen, um die Wettbewerb zwischen Kommunen besteht, sind Einwohner und Wirtschaftsunternehmen, die ihre jeweilige Ansiedlungsentscheidung nach Kosten-Nutzen Abwägung treffen. Räumliche Entscheidungen werden allerdings häufig langfristig getroffen, da Produktionsstandorte wie auch Wohnimmobilien statisch und nicht mit gewöhnlichen Konsumentenscheidungen gleichzusetzen sind. Gesellschaftliche Mobilitätsprozesse erzeugen ständige, rational geprägte Fluktuationen, jedoch sind über Grundbesitz und Investitionen in diesen viele Individuen und Unternehmen an eine Raumentscheidung über lange Zeit gebunden. Dies führt dazu, dass die Allokationsfunktion auf Kommunen bzw. auf den Raum übertragen zwar sinnvoll ist, aber erst mit Verzögerung reagiert. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass der Staat als territoriale Leitinstanz die soziale Verantwortung für seine Bürger, aber auch für die raumgebundenen Werte hat. Deutlich wird dies in der Bundesrepublik Deutschland durch die gesetzlich postulierte „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“, welche in diesem Fall den ordoliberalen „Rahmen“ der Allokationsfunktion (zur Schaffung von Investitionssicherheit) darstellt. Durch die „Konsumentensouveränität“ werden jedoch allemal kommunale Konkurrenzsituationen geschaffen.

In diesem Zusammenhang wirkt auch die Innovationsfunktion räumlich – bzw. sollte diese bei zunehmendem Wettbewerb in den Vordergrund treten. Dabei wird der Zwiespalt deutlich, der aus freiem Wettbewerb und staatlicher Verantwortung entsteht: Kommunen werben um Einwohner und Unternehmen mithilfe harter und weicher Standortfaktoren. Größere Kommunen mit hohem Bedeutungsüberschuss ihrer Funktionen für das Umland sind dabei in einer weit besseren Position als kleinere Städte, die



häufig weniger Bedeutung in ihren Versorgungsfunktionen aufweisen.¹⁴⁰ Im Sinne der Innovationsfunktion müssten sich kleinere Kommunen höhere Innovationspotentiale aneignen, um im Wettbewerb bestehen zu können. Das ist nicht der Fall, da der staatliche Rahmen (kommunaler Finanzausgleich) das Innovationspotential verringert.

So ist verständlich, dass die Verteilungsfunktion, die dafür sorgt, dass bessere Leistungen dementsprechend honoriert werden, nur in begrenztem Maße auf Wettbewerb im Siedlungssystem anwendbar ist. Zunächst werden räumliche Entscheidungen langfristiger gefällt und weiterhin steht die Vorgabe des Gesetzgebers „gleichwertige Lebensverhältnisse“ in einer dezentralen Siedlungsstruktur zu schaffen dem entgegen. Allerdings zeigt die heutige Raumstruktur in Deutschland mit besonderem Blick auf die Entwicklung der neuen Bundesländer, dass die wettbewerbsinhärente Verteilungsfunktion trotz hoher staatlicher Aufwendungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts raumwirksam ist. Weiterhin bedeutet eine staatliche Einschränkung der Verteilungsfunktion, dass auch Innovationspotentiale eingeschränkt werden. Wenn der kommunale Finanzausgleich dafür sorgt, dass Ressourcen von starken Akteuren des Wettbewerbs zu Schwächeren umverteilt werden, dann wird durch diesen Mechanismus auch der Anreiz zur Schaffung von Innovationen verringert.

Im Kontext der Freiheitsfunktion ist fraglich, inwiefern Individuen räumliche Wahlfreiheit besitzen. Einerseits besteht diese Freiheit unmissverständlich. Dafür sorgt neben der grundgesetzlichen Verankerung dieses Rechts, anders als man vielleicht wettbewerbslogisch vermuten würde, auch staatliche Intervention, indem sie die Macht einzelner Kommunen, die sie aus ihrer Größe und Zentralität ableiten, durch den kommunalen Finanzausgleich und besondere strukturpolitische Maßnahmen zu Gunsten kleinerer und schwächerer Kommunen reduziert. Nur wenn der Zugang zu allen wichtigen gesellschaftlichen und ökonomischen Ressourcen auch räumlich sichergestellt ist, kann sich eine freiheitlich faire demokratische Gesellschaft entwickeln. Wenn einige Teilräume eines nationalen Territoriums benachteiligt sind, sei es ein Stadtteil (z.B. Unruhen in Pariser Banlieues) oder seien es Regionen (die Entwicklungschancen einiger Teile der neuen Bundesländer sind auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung kaum anders als stark eingeschränkt zu bezeichnen) entwickeln sich Konfliktpotentiale, die sich leicht in radikale antidemokratische Tendenzen verwandeln. Wettbewerb an sich und in diesem Fall innerhalb der Siedlungsstrukturen eines Staates stellt einen schmalen Grat zwischen Freiheit und Ungleichheit dar.

Mithilfe der Wettbewerbsfunktionen wird das staatliche Interesse an einer gleichwertigen Raumstruktur deutlich: Kommunen sollten nur bedingt dem Wettbewerb ausgesetzt

¹⁴⁰ Ein Beispiel für die räumliche Umsetzung der wettbewerbslichen Innovationsfunktion ist die Hamburger Hafencity. Es handelt sich dabei um ein neues Stadtviertel, das für die Urbanität des 21. Jahrhunderts und die „kreative Klasse“ (Richard Florida) geschaffen wird, womit die Stadt Hamburg explizit in Wettbewerb mit anderen „Global Cities“ treten will.



werden, da einerseits eine soziale Verantwortung mit der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse einhergeht und andererseits ein gleichwertiger Raum zur optimalen ökonomischen Inwertsetzung dienen kann. Freier Wettbewerb stünde insbesondere der sozialen Verantwortung entgegen, während die Effizienz der Kommunen allerdings nicht optimal ist, da Innovationsfunktionen eingeschränkt werden. Dadurch, dass der Staat einen Finanzausgleich vorschreibt und darüber hinaus Strukturpolitik betreibt, also den ordnungspolitischen Rahmen nicht nur setzt, sondern selbst aktiv wird, entfernt man sich von den Vorteilen des Wettbewerbs, ohne jedoch vollends dessen Nachteile ausgleichen zu können. Einerseits gilt das, was F. A. Hayek¹⁴¹ (1991) als den „Weg in die Knechtschaft“¹⁴² bezeichnet: Der Staat macht sich durch strukturpolitische Maßnahmen abhängig von äußeren Umständen und Faktoren. Andererseits ist staatliche Steuerung zunehmend schwierig, da durch die Globalisierung und das Ende des Bevölkerungswachstums zusätzlicher (Wettbewerbs-)Druck auf den Kommunen lastet. Dadurch, dass der Versuch einer staatlichen Steuerung besteht, ist der Staat nun fest an diese Steuerungsaufgabe gebunden, da erst seine Interventionen zu der jetzigen Raumstruktur geführt haben, die wiederum der Gesellschaft als Verbindlichkeit für ihre Entscheidungen dient.

Wettbewerb lässt eine neue Raumproduktionslogik entstehen. Je freier (neoliberal) dieser Wettbewerb wird, umso eher werden staatlich gerahmte (ordoliberal) Raumproduktionslogiken in funktionale Widersprüche geraten. Das Dilemma ist einfach erklärt: Kommunaler Wettbewerb ist nötig für und resultiert gleichzeitig aus der (räumlichen) Freiheit des Individuums.

Standortfaktoren sind der Maßstab des räumlichen Wettbewerbs, Arbeitsplätze und Bevölkerungsgewinn das Ziel. Auch der räumliche Wettbewerb produziert Gewinner und Verlierer. Daraus resultieren langfristig Monopolisierungen bzw. Zentralisierungen. Diese jedoch stehen der in punkto Freiheit notwendigen „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ entgegen. So muss also eine ausgeglichene Raumstruktur über politische Anreize entstehen (Förderprogramme, Infrastrukturmaßnahmen etc.). Dieser Eingriff in die freien Marktkräfte bedeutet aber den direkten Weg in eine Abhängigkeit durch die Folgepolitik staatlicher Interventionen. Hat der Staat einmal begonnen, strukturpolitische Maßnahmen zu ergreifen, ist ewiges Ausbessern die Folge. In einer auf Wachstum basierenden Gesellschaft ist dieses Prinzip tragfähig, da es für alle immer mehr zu verteilen gibt. Sobald sich dieses Wachstum (Bevölkerung, Wirtschaftskraft) jedoch verringert oder es sogar stagniert oder schrumpft, wird das Prinzip zu einem Teufelskreis.

¹⁴¹ Noch deutlicher wird dies bei Ludwig von Mises (1881-1973). Während Hayek noch als Ordoliberaler gelten kann, ist von Mises ein Vertreter des radikalen Marktliberalismus. Von Mises ist der Meinung, dass jeglicher staatlicher Interventionismus zu Ineffizienz und somit einem suboptimalen Ergebnis führt.

¹⁴² Vgl. VON HAYEK, FRIEDRICH AUGUST: Der Weg zur Knechtschaft, Aktuell Verlag, München 1991.



3.4.2 Standortfaktoren und soziale Raumproduktion

Im Wettbewerb positionieren sich Kommunen über ihre Standortfaktoren als Gunsträume für Unternehmen und Einwohner. Dadurch entsteht Konkurrenz zwischen den Kommunen, die staatlicherseits durch Strukturpolitik gemindert werden soll, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu gewährleisten. Es gibt verschiedene Standorttheorien, die alle jeweils nur Aspekte einer Standortwahl abbilden (z.B. Standortstrukturtheorien, betriebliche Standorttheorien, verhaltensorientierte Standorttheorien, dynamisch-zyklische Standorttheorien). Eine allgemeine Standorttheorie scheitert an der Komplexität der zu berücksichtigenden Faktoren.¹⁴³

Eine der ersten Standorttheorien war die Theorie der Thünenschen Ringe (1826). Zusammen mit Christallers Theorie der zentralen Orte handelt es sich bei diesen frühen Theorien um Standortstrukturtheorien, die in erster Linie durch Transportkosten definiert sind. Christaller ist außerdem zu verdanken, dass Zentralität durch Bedeutungsüberschüsse definiert wird. Hieraus ergibt sich eine wirtschafts- und versorgungsabhängige Raumstruktur, die durch Strukturpolitik (z.B. den Bau neuer Verkehrswege) beeinflusst werden kann. Dieses Modell bildet noch heute die Basis staatlicher Strukturpolitik.

Mitte der 1960er Jahre wurde eine weitere Standorttheorie populär, die nicht nur den Raum betrachtete, sondern erstmals dem Wandel und der Wellenhaftigkeit des entwickelten Kapitalismus Rechnung trug. Es handelt sich hierbei um die dynamisch zyklische Standorttheorie:

„Bei der Produktlebenszyklustheorie ist die Standortentwicklung auch der Zeit als dynamischen Faktor unterworfen: Ein Produkt durchläuft verschiedene Alterungsprozesse, in denen der herstellende Betrieb unterschiedliche Standortansprüche stellt und seinen Standort entsprechend verändern kann. Bei der Einführung eines Produktes sind zum Beispiel Fachpersonal und Zulieferer wichtig, sodass der Standort im Heimatland angemessen erscheint. In der Wachstumsphase orientiert sich das Unternehmen auch ins Ausland. Billige Arbeitskräfte und kostengünstige Produktionsbedingungen gewinnen nun an Wert, eine Standortverlagerung ins Ausland ist denkbar.“¹⁴⁴

Hieran wird ein wesentlicher Prozess der Globalisierung deutlich, nämlich, dass Unternehmen abhängig zur kapitalistischen Wettbewerbslogik nach den günstigsten Produktionsorten für ihr Produkt suchen. Eine solche Standortwahl ist schwer strukturpolitisch steuerbar, da sie innovationsabhängig ist. Produkte müssen am Ende ihres Produktionszyklus, der in einem Hochlohnland Abwanderung bedeutet, ersetzt werden. Innovationen sind nur indirekt herstellbar, indem man in das gesellschaftliche Humankapital

¹⁴³ Vgl. SCHÖPKE, HENNING: Wirtschaftsräume in Deutschland – Strukturen und Prozesse, Westermann Verlag, Braunschweig 2008, S.10.

¹⁴⁴ Ebd., S.11.



investiert. Deshalb existieren neben den harten Standortfaktoren auch sogenannte weiche Standortfaktoren. Gesamtgesellschaftlich ist das der Bildungsauftrag, also die Schaffung einer hohen Zahl gut ausgebildeter Arbeitnehmer. Aus Kostengründen kann man jedoch nicht in jeder Kleinstadt eine Hochschule errichten. Schon ein Gymnasium ist in einer Kleinstadt nicht selbstverständlich.

Infrastrukturen, wie innerstädtische Grünflächen, Bibliotheken, Einkaufsmöglichkeiten usw. spielen als weiche Standortfaktoren ebenso eine Rolle um Humankapital anzuziehen und zu binden. Den höchsten Wert haben allerdings Wissensstandorte, da sie Ansiedlungsstrategien von Unternehmen heute mit bestimmen.

Es entsteht ein Problem für Kleinstädte und periphere Kommunen im Zeitalter einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft: Die ökonomische Existenzgrundlage dieser Zeit – das Wissen – kann nicht gleichwertig durch strukturpolitische Maßnahmen im Raum verteilt werden. Daraus folgt: Die indirekte staatliche Steuerung durch Strukturpolitik zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse scheitert an den Ansprüchen einer zunehmend komplexer werdenden (neoliberalen) Ökonomie.

Großstädte hingegen, die in der Regel Wissensstrukturen und damit Innovationspotentiale aufweisen, profitieren von der höheren Zahl junger Menschen/Humankapital und den damit verbundenen Wirtschaftsansiedlungen. Eine Pfadabhängigkeit zur Zentralisierung von Siedlungsstrukturen entsteht. Es bilden sich neue Knotenpunkte erhöhter Bedeutung durch den ökonomischen Strukturwandel. Diese Argumentation wird durch die Theorie der Netzwerkgesellschaft gestärkt.¹⁴⁵ Sie wird dort als ein Wandel vom „Raum der Orte“ zu einem „Raum der Ströme“ bezeichnet.

In Kleinstädten und peripheren Kommunen werden strukturpolitische Anreize mithilfe weicher Standortfaktoren zur Rückkehr der ausgebildeten Bevölkerung gesetzt. Der Erfolg dieser Maßnahmen ist jedoch meist gering: Das Arbeitsplatzangebot hängt von Unternehmen und deren Ansiedlungsentscheidungen ab. Fachkräftemangel und eine innovationsorientierte Dienstleistungsökonomie, deren Wertschöpfung vom verfügbaren Humankapital abhängt, führt dazu, dass Unternehmen verstärkt auf weiche Standortfaktoren achten. Abbildung 3.1 stellt verschiedene harte und weiche Standortfaktoren dar.

¹⁴⁵ Vgl. CASTELLS, MANUEL: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft – Das Informationszeitalter I, Leske und Budrich, Opladen 2004.


Abbildung 3.1: Standortfaktoren

Harte Standortfaktoren	Weiche Standortfaktoren
Rohstoffversorgung	
Ver- und Entsorgung	Personenbezogen
Angebot an Flächen und Immobilien	Wohnqualität (Mieten, Verkehrsanbindung)
Verkehrsinfrastruktur	Freizeitwert und Naherholung
Nähe zu Forschungseinrichtungen	Bildungsangebot
Energiekosten	Kulturelles Angebot
Arbeitskräfte (Quantität, Qualität, Lohnniveau)	Medizinische Versorgung
Bodenpreise / Immobilienpreise	Einkaufsmöglichkeiten
Marktvolumen	Umweltqualität
Kaufkraft	Mentalität (soziale Offenheit etc.)
Verfügbare Dienstleistungen	
Umweltauflagen	Unternehmensbezogen
Persistenz	Image des Standortes
Steuern/Abgaben	Wirtschaftsklima
Staatliche/kommunale Vergünstigungen	Unternehmensfreundlichkeit
Agglomerationsvorteile	
Politische, ökonomische, soziale Stabilität	
Klima	

Quelle: In Anlehnung an SCHÖPKE, HENNING: Wirtschaftsräume in Deutschland – Strukturen und Prozesse, Westermann Verlag, Braunschweig 2008, S.12.

Strukturpolitik operiert mit den verschiedenen Standortfaktoren. Gleichzeitig machen die Standortfaktoren als Normen der Standortentscheidungen von Unternehmen deutlich, warum eine Pfadabhängigkeit der Zentralisierung entsteht: Bei den meisten Faktoren sind größere Städte im Vorteil. Staatlich geförderte Kindergärten, Altenheime oder Schwimmbäder helfen das Wohnumfeld zu verbessern und auch kleinere Kommunen vermeintlich attraktiv zu halten, allerdings haben größere Städte aufgrund ihrer Größe immer ein besseres Angebot an sozialen und erlebnisorientierten Infrastrukturen. Außerdem ist der Konsument frei in seinen Entscheidungen bzw. in der Wohnortwahl und sucht im suburbanen Bereich ein adäquates Verhältnis aus den Vorteilen kleinerer Kommunen und der Nähe zu großstädtischen Infrastrukturen. Dadurch, dass Massenwohlstand und individuelle Freiheit die Bindung an einen bestimmten Raum theoretisch entfallen lässt, ist die Grundlage eines solchen Entscheidungsmodells plausibel und Zentralisierungstendenzen werden beflügelt. Unternehmen passen sich dieser Logik an und siedeln auf der Suche nach Fachkräften eher in Agglomerationsräumen: Sie möchten von den dort allgemein besseren sozioökonomischen Verflechtungen profitieren. Ein Teufelskreis entsteht. Kommunen führen einen insgesamt ruinösen Wettbewerb der Standorte.

Hinzu kommt der stark durch globale Vernetzungen geprägte sektorale ökonomische Strukturwandel zu Dienstleistung bzw. zu einer Informationsgesellschaft:

„Schließlich verändern sich die ökonomischen Strukturen auch innerhalb regionaler Wirtschaftsräume. Dabei ist dieser regionale Strukturwandel oft die Folge sektoralen



Strukturwandels. Dies ist besonders dann der Fall, wenn in ihrer Entwicklung stagnierende oder schrumpfende Branchen in einer Region gehäuft auftreten.“¹⁴⁶

Dieses Phänomen ist jeweils retrospektiv betrachtet durch Kondratjew Zyklen erklärt, die nach dem Wirtschaftswissenschaftler Dmitrijewitsch Kondratjew (1882-1938) benannt wurden.

Kondratjew erkannte, dass Innovationsprozesse über lange Zeiträume hinweg wellenförmige Phasen wirtschaftlichen Auf- und Abschwungs auslösen. Basisinnovationen folgen in jüngerer Zeit schneller aufeinander. Dies ist für die geographische Standortverlagerung besonders bedeutsam, da neue Basisinnovationen dazu führen, dass neue Wachstumsregionen entstehen, während alte Zentren an Bedeutung verlieren. Regionen der industriellen Moderne durchlaufen solch einen basisinnovationsabhängigen Lebenszyklus, in dem Einkommen, Beschäftigung und Wohlstand zuerst zu- und später wieder abnehmen.¹⁴⁷

Werden dabei nicht die einzelnen Regionen Deutschlands in den Fokus gestellt, sondern die Stadtgrößenklasse „Kleinstadt“, lässt sich konstatieren, dass die heutige deutsche Kleinstadt als kategorischer Übergriff insgesamt ein Siedlungstyp des Industriezeitalters ist, welcher nun vor der Ablösung steht.¹⁴⁸ Neue technologische Innovationen setzen ein hohes Maß an Wissenschaft voraus und suchen Cluster- bzw. Netzwerkeffekte als Standortfaktoren, die in Agglomerationsräumen zu finden sind, aber nicht in Kleinstädten.

Außerdem führen sich beschleunigende Wellenbewegungen zu immer größeren Anpassungsschwierigkeiten der staatlichen Strukturpolitik. Hinzu kommen postmoderne Handlungsmuster der Bevölkerung. Flexibilität, Mobilität und Selbstverwirklichung setzen Standortfaktoren bzw. Infrastrukturen (Single-Mietwohnungen, gute Verkehrsinfrastrukturen etc.) voraus, denen Agglomerationsräumen besser als Kleinstädte gerecht werden können. Wieder zeigt sich, dass Raum sozioökonomisch produziert wird.

Die Komplexität der Herausforderungen für den Siedlungstyp Kleinstadt nimmt zu. Dies äußert sich in Wettbewerb, der zunehmend unabhängig von staatlicher Steuerung verläuft und somit ungleichheitsfördernd ist.

¹⁴⁶ Ebd., S.15.

¹⁴⁷ Vgl. ebd., S.15.

¹⁴⁸ Diese Überlegungen gehen einher mit einer weiteren wirtschaftsgeographischen Theorie, der Regulationstheorie. „Die Grundidee der Regulationstheorie ist, dass langfristig stabile Phasen wirtschaftlicher Entwicklung mit konstanten Produktions-, Konsum- und Regelungssystemen durch krisenhafte Phasen mit Veränderungen in den Teilbereichen abgelöst werden und sich danach wieder ein neues, aber verändertes stabiles System ergibt.“ (Elmar Kulke: Wirtschaftsgeographie, S.107). Die Regulationstheorie weist einige interessante Ansätze auf, soll aber aufgrund der Übersichtlichkeit nur am Rande dieser Arbeit Erwähnung finden. Die hier genannten Standortfaktoren und die Polarisierungstheorie sind für das Erkenntnisinteresse der Untersuchung zielführender.



3.4.3 Polarisierungstheorie als weiterer wirtschaftsgeographischer Erklärungsansatz

Die wirtschaftsgeographische Polarisierungstheorie lässt sich in den Kontext des zunehmenden räumlichen Wettbewerbs einbinden. Zusammen mit der Regulationstheorie, die von der krisenhaften Veränderung überkommener Regulations- und Akkumulationsmuster ausgeht, in deren Folge sich neue Muster herausbilden, mit neuen Akteuren und neuen Handlungs- und Produktionsmustern, stellt diese Theorie einen aktuellen Ansatz zur Erklärung der Situation peripherer Kommunen zu Beginn des 21. Jahrhunderts dar.

Die Polarisierungstheorie lässt einen Kausalzusammenhang zwischen staatlicher Steuerung als überkommene Raumproduktionslogik und den Herausforderungen, die an die deutsche Kleinstadt zu Beginn des 21. Jahrhunderts gestellt werden, entstehen:

„Die räumliche Diversität gesellschaftlicher Wirklichkeit kann grundsätzlich als Legitimation und Zugangsperspektive geographischer Forschung auf ökonomische und soziale Phänomene aufgefasst werden. Zentraler Ausgangspunkt wirtschaftsgeographischer Studien ist die empirisch gewonnene Erkenntnis, dass unausgeglichene Raumstrukturen und Raumungleichgewichte bestehen.“¹⁴⁹

Eine Grundannahme der Polarisierungstheorie ist, dass unvollkommene Märkte bestehen, was in der Folge dazu führt, dass Ungleichgewichte sich immer weiter verstärken und so eine Pfadabhängigkeit ökonomisch erfolgreicher und nicht erfolgreicher Räume eintritt.¹⁵⁰ Polarisierungstheoretische Ansätze sind nützlich, wenn es darum geht regionale Phänomene, wie das Entstehen und weitere Wachsen von Agglomerationen oder den Fortbestand regionaler Divergenzen, zu erklären.¹⁵¹

Die deutsche Kleinstadt befindet sich entweder in Agglomerationsräumen und profitiert von Abstrahlungseffekten oder sie ist peripher gelegen und verliert mit der Zeit ihre industriegesellschaftsgeprägte Wirtschaftsstruktur. Unter Berücksichtigung des Entstehens neuer Basisinnovationen im Sinne Kondratjews, die mit hohen Wissens- und Forschungsanforderungen verbunden sind, gewinnt die Polarisierungstheorie zusätzlich an Evidenz.

Kulke (2009) spricht davon, dass das Auftreten und die räumliche Verbreitung von Innovationen durch Agglomerationen begünstigt wird, weil dort bessere Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Innovationen herrschen. Weiter ist er der Meinung, dass sich diese erst mit räumlicher Verzögerung ausbreiten, sodass die Zentren nicht nur

¹⁴⁹ BATHELT, HARALD ; GLÜCKLER, JOHANNES: Wirtschaftsgeographie, Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart 2003, S.63.

¹⁵⁰ Ganz im Gegensatz zur neoklassischen Wachstumstheorie, die von vollkommenen Märkten ausgeht (vollkommene Information, vollkommener Wettbewerb etc.). In der Praxis erweisen sich diese Annahmen als unrealistisch, weshalb nicht weiter darauf eingegangen wird (Vgl. BATHELT, HARALD; GLÜCKLER, JOHANNES: Wirtschaftsgeographie, Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart 2003, S. 67ff).

¹⁵¹ Vgl. ebd., S.36.



einen temporären Konkurrenzvorteil hätten, sondern sie generell durch modernere und leistungsfähigere Einheiten gekennzeichnet seien.¹⁵²

Damit wird deutlich, dass Polarisierungstheorien auch für staatliche Strukturpolitik von Bedeutung sind, „was auch daran liegen mag, dass aus ihnen eine direkte Aufforderung zum regionalpolitischen Handeln herauszulesen ist. Als Konzept zur Auflösung verhärteter Polaritäten wird im Wesentlichen die Förderung von „Gegenpolen“ empfohlen.“¹⁵³

Es stellt sich außerdem die Frage, warum der Entwicklungsstand von Kleinstädten von der Region abhängig ist, in der sie sich befinden, und nicht nur von der Lage zu Agglomerationen. Dazu lassen sich in Anlehnung an Paelinck „verschiedene geographische Effekte unterscheiden, die aus regionaler Polarisierung resultieren:

- Technische, d.h. produktionsbedingte regionale Verflechtungen,
- Regionale Einkommenseffekte durch Multiplikatorwirkungen,
- Anstöße zu Investitionen und Neugründungen in einer Region durch psychologische Effekte.“¹⁵⁴

Auf Basis dieser Punkte nimmt er an, dass sich regionale Verknüpfungen entwickeln. Interessant ist dazu auch der Ansatz von Boudeville, der sich die führenden Industrien, verbunden durch branchenexterne Ersparnisse, in einem Industriekomplex räumlich vereint vorstellt.

Dabei geht er davon aus, dass die Expansion eines solchen Wirtschaftszweiges nicht nur selbstbezogen wirkt (Multiplikatoreffekt), sondern auch regional, also auf andere Wirtschaftszweige im Umfeld stimulierend einwirkt (Akzeleratoreffekt). Damit gehen dann Rückkopplungen einher, sodass eine positive Pfadabhängigkeit im Wachstumspol entsteht.¹⁵⁵

Es bestehen jedoch nicht nur Wachstumspole. Dementsprechend hat Pottier (1963) den Entwicklungsachsenansatz postuliert, wonach sich ökonomische Strukturen insbesondere entlang der Verkehrswege zwischen Agglomerationen ansiedeln:

„Aus diesen Vorstellungen ist das Handlungskonzept der Raumordnungspolitik entwickelt worden, nach dem in rückständigen Regionen Wachstumspole und von ihnen ausstrahlende Entwicklungsachsen definiert und als Gegengewichte zu den Metropolen gefördert werden sollen. Dies erfordert jedoch, dass in dem zu fördernden Zentrum auch tatsächlich „führende“ Wirtschaftszweige vorhanden sind oder angesiedelt werden können, von denen die wachstumsfördernden Effekte ausge-

¹⁵² Vgl. KULKE, ELMAR: Wirtschaftsgeographie (4. Auflage), Schöningh Verlag, Paderborn 2009, S.279.

¹⁵³ KRIEGER-BODEN, CHRISTIANE: Die räumliche Dimension in der Wirtschaftstheorie, Inst. F. Weltwirtschaft, Kiel 1995, S.36.

¹⁵⁴ BATHELT, HARALD ; GLÜCKLER, JOHANNES: Wirtschaftsgeographie, Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart 2003, S.70.

¹⁵⁵ Vgl. KRIEGER-BODEN, CHRISTIANE: Die räumliche Dimension in der Wirtschaftstheorie, Inst. F. Weltwirtschaft, Kiel 1995, S.37.



hen; es muss also eher auf Förderwürdigkeit denn auf Förderbedürftigkeit von Standorten geachtet werden, wie beispielsweise von Klaassen (1970) betont wird.¹⁵⁶

Daran wird deutlich, dass nicht jeder Ort strukturpolitisch gefördert werden kann, auch wenn Bedarf bestünde.

Die Polarisierungstheorie ist im Fall dieser Untersuchung hilfreich. Sie stellt die Wirkung von Wettbewerb und ordoliberal geprägtem strukturpolitischen Staatshandeln dar. Einerseits rechtfertigen die in ihr enthaltenen Überlegungen den steuernden ordoliberalen Staat. Andererseits werden in ihr die Folgen räumlichen Wettbewerbs deutlich. Diese Folgen sind bspw. in den USA – einer seit jeher verhältnismäßig freien Marktwirtschaft – sichtbar, in der es starke räumliche Polarisierungen gibt. In der Bundesrepublik Deutschland ist ein schleichender Wandel der gesellschaftlichen Raumproduktionslogik festzustellen, da die Prozesse, die heute unter dem Begriff „Neoliberalismus“ subsumiert werden, in den letzten Dekaden ihre räumliche Wirkung entfalteteten.

¹⁵⁶ Ebd., S.37.

4. Transformative Herausforderungen für die Kleinstadt zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Kleinstädte drohen aufgrund des anhaltenden wirtschaftlichen Strukturwandels zu Opfern kommunalen Wettbewerbs zu werden. Arbeitsplätze im primären Sektor, die lange Zeit maßgeblich für die Wirtschaftsstruktur von Kleinstädten waren, sind trotz hoher Produktionsleistungen der Land- und Forstwirte kaum vorhanden. Der sekundäre Sektor ist geprägt durch den Niedergang alter Industrien, der tertiäre Sektor nur in geringem Maß bzw. in nur wenigen dienstleistungsorientierten Wirtschaftszweigen in Kleinstädten zu finden. Dementsprechend verlieren Kleinstädte als Zentren des regionalen Arbeitsmarktes an Bedeutung. Viele von ihnen versuchen als Versorgungszentren mit hausaltbezogenen Dienstleistungen und als moderne Wohnzentren dem Bedeutungsverlust entgegenzutreten. Dies führt zu Wettbewerb auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene. So weist Kolb (2007) darauf hin, dass nationale bzw. globale Prozesse erkennbare Auswirkungen (Polarisierungen) auf die deutsche Kleinstadt haben:

„Der Veränderung der Organisation und Steuerung der Wirtschaft im Rahmen der Integrationsprozesse der EU und der Globalisierung folgt eine Internationalisierung des Städtesystems. Diese wiederum vertieft die Entwicklungsdifferenzen zwischen den Städten (Krätke 1997). Demnach gibt es Gewinner- und Verliererstädte und Gewinner- und Verliererregionen. Die regionalen Unterschiede verfestigen und verstärken sich zwischen den Wachstumsregionen in Bayern, längs der Rheinschiene und Hamburg und den stagnierenden Regionen im übrigen Nord-Westdeutschland und den Schrumpfungsregionen in Ostdeutschland.“¹⁵⁷

Es wird deutlich, dass räumliche Konkurrenzsituationen auf nationaler und internationaler Ebene entstehen. Während in Gewinnerregionen einige (aber nicht alle) Kleinstädte profitieren, durchlaufen in den Verliererregionen die meisten Kleinstädte Marginalisierungsprozesse. Drei räumlich relevante Punkte charakterisieren den Gesellschaftswandel im 21. Jahrhundert:

1. Der Wandel in der Wirtschaftsstruktur: Deindustrialisierung und Globalisierung haben einen postindustriellen Transformationsprozess eingeleitet, aus dem einschneidende Umbrüche entstehen, die sich einerseits durch Verschiebung der Arbeitsplätze im Sinne Fourastiés hin zum tertiären Sektor äußern und andererseits zum Verlust von Arbeitsplätzen in Kleinstädten führen, da diese nur selten über Standortvorteile im Sinne einer Dienstleistungsgesellschaft verfügen.

¹⁵⁷ KOLB, ANNETTE: Die Kleinstadt auf dem Weg in die Moderne, In: HERRENKNECHT, ALBERT; WOHLFARTH, JÜRGEN (HRSG.): PRO-REGIO-ONLINE 4/2007, ThemenSchwerpunkt Kleinstädte (Teil III), S.70.



2. Der demographische Wandel: Im Sinne des demographischen Übergangs haben die westlichen Industrienationen die spättransformative Phase erreicht. Niedrige Sterberate und stark abnehmende Geburtenrate führen zu einer Schrumpfung der Bevölkerung und zu einer Steigerung des durchschnittlichen Alters der Gesellschaft. Das stellt Kommunen vor neue Aufgaben. Soziale wie technische Infrastruktur müssen an die sich verändernden Einwohnerzahlen angepasst werden, was mit hohen Kosten verbunden ist. Durch sinkende Einwohnerzahlen sind aber auch die kommunalen Finanzen betroffen, sodass Stadtschrumpfung zu einem Problem wird, auf das deutsche Städte nur wenig vorbereitet sind. Kleinstädte können auf die Folgen des demographischen Wandels weniger flexibel reagieren als größere Städte.
3. Der Wandel von individuellen Lebenszusammenhängen: Suburbanisierung bzw. der Trend zum Eigenheim führt zu einer Umgestaltung der deutschen Raumstruktur. Der vom Wohlstand der westlichen Industrienationen abhängige Trend zum Wohnen im eigenen Haus lässt ein weitläufigeres Siedlungssystem entstehen. Das hat Folgen für die Kleinstadt (Entleerung der Innenstädte) wie auch für den Einzelhandel (Einkaufszentren auf der grünen Wiese) und für die Infrastrukturversorgung des entdichteten Wohnens, woraus hohe Kosten für die Kommunen entstehen. Mit der veränderten Nachfrage nach Wohnraum gehen soziale Segregationsprozesse einher.

4.1 Wirtschaftliche Transformation

Die weltweite gesellschaftliche und ökonomische Situation und die Lage der westlichen Industrienationen, insbesondere Deutschlands, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, legt die Vermutung nahe, dass das Ende des anhaltenden wirtschaftlichen Wachstums bevorsteht, das die Industrienationen innerhalb der letzten beiden Jahrhunderte erlebten und das nun zu Wettbewerb in Räumen und Lebensbereichen führt, die in der Vergangenheit des kontinuierlich steigenden Wohlstands davon nur wenig betroffen waren. Die Industrienationen stehen einem Verlust von Privilegien gegenüber, der im Zuge der Globalisierung aus einer weltweiten Angleichung der Räume entsteht.

Miegel (2007) spricht in diesem Zusammenhang von einer Epochenwende. Er thematisiert Verschiebungen im globalen Gefüge von Nationen, Volkswirtschaften und Handelsströmen:

„In der nunmehr zu Ende gehenden Epoche hatte der Westen einen weiten Vorsprung vor der übrigen Welt. Jahrhundertlang war er ihr technisch-industriell überlegen. Seine Bevölkerungen waren weithin besser gebildet und ausgebildet. Der materielle Wohlstand stieg schneller als anderswo, und zugleich nahm die Zahl der

Menschen rascher zu. Dadurch erlangte der Westen weltweite Vorherrschaft. Nun aber sind immer mehr Länder dabei, diesen Vorsprung aufzuholen. Der Abstand wird von Jahr zu Jahr kleiner.“¹⁵⁸

Miegel sieht Konflikte hauptsächlich in Ökonomie, Ökologie und bei sozialen Faktoren, die zu Bedrohungen für die hochindustrialisierten Länder werden.

Obwohl die deutsche Kleinstadt vielfach nur suboptimal an globale Prozesse angeschlossen ist, wirkt das, was Miegel „Epochenwende“ nennt, indirekt auch auf sie als Teil des deutschen Siedlungssystems. In ökonomischer Hinsicht geschieht dies durch die Standortkonkurrenz, die sich im Zuge der Globalisierung verschärft. Aber auch gesellschaftliche Veränderungen wirken prägend auf die weitere Entwicklung des deutschen Siedlungssystems.

Der Soziologe Gerhard Schulze spricht in seinem Buch „Die beste aller Welten“ (2004) genauso wie Miegel von einem Ende der kapitalistischen Wachstumslogik, bezieht diese aber auf gesellschaftlichen Wandel. Laut Schulze rufe kapitalistisches Wachstum einen stetigen Wandel durch Innovationen hervor, der jedoch linear im Sinne des Kapitalismus verlaufe, da der allgemeine gesellschaftliche Glaube auf ständige Neuerung als Entwicklungsprämisse existiere.¹⁵⁹ Die kapitalistische Wachstumslogik sei an einem Punkt angekommen, an dem sie die Tragfähigkeit als gesellschaftliches Ordnungsschema verliere.¹⁶⁰ Im Sinne postmaterieller Wertzuweisungen sei nicht Konsum und ökonomisches Denken wichtig, sondern die Verheißung eines guten und glücklichen Lebens.

Aus den veränderten Zielsetzungen der Individuen (Postwachstumsmentalität) resultieren veränderte Lebensstile und bilden eine neue soziale Wirklichkeit, die sich raumstrukturierend (demographischer Wandel, Suburbanisierung, Konsumverhalten) niederschlägt. Weiterhin ist steigender Wettbewerb mit dem Ende des andauernden wirtschaftlichen Wachstums verbunden. Die Folge ist ein spürbar werdender Verteilungskonflikt finanzieller und in der Folge auch gesellschaftlicher Ressourcen. Dies hat wiederum Auswirkungen auf das Handeln der Gesellschaft in räumlicher Hinsicht und damit auch auf Kleinstädte.

In der Postwachstumsgesellschaft unterliegen Raumstrukturen großen Veränderungen und Polarisierung ist die Folge des steigenden Wettbewerbs durch Verteilungskonflikte und gesellschaftlicher Neuorientierung.

Dabei wirkt auch die Globalisierung mit: Raumbarrrieren verschwinden als Folge von Internationalisierung, zunehmender Bedeutung von IuK-Technologien und verbesserten

¹⁵⁸ MIEGEL, MEINHARD: Epochenwende, Ullstein Verlag, Berlin 2007, S.9.

¹⁵⁹ Vgl. SCHULZE, GERHARD: Die beste aller Welten, S. Fischer Verlag, Frankfurt 2004, S.23.

¹⁶⁰ Vgl. ebd., S.25.



Transportmöglichkeiten. Es entstehen dabei neue räumliche Bedeutungsüberschüsse, die mit der bisherigen Raumstruktur auf allen Maßstabsebenen nur noch in Teilen übereinstimmen. Castells (2004) Überlegungen zum räumlichen Wandel durch Netzwerke verdeutlichen, dass der historisch determinierte „Raum der Orte“ in seiner Bedeutung verblasst und die neuen ökonomischen, technischen und sozialen Entwicklungen einen „Raum der Ströme“ entstehen lassen.¹⁶¹ In diesem vernetzten Raum agieren Ökonomie und Gesellschaft unabhängig von Standorten bzw. lokalisierbaren Strukturen. Nationalstaatliche Raumstrukturen verlieren gegenüber einem Raumnetzwerk höherer Ebene an Bedeutung. Die Raumstruktur des 21. Jahrhunderts weist das Bild eines Netzwerks auf mit zahlreichen peripheren Regionen und wenigen bedeutenden Knotenpunkten.

Eder Sandtner (2005) vertritt die Auffassung, dass die globalisierte Zirkulation von Kapital zum wichtigsten sozialräumlichen Prozess wird. Gleichzeitig bestehe die Konzentration wirtschaftlicher und politischer Führungszentren in Global Cities fort, wobei Kommunikations- und Verkehrsinfrastrukturen jedoch ungleich verteilt wären. Räumliche Strukturen seien in Cluster- bzw. Netzform aufgebaut, sodass jeder Ort in ein globales Netzwerk eingebunden ist¹⁶².

Im Sinne räumlicher Polarisierung entstehen damit neue Wertigkeiten, bei denen einige Räume, die an Knotenpunkten der globalisierungsabhängigen Vernetzung liegen, deutlich höher nachgefragt werden als andere. Das führt einerseits zur Bildung neuer Peripherien, andererseits zur sozialen Differenzierung des Raumes mit weitreichenden Folgen:

„Der entscheidende Faktor bei den neuen urbanen Prozessen in Europa ebenso wie anderswo besteht also darin, dass der urbane Raum zunehmend sozial differenziert wird und zugleich funktional jenseits aller physischen Nähe verflochten ist. Daraus folgt die Trennung zwischen der symbolischen Bedeutung, dem Standort der funktionalen Einrichtungen und der gesellschaftlichen Aneignung von Raum in den Metropolen. Dies ist die Tendenz, die der weltweit wichtigsten Transformation urbaner Formen zugrunde liegt, und die sich besonders in den Regionen, die sich gerade industrialisieren, bemerkbar macht: die Entstehung von Mega-Städten.“¹⁶³

Kleinstädte liegen entweder in peripheren Regionen und verlieren weiter an Bedeutung, oder sie liegen in der Nähe von Agglomerationen und werden zum Teil einer suburban verstädterten Megastadtlandschaft. Für den Fortbestand der dezentralen Raumstruktur Deutschlands ergibt sich aus dieser Entwicklung eine Vielzahl von Herausforderungen.

¹⁶¹ Vgl. CASTELLS, MANUEL: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft – Das Informationszeitalter I, Leske und Budrich, Opladen 2004, S. 431ff.

¹⁶² Vgl. EDER SANDTNER, SUSANNE: Neuartige residentielle Stadtstrukturmodelle vor dem Hintergrund postmoderner Gesellschaftsentwicklungen, Wepf & Co., Basel 2005, S.39.

¹⁶³ CASTELLS, MANUEL: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft – Das Informationszeitalter I, Leske und Budrich, Opladen 2004, S.458.



4.1.1 Deindustrialisierung

In früh industrialisierten Staaten wie Deutschland lassen sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts zunehmend Deindustrialisierungsprozesse beobachten. Geht die Zahl der Arbeitsplätze im produzierenden Sektor zurück liegt Hauptteil der Erwerbsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor. Dies lässt neuen Wettbewerb entstehen:

„Die Deindustrialisierung schreitet fort, ebenso wie der Arbeitsplatzabbau in Landwirtschaft, Gewerbe und traditionellen Dienstleistungen. Die Chancen auf Kompensation durch Produktspezialisierungen, neue Technologien und moderne Dienstleistungen sind sehr unterschiedlich verteilt. Die Suche nach zukunftsfester Wirtschaftsbasis führt zu einer immer härteren wirtschaftlichen Standortkonkurrenz der Städte und Regionen. Wirtschaftskonkurrenzen sind heute gleichermaßen globale, EU – weite, nationale und regionale Konkurrenz.“¹⁶⁴

Im Sinne des Drei-Sektoren-Modells von Fourastié, war Deutschland bis in die 1970er Jahre eine Industriegesellschaft. Der tertiäre Sektor gewann ab Mitte des 20. Jahrhunderts an Bedeutung in der Bundesrepublik und überstieg in der Wertschöpfung den sekundären Sektor. Seit dem ist Deutschland eine postindustrielle Gesellschaft.

Die Dynamik der Arbeitsplatzentwicklung manifestiert sich auch räumlich: Während die westlichen Bundesländer deutliche Tertiärisierungsprozesse durchlaufen und Dienstleistungen an Bedeutung gewinnen, findet dieser Prozess im Osten der Bundesrepublik nicht in gleicher Intensität statt, wobei die Beschäftigten im Dienstleistungssektor allerdings auch hier in der Mehrzahl sind.

Die postindustrielle Gesellschaft wurde schon 1973 durch den amerikanischen Soziologen Daniel Bell beschrieben.¹⁶⁵ In seinem Gesellschaftsentwurf geht er davon aus, dass durch fortschreitende Technisierung bzw. Automatisierung einen Wandel hin zur Dienstleistung stattfindet.

„Durch den Übergang von einer Waren- zu einer Dienstleistungsgesellschaft verändert sich die Berufsstruktur: Die Zahl der industriellen Tätigkeiten geht zurück, während die Zahl der Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor ansteigt.“¹⁶⁶

Diesen Wandel zur Dienstleistung sieht Bell verknüpft mit einem Anstieg der Wissens- bzw. Informationsproduktion:

„Das Konzept der nachindustriellen Gesellschaft betont die zentrale Stellung des theoretischen Wissens als Achse, um die sich die neue Technologie, das Wirtschaftswachstum und die Schichtung der Gesellschaft organisieren werden.“¹⁶⁷

¹⁶⁴ EICHSTÄDT-BOHLIG, FRANZISKA: Was kann, was muss Stadtpolitik leisten?, In: Städte im Umbruch - Das Online Magazin für Stadtentwicklung, Stadtschrumpfung, Stadtumbau & Regenerierung, Ausgabe 1/2004, S.42.

¹⁶⁵ Vgl. BELL, DANIEL: Die nachindustrielle Gesellschaft, Campus Verlag, Frankfurt a.M./New York 1985.

¹⁶⁶ PONGS, ARMIN: In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Bd. 1, Dilemma Verlag, München 2007, S. 87.



Die sich hieraus ergebenden Veränderungen für die Gesellschaft und ihre Struktur bedingen einen Wandel gesellschaftlicher Lebens- und Arbeitsweisen. Das Leben der einzelnen Menschen ist nicht mehr durch Arbeit dominiert, sondern legt eine Lebenseinstellung zugrunde, „die auf Freiheit und Freizeit ausgerichtet ist“.¹⁶⁸

Arbeit tritt dadurch nicht völlig in den Hintergrund, vielmehr entstehen neue Wertigkeiten: Materielle Güter werden – als Folge der Wertschöpfung durch Dienstleistung – im Vergleich zum Faktor Zeit, der durch Dienstleistung gebunden und vergänglich ist, in ihrer Bedeutung herabgesetzt.

Außerdem ist die sich verändernde Berufsstruktur prägender Faktor für die postindustrielle Gesellschaft: Durch die verschwindende Dominanz körperlicher Arbeit ist es auch für Frauen verstärkt möglich, ins Berufsleben einzutreten. Der Dienstleistungssektor wird von Bell in fünf verschiedene Bereiche untergliedert: Verteilung und Handel, Finanz- und Versicherungswesen, fachliche und geschäftliche Dienstleistungen, Freizeitbedürfnisse und soziale Dienstleistungen.¹⁶⁹ Viele Berufe dieser fünf Bereiche setzen einen hohen Wissensstand voraus, sodass in der postindustriellen Gesellschaft wissens- und informationsgenerierende Einrichtungen wie Universitäten immer wichtiger werden, da Bildung unabdingbar für berufliches Bestehen ist.

Für die Kleinstadt bedeutet dieser Wandel der wichtigsten Wertschöpfungsressource eine Gefahr. Während Produktionsstandorte abhängig von der Transportkostenlogik im Raum verteilt werden konnten, ist Wissen eine Ressource, die von Zentralität und Clustern abhängig ist. Wissensstandorte wie Universitäten sind also in erster Linie in Großstädten zu finden. Kleinstädte kommen hierfür nicht in Frage. So sind die Kleinstadt und weite Teile der dezentralen Raumstruktur Deutschlands doppelt durch den postindustriellen Wandel bedroht. Einerseits eignen sie sich nicht als Wissensstandorte, andererseits schreitet die Deindustrialisierung voran und immer weniger industrielle Arbeitsplätze stehen zur Verfügung.

Dies hat für Kleinstädte in den meisten Regionen Deutschlands weitreichende Folgen: Wo Arbeitsplätze verloren gehen, ohne dass in gleicher Zahl neue entstehen, nimmt die Bevölkerung ab. Kleinstädte befinden sich – um Marginalisierung zu vermeiden – in einem Wettbewerb um die wenigen ansiedlungswilligen Unternehmen. Dieser Wettbewerb wird mit Standortfaktoren und Subventionen geführt. Der größere Teil der deutschen Kleinstädte verliert diesen Wettbewerb gegen die Agglomerationsräume und wirtschaftlich starken Regionen in Süddeutschland.

¹⁶⁷ BELL, DANIEL: Die nachindustrielle Gesellschaft, Campus Verlag, Frankfurt a.M./New York 1985, S. 112f.

¹⁶⁸ PONGS, ARMIN: In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Bd. 1, Dilemma Verlag, München 2007, S. 87.

¹⁶⁹ Vgl. ebd., S.88.

4.1.2 Globalisierung

Deindustrialisierung ist ein Teil des umfassenderen Globalisierungsprozesses. Der Begriff Globalisierung bezeichnet weltumspannende Wirtschaftsbeziehungen mit global verknüpfter Produktion und Märkten. Damit einher gehen internationale Informations-, Kapital und Arbeitskraftströme.¹⁷⁰

„Wirtschaftswissenschaftler sehen heute das Ende der reinen Nationalökonomien [...]. Voraussetzungen für die Globalisierung der Wirtschaft sind die Liberalisierung und zunehmende Mobilität der Güter- und Finanzmärkte, letztere ermöglicht durch verbesserte Kommunikations- und Transporttechnologien. Neue Fertigungstechniken und Umstrukturierungen im Bereich der Unternehmens- und Produktionsorganisation erleichtern zudem die internationale Arbeitsteilung“.¹⁷¹

Das Ende der reinen Nationalökonomien auf Basis von Vernetzung und neuen Technologien bringt sowohl positive als auch negative Folgen mit sich. Von Plate (2003) beschreibt Globalisierung als eine Entwicklung, die von ihren Befürwortern als Weg zum effizienteren Wirtschaften durch den Abbau von Handels- und Wettbewerbsbeschränkungen gesehen wird.¹⁷²

Die Kritiker sehen laut von Plate dagegen eine Einschränkung der staatlichen Steuerungsfähigkeit, da die Akteure der Globalisierung keiner wirksamen gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen sind, wodurch politische und wirtschaftliche Instabilität entsteht und soziale Ungleichheit in und zwischen den Staaten geschaffen wird.¹⁷³

Mit Ende des kalten Krieges entfaltet die Globalisierung zunehmend ihre Wirkung. Seitdem öffnen sich die großen Wirtschaftsräume Osteuropas und Chinas dem Welthandel mit frappierenden Auswirkungen für die westlichen Industrienationen. Migration, Verlagerung von Wirtschaftsstrukturen und Zentren sind nur einige Folgen des weltweiten Angleichungsprozesses, bei dem Produktionsstandorte austauschbar werden, da technologische und wissensbasierte Vorteile verschwinden.¹⁷⁴ Somit verlieren Standorte, die im 20. Jahrhundert ökonomische Bedeutung hatten, zunehmend ihre Vorteile, und Wettbewerb wird vielmehr in Lohnhöhen und Arbeitszeiten geführt. Der Wissens- und Infrastrukturvorsprung lässt diesen Prozess in Deutschland nur schleichend wirksam werden. Schon heute kommt es aber auch hier zu einer Angleichung, die besonders Peripherien und Kleinstädte betrifft.

¹⁷⁰ EDER SANDTNER, SUSANNE: Neuartige residentielle Stadtstrukturmuster vor dem Hintergrund postmoderner Gesellschaftsentwicklungen, Wepf & Co., Basel 2005, S.16.

¹⁷¹ Ebd., S.16.

¹⁷² Vgl. VON PLATE, BERNARD: Grundzüge der Globalisierung, In: Informationen zur politischen Bildung, Heft 280, 3/2003, S.3

¹⁷³ Vgl. ebd. S.3.

¹⁷⁴ Vgl. MIEGEL, MEINHARD: Epochenwende, Ullstein Verlag, Berlin 2007, S.82.



Zarth und Huege (1999) betonen zwei wesentliche Aspekte zu den regionalen Auswirkungen der Globalisierung. Der erste Aspekt betrifft die Erwerbstätigenstruktur einer Region. Die verschärfte Standortkonkurrenz im Zuge der Globalisierung bedeutet für solche Regionen einen Nachteil, die in hohem Maße arbeitsintensive, standardisierte Fertigungen mit niedrigen Qualifikationsanforderungen aufweisen. Bei der räumlichen Prüfung dieser These können Zarth und Huege kein eindeutiges regionales Muster erkennen. Es fällt jedoch auf, dass der Norden Deutschlands tendenziell weniger arbeitsintensive Fertigungen als einige süddeutsche Regionen aufweist.¹⁷⁵

Die Untersuchung von 1997 zeigt, dass in den meisten Regionen der Bundesrepublik weniger als 11% der Beschäftigten in Fertigungsberufen ohne Berufsausbildung arbeiteten. Bemerkenswert ist, dass in Süddeutschland für diese gefährdeten Berufsgruppen wesentlich mehr Arbeitsplätze zur Verfügung standen. Hier ließen globalisierungsinduzierte Arbeitsplatzverluste noch auf sich warten und man profitierte von Wanderungsbewegungen aus den neuen Bundesländern. Die ostdeutschen Regionen selbst sind seit der Wiedervereinigung durch eine starke Deindustrialisierung gekennzeichnet.

Dies gilt abgeschwächt auch für den Norden und Westen Deutschlands. Im Vergleich zum Süden und Teilen Nordrhein-Westfalens weisen die übrigen Regionen zwar in geringerem Maße globalisierungsgefährdete Erwerbsstrukturen auf, haben jedoch schon ein hohes Maß an Deindustrialisierung erlebt.

Agglomerationen sind in ganz Deutschland kaum noch bedeutende Industriestandorte. In ihnen ist der sekundäre Sektor nur noch zu etwa 20% Träger von Erwerbsmöglichkeiten. Dienstleistungen machen den Großteil der Beschäftigten aus. Dies gilt für Kleinstädte nicht. Deindustrialisierung erleben auch sie, Dienstleistungen können die Verluste auf dem Arbeitsmarkt jedoch nicht in dem Maße auffangen, wie dies in verstädterten Regionen der Fall ist.

Der zweite Aspekt, den Zarth und Huege (1999) betonen, ist das Gefährdungspotenzial der Regionen, in denen viele extern kontrollierte Unternehmen zu finden sind. Dabei weisen sie darauf hin, dass dies vor allem für die ländlich-peripheren Räume zutrefte, während in den Verdichtungsräumen mit überregionaler Ausstrahlung Unternehmenszentralen und Stammbetriebe größeres Gewicht hätten.¹⁷⁶

¹⁷⁵ ZARTH, MICHAEL; HUEGE, PETRA: Auswirkungen der Globalisierung auf die Regionen der Bundesrepublik Deutschland, In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 1.1999, S.3.

¹⁷⁶ Vgl. ebd., S.3.

„Ebenso ist die Struktur Ostdeutschlands durch einen Mangel an Unternehmen geprägt, die aufgrund ihrer Größe und internationalen Wettbewerbsfähigkeit als Global Player aktiv am Prozess der Globalisierung teilhaben können. Auch ist die ostdeutsche Industrie bislang nur unzureichend in Netzwerke eingebunden, wie an dem niedrigen Anteil industrieller Mehrbetriebsunternehmen erkennbar ist.“¹⁷⁷

Extern kontrollierte Unternehmen weisen ein höheres Risiko des Arbeitsplatzabbaus zugunsten der Stammsitze in Krisenzeiten auf. Dies stellt eine Gefahr für periphere Standorte wie Kleinstädte dar. Die komparativen ökonomischen Vorteile Deutschlands liegen in hoch spezialisierten humankapitalintensiven Produktionen. Hier haben sich über die Jahre branchenspezifische regionale Kompetenzzentren gebildet, die die jeweilige Region an die Globalisierung anschließen. Periphere Kleinstädte sind von dieser Entwicklung abgeschnitten, da sie selbst nicht über die Möglichkeiten verfügen, neue Erwerbsstrukturen in hochqualifizierten Dienstleistungsberufen zu schaffen. Liegen Kleinstädte in global wettbewerbsstarken Regionen, profitieren sie dadurch. Ist dies nicht der Fall, droht die ökonomische Marginalisierung.

Ökonomisch betrachtet sind Kleinstädte also schwache Glieder im Globalisierungsprozess zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Die Standortattraktivität von Kleinstädten für Investitionen ist schwach. Staatliche Strukturpolitik kann dies kaum kompensieren. Die Folge ist, dass unternehmensnahe Dienstleistungen in diesen Regionen weniger gut anzusiedeln sind. Gerade bei heute und in Zukunft relevanten Sektoren wie Bildung und Forschung wird dies besonders deutlich. So nehmen durch die Globalisierung die Gefährdungspotenziale für ländliche Regionen zu und es kommt zu einer ökonomischen Spaltung der Kommunen und Regionen Deutschlands. Deshalb entsteht für die deutsche Raumstruktur, und die Kleinstädte im Besonderen, ein hoher Anpassungsdruck in Form von Wettbewerb. Außerdem sind staatliche Korrekturen in Form von Strukturpolitik immer schwieriger durchführbar, da Steuereinnahmen durch globalisierungsbedingte Marktliberalisierungen verloren gehen und ökonomische Prozesse zunehmend schlechter staatlich beeinflussbar sind. Die räumlichen Auswirkungen von Globalisierung in der Bundesrepublik weisen deshalb ein hohes Gefahrenpotenzial für die Entwicklung von Kleinstädten und die raumstrukturelle Ethik der Bundesrepublik auf.

4.2 Wandel individueller Lebenszusammenhänge

Die Überlegungen zur Raumwirksamkeit von Globalisierung haben gezeigt, dass sich räumliche Grenzen und Strukturen auflösen und verändern. Kapitalströme bestimmen die Wirtschaft, es entstehen neue Bedeutungsüberschüsse. Auch auf Ebene der Sozi-

¹⁷⁷ Ebd., S.3.



alstruktur finden mit der Individualisierung und Pluralisierung von Lebensstilen Prozesse statt, die Folge des ökonomischen Wandels sind. Die veränderten Lebensweisen treten an die Stelle traditioneller, fest gefügter Schichtungsmodelle und ersetzen diese:

„Verantwortlich für diese Ausdifferenzierung von Lebensstilen der Gegenwart, die verstärkt seit den 60er Jahren dieses Jahrhunderts einsetzte, sind mehrere, miteinander verwobene Faktoren: die noch nicht da gewesene Erhöhung des materiellen Lebensstandards, eine weitgehende Bildungsexpansion, vor allem bei Frauen, ihre enorm gestiegene Erwerbsbeteiligung, der Ausbau des Wohlfahrtsstaates, eine Vermehrung der nicht durch Arbeit ausgefüllten Zeit.“¹⁷⁸

Hinzu kommt die Expansion von Technologie und damit die Übernahme bzw. Rationalisierung von Arbeit. Hier werden die Verbindungen zum Prozess der Postindustrialisierung sichtbar. Die Folge hieraus ist eine Freisetzung der Individuen aus bisherigen Sozialformen. Beck (1986) entwickelte in diesem Zusammenhang den Gedanken zum Wandel des Individuums in einer sich tiefgreifend modernisierenden Welt:

„An der Wende ins 21. Jahrhundert hat der entfachte Modernisierungsprozess nicht nur die Unterstellung einer der Gesellschaft gegenüberstehenden Natur überrollt, sondern auch das innergesellschaftliche Koordinatensystem der Industriegesellschaft brüchig werden lassen: ihr Wissenschafts- und Technikverständnis, die Achsen, zwischen denen das Leben der Menschen gespannt ist: Familie und Beruf, die Verteilung und Trennung von demokratisch legitimer Politik und Subpolitik (im Sinne von Wirtschaft, Technik, Wissenschaft).“¹⁷⁹

Es wird deutlich, dass mit der Auflösung der Industriegesellschaft eine Veränderung von Werten stattfindet, da diese ihre Gültigkeit einbüßen und durch neue ersetzt werden müssen. Gemeint sind in diesem Zusammenhang Arbeit und Familie bzw. Strukturen des sozialen Lebens, die bisher dafür verantwortlich waren, dass der Mensch eine klare Position im gesellschaftlichen Gefüge eingenommen hat. Beck nennt diesen zur Loslösung führenden Prozess „Fahrstuhleffekt“. Die durchschnittliche Erwerbsarbeitszeit wurde im Laufe des vergangenen Jahrhunderts um mehr als ein Viertel gesenkt, die Reallöhne haben sich in der Zeit vervielfacht. Damit fand ein Umbruch im Verhältnis zwischen Leben und Arbeit statt. „Die neuen materiellen und zeitlichen Entfaltungsmöglichkeiten treffen zusammen mit den Verlockungen des Massenkonsums und lassen Konturen traditionaler Lebensformen und Sozialmilieus verschwinden.“¹⁸⁰

Die Folge hieraus war die Auflösung der gesellschaftlichen Position mit entsprechenden Vor- und Nachteilen. Dem Individuum boten sich vielfältige Möglichkeiten hinsichtlich

¹⁷⁸ HERLYN, ULFERT; SCHELLER, GITTA; TESSIN, WULF: Neue Lebensstile in der Arbeiterschaft, Leske+Budrich, Opladen 1994, S.12.

¹⁷⁹ BECK, ULRICH: Die Risikogesellschaft, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 1986, S.115.

¹⁸⁰ Ebd., S. 124.



der Lebensgestaltung, jedoch bargen diese auch Risiken und Widersprüche, da jede bzw. jeder Einzelne für die Gestaltung seines Lebens selbstverantwortlich war. Beck beschreibt diese Auswirkung wie folgt: „Der oder die Einzelne selbst wird zur lebensweltlichen Reproduktionseinheit des Sozialen.“¹⁸¹

Die Auflösung von Sozialstrukturen bis hin zur Individualebene korrespondiert mit Veränderungen der Raumstruktur, wie Castells es bereits durch den Gegensatz zwischen „Raum der Orte“ und „Raum der Ströme“ deutlich machte. Sozialstrukturen lösen sich auf und werden austauschbar, der Mensch fühlt sich dadurch – je nach eigenem Empfinden – nicht mehr in einer räumlich verorteten Sozialstruktur aufgehoben oder gefangen. Einer ähnlichen Auffassung ist auch Sennett (1998), wenn er über den flexiblen Mensch im Kapitalismus spricht.¹⁸² Sennett thematisiert die Auswirkungen eines sich verändernden Kapitalismus auf das Individuum. Die Flexibilisierung ökonomischer Prozesse und Erwerbsarbeit führt seines Erachtens zu einem Verlust an Wertvorstellungen und Tugenden wie Treue, Verantwortung, Arbeitsethos, langfristige Zielstrebigkeit etc.. Er macht die technologische Rationalisierung der Arbeitsorganisation, die steigenden Leistungsanforderungen, die zunehmende Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse sowie die Notwendigkeit, jederzeit aus beruflichen Gründen den Wohnort zu wechseln, für solche Entwicklungen verantwortlich. Wird eine solche Argumentation auf die Raumstruktur und die deutsche Kleinstadt angewandt, wird deutlich, dass die Kleinstadt nur wenig mit einer solchen neuen Flexibilität korrespondiert.

Der empirische Teil der vorliegenden Arbeit prüft, ob langfristige Sozialstrukturen in Kleinstädten weiterhin bestehen bleiben und ob steigende Ansprüche an die individuelle Flexibilität erfüllt werden können. Weitere raumwirksame Kriterien, die mit dem Wohlstandsabhängigen, individualisierungsfördernden Gesellschaftswandel einhergehen sind Suburbanisierung und Veränderungen im Konsumverhalten.

4.2.1 Räumliche Auswirkungen des Wandels im Konsumentenverhalten

Im zweiten Kapitel wurde gezeigt, dass Kleinstädte über einige zentralörtliche Funktionen ihre Daseinsberechtigung ableiten. Sie sind im Sinne einer dezentralen Raumstruktur Versorgungszentren unterer und mittlerer Stufe. Das heißt, dass sie Zentrumsbedeutung für ein Umland haben und insbesondere in Bezug auf Einzelhandel und generelle Versorgungsfunktionen notwendig sind.

In jüngerer Vergangenheit verändert sich diese Bedeutung immer mehr. Die innerstädtischen Bereiche von Kleinstädten sind nicht länger die einzigen Zentren des Einzelhandels. Es sind neue individualkonsumorientierte Gewerbegebiete „auf der grünen Wiese“ im Umland von Kleinstädten entstanden.

¹⁸¹ Ebd., S.119.

¹⁸² Vgl. SENNETT, RICHARD: Der flexible Mensch – Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin Verlag, Berlin 1998.



Dieser Trend ist von verschiedenen, sich wechselseitig bedingenden Faktoren abhängig. Zunächst wirkt die Globalisierung auf die sich verändernde Gewerbesituation der Kleinstädte ein. Bestanden die kleinstädtischen Zentren lange Zeit aus kleinem familiengebundenen Einzelhandel, so lösen sich diese in jüngerer Vergangenheit auf. Die Folge ist, dass immer mehr Ketten im deutschen Einzelhandel entstehen. Bekleidungs- und andere individalkonsumorientierte Marken finden sich in größeren Shopping Malls oder in hochwertigen Einkaufsvierteln von Großstädten. Die Zusammenfassung dieses Einzelhandels findet nach Maßgaben der wirtschaftlichen Standortlogik statt, mit dem Ziel, möglichst große Kaufkraftströme zu generieren. Das Problem hierbei ist, dass Kleinstädte als untergeordnete Zentren nicht als Standorte für große Shopping Malls in Frage kommen, da keine Rentabilität gegeben ist. Der zweite Faktor in Bezug auf die räumliche Veränderung des Einzelhandels ist die Zusammenfassung von Gütern mit höheren Platzansprüchen auf der grünen Wiese. Baumärkte, Möbelhäuser, Autohändler und mitunter Discounter (z. B. Elektronikanbieter) siedeln sich bevorzugt in Gewerbegebieten außerhalb der Kleinstädte an und schaffen so neue attraktive Zentren für die Konsumenten.

Die ökonomische Logik ruft diesen Wandel in der deutschen Einzelhandelslandschaft zwar hervor, dieser würde jedoch nicht erfolgen, wenn nicht auch ein Wandel der individuellen Konsumbedürfnisse bestünde: Die wohlstandsbasierte Individualisierung führt zu neuen Wünschen in der Lebensgestaltung des Einzelnen, woraus neue Konsummuster entstehen. Schon Schulze (1993) verwies in seiner Theorie der Erlebnisgesellschaft darauf, dass mit dem Übergang von einer Knappheits- zu einer Überflussgesellschaft eine zunehmende Erlebnisorientierung einhergeht:

„In die Lage versetzt, über Lebenslauf und Lebensstil frei entscheiden zu können, geht es für die Mehrheit der Menschen nicht mehr um die Bewältigung äußerer Lebensumstände, sondern um die Befriedigung eines inneren Lebensgefühls. Nicht mehr nutzorientiertes oder zweckrationales Handeln, sondern „Erlebnisrationalität“ bestimmt das Alltagsleben. Normen und Werte, Handlungs- und Deutungsmuster sind auf Erlebnisorientierung ausgerichtet. Dies wird beispielsweise beim Kauf eines Konsumgutes deutlich, wenn nicht mehr der Gebrauchswert, sondern der Erlebniswert darüber entscheidet, welchen Autotyp, welche Kleidermarke oder welches Genussmittel man wählt.“¹⁸³

Konsum wird demnach als Erlebnis verstanden. Dabei geht es nicht nur um den Erlebniswert des Konsumgutes, sondern auch um das Erleben des Konsumierens selbst. Konsum ist Abenteuer der Selbstgestaltung und massenindividuelles Erlebnis. Großstädte reorganisieren ihre Innenstädte diesbezüglich und bestehen als Konsumerlebniszentren spezieller, höherer Bedeutung fort. In Verbindung mit höherer Massenmobili-

¹⁸³ PONGS, ARMIN: In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Bd. 1, Dilemma Verlag, München 2007, S.339.

tät werden Konsumzentren auf der grünen Wiese attraktiv. Diesen beiden Trends kann die Kleinstadt nicht folgen, da sie einerseits nicht die Erreichbarkeit und die Vielfalt derartiger Konsumzentren bieten kann, andererseits auch nicht die Möglichkeiten hat, Konsum in der Form zu inszenieren, wie es die gestiegenen Erlebnisansprüche der Konsumenten verlangen. In der Folge verringern sich die Konsumentenströme in Kleinstädten. Kleine Einzelhändler sind dadurch zur Geschäftsaufgabe gezwungen. Die sozioökonomische Vitalität der Kleinstädte nimmt ab.¹⁸⁴

4.2.2 Veränderte Flächennutzung durch neue Raumansprüche

Durch veränderte Raumansprüche der Bevölkerung wachsen die Siedlungs- und Verkehrsflächen in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahrzehnten kontinuierlich und überproportional zum Bevölkerungswachstum an:

„Bei nur geringen Zunahmen von Bevölkerung und Erwerbstätigen wuchs die Siedlungsfläche in den letzten 40 Jahren (altes Bundesgebiet) nahezu stetig um weit mehr als 100%. Die Verkehrsflächen dehnten sich mit knapp 40% erheblich langsamer aus. Im gleichen Zeitraum nahmen Bevölkerung und Erwerbstätige nur um rund 20% zu. Insgesamt betrachtet zeigt die längerfristige Entwicklung einen konstanten, von der Einwohnerentwicklung weitgehend abgekoppelten Trend der Siedlungsflächenzunahme. Als Folge verteilt sich die Bevölkerung auf viel größere Siedlungsflächen.“¹⁸⁵

Die Raumstruktur unterliegt einer Veränderung zu großflächigerem Siedeln, was wiederum auf eine höhere Zahl von Eigenheimen schließen lässt, die nicht in Kernstädten entstehen können. Hiermit im Zusammenhang ist die Suburbanisierung zu sehen.

Der Begriff Suburbanisierung beschreibt den Prozess des Wegzugs von größeren Wohnerteilen aus der Kernstadt in die umliegenden Regionen.¹⁸⁶ Die Kernstadt verliert dabei Einwohner, während die Region insgesamt eine gleichbleibende Einwohnerzahl aufweist. Die intraregionale Wanderung, die zu einem Bedeutungsverlust der Stadt und einem Bedeutungsgewinn der Region führt, geht von Personengruppen aus, die am Erwerb eines Eigenheims interessiert sind. Insbesondere Besserverdienende, die über notwendige finanzielle Ressourcen verfügen, sind Träger dieses Prozesses. Für die Kernstadt entsteht daraus der Konflikt, die Attraktivität sowohl für die Bewohner des Umlandes als auch für die verbliebene Bevölkerung erhalten zu müssen, was durch die verringerten Steuereinnahmen und finanziellen Zuwendungen von staatlicher Seite dann schwerer zu bewerkstelligen ist.

¹⁸⁴ Vgl. SACHS, KLAUS: Zentrale Orte und Entwicklungsachsen, In: INSTITUT FÜR LÄNDERKUNDE LEIPZIG; HAHN BARBARA (HRSG.): Nationalatlas Deutschland Bd.5 – Dörfer und Städte, Spektrum Verlag, Berlin 2002, S. 34.

¹⁸⁵ BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG: Raumordnungsbericht 2005, Bonn 2004, S.54.

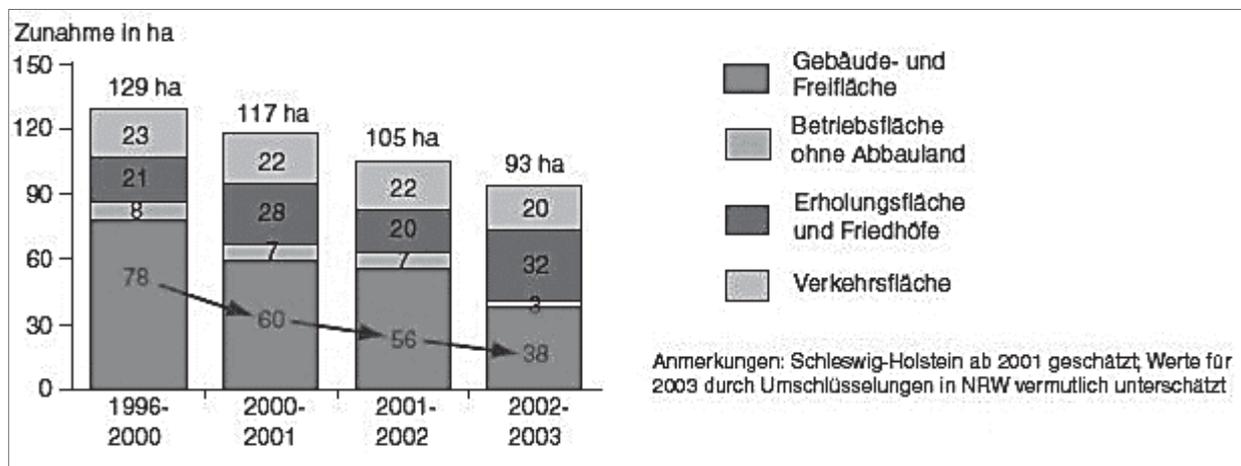
¹⁸⁶ LESER, HARTMUT: Diercke Wörterbuch Geographie, Westermann Verlag, Braunschweig 2011.



Die Statistik weist eine Verlagerung der Siedlungsflächenzunahmen von den verdichteten in die ländlich geprägten Kreise nach. Hinsichtlich der Ausdehnung von Siedlungsflächen heißt es im Raumordnungsbericht 2005:

„Dies gilt insbesondere für Agglomerationsräume. Betrug in den Kernstädten der Agglomerationsräume der alten Länder die tägliche Siedlungs- und Verkehrsflächenzunahme zu Beginn der 1980er Jahre noch 11 ha/Tag, so waren es in den letzten Jahren lediglich 5 ha/Tag. In den ländlichen Kreisen der Agglomerationen demgegenüber stieg sie von 3 auf 4 ha/Tag, oder mit 5% in vier Jahren weit schneller als in den Kernstädten.“¹⁸⁷

Abbildung 4.1: Tägliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche 1996 bis 2003



Quelle: In Anlehnung an BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG: Raumordnungsbericht 2005, Bonn 2004.

Abbildung 4.1 zeigt, dass dieser Prozess, der in den 1980er Jahren begann, bis heute anhält. Im Vergleich zum Jahr 1992, in dem zum ersten Mal gesamtdeutsche Zahlen vorlagen, stieg die Siedlungsfläche bis 2003 um weitere 12% an.¹⁸⁸

Die steigende Flächennutzung ist ein weiteres Indiz des Wandels der Sozialstruktur und einer daraus resultierenden veränderten Raumeignung. Häußermann und Siebel (2004) begründen den langanhaltenden Suburbanisierungstrend mit Lebensstilen, die sich aus der zunehmenden Freiheit des Individuums ergeben. Bis ins 20. Jahrhundert wurden Lebensrisiken durch Familie bzw. durch allgemeinen sozialen Zusammenhalt abgesichert. Der wachsende Wohlstand führte dazu, dass sich Lebensrisiken verringerten und der Einzelne größere Freiheit hinsichtlich der eigenen Lebensgestaltung erlangte. Im Zuge dessen verringerte sich die Familiengröße von der Großfamilie hin zur Kleinfamilie. Die Urbanität stand mit ihrer Enge und Dichte dem Ideal einer solchen Le-

¹⁸⁷ BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG: Raumordnungsbericht 2005, Bonn 2004, S.56.

¹⁸⁸ Vgl. ebd., S.56.

bensweise entgegen, sodass das Leitbild von einem „guten Leben“ eng verbunden war mit einem eigenen Haus:

„Der Auszug der Mittelschichten ins suburbane Eigenheim wurde nach dem zweiten Weltkrieg zu einem der zentralen Trends der Stadtentwicklung in allen westeuropäischen Ländern – in den USA hatte er bereits früher begonnen. Möglich wurde er durch dasjenige Geschäftsmodell, das heute als Fordismus bezeichnet wird: Steigerung der Produktivität der Güterproduktion durch Rationalisierung und Beteiligung der Lohnarbeiter an den Produktivitätsgewinnen durch Steigerung der Massenkauflkraft. Es kam zu einer historisch einmaligen Anhebung des Konsumniveaus. Die massenhafte Verbreitung privater Pkws ermöglichte eine größere räumliche Unabhängigkeit, die eine suburbane Lebensweise für viele Haushalte ermöglichte.“¹⁸⁹

So ist Suburbanisierung die räumliche Folge der Siedlungsaktivität von besserverdienenden Familien deren Kinder optimale Bedingungen zum Aufwachsen haben sollen, indem sie vor den negativen sozialen Einflüssen der Großstadt geschützt werden. Im Sinne der sozialen Produktion von Raum prägt nicht mehr die Stadtentwicklung die sozialen Lebensweisen, sondern die sozialen Lebensweisen die Stadtentwicklung.

Eine wesentliche Folge der Suburbanisierung ist dementsprechend die soziale Segregation. Sie wird durch Suburbanisierung vorangetrieben, da nur die wohlhabenden Gesellschaftsschichten die Möglichkeit haben, die Städte zu verlassen. Häußermann (2002) merkt hierzu an:

„Die Suburbanisierung ist also ein Ergebnis der Ausdehnung von Wohnflächen, insofern wachsender Reichtum mit ihr verbunden ist, sie bedeutet aber auch eine soziale Differenzierung zwischen Kernstadt und Umland, die sich in unterschiedlichen durchschnittlichen Einkommen und unterschiedlichem Bedarf an Sozialausgaben niederschlägt. Daraus ergibt sich, dass in den Großstädten bis heute ungelöste Probleme von wachsenden Sozialausgaben bei geringer werdenden Einnahmen anstehen, während die Finanzsituation der Gemeinden in den suburbanen Gebieten durch höhere Gewerbe- und Einkommenssteuer günstiger ist, und diese zusätzlich auch noch geringere Anteile für Sozialausgaben aufzubringen haben.“¹⁹⁰

In kleineren Gemeinden, die durch Zuzug durch Suburbanisierung erleben, kann dies das „soziale Miteinander“ zerstören. Es kommt zu einer Überfremdung und gleichzeitigen Überlastung sozialer Infrastrukturen. Die Folge hieraus ist, dass reine Schlafstädte entstehen, deren Einwohner jegliche Bedürfnisse andernorts befriedigen und so das Gegenteil eines prosperierenden Gemeinwesens entstehen lassen:

¹⁸⁹ HÄUßERMANN, HARTMUT; SIEBEL, WALTER: Stadtsoziologie, Campus Verlag, Frankfurt 2004, S.73.

¹⁹⁰ HÄUßERMANN, HARTMUT: Die Stadt als sozialer Raum, In: INSTITUT FÜR LÄNDERKUNDE LEIPZIG; HAHN BARBARA (HRSG.): Nationalatlas Deutschland Bd.5 – Dörfer und Städte, Spektrum Verlag, Berlin 2002, S. 28.



„Unter Aspekten der Raumordnung ist nicht so sehr problematisch, dass die Umlandkreise höhere Bevölkerungsgewinne als die städtischen Kreise haben, sondern dass im Umland Gemeinden am stärksten zulegen, die keine oder keine höhere zentralörtliche Funktion (etwa die des Mittelzentrums) besitzen.“¹⁹¹

Wachstum findet nicht dort statt, wo Infrastrukturen bestehen, die Tragfähigkeit gewährleisten würden, sondern dort, wo solche Infrastrukturen erst neu geschaffen werden müssen. Eine solche raumstrukturelle Entwicklung der Dispersion konterkariert das Ziel einer ressourcenschonenden und umweltverträglichen Siedlungsentwicklung.¹⁹²

Suburbanisierung und die damit einhergehenden neuen Raumstrukturen führen zu Ungleichgewichten in der deutschen Siedlungslandschaft, aus denen wiederum neue Problemzusammenhänge resultieren. Kleinstädte erfahren hierbei sowohl positive wie auch negative Folgen.

Die Veränderungen individueller Lebenszusammenhänge, die in den letzten Dekaden gesellschaftlich wahrnehmbar wurden, führen nicht nur zu veränderten Wohn- und Konsumgewohnheiten – sie betreffen auch Reproduktions- und Wanderungsentscheidungen der Menschen. So sind jüngere Einwohner von Kleinstädten z. B. aus ökonomischen Gründen gezwungen, in größere Städte zu ziehen. Damit ist auch der demographische Wandel im Kontext des Gesellschaftswandels zu sehen.

4.3 Demographischer Wandel

Durch den demographischen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland entstehen Belastungen für die Sozialsysteme (Generationenvertrag), gesellschaftliche Wertschöpfungsketten, aber auch für den Raum. Diesen widmet sich dieser Teilabschnitt, da sie hohe Bedeutung für die zunehmende Konkurrenzsituation unter den deutschen Kleinstädten haben. Mäding (2008) definiert den Wirkungshorizont des Phänomens in acht Feldern:¹⁹³

1. Geburten und Sterbeentwicklung bestimmen über den natürlichen Saldo,
2. internationale Zu- und Abwanderungen über den internationalen Wanderungssaldo,
3. beide zusammen über die Entwicklung des nationalen Bevölkerungsvolumens.

Die nationale Bevölkerungsstruktur ist vor allem durch

¹⁹¹ STIENS, GERHARD: Vom Stadt-Land Gegensatz zum Stadt-Land Kontinuum, In: INSTITUT FÜR LÄNDERKUNDE LEIPZIG; HAHN BARBARA (HRSG.): Nationalatlas Deutschland Bd.5 – Dörfer und Städte, Spektrum Verlag, Berlin 2002, S. 39.

¹⁹² Vgl. ebd., S.39.

¹⁹³ Vgl. MÄDING, HEINRICH: Demographischer Wandel und Kommunal Finanzen, In: Dresdener Geographische Beiträge, Heft 13, Dresden 2008, S.15.

4. Alterung,
5. Heterogenisierung und
6. Vereinzelung geprägt.

Regional sind relevant:

7. großräumige Wanderungen (vorrangig: Ost-West) und großräumige Bevölkerungsverteilung sowie
8. kleinräumige Wanderungen (z.B. Suburbanisierung/Reurbanisierung) und kleinräumige Bevölkerungsverteilung.

Die Punkte 1-3 beziehen sich auf die gesamtstaatliche Ebene: Mittelfristige Berechnungen die heute bis in die Jahre 2020/2050 (Raumordnungsprognose 2020/2050, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2006) vorliegen, zeigen dass sich die deutsche Gesamtbevölkerung verringert. Hieraus entstehen weitreichende Auswirkungen für eine Gesellschaft, die in ihrer Systemlogik auf fortlaufendes Wachstum ausgerichtet ist und nun vor der Herausforderung steht, mit Stagnation und Schrumpfung umzugehen. Die Konsequenzen für Raum und Gesellschaft werden aktuell spürbar, obwohl sie schon lange vorher absehbar waren.¹⁹⁴

Die Punkte 4-6 betreffen die Bevölkerungsstruktur. In Kombination mit den Punkten 7 und 8 entsteht die Problemkonstellation, mit der sich deutsche Kleinstädte und periphere Kommunen vermehrt konfrontiert sehen: Intra- und interregionale Wanderungen führen zu einer Polarisierung der Bevölkerungsstruktur, wobei Kleinstädte den Verlust jüngerer Bevölkerungsteile hinnehmen müssen, während Ältere zurückbleiben.

4.3.1 Gesamtstaatliche Ebene

Der demographische Wandel in der Bundesrepublik setzte bereits im Jahr 1965 mit einem Sinken der Geburtenzahlen ein. Seit 1970 wird das Bestanderhaltungsniveau kontinuierlich unterschritten und liegt bei zwei Dritteln:

„Von Generation zu Generation verringert sich die potenzielle Elterngeneration um jeweils ein Drittel. Diese wesentliche Ursache des demographischen Wandels wird seit jeher begleitet vom kontinuierlichen Anstieg der Lebenserwartung und von mehr oder weniger starken Zuzügen aus dem Ausland. Beide tragen zur Bevölkerungsdynamik, zur Alterung und zur Heterogenisierung der Bevölkerung bei.“¹⁹⁵

Nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990 lebten knapp 80 Millionen Einwohner in Deutschland. Bis 2002 war die Bevölkerung auf etwa 82,5 Millionen Einwohner ange-

¹⁹⁴ SIEDHOFF, MATHIAS: Demographischer Wandel – Zum Begriff und Wesen eines Megatrends, In: Dresdener Geographische Beiträge Heft 13, Dresden 2008, S.3.

¹⁹⁵ BUCHER, HANSJÖRG; SCHLÖMER, CLAUDIUS: Die Bevölkerung, In: Raumordnungsprognose 2020/2050, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2006, S.19.



wachsen. In der Zwischenzeit wurden 9,4 Millionen Kinder geboren und es starben 10,4 Millionen Menschen. Außerdem konnten Wanderungsgewinne von 3,8 Millionen Menschen erzielt werden. Insgesamt ergibt sich ein Plus von etwa 2,8 Millionen Menschen für die Zeit bis 2002. Hierbei bleibt allerdings zu berücksichtigen, dass die internationalen Wanderungsgewinne außergewöhnlich und mit dem Ende des Kalten Krieges und der daraus entstandenen neuen Freiheit der osteuropäischen Länder verbunden waren.

Auf dieser Grundlage lässt sich die weitere Bevölkerungsentwicklung für den Zeitraum von 2003 bis 2020 relativ sicher prognostizieren. Laut BBR entstehen Sterbeüberschüsse in Höhe von ca. 4,6 Millionen Menschen, während aus dem Ausland 16 Millionen Personen zuziehen und etwa 12 Millionen Menschen Deutschland verlassen.¹⁹⁶

Daraus folgt, dass die Wanderungsgewinne von vier Millionen Menschen die Sterbeüberschüsse nicht mehr ganz ausgleichen können und die deutsche Bevölkerung um eine halbe Million Menschen schrumpfen wird. Die Vorausberechnungen über das Jahr 2020 hinaus belegen dann eine Beschleunigung der Schrumpftendenzen.¹⁹⁷

Diese natürliche Schrumpfung ist sicher prognostizierbar, da die Kinder, die in jüngerer Vergangenheit nicht geboren wurden, auch in Zukunft keine neuen Kinder werden bekommen können, sodass eine Abhängigkeit der natürlichen Bevölkerungsbewegungen vorhanden ist. Internationale Wanderungsbewegungen lassen sich jedoch wesentlich schwieriger für eine so lange Zeit voraussagen. Diese sind von einer Vielzahl politischer und ökonomischer Entwicklungen abhängig, sodass eine Vorausrechnung nur von den durchschnittlich bis 2020 erreichten Wanderungssalden ausgehen kann, also von einem leichten Gewinn. Abbildung 4.2 verdeutlicht dies.

¹⁹⁶ Vgl. ebd., S.20.

¹⁹⁷ Vgl. ebd., S.20.


Abbildung 4.2: Ergebnisse der BBR-Bevölkerungsprognose (Personen in Tsd.)

		Alte Länder	Neue Länder	Bund
1990	Bevölkerung	61573,6	18179,5	79753,2
1991 bis 2002	Geburten	7943,3	1414,3	9357,7
	Sterbefälle	8032,0	2404,3	10436,3
	Natürlicher Saldo	-88,7	-989,9	-1078,6
	Außenwanderungssaldo	3273,6	588,6	3862,2
	Binnenwanderungssaldo	768,8	-768,8	0,0
	Gesamtwanderungssaldo	4042,3	-180,2	3862,2
2002	Bevölkerung	65527,3	17009,4	82536,7
2003 bis 2020	Geburten	10009,9	2128,6	12138,5
	Sterbefälle	13148,3	3550,5	16698,8
	Natürlicher Saldo	-3138,4	-1422,0	-4560,4
	Außenwanderungssaldo	3525,1	637,6	4162,7
	Binnenwanderungssaldo	527,0	-527,0	0,0
	Gesamtwanderungssaldo	4052,1	110,6	4162,7
2020	Bevölkerung	66441,0	15698,1	82139,0
2021 bis 2050	Geburten	15179,0	2722,4	17901,4
	Sterbefälle	24828,7	6748,8	31577,4
	Natürlicher Saldo	-9649,7	-4026,3	-13676,0
	Außenwanderungssaldo	7184,1	1613,1	8797,2
	Binnenwanderungssaldo	175,6	-175,6	0,0
	Gesamtwanderungssaldo	7359,7	1437,5	8797,2
2050	Bevölkerung	64151,0	13109,2	77260,3

Quelle: In Anlehnung an BUCHER, HANSJÖRG; SCHLÖMER, CLAUDS: Die Bevölkerung, In: Raumordnungsprognose 2020/2050, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2006.

Die verschiedenen Indikatoren werden darüber hinaus zwischen Ost- und Westdeutschland aufgeteilt. Dies leitet über zum nächsten Punkt. Es handelt sich hierbei um intranationale Wanderungsbewegungen lassen schon heute zunehmendes Gefährdungspotenzial für einige Regionen der Bundesrepublik entstehen.

Abbildung 4.2 verdeutlicht den Unterschied der Bevölkerungsentwicklung zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Ostdeutschland hat seit 1990 einen fortlaufenden Bevölkerungsverlust hinnehmen müssen, während die Bevölkerung der westdeutschen Länder sogar noch bis 2020 wachsen wird. In fernerer Zukunft werden sich beide Landesteile jedoch zunehmend angleichen. Die heutigen Unterschiede resultieren aus der Wiedervereinigung, die zu einer vorübergehenden Beschleunigung des demographischen Wandels in Ostdeutschland führte. Bis 2020 wird der Westen noch nicht durch Bevölkerungsabnahmen betroffen sein, da diese immer noch aus den intraregionalen Wanderungsgewinnen aus Ostdeutschland und aus internationalen Migrationsgewinnen kompensiert werden können.

Wie Abbildung 4.2 zeigt, stehen für die neuen Bundesländer von 1990 bis 2002 fast eine Million Sterbeüberschüsse zu Buche. Außerdem wanderten weitere 770.000 Personen in den Westen ab. Aus dem Ausland zogen knapp 600.000 Menschen zu, so dass sich insgesamt ein Einwohnerverlust von knapp 1,2 Millionen Menschen ergibt.



Das BBR geht davon aus, dass sich der Schrumpfungsprozess bis 2020 verlangsamen wird, da auch die Ursachen ihre Gewichte verschieben. Dies liegt daran, dass die Sterbeüberschüsse etwa auf dem bisherigen Niveau verbleiben und sich die Binnenwanderungsverluste aufgrund der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen West und Ost verringern. Die Außenwanderungsgewinne dürften dabei nur geringfügig abnehmen, sodass sich die eklatanten Verluste der Nachwendezeit so nicht wiederholen. Trotz allem wird jedoch mit weiteren Verlusten der neuen Länder bis 2020 gerechnet.¹⁹⁸

4.3.2 Wanderung und Bevölkerungsstruktur

Wanderung ist ein zentraler Faktor der deutschen Bevölkerungsstruktur. Die räumlichen Bevölkerungsveränderungen verlaufen regional sehr unterschiedlich. Regionale und kommunale Raumordnungsprognosen zeigen, dass Prozesse des Wachstums und der Schrumpfung eng beieinander liegen können.

In den Jahren 1997 bis 2002 wiesen gut 3000 Gemeinden in Deutschland Bevölkerungszuwächse zu auf, während etwa 1800 Gemeinden Bevölkerungsverluste hinnehmen mussten. Die wachsenden Gemeinden, die noch deutlich in der Mehrzahl waren, verfügten über einen Anteil von 60% an der deutschen Gesamtpopulation. Ihr Zuwachs betrug mehr als 3%. Die schrumpfenden Gemeinden hatten einen Bevölkerungsanteil von 34 Millionen und die Verluste dieser Gemeinden betragen etwa 3%.

Die Spaltung der demographischen Entwicklungsdynamik zeigt räumliche Muster, die in Zukunft immer ausgeprägter sichtbar werden. Bis heute ist die Bevölkerungsabnahme am stärksten in den neuen Bundesländern zu beobachten, wobei es auch im Westen zunehmend schrumpfende Regionen gibt.¹⁹⁹

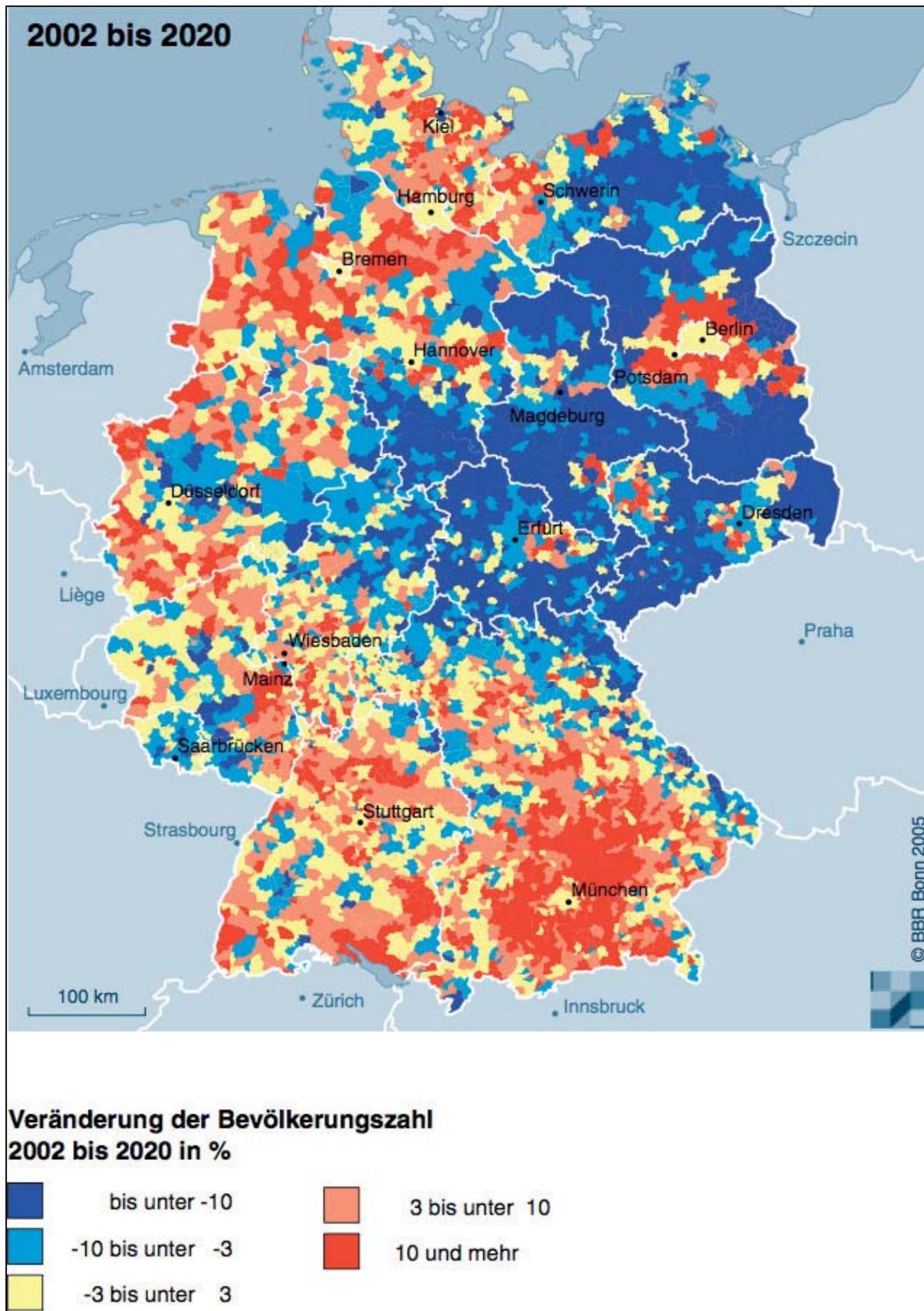
Eine Abhängigkeit ist zwischen Bevölkerungsdynamik und Relief sowie der Siedlungsstruktur zu beobachten. Einige Mittelgebirgslagen (z.B. Eifel oder Rhön) haben mit schrumpfender oder stagnierender Bevölkerung zu kämpfen. Außerdem ist bemerkenswert, dass sich westdeutsche Städte mit einer Abnahme an Bevölkerung und ostdeutsches Umland von Städten mit einer Zunahme an Bevölkerung entgegen dem Trend ihrer jeweiligen Region entwickeln.²⁰⁰

¹⁹⁸ Vgl. ebd., S.21.

¹⁹⁹ Vgl. ebd., S.23.

²⁰⁰ Vgl. ebd., S.23.

Abbildung 4.3: Kleinräumige Bevölkerungsdynamik 2002 bis 2020



Quelle: BUCHER, HANSJÖRG; SCHLÖMER, CLAUS: Die Bevölkerung, In: Raumordnungsprognose 2020/2050, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2006.



Abbildung 4.3 zeigt, dass sich vom Ruhrgebiet Richtung Osten ein keilförmiger Korridor aufspannt, in dem die Bevölkerungszahl abnehmend ist. Betroffen davon sind Teile des südöstlichen Niedersachsens, Nordhessens und Teile Frankens. Die Entwicklung bis 2020 zeigt außerdem, dass sich Bevölkerungswachstum in den bis Ende des 20. Jahrhunderts demographisch stabilen alten Bundesländern zunehmend polarisiert und hauptsächlich auf Zentren konzentriert. Größere Wachstumsgebiete sind die Räume um die Städte München, Berlin, Hamburg/Bremen, entlang der Rheinschiene von Düsseldorf bis in die oberrheinische Tiefebene und zum mittleren Neckar, der südliche Schwarzwald und das Bodenseegebiet.

Die Angleichung von Ost und West entwickelt sich zum überwiegenden Teil aufgrund der Abnahme des Wachstums im Westen, weniger wegen Zunahmen im Osten. Die Ursache hierfür sind Wanderungen: Der Westen kompensiert Sterbeüberschüsse eher durch Wanderungsgewinne als der Osten. Im Osten werden Sterbeüberschüsse durch Wanderungsverluste mitunter noch verschärft. Kommunen mit diesen Problemen existieren auch im Westen, jedoch nicht so häufig, wie in Ostdeutschland.

Zu diesen Grundzügen der regionalen demographischen Entwicklung Deutschlands kommt ein weiterer Faktor hinzu: Es handelt sich um die zunehmende Alterung der Bevölkerung.

„In Deutschland laufen zwei Entwicklungen parallel: Die Zahl (nicht nur der Anteil) der über 60-Jährigen nimmt von 1998 bis 2050 um rd. 10 Mio. zu, gleichzeitig geht die Zahl der 20- bis 60-Jährigen um 16 Mio. zurück. Wir haben es also gleichzeitig mit einer Bevölkerungsexplosion der Älteren und einer Bevölkerungsimplosion der Jüngeren zu tun. Die Zahl der über 80-Jährigen wächst besonders schnell: von rd. 3 Mio. auf rd. 10 Mio. Es wird im Jahr 2050 so viele Menschen über 80 geben wie unter 20.“²⁰¹

Mit dieser Alterung der Bevölkerung gehen weitreichende Veränderungen einher, die verstärkt politisches Handeln erfordern, da das deutsche Gesellschaftssystem durch den „Generationenvertrag“ auf konsequentes Bevölkerungswachstum ausgelegt ist:

„Die Bedeutung dieser Entwicklung für die Funktion des sozialen Sicherungssystems liegt auf der Hand: Die auf dem Umlageverfahren beruhenden Zweige der Sozialversicherung – die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung – sind angesichts steigender Zahlen bei den über 60-Jährigen bei einer gleichzeitig schrumpfenden Zahl von 20- bis 60-jährigen Beitragszahlern nicht mehr aus Beiträgen finanzierbar.“²⁰²

²⁰¹ BIRG, HERWIG: Dynamik der demographischen Alterung, Bevölkerungsschrumpfung und Zuwanderung in Deutschland, In: Aus Politik und Zeitgeschichte 20/2003, BPB, Bonn 2003, S.11.

²⁰² Ebd., S.11.



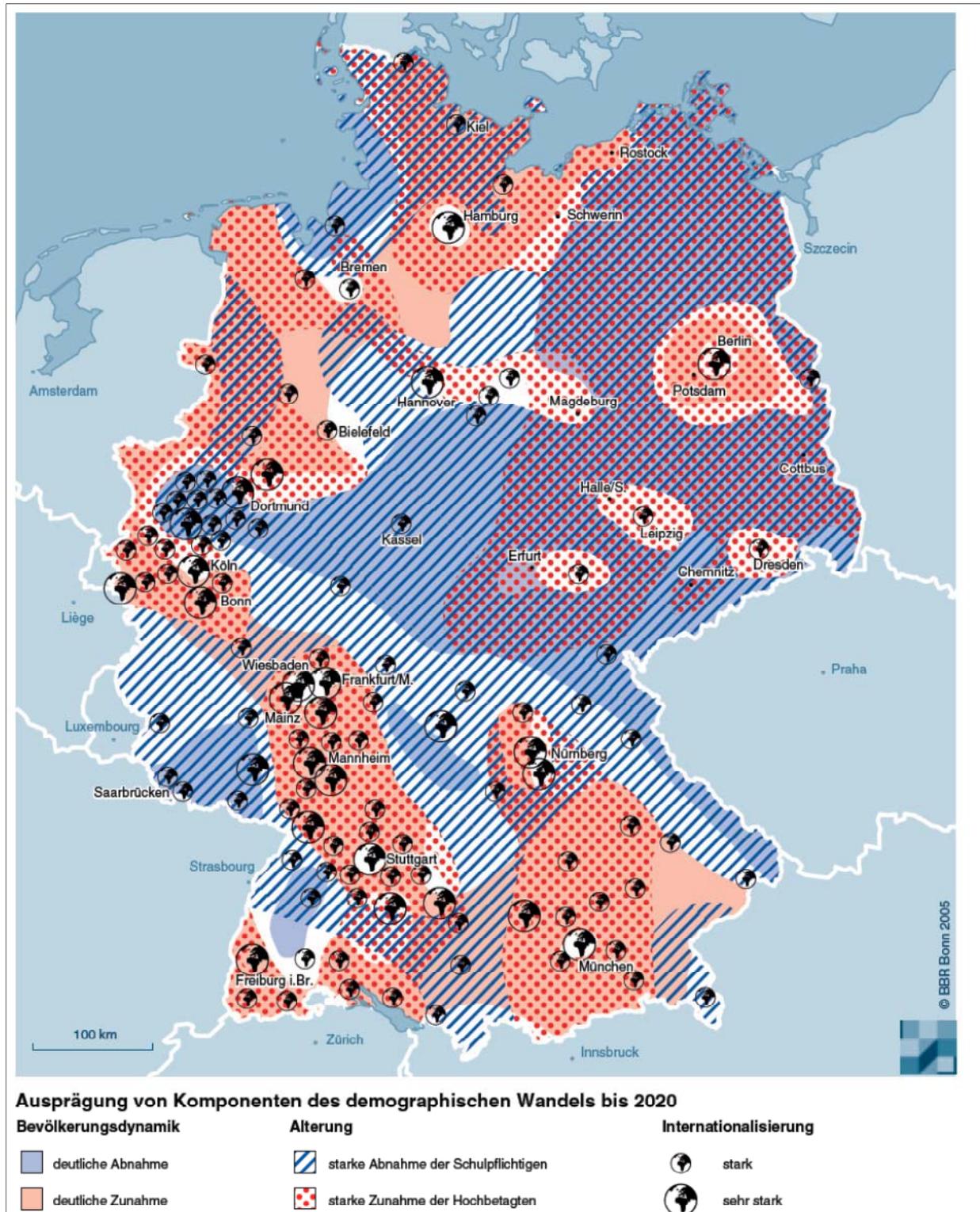
Neben dieser finanziellen Herausforderung, die indirekt (durch erhöhten Druck auf kommunale und bundesweite Finanzen) auch auf Kleinstädte und ihre Handlungsbedingungen wirkt, erwachsen aus der Überalterung der Gesellschaft neue Herausforderungen für die deutsche Siedlungs- und Raumstruktur. Abbildung 4.5 zeigt, dass Regionen zwischen zwei Gefährdungspotenzialen stehen, die sich gegenseitig verstärken können. Dies sind die Abnahme von Kindern und die Zunahme von Alten, bzw. Hochbetagten. In vielen Regionen verstärken sich beide Entwicklungen im Sinne negativer Pfadabhängigkeit gegenseitig. Diese Konstellation liegt besonders in ländlichen Räumen und im Osten Deutschlands vor. Dort stehen umfangreiche Anpassungen an die sich wandelnden demographischen Rahmenbedingungen bevor.²⁰³

Ländliche Räume zeichnen sich insbesondere dadurch aus, dass Kleinstädte die bedeutenden Zentren dieser Regionen darstellen, so dass die Feststellung von Bucher und Schlömer (2006) besondere Relevanz für diesen Siedlungstyp gewinnt. Auch agglomerationsnähere Kleinstädte weisen mitunter ähnliche demographische Konstellationen auf, wenn auch in abgemilderter Form. Dort sind die beschriebenen demographischen Entwicklungen mittel- bis langfristig auch zu befürchten. Insgesamt ist die Kleinstadt aber ein Siedlungstyp, der stark vom demographischen Wandel betroffen ist.

²⁰³ Vgl. BUCHER, HANSJÖRG; SCHLÖMER, CLAUS: Die Bevölkerung, In: Raumordnungsprognose 2020/2050, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2006, S.37.



Abbildung 4.4: Der demographische Wandel im Raum – eine Synthese



Quelle: BUCHER, HANSJÖRG; SCHLÖMER, CLAUS: Die Bevölkerung, In: Raumordnungsprognose 2020/2050, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2006.

Wachstum und Schrumpfung in der Bundesrepublik sind regionsabhängig verteilt. Schrumpfung ist (wanderungsbedingt) heute besonders im Osten Deutschlands ein Problem. In Zukunft werden immer mehr Regionen von Bevölkerungsabnahmen und



Alterung betroffen sein, während immer weniger Regionen auf Basis ihrer Standortgunst eine Sogwirkung entfalten können. Kleinstädte gehören zum größeren Teil nicht zu diesen Regionen, sodass ihnen zukünftig hohe Bevölkerungsverluste drohen.

Neue Arbeitsplätze sind vorrangig im Dienstleistungsbereich und an neuen Standorten entstanden. Hieraus ergibt sich ein demographischer Negativkreislauf: Junge Menschen verlassen strukturschwache Regionen, um im Erwerbsleben Fuß zu fassen. In der Folge erleben Abwanderungsregionen Marginalisierungen, da aufgrund der geringeren Konsumentenzahl die Nachfrage nach Gütern sinkt. Durch die verringerte Nachfrage und durch das sinkende Fachkräfteangebot müssen kleinere und mittlere Betriebe schließen, sodass weitere Arbeitsplätze verloren gehen. Dadurch sinken die Steuereinnahmen und die Kommune wird handlungsunfähig. Die Grundversorgung mit Schulen, Ärzten und Infrastruktur verschlechtert sich, was wiederum zu einem Attraktivitätsverlust der Regionen bzw. der Kleinstädte führt. Mangelnde Attraktivität führt zu weiterer Abwanderung und fehlenden Unternehmensneuansiedlungen, sodass von kumulativer Marginalisierung gesprochen werden kann. Auch wenn dieser Negativkreislauf nicht auf alle Regionen in gleichem Maße zutrifft, entsteht daraus eine Pfadabhängigkeit der Schrumpfung, die bei zunehmenden Disparitäten einzelner Regionen zu starken Ungleichgewichten der Entwicklungspotentiale führt.

Kaufmann (2005) geht auf die sozioökonomischen Wechselwirkungen des demographischen Wandels ein. Ohne einen direkt räumlichen Bezug diskutiert er Faktoren, die in ihrer Kombination zu hohen Belastungen für das deutsche Gesellschaftssystem in Zukunft führen. Zunächst senkt fehlendes Bevölkerungswachstum die Investitionen im deutschen Wirtschaftsraum und vermindert so das Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig bedingt laut Kaufmann das Fehlen beruflichen Nachwuchses einen Rückgang der wirtschaftlichen Innovationsfähigkeit. Weiterhin führt Bevölkerungsrückgang zum Rückgang der Binnennachfrage nach Grundversorgung und zu Wertverlusten auf dem Immobilienmarkt.²⁰⁴

Wie festgestellt verläuft der Bevölkerungsrückgang in Deutschland jedoch nicht gleichmäßig im Raum verteilt, so dass die von Kaufmann angesprochenen Faktoren insbesondere in den Peripherien, also häufig in Kleinstädten und ihrem Umland relevant werden. Die noch folgenden eigenen Untersuchungen geben weiteren Aufschluss zur Selektivität dieser gesellschaftlichen Marginalisierungsprozesse.

Insgesamt ist die Folge des demographischen Wandels für die deutsche Raumstruktur steigender Wettbewerbsdruck durch Verknappung der kommunal-bedeutsamen Ressourcen. Weiterhin entstehen Bedrohungen durch den Verlust von raumgebundenen Werten (Immobilien, Infrastrukturen) und durch den Verlust von Sozialstrukturen. Gleich-

²⁰⁴ Vgl. KAUFMANN, FRANZ-XAVER: *Schrumpfende Gesellschaft*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 2005, S.111f.



zeitig sind zukünftig hohe finanzielle Belastungen zu erwarten, die durch die Versorgung einer alternden Gesellschaft entstehen.

4.4 Die Folgen des sozioökonomischen Wandels

Ökonomie, Demographie und der Wandel individueller Lebenszusammenhänge haben Auswirkungen auf die Raum- und Siedlungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Der Wandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft, neue globalisierungsbedingte räumliche Knotenpunkte, räumliche Polarisierung und soziale Segregation durch den demographischen Wandel, sowie der Wandel im Konsumentenverhalten sind hierbei wesentliche raumprägende Faktoren. Für die deutschen Kommunen ergeben sich vor diesem Hintergrund vielschichtige Herausforderungen. Der demographische Wandel, zieht eine Spaltung der deutschen Raumstruktur durch Binnenmigration nach sich und wirkt wie ein Katalysator im Polarisierungsprozess.

Insgesamt sind Einwohnerverluste von Siedlungen ein regelmäßig auftretender Prozess im Laufe der Entstehung und Entwicklung von Städten. Der Untergang von Städten war ein seltenes Phänomen und wird es voraussichtlich auch bleiben.²⁰⁵ Nichts desto Trotz hat der demographische Wandel in Deutschland eine Dimension angenommen, die politisch und gesellschaftlich bedrohlich ist. Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Abwanderung finden vor allem in Kommunen statt, die im größeren Teil des 20. Jahrhunderts hohes industrielles Wachstum erlebt haben.²⁰⁶ Dieser Wandel ist insofern als einschneidend zu bezeichnen, als dass er gesamtgesellschaftlich mit dem Ende einer pfadabhängigen, industriegesellschaftlichen Wachstumsmentalität gleichzusetzen ist. Gerade die Wirtschaftswissenschaften diskutieren in den letzten Jahren zunehmend, ob Entwicklung notwendigerweise mit Wachstum gleichzusetzen ist und ob man sich mit Stagnation oder auch Schrumpfung sozioökonomischer Strukturen, deren räumliche Manifestation Städte sind, arrangieren muss. Die Brisanz des wirtschaftlichen Strukturwandels wird in der Lebenswelt Stadt besonders deutlich. Tiefensee (2003) merkt zum Umgang mit dieser Situation an:

„Um die Balance zwischen Schrumpfung und Wachstum zu meistern, müssen die nächsten Jahre eine Zeit des Experimentierens mit kreativen Konzepten und Ideen werden. Dabei gibt es nur teilweise übertragbare Lösungen; die Konzepte müssen an den unterschiedlichen kommunalen Problemen und Potenzialen ansetzen.“²⁰⁷

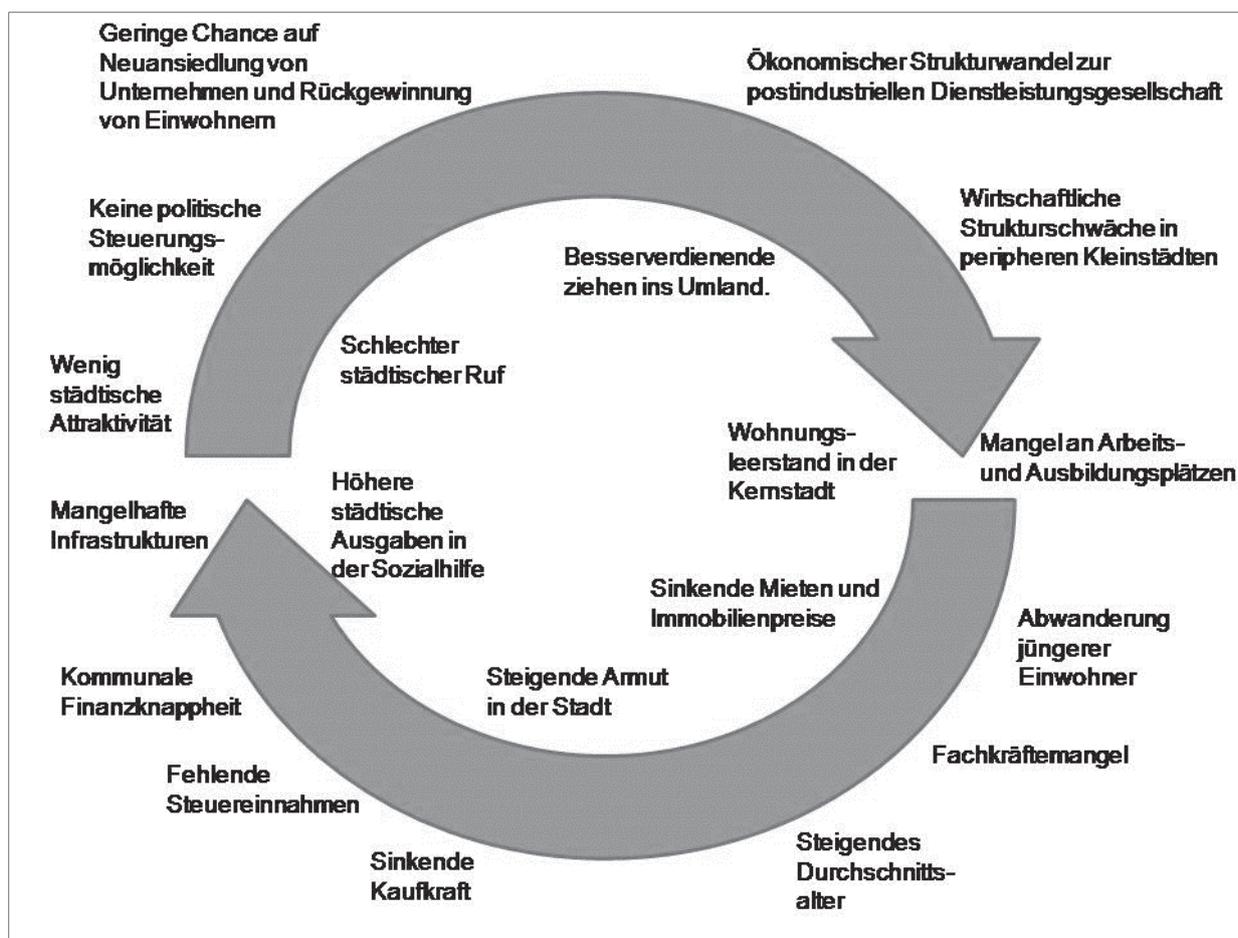
²⁰⁵ Vgl. BENKE, CARSTEN: Historische Schrumpfungsprozesse: Urbane Krisen und städtische Selbstbehauptung in der Geschichte. In: GESTRING, NORBERT; GLASAUER, HERBERT; HANNEMANN, CHRISTINE; PETROWSKY, WERNER; POHLAN, JÖRG (HRSG.): Jahrbuch StadtRegion 2004/2005. VS Verlag, Wiesbaden 2005, S. 49.

²⁰⁶ Vgl. HANNEMANN, CHRISTINE: Schrumpfende Städte in Ostdeutschland – Ursachen und Folgen einer Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum, In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 28/ 2003, BPB, Bonn 2003, S.17.

²⁰⁷ TIEFENSEE, WOLFGANG: Stadtentwicklung zwischen Schrumpfung und Wachstum, In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 28/ 2003, BPB, Bonn 2003, S.6.

Abbildung 4.5 zeigt, welche Probleme aus der Stadtschrumpfung für Kommunen resultieren. Insbesondere kleinere und peripher gelegene Städte sind durch den sozioökonomischen und raumstrukturellen Wandel bedroht und häufig kumulativer Marginalisierung ausgesetzt. In einer Art Teufelskreis verlieren diese Kommunen und Regionen an Attraktivität, die weitere Abwanderung und Marginalisierung damit noch unterstützt.

Abbildung 4.5: Drohende Abwärtsspirale peripherer und schrumpfender Städte



Quelle: Eigener Entwurf.

Regionale und kommunale Marginalisierungsprozesse werden durch Prozesse wie Deindustrialisierung und Tertiärisierung von außen angestoßen. Die Wirtschaft durchläuft dabei weitreichende raumwirksame Transformationsprozesse. Ein Mangel an Arbeitsplätzen führt zu Abwanderung, insbesondere zu der von jungen und gut qualifizierten Menschen (Brain Drain). Die Wohnmobilität auf Mikroebene, d. h. der Wegzug von Einkommensstärkeren in Umlandgemeinden, ist ein weiterer Faktor in dieser Abwärtsspirale. Für die Kommune resultieren hieraus der Leerstand von Wohnraum und die Unternutzung von Versorgungsinfrastrukturen. Sinkende Einwohnerzahlen führen zu sinkender Kaufkraft, sodass auch Handel und Gewerbe zunehmend mit Problemen konfrontiert sind. Außerdem sorgen neue Gewerbeansiedlungen auf der grünen Wiese für eine Abwertung der Kernstadt.



Die (Kern-)Städte werden zunehmend von einkommensschwächeren und älteren Menschen, die einen Verlust von Handel und Gewerbe hinnehmen müssen, bewohnt. Hieraus resultiert wiederum die Abnahme der Zahl der Arbeitsplätze, was finanzielle Mindereinnahmen der Kommunen aus Einkommens- und Gewerbesteuer nach sich zieht. Wirtschaftsunternehmen, die Standortvorteile suchen, werden sich hier nicht ansiedeln, was den Kreislauf der Abwärtsspirale erneut in Gang setzt. Bose und Wirth (2006) führen an, dass extremer Bevölkerungsrückgang mit einer Fülle von Spätfolgen einhergeht.

„Wenn sich niedrige Geburtenraten und Wanderungsverluste zu einem extremen Bevölkerungsrückgang addieren, wenn zudem junge und aktive Bevölkerungsgruppen bevorzugt abwandern, wenn städtebauliche Strukturen rasch zerfallen, Infrastrukturen nicht mehr finanzierbar sind, Funktionen verloren gehen und negative individuelle Wahrnehmungen zur Passivität der Menschen führen, dann verdichten sich die Probleme in der Tat zu einer Gefahr des „Ausblutens“.“²⁰⁸

Damit gehen die Autoren konform mit der These der vorliegenden Arbeit, die den Niedergang der deutschen Kleinstadt als so betroffene Siedlungsstruktur zur Prüfung stellt.

Demographischer und ökonomischer Wandel führen zu Transformationsherausforderungen für Kommunen: Einerseits treten Kommunen verstärkt um junge hochqualifizierte Menschen und Wirtschaftsunternehmen in Wettbewerb zueinander, um den bisherigen Wachstumspfad nicht verlassen zu müssen. Andererseits sind viele Kommunen Schrumpfung ausgesetzt und haben die Verantwortung ihre technischen und sozialen Infrastrukturen anzupassen. Dieser Prozess ist mit Kosten verbunden. Kosten, die allerdings noch höher würden, würde der Anpassungsprozess nicht eingeleitet. Nur Kommunen die sinnvoll rationalisieren, können überhaupt handlungsfähig bleiben und bewahren sich somit die Chance, in Zukunft selbstbestimmt handeln zu können.

„Wettbewerb ist keine Erfindung unserer Zeit, sondern ein Phänomen, das seit jeher existiert und sich durch beinahe alle Lebensbereiche zieht. [...] Wettbewerb hatte allerdings nicht immer das Maß an ökonomischer Intensität, das er heute besitzt. Ökonomischer Wettbewerb zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist gewollt und wird bewusst durch politische Entscheidungen herbeigeführt. Die starke Ökonomisierung gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse als Folge der Globalisierung und der EU-Integration erfasst staatliche Institutionen und setzt auch teilräumliche Einheiten einem stärkeren Wettbewerb aus. Im Wesentlichen findet diese Konkurrenz zwischen Gebietskörperschaften und Regionen statt.“²⁰⁹

²⁰⁸ BOSE, MARC; WIRTH, PETER: Gesundheitschumpfen oder Ausbluten?, In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21-22/2006, BPB, Bonn 2006, S.21.

²⁰⁹ SCHMIDT, CHRISTIANE: Raumordnerische Aspekte des teilräumlichen Wettbewerbs in Bayern, In: Schriften zur Raumordnung und Landesplanung Bd. 21, Selbstverlag Uni Augsburg, Augsburg 2006, S.1.



Ökonomische Veränderungsprozesse der letzten Jahrzehnte sind geprägt durch eine Expansion des tertiären Sektors. Hiermit verändern sich die Standortanforderungen der Unternehmen nachhaltig. Die Bedeutung von Rohstoffen, Infrastrukturen und allgemeiner Lagegunst im Sinne industrieller Produktionsfaktoren nimmt ab, während Faktoren wichtig werden, die eine Dienstleistungsspezialisierung zu lassen.

„Innerhalb eines agrar-, sachgüter- und dienstleistungsbezogenen Wirtschaftssystems stellt die Konzentration auf den tertiären Sektor bereits eine erste Form von Spezialisierung mit eindeutiger Standortpräferenz in Zentren und Agglomerationen dar. Diese Vorstellung steht im Einklang mit der politischen und wirtschaftlichen Auffassung des Neoliberalismus, wo im Zuge des Paradigmenwechsels vom regulierenden und steuernden Wohlfahrtsstaat zur Vorherrschaft einer deregulierten Ökonomie die metropolitane Polarisierung als unumgängliches Faktum interpretiert wird.“²¹⁰

Durch die zunehmende Polarisierung der deutschen Raumstruktur ist die Peripherisierung für den Siedlungstyp Kleinstadt vorhersehbar. Um die eigene These des Niedergangs der deutschen Kleinstadt zu prüfen und um zu ermitteln, welche Herausforderungen für den Siedlungstyp konkret zu erwarten sind, wurden im Rahmen der vorliegenden Arbeit eigene quantitative und qualitative Untersuchungen durchgeführt.

²¹⁰ PAAR, MICHAELA: Dienstleistungsspezialisierung und europäische Städtekonkurrenz: Wien, Budapest und Bratislava im Wettbewerb, In: Stadt und Region Dynamik von Lebenswelten, Tagungsbericht des 53. deutschen Geographentages, Leipzig 2001, S.140.

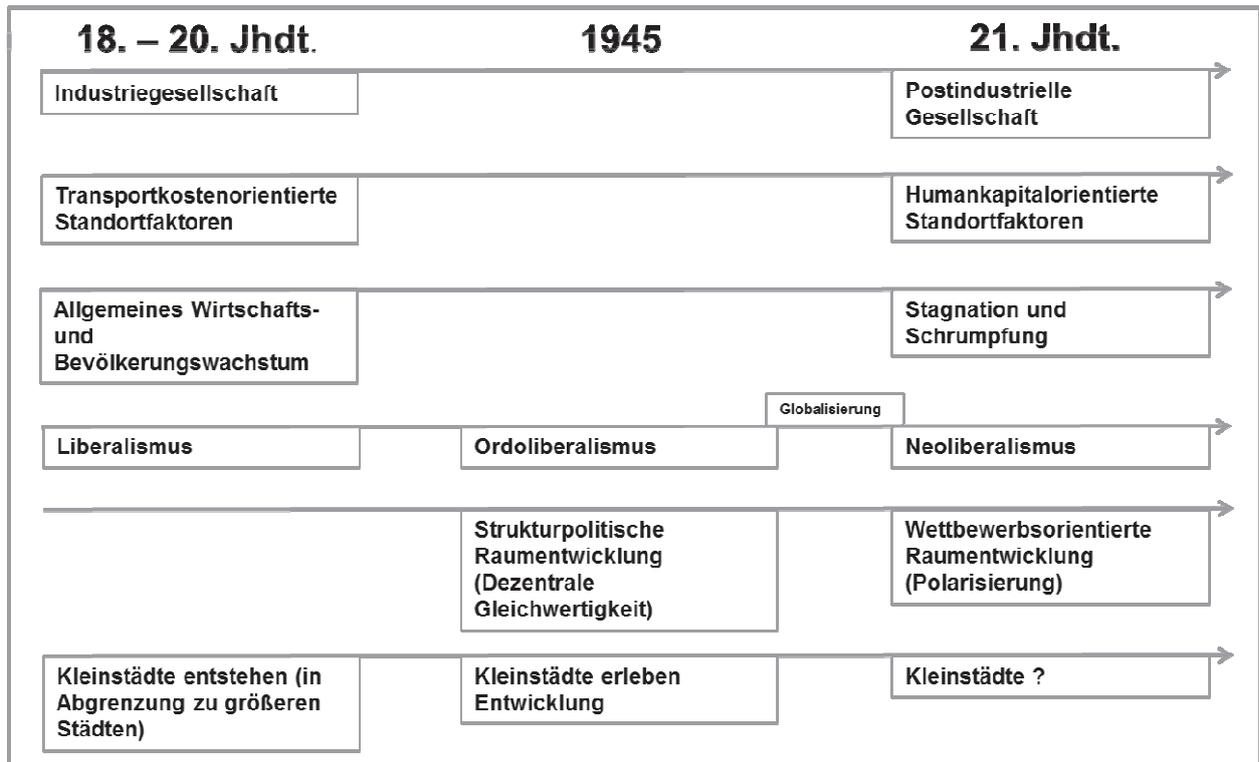


Zwischenfazit I: Theoretisches Programm

Das theoretische Programm der vorliegenden Arbeit verfolgt das Ziel, einen Analysezugang zur deutschen Kleinstadt als Untersuchungsobjekt zu entwickeln. Der Überblick zur Forschungslage prüft zunächst den Zugang bisheriger Arbeiten zum Themenfeld. Das zweite Kapitel stellt die Entwicklung des Siedlungstyps Kleinstadt seit 1945 dar und erarbeitet so die einflussnehmenden sozialen und ökonomischen Faktoren in der historischen Retrospektive. Deutlich wird, dass sich die Kleinstadt (wie der gesamte Raum) in Abhängigkeit sozialer bzw. ökonomischer Faktoren entwickelt hat. Die Theorie sozialer Raumproduktion, wie sie das dritte Kapitel darstellt, beschreibt aus Sicht des Verfassers eine sinnvolle Methode, mit der die aktuelle und weitere Entwicklung der Kleinstadt als Teil der gesamten Raumstruktur untersucht werden kann. Insbesondere sensibilisiert diese Theorie für den schwer zu fassenden Bereich, in dem soziales Handeln und Gesellschaftstheorie im Raum bzw. für die Kommunen wirksam werden. Wie im dritten Kapitel beschrieben, kann für das 20. Jahrhundert so eine Verbindung aus zunehmendem Wettbewerb im Sinne des Neoliberalismus, dem Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und der Kleinstadt mit ihren spezifischen Standortvoraussetzungen hergestellt werden. Das vierte Kapitel greift den sozioökonomischen Schwerpunkt ein weiteres Mal auf und konkretisiert ihn bezüglich mehrerer raumwirksamer Trends und den daraus abzuleitenden Auswirkungen für Kleinstädte.

So ergibt sich zum Abschluss des theoretischen Teils der vorliegenden Arbeit und vor Beginn der eigenen empirischen Untersuchungen ein sozialwissenschaftlich geprägter Analysezugang zur deutschen Kleinstadt. Dieser geht davon aus, dass die deutsche Kleinstadt heute unter den Bedingungen einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft betrachtet werden muss, deren Standortfaktoren sich dieser Logik (durch gesellschaftliches Handeln) anpassen und dementsprechend in erster Linie humankapitalorientiert sind (weiche Standortfaktoren). Weiterhin zeigt das theoretische Programm der vorliegenden Arbeit, dass die Globalisierung Auswirkungen auf die nationale Raumstruktur hat, indem Wettbewerb im Sinne des Neoliberalismus den Raum prägt und Polarisierungen im bisher ausgewogenen dezentralen räumlichen System der Bundesrepublik nach sich zieht. Diese theoretischen Voraussetzungen decken sich mit der These der vorliegenden Arbeit. Sie zeigen, dass die deutsche Kleinstadt tatsächlich im sozioökonomischen Niedergang begriffen sein könnte, da die auf sie einwirkenden sozioökonomischen Bedingungen die dezentrale nationale Raumlogik ablösen, die bisher zu Entwicklung und Bestand der deutschen Kleinstadt geführt hat. Folgende Abbildung stellt die Entwicklung einflussnehmender sozioökonomischer Faktoren auf den Raum in zeitlicher Kontingenz dar:

Abbildung 4.6: Soziale Raumproduktion in Abhängigkeit zu sozioökonomischer Entwicklung



Quelle: Eigener Entwurf.

Für die weitere Prüfung der These werden in der quantitativen Untersuchung auf Basis der räumlichen Wirkungszusammenhänge, wie sie im vierten Kapitel dargestellt sind, drei Indikatorengruppen zusammengestellt. In den thematischen Bereichen Ökonomie, Demographie sowie Soziales und Finanzen wird die gewählte Untersuchungsgesamtheit stellvertretend für den gesamten Bestand deutscher Kleinstädte aspektorientiert analysiert.





5. Ökonomie, Demographie, Sozial- und Finanzstruktur – eine quantitative Kategorisierung der deutschen Kleinstadt

Dieses Kapitel erweitert die bisher theoretische Analyse zur Situation der deutschen Kleinstadt durch eine quantitative Untersuchung. Neben einem Vergleich der Kleinstadt mit anderen Stadttypen wird eine Kategorisierung der untersuchten Kommunen mithilfe einer Clusteranalyse durchgeführt. Die systematische Kategorisierung aller deutschen Kleinstädte anhand sozioökonomischer Daten gewährleistet eine Berücksichtigung sowohl einzelner Städte als auch der Probleme des Siedlungstyps insgesamt. Nach einer kurzen Erläuterung zum methodischen Vorgehen wird zunächst auf die vergleichende Stichprobe eingegangen, bevor die Ergebnisse der Clusteranalyse vorgestellt werden.

Eine quantitative Analyse des Siedlungstyp Kleinstadt wird so umfangreich in Deutschland zum ersten Mal durchgeführt und ist nur möglich, weil die Datenverfügbarkeit auf kommunaler Ebene sich in den letzten Jahren stark verbessert hat. Kommunale Strukturdaten mussten zuvor bei den statistischen Landesämtern beschafft werden. Die Vergleichbarkeit der Daten war dabei nur bedingt gegeben. Seit einiger Zeit sind jedoch über den von der Bertelsmann Stiftung ins Leben gerufenen „Wegweiser Kommune“ statistische Daten und Bevölkerungsprognosen für alle Kommunen Deutschlands mit mehr als 5.000 Einwohnern in vergleichbarer Form erhältlich. Der „Wegweiser Kommune“ stellt in den Bereichen Demographischer Wandel, Finanzen, Soziale Lage und Integration Daten für 2.941 deutsche Kommunen zur Verfügung, in denen etwa 85% der Bevölkerung Deutschlands leben.²¹¹

So ist es möglich für die Untersuchungsgesamtheit von 971 Kleinstädten (mit Stadtrecht, zwischen 5.000 und 20.000 Einwohnern) Vergleichsdaten zu erheben, gegenüberzustellen und in einer Clusteranalyse auszuwerten.

Eine Untersuchung dieses Maßstabes führt zu Abstraktionen. Die größte Herausforderung ist in diesem Zusammenhang die Bildung der einzelnen Kategorien. Jede Systematisierung einer Sozialstruktur oder ihrer räumlichen Manifestation lässt Raum für Kritik, da die Realität nicht in Gänze wieder gegeben wird. Abstrahierende Systeme sind allerdings nützlich, da sie ein Gerüst liefern, in dem sich die weitere Untersuchung bewegen kann.

Die quantitative Untersuchung bildet durch die gewählten Methoden die theoretisch aufgeworfenen Fragen nach dem Fortbestand des Siedlungstyps Kleinstadt in einem Umfeld zunehmenden Wettbewerbs ab.

²¹¹ Vgl. WEGWEISER KOMMUNE: Zielsetzung, <http://www.wegweiser-kommune.de>.



Die quantitative Analyse aller deutschen Kleinstädte wird durch eine qualitative Analyse einiger ausgewählter Kommunen vertieft, um dem schwer zu operationalisierenden Erkenntnisinteresse des zunehmenden räumlichen Wettbewerbs als Bedrohung für den Siedlungstyp Kleinstadt gerecht zu werden. Dabei werden auf Basis der Strukturdaten die Zunahme des kommunalen Wettbewerbs und dessen Auswirkungen auf Kleinstädte genauer untersucht.

5.1 Methodik

Die quantitative Untersuchung bildet den Zustand des Siedlungstyps Kleinstadt zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf Basis einer Strukturdatenanalyse ab. Hierzu wird ein Vergleich verschiedener Stadttypen und eine Kategorisierung (Clusteranalyse) durchgeführt.

Letztere ist außerdem bedeutsam für die anschließende qualitative Untersuchung, bei der sie die zur Auswahl der untersuchten Kommunen herangezogen wird.

In Anlehnung an die Datenverfügbarkeit und den daraus resultierenden großen Datenmengen sowie dem Erkenntnisinteresse der quantitativen Untersuchung stehen deskriptive statistische Verfahren im Vordergrund. Diese liefern neben strukturellen Entwicklungseinschätzungen für Kleinstädte auch die Grundlage der Clusteranalyse. Da nicht nur eine Stichprobe untersucht wird, sondern das gesamte Untersuchungsgebiet, kann darauf verzichtet werden induktiv vorzugehen. Die Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse ist dadurch gewährleistet.

5.1.1 Untersuchungsgebiet

Die quantitative Untersuchung umfasst alle deutschen Kleinstädte, die Stadtrecht besitzen und zwischen 5.000 und 20.000 Einwohnern groß sind. Es handelt sich dabei um 971 Städte. Über 20 niedersächsische Kommunen von relevanter Größe liegen keine Daten vor, da sie Teile sogenannter Samtgemeinden sind. Die gewählten Einwohnergrenzen orientieren sich an den deutschen Stadtgrößenklassen (vgl. Kapitel 2.1). Die Beschränkung auf Kommunen, die das Stadtrecht innehaben, ist nötig, da nicht alle Kommunen zwischen 5.000 und 20.000 Einwohnern die siedlungsstrukturellen Eigenschaften von Kleinstädten aufweisen, wie sie im zweiten Kapitel dieser Untersuchung herausgearbeitet wurden. Das Stadtrecht trägt zur Präzisierung des Datensatzes bei. Es werden so kommunale Gebilde ausgeschlossen, die nicht der Definition einer Kleinstadt entsprechen. Verwaltungseinheiten, die nur aus Dörfern ohne wahrnehmbaren Kern bestehen, wie z.B. niedersächsische Samtgemeinden, haben in der Regel kein Stadtrecht inne.



Die Rechte, die mit diesem Titel in früheren Jahrhunderten einhergingen, verloren im Jahr 1935 ihre Gültigkeit und spielen seitdem kaum noch eine Rolle.²¹² Da Stadtneugründungen im 20. Jahrhundert selten geworden sind und das Stadtrecht in Ausnahmefällen immer noch verliehen wird, ist weiterhin nicht zu befürchten, dass neuere Siedlungsstrukturen, die dem Stadttypus Kleinstadt zugehörig sind, vernachlässigt werden. Auch Hannemann (2005) ist in ihrem Beitrag zur deutschen Kleinstadt im „Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland“ der Meinung, das Stadtrecht sei wichtiger Anhaltspunkt zur Analyse von Kleinstädten.²¹³

Um den Funktions- und Bedeutungsüberschüssen sowie der Geschlossenheit und städtischen Struktur der Kleinstadt, wie sie in Kapitel 2 beschrieben wurden, gerecht zu werden, ist das Stadtrecht in Kombination mit der Einwohnerzahl von 5.000 bis 20.000 Einwohner maßgebliches Kriterium für die Auswahl der zu untersuchenden Siedlungen. Erreicht wird dadurch die Unabhängigkeit von den Gemeindegebietsreformen, sodass präzise der Siedlungstyp Kleinstadt in den Fokus der Untersuchung rückt.

5.1.2 Operationalisierung und Indikatoren

Der Begriff „Operationalisierung“ bezeichnet die Verknüpfung von Theorien mit empirisch beobachtbaren Sachverhalten durch Korrespondenzregeln, die aus der Fragestellung der Untersuchung erwachsen.²¹⁴

Die Auswahl der Indikatoren erfolgt kausal-analytisch in Abhängigkeit zu den theoretischen Vorarbeiten. Die folgenden Erhebungen sind deskriptiv angelegt. Betrachtet man bspw. den Theorieblock Ökonomie mit Deindustrialisierung und Globalisierung, so kann eine Kombination aus verschiedenen Indikatoren die besten Aussagen über deren Auswirkungen auf Kleinstädte machen. Dieser Meinung sind auch Schnell, Hill und Esser (2008), wenn sie empfehlen, zur Operationalisierung eines Begriffs mehrere Indikatoren zu benutzen um so unsystematische Messfehler auszuschließen.²¹⁵

Aus den theoretischen Vorarbeiten dieser Arbeit ergeben sich drei Teilabschnitte (Globalisierung und ihre Auswirkungen, demographischer Wandel, soziale Situation und städtische Finanzen), die zur Operationalisierung herangezogen werden.

Notwendig ist es Indikatoren zu wählen, die in Kombination zueinander jede untersuchte Kleinstadt eindeutig charakterisieren. Ökonomische Indikatoren stellen auch Aussa-

²¹² Mit der Verleihung des Rechtstitels „Stadt“ gingen wirtschaftlich bedeutsame Privilegien wie z.B. das Abhalten eines Marktes oder die Stapelung von Waren einher. Das Stadtrecht zeigt also in den meisten Fällen die Gewachsenheit einer Siedlung an und kann so viele neu geschaffene Verwaltungsgemeinschaften im Zuge von Kommunalreformen wie z.B. Samtgemeinden ausklammern. Dies ist ein wesentlicher Vorteil. Erst mit der Aufhebung der Rechtsunterschiede zwischen Städten und Nicht-Städten im Rahmen der deutschen Gemeindeordnung von 1935 wurden die mit dem Titel Stadt einhergehenden Rechte aufgehoben. (Vgl. HEINEBERG, HEINZ: Stadtgeographie, Schöningh Verlag, Paderborn 2006, S.28.)

²¹³ Vgl. HANNEMANN, CHRISTINE: Klein- und Landstädte. In: BEETZ, STEPHAN; BRAUER, KAI; NEU, CLAUDIA (HRSG.): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. VS, Wiesbaden 2005, S.106.

²¹⁴ Vgl. KÜHNEL, STEFFEN-M.; KREBS, DAGMAR: Statistik für die Sozialwissenschaften, Rowohlt Verlag, Reinbek 2004, S.27.

²¹⁵ Vgl. SCHNELL, RAINER; HILL, PAUL B.; ESSER, ELKE: Methoden der empirischen Sozialforschung, 8.Auflage, Oldenbourg Verlag, München 2008, S.136.



gen zu kommunalen Finanzen zur Verfügung, die von der jeweiligen Wirtschaftssituation abhängig sind und die wiederum auch Auswirkungen auf das Wanderungsverhalten der Einwohner haben. So entstehen Parallelen, die gleichzeitig der gegenseitigen Überprüfung der Ergebnisse dienen. Des Weiteren werden Indikatoren genutzt, die eine Prognose bis in das Jahr 2025 abgeben. Diese werden aus demographischen Strukturdaten gewonnen oder beziehen sich auf die kommunale Verschuldung pro Einwohner.

Indikatoren zum ökonomischen Wandel und seinen vermuteten Auswirkungen

Der erste Teil der quantitativen Analyse bezieht sich auf den wirtschaftlichen Strukturwandel, der durch Globalisierung und Deindustrialisierung induziert wird. Tertiärisierung führt zu einer Veränderung räumlicher Wertschöpfung, die nachteilig auf Kleinstädte wirkt.

Unter Berücksichtigung dieses Wandels zu einer postindustriellen Gesellschaft gilt, dass tertiäre Arbeitsplätze eine bessere zukünftige Arbeitsmarktsituation der Kleinstadt bedingen. Wo sie verstärkt anzutreffen sind, kann von einer hohen Wirtschaftsdynamik und von zukunftssträchtigen Erwerbsmöglichkeiten ausgegangen werden. Wo sie nicht anzutreffen sind, ist selbst bei relativ guter Arbeitsplatzverfügbarkeit mit zukünftigen Problemen zu rechnen. Die Indikatoren berücksichtigen den aktuellen Stand sowie die zukünftigen Entwicklungsperspektiven der kommunalen Erwerbsstruktur. Weiterhin spielt die ökonomische Bedeutung für das Umland eine wichtige Rolle und wird durch den Indikator Bedeutung als Arbeitsort erfasst.

Abbildung 5.1: Indikatoren zum ökonomischen Wandel und seinen vermuteten Auswirkungen

Name	Aussage	Hinweis auf	Berechnung	Quelle
Beschäftigte 1.Sektor (Einheit %)	Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im primären Sektor (Land-, Forstwirtschaft, Fischerei) am Arbeitsort beträgt x % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort insgesamt.	Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je Wirtschaftssektor gibt Hinweise auf die Beschäftigtenstruktur in der Kommune als Arbeitsort.	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im primären Sektor (am Arbeitsort) / sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) * 100 (Stichtag: 30.06.)	Wegweiser Kommune, Datenerhebung durch die Bundesagentur für Arbeit. (Jahr 2007)
Beschäftigte 2.Sektor (Einheit %)	Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im sekundären Sektor (Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Energie, Bau) am Arbeitsort beträgt x % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort insgesamt.	Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je Wirtschaftssektor gibt Hinweise auf die Beschäftigtenstruktur in der Kommune als Arbeitsort.	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im sekundären Sektor (am Arbeitsort) / sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) * 100 (Stichtag: 30.06.)	Wegweiser Kommune, Datenerhebung durch die Bundesagentur für Arbeit. (Jahr 2007)
Beschäftigte 3.Sektor (Einheit %)	Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im tertiären Sektor (Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Kredit, Dienstleistungen, Öffentliche Verwaltung, Soziales, u.w.) am Arbeitsort beträgt x % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am	Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je Wirtschaftssektor gibt Hinweise auf die Beschäftigtenstruktur in der Kommune als Arbeitsort.	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im tertiären Sektor (am Arbeitsort) / sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) * 100 (Stichtag: 30.06.)	Wegweiser Kommune, Datenerhebung durch die Bundesagentur für Arbeit. (Jahr 2007)

	Arbeitsort insgesamt.			
Beschäftigtenanteil in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen (Einheit %)	X % der sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten sind in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen tätig.	Der Indikator gibt einen Hinweis auf den Entwicklungsstand des Strukturwandels der Wirtschaft. Unternehmensorientierte Dienstleister fungieren primär als Träger und Generatoren von Wissen sowie Innovationen und stärken die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Kunden.	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen / Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort * 100 (Stichtag: 30.06.; Unternehmensorientierte Dienstleistungen nach Klassifizierung WZ93	Wegweiser Kommune, Datenerhebung durch die Bundesagentur für Arbeit. (Jahr 2007)
Beschäftigungsentwicklung in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen in den vergangenen 5 Jahren (Einheit %)	Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen hat sich in den vergangenen 5 Jahren um x % verändert.	Die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen gibt Hinweise auf die Dynamik des Strukturwandels der Wirtschaft.	(Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen – Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen vor 5 Jahren) / Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen vor 5 Jahren * 100 (Stichtag: 30.06.; für die Beschäftigten vor 5 Jahren: Unternehmensorientierte Dienstleistungen Klassifizierung WZ93	Wegweiser Kommune, Datenerhebung durch die Bundesagentur für Arbeit. (Jahr 2007)
Arbeitsplatzentwicklung vergangene 5 Jahre (Einheit %)	Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich in den vergangenen 5 Jahren um x % verändert.	Arbeitsplatzzuwachs oder Arbeitsplatzabbau im Verhältnis zu den bestehenden Arbeitsplätzen: Ein hoher positiver Wert weist auf eine hohe positive wirtschaftliche Dynamik hin.	(Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort – Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort vor 5 Jahren) / Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort vor 5 Jahren * 100 (Stichtag: 30.06.)	Wegweiser Kommune, Datenerhebung durch die Bundesagentur für Arbeit. (Jahr 2007)
Bedeutung als Arbeitsort (Einheit >/< 1)	In der Kommune arbeiten mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als dort wohnen (Wert > 1), oder umgekehrt (Wert < 1).	Eine höhere Bedeutung einer Gemeinde als Arbeitsort den als Wohnort äußert sich in einem Wert > 1. Die Größe des Indikators weist auf eine besondere Bedeutung als Wirtschafts- und Arbeitsstandort sowie auf das Pendleraufkommen hin.	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort / Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort (Stichtag: 30.06.)	Wegweiser Kommune, Datenerhebung durch die Bundesagentur für Arbeit. (Jahr 2007)

Indikatoren zum demographischen Wandel

Auf Basis der drei Blöcke Bevölkerungsentwicklung, Alterung und Wanderung wird der demographische Wandel in Kleinstädten analysiert.

Bevölkerungsdisparitäten entstehen heute in erster Linie aus Wanderungen zwischen einzelnen Regionen und sind meist berufsbedingt, so dass eine Verbindung zur ökonomischen Situation der Kleinstadt gegeben ist. Da die räumliche Polarisierung von Bevölkerung insbesondere für Kleinstädte negative Folgen hat, sind die Indikatoren, die sich mit Wanderung befassen besonders bedeutsam. Es werden vier lebensphasenab-



hängige Arten von Wanderung definiert, da unterschiedliche Stadt- bzw. Raumtypen unterschiedlichen Lebensansprüchen genügen können.

Abbildung 5.2: Indikatoren zum demographischen Wandel

Name	Aussage	Hinweis auf	Berechnung	Quelle
Bevölkerungs-entwicklung vergangene 7 Jahre (Einheit %)	Die Bevölkerungszahl hat innerhalb der letzten 7 Jahre um x % zugenommen / abgenommen.	Gibt Aufschlüsse über die Bevölkerungsentwicklung in der Vergangenheit.	$(\text{Bevölkerung aktuell} - \text{Bevölkerung vor 7 Jahren}) / \text{Bevölkerung vor 7 Jahren} * 100$	Wegweiser Kommune, Erhebungen der statistischen Landesämter. (Jahr 2007)
Bevölkerungs-entwicklung 2006 bis 2025 (Einheit %)	Nach der Prognose nimmt die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2025 um x % zu oder ab. Für die Prognose wird die natürliche Entwicklung (Geburten- und Sterbefälle) und das Wandermuster der Jahre 2003 – 2006 berücksichtigt.	Zeigt Trends der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung.	$(\text{Bevölkerung 2025} - \text{Bevölkerung 2006}) / \text{Bevölkerung 2006} * 100$	Wegweiser Kommune, berechnet durch die Deenst GmbH, Erhebungen der statistischen Landesämter. (Jahr 2007)
Familien-wanderung (Einheit Pers. je 1.000 Ew.)	Der Wanderungsgewinn bzw. -verlust pro 1000 Einwohner beträgt in der Gruppe der unter 18-Jährigen und der 30- bis 49-Jährigen x Einwohner der betrachteten Altersgruppe.	Ein positiver Wert dieses Indikators weist auf eine hohe Attraktivität der Kommune für Familien hin. Ein Wanderungsgewinn liegt vor, wenn die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen positiv ist (Zuwanderung). Ein Wanderungsverlust liegt vor, wenn diese Differenz negativ ist (Abwanderung).	$(\text{Zuzüge 0-17-Jährige und 30-49-Jährige} - \text{Fortzüge 0-17-Jährige und 30-49-Jährige}) / \text{Bevölkerung 0-17-Jährige und 30-49-Jährige} * 1000$ (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn / -verlust über 4 Jahre gemittelt / Bevölkerung aktuell * 1000)	Wegweiser Kommune, Erhebungen der statistischen Landesämter. (Jahr 2007)
Bildungs-wanderung (Einheit Pers. je 1.000 Ew.)	Der Wanderungsgewinn bzw. -verlust pro 1000 Einwohner beträgt in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen x Einwohner der betrachteten Altersgruppe.	Wanderung zu Ausbildungszwecken findet typischerweise in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen statt. Ein positiver Wert dieses Indikators weist auf eine hohe Attraktivität der Kommunen für Studierende und Auszubildende hin. Ein Wanderungsgewinn liegt vor, wenn die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen positiv ist (Zuwanderung), ein Wanderungsverlust liegt vor, wenn diese Differenz negativ ist (Abwanderung).	$(\text{Zuzüge 18-24-Jährige} - \text{Fortzüge 18-24-Jährige}) / \text{Bevölkerung 18-24-Jährige} * 1000$ (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn / -verlust über 4 Jahre / Bevölkerung aktuell * 1000)	Wegweiser Kommune, Erhebungen der statistischen Landesämter. (Jahr 2007)
Wanderung zu Beginn der 2. Lebenshälfte (Einheit Pers. je 1.000 Ew.)	Der Wanderungsgewinn bzw. -verlust pro 1000 Einwohner beträgt in der Gruppe der 50- bis 64-Jährigen x Einwohner der betrachteten Altersgruppe.	Wanderung zu Beginn der so genannten zweiten Lebenshälfte findet aus unterschiedlichsten Gründen statt, wie auch die Ziele ganz unterschiedlich sind. Bedeutende Motive sind Anpassung der Wohnbedürfnisse und z.T. Arbeitsplätze. Ein positiver Wert dieses Indikators weist auf eine hohe Attraktivität der Kommunen als Lebens- und Arbeitsort in der Nachfamilienphase hin. Ein Wanderungsgewinn liegt vor, wenn die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen positiv ist (Zuwanderung). Ein Wanderungsverlust liegt vor, wenn	$(\text{Zuzüge 50-64-Jährige} - \text{Fortzüge 50-64-Jährige}) / \text{Bevölkerung 50-64-Jährige} * 1000$ (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn / -verlust über 4 Jahre gemittelt / Bevölkerung aktuell * 1000)	Wegweiser Kommune, Erhebungen der statistischen Landesämter. (Jahr 2007)



		diese Differenz negativ ist (Abwanderung).		
Alterswanderung (Einheit Pers. je 1.000 Ew.)	Der Wanderungsgewinn bzw. -verlust pro 1000 Einwohner beträgt in der Gruppe der 65- bis 99-Jährigen x Einwohner der betrachteten Altersgruppe.	Die Wanderung der über 65-Jährigen kennzeichnen Motive wie Anpassung der Wohnbedürfnisse, Familiennähe und Gesundheit. Ein positiver Wert dieses Indikators weist auf eine hohe Attraktivität der Kommunen als „Altersruhe-sitz“ hin. Ein Wanderungsgewinn liegt vor, wenn die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen positiv ist (Zuwanderung). Ein Wanderungsverlust liegt vor, wenn diese Differenz negativ ist (Abwanderung).	(Zuzüge 65–99-Jährige – Fortzüge 65–99-Jährige) / Bevölkerung 65–99-Jährige * 1000 (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn / -verlust über 4 Jahre gemittelt / Bevölkerung aktuell * 1000)	Wegweiser Kommune, Erhebungen der statistischen Landesämter. (Jahr 2007)
Durchschnittsalter (Einheit Jahre)	Das Durchschnittsalter aller Personen in der Kommune beträgt x Jahre.	Gibt Aufschluss über die Alterung der Bewohnerschaft der Kommune.	Summe aller Lebensalter geteilt durch die Anzahl der Personen in der Kommune (Arithmetisches Mittel der Alterswerte)	Wegweiser Kommune, Erhebungen der statistischen Landesämter. (Jahr 2007)
Durchschnittsalter 2025 (Einheit Jahre)	Nach der Prognose beträgt das Durchschnittsalter aller Personen in der Kommune im Jahr 2025 x Jahre.	Gibt Aufschluss über die Entwicklung der Alterung der Bewohnerschaft in der Kommune bis zum Jahr 2025.	Summe aller Lebensalter geteilt durch die Anzahl der Personen in der Kommune (Arithmetisches Mittel der prognostizierten Alterswerte 2025)	Wegweiser Kommune, Erhebungen der statistischen Landesämter. (Jahr 2007)

Indikatoren zur sozialen Situation und zu den städtischen Finanzen

Die finanzielle Situation der Kleinstadt und ihrer Einwohner sind eng mit den zuvor diskutierten Bereichen verflochten. Unter Zuhilfenahme einiger Indikatoren lassen sich Aussagen über die Herausforderungen, die auf Kleinstädte zukommen, untermauern und in ihrer Bedeutung abschätzen. So ist davon auszugehen, dass sich wirtschaftliche Schwierigkeiten und Abwanderung in der kommunalen Finanzausstattung widerspiegeln. Weniger Steuereinnahmen mindern die Investitionen pro Einwohner, häufig steigt die Gesamtverschuldung der Kleinstadt.



Abbildung 5.3: Indikatoren zur sozialen Situation und zu den städtischen Finanzen

Name	Aussage	Hinweis auf	Berechnung	Quelle
Kommunale Steuereinnahmen pro Einwohner (Einheit Euro)	Die über die letzten 4 Jahre gemittelten Steuereinnahmen einer Kommune betragen im Durchschnitt x Euro pro Einwohner.	Die Steuereinnahmen der Gemeinde (Grundsteuer, Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer) pro Einwohner bezeichnen die Steuerkraft einer Gemeinde. Die Steuerkraft ist ein Einflussfaktor für den finanziellen Handlungsspielraum der Kommune.	Mittelwert letzte 4 Jahre der Steuereinnahmen / Gesamtbevölkerung (Steuereinnahmen = Mittelwert letzte 4 Jahre von Grundsteuer A + Grundsteuer B + Gewerbesteuer + Gemeindeanteil an Einkommensteuer + Gemeindeanteil an Umsatzsteuer)	Wegweiser Kommune, Erhebungen der statistischen Landesämter (Jahr 2007)
Allgemeine Deckungsmittel pro Einwohner (Einheit Euro)	Die Kommune erhielt im Jahr 2007 je Einwohner Steuern (netto) und allgemeine Zuweisungen in Höhe von x Euro.	Die allgemeinen Deckungsmittel setzen sich aus den Netto-Steuereinnahmen und den allgemeinen Zuweisungen zusammen. Sie stellen das Finanzvolumen dar, über welches die Gemeinden frei und damit ohne Zweckbindung verfügen können.	Steuern (netto) + allgemeine Zuweisungen (Gr.-Nr. 000 + 001 + 003 + 010 + 012 + 041 + 051 + 060 + 061 + 091 - 81 - 831) / Einwohner (Stichtag Einwohner: 30.06.)	Wegweiser Kommune, Erhebungen der statistischen Landesämter (Jahr 2007)
Investitionen pro Einwohner (Einheit Euro)	Die Kommune hatte im Jahr 2007 je Einwohner im „Konzern Kommune“ (Kernhaushalt und Auslagerungen) Sachinvestitionen in Höhe von y Euro getätigt.	Eigene Sachinvestitionen und Investitionszuschüsse an Dritte geben einen Hinweis auf die Zukunftsorientierung des Ausgabenverhaltens bzw. der Ausgabenpotenziale. Für die Zusammenfassung im „Konzern Kommune“ wurden die Investitionszuschüsse der Kernhaushalte an die Auslagerungen – zur Vermeidung von Doppelzählungen – eliminiert. Die Zuschüsse der Auslagerungen an die Gemeinde werden nicht abgezogen, da diese bei den Auslagerungen nicht als Investitionen gebucht sind.	Sachinvestitionen Kernhaushalt + Zugang an Sachanlagen Auslagerungen – Investitionszuweisungen an Auslagerungen (Gr.-Nr. 985) / Einwohner	Wegweiser Kommune, Erhebungen der statistischen Landesämter (Jahr 2007)
Kaufkraft privater Haushalte (Einheit Euro)	Das durchschnittliche Gesamtnettoeinkommen eines Haushaltes beträgt x Euro.	Die Kaufkraft gibt Hinweise auf die wirtschaftliche Stärke einer Kommune bzw. ihrer Einwohnerschaft.	Summe aller Haushaltsnettoeinkommen / Anzahl Haushalte	Wegweiser Kommune, Erhebung der Infas GEOdaten GmbH (Jahr 2006)
Anteil Wohnungen in Ein-/Zweifamilienhäusern (Einheit %)	X % der Wohnungen des Wohnungsbestandes der Kommune besteht aus Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern.	Der Indikator deutet auf die städtebauliche Struktur des Wohnbestandes hin.	Einfamilienhäuser + Wohnungen in Zweifamilienhäusern / Wohnungen in Wohngebäuden * 100	Wegweiser Kommune, Erhebungen der statistischen Landesämter. (Jahr 2007)
Arbeitslosenanteil an allen Erwerbspersonen (Einheit %)	X % der Erwerbspersonen sind arbeitslos.	Der Indikator gibt Hinweise auf soziale Belastungen und Probleme sowie auf die Arbeitsmarktsituation in der Kommune.	Arbeitslose / (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort + Arbeitslose) * 100 (Stichtag für Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: 30.06.; Arbeitslosenzahl: Jahresdurchschnitt. Die Gruppe der Erwerbspersonen wird aus der Summe der sozialversicherungs-	Wegweiser Kommune, Erhebung der Bundesagentur für Arbeit (Jahr 2007)

			pflichtig Beschäftigten und der Arbeitslosen gebildet.)	
SGB II-Quote²¹⁶ (Einheit %)	X % der Bevölkerung unter 65 Jahren erhalten Leistungen nach SGB II.	Die SGB II-Quote gibt Hinweise auf soziale Belastungen und Probleme als auch auf mögliche soziale Segregation in einer Kommune.	Leistungsbeziehende nach SGB II / Bevölkerung unter 65 Jahren * 100 (Stichtag für SGB II-Bezieher: Dezember)	Wegweiser Kommune, Erhebungen der Bundesagentur für Arbeit und den statistischen Landesämtern (Jahr 2007)

5.1.3 Erläuterung zu den vergleichenden Stichproben

Um die Strukturdaten der 971 (bzw. 951) untersuchten Kleinstädte einschätzen zu können, ist es sinnvoll, vergleichende Daten anderer Stadttypen miteinzubeziehen. Dadurch wird die Gesamtsituation der deutschen Kleinstadt in ein Verhältnis zu deutschen Groß- oder Mittelstädten gesetzt.

Während die Daten zu den deutschen Kleinstädten komplett erhoben und im Anschluss analysiert werden, bestehen die beiden Vergleichsgruppen aus Stichproben. Das ist in diesem Fall ausreichend, um Plausibilität herzustellen und das Ziel der Einschätzbarkeit der für diese Arbeit zentralen Kleinstadtdaten zu gewährleisten. Die erste Stichprobe umfasst die sechs größten deutschen Städte (Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt a.M. und Stuttgart). Dieses Sample repräsentiert den größtmöglichen Abstand im Siedlungstypenvergleich: Die Großstädte haben andere finanzielle Möglichkeiten, verfügen über eine diversifizierte, weitestgehend dienstleistungsbasierte Wirtschaftsstruktur und bilden so insgesamt betrachtet ein gutes Beispiel einer zukunftsfähigen Stadt. Während die Auswahl der Städte hier nach Größe und Bedeutung stattfand, repräsentiert die zweite Stichprobe eine Auswahl deutscher Mittelstädte.

Um für diese eine repräsentative Stichprobe zu erstellen, werden die kommunalen Demographietypen des „Wegweisers Kommune“ genutzt. Diese teilen Kommunen in

²¹⁶ Hilfe im Sinne des Sozialgesetzbuches II erhalten Arbeitssuchende und Personen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Die SGB II Grundsicherung soll dazu beitragen, dass die Arbeitssuchenden ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können.

„Die Leistungen der Grundsicherung sind insbesondere darauf auszurichten, dass

1. durch eine Erwerbstätigkeit Hilfebedürftigkeit vermieden oder beseitigt, die Dauer der Hilfebedürftigkeit verkürzt oder der Umfang der Hilfebedürftigkeit verringert wird,
2. die Erwerbsfähigkeit des Hilfebedürftigen erhalten, verbessert oder wieder hergestellt wird,
3. geschlechtsspezifischen Nachteilen von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen entgegengewirkt wird,
4. die familienspezifischen Lebensverhältnisse von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die Kinder erziehen oder pflegebedürftige Angehörige betreuen, berücksichtigt werden,
5. behindertenspezifische Nachteile überwunden werden.

(2) Die Grundsicherung für Arbeitssuchende umfasst Leistungen

1. zur Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit insbesondere durch Eingliederung in Arbeit und
2. zur Sicherung des Lebensunterhalts.“

(SOZIALGESETZBUCH (SGB) ZWEITES BUCH (II): Grundsicherung für Arbeitssuchende § 1 Aufgabe und Ziel der Grundsicherung für Arbeitssuchende.)



neun unterschiedliche entwicklungsabhängige Kategorien ein. Die neun Kategorien werden zusammengefasst, um die Stichprobengröße nicht zu sehr ansteigen zu lassen. Dabei entfällt die Kategorie „Exklusive Standorte“, die insgesamt nur fünf Kommunen umfasst, ganz und die beiden weiterhin kleinen Kategorien „Wirtschaftlich starke Städte und Gemeinden mit hoher Arbeitsplatzzentralität“ (70 Kommunen) und „Suburbane Wohnorte mit hohen Wachstumserwartungen“ (90 Kommunen) werden zusammengefasst. Die Tabelle in Abbildung 5.4 stellt dies dar.

Abbildung 5.4: Stichprobe Mittelstädte anhand kommunaler Demographietypen

Typ	Titel	Anzahl der Kommunen	Relative Anzahl im Sample
1	Stabile Mittelstädte und regionale Zentren mit geringem Familienanteil	514 Kommunen	4
2	Suburbane Wohnorte mit hohen Wachstumserwartungen	90 Kommunen	½ (zusammen mit Typ 8)
3	Suburbane Wohnorte mit rückläufigen Wachstumserwartungen	361 Kommunen	2
4	Schrumpfende und alternde Städte und Gemeinden mit hoher Abwanderung	352 Kommunen	2
5	Stabile Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit hohem Familienanteil	740 Kommunen	5
6	Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit geringer Dynamik	579 Kommunen	4
7	Prosperierende Städte und Gemeinden im ländlichen Raum	165 Kommunen	0
8	Wirtschaftlich starke Städte und Gemeinden mit hoher Arbeitsplatzzentralität	70 Kommunen	½ (zusammen mit Typ 2)
9	Exklusive Standorte	5 Kommunen	0

Quelle: Eigener Entwurf (auf Basis der Demographietypen des WEGWEISER KOMMUNE).

Außerdem wurde der Typ 7 nicht aufgenommen, da die Kommunen dieses Typs zu über 90% unter 25.000 Einwohner aufweisen. Dafür wurde der Typ 1 besonders gewichtet, da dieser Stadttyp außergewöhnlich häufig unter den Mittelstädten vorkommt.²¹⁷ In einem weiteren Schritt wird der jeweiligen Kategorie eine relative Samplestärke (zur absoluten Anzahl) zugeordnet, was dazu führt, dass 18 Mittelstädte in die Stichprobe aufgenommen werden. Die im Sample verwendeten Mittelstädte verfügen über mindestens 40.000 Einwohner. Dies ist bedeutsam, um einen gewissen Abstand zu den untersuchten Kleinstädten aufrecht zu erhalten, da gerade im Bereich um 20.000 Einwohner starke Ähnlichkeiten der Stadtstruktur vorherrschen und erst bei Städten ab 40.000 Einwohnern ein deutlicher Unterschied gewährleistet ist.

Diese beiden Stichproben stehen für den Vergleich mit den Strukturdaten der deutschen Kleinstädte zur Verfügung. Sofern Daten verfügbar sind, fließt auch ein bundesweiter Vergleich ein. Ziel des Vergleiches ist es, die Gesamtsituation der deutschen

²¹⁷ Vgl. WEGWEISER KOMMUNE: Handlungskonzepte zu Demographietypen, <http://www.wegweiser-kommune.de>.

Kleinstadt darzustellen und so ihre Bedeutung im Siedlungssystem der Bundesrepublik einzuschätzen.

5.2 Kleinstadt im Vergleich – die Indikatoren auf Makroebene

Die deutsche Kleinstadt verfügt durchschnittlich über eine Fläche von 60,99km². Die deutsche Mittelstadt ist im Durchschnitt verfügt über eine mittlere Fläche von 79,6 km². Großstädte sind im Durchschnitt fast dreimal so groß wie die deutsche Kleinstadt.²¹⁸ Auch der Durchschnitt aller deutschen Städte mit Stadtrecht nimmt mehr Raum ein als die mittlere deutsche Kleinstadt, nämlich 65,68km².

Betrachtet man die absolute Raumverteilung, so ist die Bedeutung der Kleinstadt für das deutsche Siedlungssystem jedoch wesentlich größer. Deutschland hat eine Fläche von 357.104,07 km² davon entfallen nur 13.954,15km² oder 3,72% auf Großstädte, 46.615km² auf Mittelstädte und 59.216,75km² oder 15,79% auf Kleinstädte.²¹⁹ Somit nehmen die Kleinstädte, die in dieser Untersuchung betrachtet werden, mehr als vier Mal so viel Siedlungsfläche in Anspruch wie alle deutschen Großstädte zusammen.

Im Kontext der Bevölkerungsverteilung ist die deutsche Kleinstadt ein bedeutender Faktor. Ein Achtel aller Deutschen lebt in Kleinstädten. Insgesamt 10.622.415 Menschen oder 12,92 Prozent der deutschen Bevölkerung sind Einwohner von Kleinstädten. Dies zeugt von einer hohen politischen wie auch wissenschaftlichen Bedeutung der Kleinstadt, auch wenn Großstädte (insgesamt 25.420.863 Einwohner) und Mittelstädte (insgesamt 21.047.230 Einwohner) höhere Einwohnerzahlen aufweisen.²²⁰ Folgende Tabelle fasst alle Ergebnisse der Übersichtsuntersuchung zusammen:

Abbildung 5.5: Übersichtsdaten Stadttypen nach Fläche und Bevölkerung

	Mittelwert der Fläche	Summe der Fläche aller Städte	Anteil an der Fläche der BRD	Bev. Gesamt	Anteil an Bev. BRD	Männer	Frauen	Mittelwert der Bev.
Kleinstadt	60,99 km ²	59.216,75 km ²	15,79%	10.622.415 Einwohner	12,9 %	5.203.150 Einwohner	5.419.265 Einwohner	298 Einwohner pro km ²
Mittelstadt	79,60 km ²	46.615,43 km ²	12,43%	21.047.230 Einwohner	25,6 %	10.248.796 Einwohner	10.798.434 Einwohner	624 Einwohner pro km ²
Großstadt	172,27 km ²	13.954,15 km ²	3,72%	25.420.863 Einwohner	30,92 %	12.343.763 Einwohner	13.077.100 Einwohner	1.659 Einwohner pro km ²
BRD	-	136.360,43 km ²	38,18%	82.217.800 Einwohner	100%	40.274.300 Einwohner	41.943.500 Einwohner	230 Einwohner pro km ²

Quelle: Eigener Entwurf (Daten: STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND: Auszug aus dem Gemeindeverzeichnis: Städte in Deutschland nach Fläche und Bevölkerung. Verwendeter Stand: 31.12.2007).

²¹⁸ STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND: Auszug aus dem Gemeindeverzeichnis: Städte in Deutschland nach Fläche und Bevölkerung. Verwendeter Stand: 31.12.2007.

²¹⁹ Ebd.

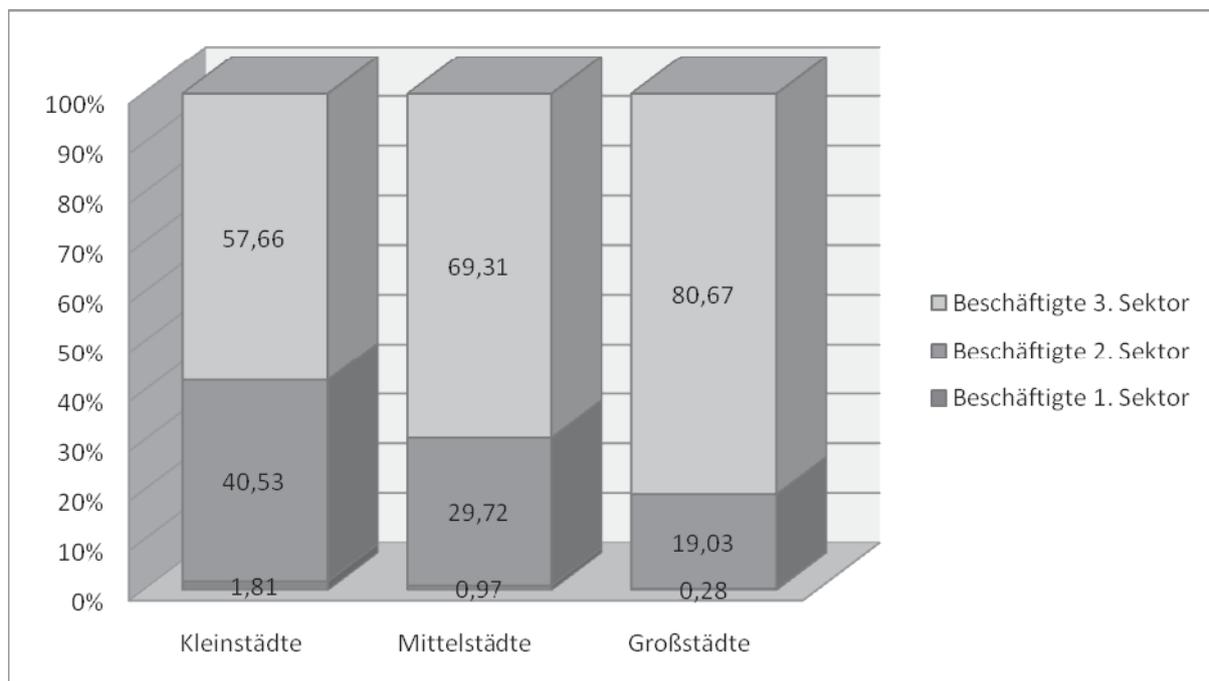
²²⁰ Ebd.



5.2.1 Wirtschaft (Globalisierung und Deindustrialisierung)

Als Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen werden die Beschäftigten in den einzelnen Stadttypen nach Sektoren betrachtet. Die Strukturdaten der Kleinstadt erscheinen zunächst positiv: Durchschnittlich 57,66% der Beschäftigten befinden sich im Dienstleistungsbereich. Gleichzeitig gehen aber 40,53% aller Beschäftigten einer industriellen Erwerbstätigkeit nach. Der Vergleich zeigt die hohe Bedeutung dieses Wertes. Abbildung 5.6 gibt eine Übersicht, wie Kleinstädte im Vergleich zu den beiden anderen Stadttypen abschneiden.

Abbildung 5.6: Beschäftigte nach Sektoren und Stadttypen



Quelle: Eigener Entwurf (Daten: Ergebnisse der eigenen Untersuchung).

Der Vergleich zeigt: Der industrielle Beschäftigungssektor ist in den sechs größten deutschen Städten nicht einmal halb so groß wie in der Kleinstadt. Der Vergleich zu den Mittelstädten ergibt einen Unterschied von mehr als 10%. Es zeigt sich, dass der post-industrielle Strukturwandel in Kleinstädten bei weitem nicht so fortgeschritten ist wie in größeren deutschen Städten. Daraus folgt, dass in den kommenden Jahren und Jahrzehnten, wie auch schon im 3. und 4. Kapitel festgestellt, mit einem Abbau von industriellen Arbeitsplätzen zu rechnen ist, die nicht mehr ersetzt werden. Diese Entwicklung wird bei der jetzigen sektoralen Arbeitsplatzverteilung die Kleinstädte besonders deutlich treffen.

Die Entwicklungen im primären Sektor sind weitestgehend abgeschlossen. Aufgrund ihrer ländlicheren Lage weisen Kleinstädte hierbei einen höheren Wert auf, der mit 1,81% aber in dieser Größenordnung auch in Zukunft keinen besonderen Schwankungen unterliegen wird. Die Verhältnisse verschieben sich zwischen dem sekundären und



tertiären Sektor, Dabei besteht die Gefahr, dass es im Rahmen dieses ökonomischen Strukturwandels zu spürbaren Arbeitsplatzverlusten in vielen Kleinstädten kommt. Hierfür spricht auch der bundesdeutsche Durchschnitt, der im Jahr 2007 bei 25,5% Beschäftigte im sekundärem Sektor und 72,4% im tertiären Sektor lag. Kleinstädte weisen durchschnittlich schlechtere Werte auf als die gesamtdeutsche Entwicklung. Dies stützt die Vermutung, dass Kleinstädte Orte des Industriezeitalters sind und durch den ökonomischen Strukturwandel des 21. Jahrhunderts besonders negative Auswirkungen erleben werden.

In diesem Zusammenhang spielt ein weiterer Indikator eine Rolle, nämlich die Arbeitsplatzentwicklung der vergangenen fünf Jahre. Für die gesamte Bundesrepublik besagt dieser Wert, dass die Zahl der Sozialversicherungsbeschäftigten im Zeitraum von 2002 bis 2007 um 1,18% abgenommen hat.²²¹

Die Kleinstadt verbucht im Zeitraum von 2002 bis 2007 einen Verlust an Arbeitsplätzen von 2,58% und ist im Vergleich zur gesamtdeutschen Entwicklung mehr als doppelt so stark betroffen. Auch hier wird deutlich, dass Kleinstädte die Verlierer des Strukturwandels sind und besonderer Aufmerksamkeit bedürfen. Jedoch muss bspw. auch den Mittelstädten der Stichprobe eine negative Arbeitsplatzentwicklung konstatiert werden: In ihnen sank der Wert um 2,05%. Eine Polarisierung der deutschen Raumstruktur ist insgesamt erkennbar.

Weiterhin ist bedeutsam, wie qualitativ hochwertig neu-geschaffene (tertiäre) Arbeitsplätze sind. Nicht jede Dienstleistung ist gleichwertig. Zwischen einer Unternehmensberatung und einem Reinigungsbetrieb bestehen qualitative Unterschiede, die die bisherigen Statistiken nicht ausreichend berücksichtigen. Wissens- bzw. unternehmensorientierte Dienstleistungen haben höhere Synergieeffekte für die restliche kommunale Wirtschaftsstruktur: Sie steigern die Kaufkraft vor Ort, zahlen hohe Steuern und das Entstehen solcher Unternehmen führt häufig zur Ansiedlung weiterer Unternehmen des entsprechenden Clusters. Dementsprechend hilft der Indikator „Beschäftigtenanteil in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen“ den Entwicklungsstand des Strukturwandels der Wirtschaft einzuschätzen.

Ist ein relativ hoher Prozentsatz der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen tätig, so verspricht dies eine positive zukünftige Entwicklung. Die innere Differenzierung zwischen verschiedenen Dienstleistungsberufen geschieht auf Grundlage der Klassifizierung der Wirtschaftszweige WZ93 (72–74) des Statistischen Bundesamtes.²²² So ist es möglich, die qualitativ hochwertigen

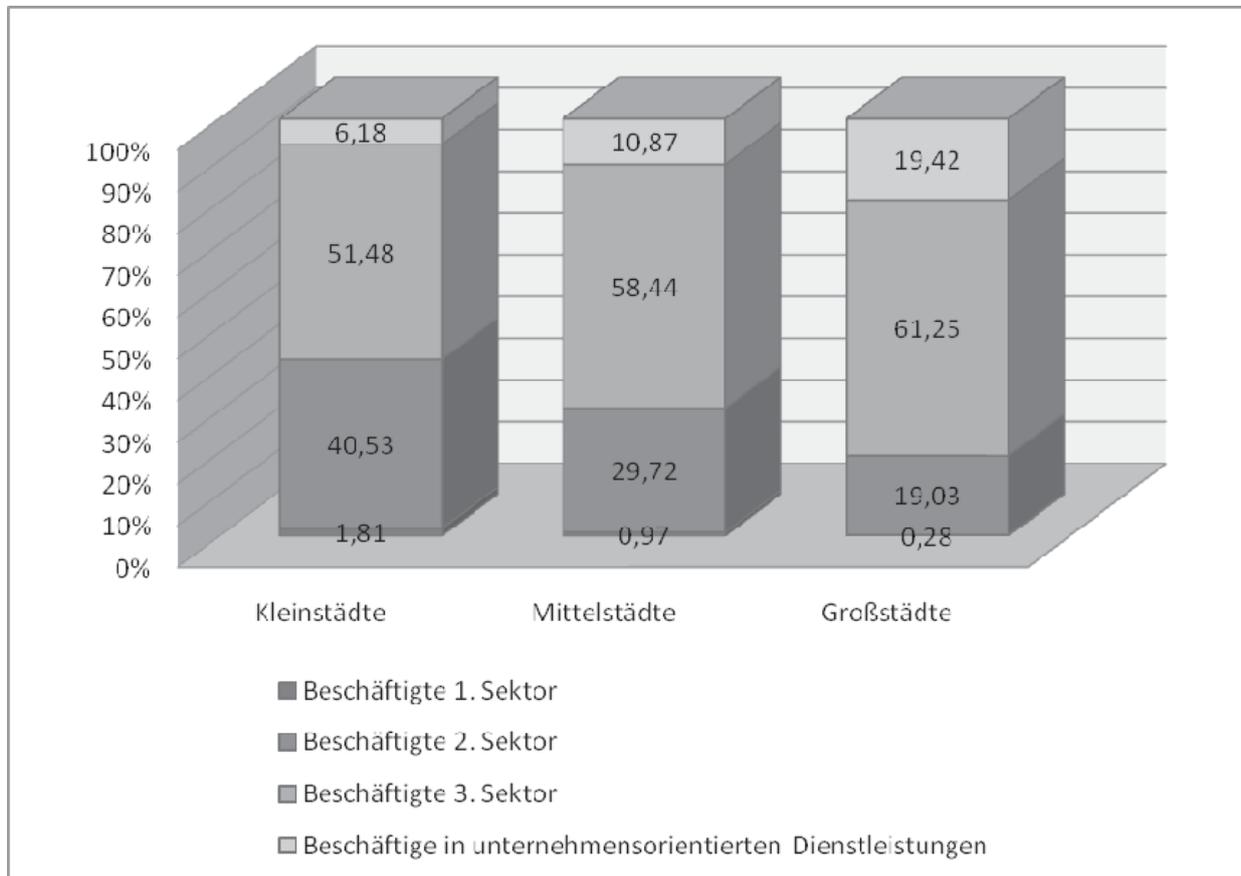
²²¹ Mithilfe des Berichtes zu „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten“ (Fachserie 1 / Reihe 4.2.1) des statistischen Bundesamtes lässt sich auch ein Wert für die gesamte Bundesrepublik errechnen.

²²² STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND: Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93).



gen wissens- und unternehmensorientierten Dienstleistungsberufe zu prüfen. Abbildung 5.7 aktualisiert die Beschäftigten nach Sektoren und Stadttypen (Abbildung 5.6) um die unternehmensorientierten Dienstleistungen.

Abbildung 5.7: Anteil der Beschäftigten in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen



Quelle: Eigener Entwurf (Daten: Ergebnisse der eigenen Untersuchung).

Das Diagramm zeigt, dass es einen Kern von Dienstleistungsberufen gibt, der in jedem Stadttyp in ähnlichem Maße vorhanden ist (51,48% bei Kleinstädten bis 61,25% bei den sechs größten Städten Deutschlands). Es handelt sich hierbei um Arbeitsplätze in Verwaltung, sozialen Einrichtungen, Einzelhandel und Gewerbe. Dies sind abhängige Dienstleistungsberufe.

Deutlich wird dies anhand des Beispiels einer monostrukturellen Wirtschaftsregion, wie Wolfsburg. Würde der dort ansässige Volkswagen-Konzern schließen, bedeutete dies etwa 40.000 arbeitslose Menschen. Gleichzeitig aber könnte auch jeder Zulieferer und dann in weiterer Folge jeder Bäcker, jedes Kaufhaus etc. in der Stadt schließen, da die wesentlichen Motoren des Wolfsburger Erwerbslebens wegfallen würden. Dies bedeutete dann insgesamt 80.000 Arbeitslose und das Ende der Stadt Wolfsburg. So wird deutlich, was gemeint ist: Unternehmens- und wissensorientierte Dienstleistungen sind Kernarbeitsplätze des tertiären Sektors, die als wesentliche Faktoren der Zukunftsfähig-



keit einer Stadt gelten können. Zieht man noch in Betracht, dass industrielle Kernarbeitsplätze zunehmend wegfallen, sind dies die Arbeitsplätze, die immer mehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Festzustellen ist hierbei, dass der Anteil der Beschäftigten in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen in Kleinstädten (6,18%) weniger als ein Drittel von dem in den sechs größten Deutschlands Städten (19,42%) beträgt. Im Bereich der industriellen Arbeitsplätze kehrt sich das Verhältnis um – ein Indiz für den Entwicklungsbedarf der Kleinstadt.

Die Entwicklung der Beschäftigung im Dienstleistungssektor ist in Kleinstädten positiv. Im Vergleich der verschiedenen Stadttypen verbucht die Kleinstadt die höchsten Zuwächse an tertiären Erwerbsstrukturen. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen hat sich in den vergangenen fünf Jahren in Kleinstädten um 22,64% vergrößert. In Mittelstädten waren es von 2002 bis 2007 18,8% und in den sechs größten deutschen Städten nur noch 12,63%.

Diese Ergebnisse sprechen für die Entwicklungsfähigkeit der deutschen Kleinstadt. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Anzahl der Beschäftigten in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen in den anderen beiden Stadttypen entsprechend höher ist, so dass die totalen Zuwächse an Dienstleistungsberufen in Groß- und Mittelstädten wiederum höher sind als in Kleinstädten. Das Entwicklungsdefizit der hohen Zahl von über 40% an Arbeitsplätzen im sekundären Sektor ist zunächst zu kompensieren. Dabei bleibt abzuwarten, ob ein Zuwachs von 22,64% in Dienstleistungsberufen den Wegfall der alten (industriellen) Kernarbeitsplätze kompensieren können. In den Jahren von 2002 bis 2007 ist dies nicht gelungen. Anders ist der schon erläuterte Gesamtverlust von 2,58% der Arbeitsplätze nicht zu erklären.

Eine wichtige Rolle spielt außerdem die Bedeutung der deutschen Kleinstadt als Arbeitsort, also ihre Zentralität und Umlandbedeutung. Die Durchschnittswerte sind folgendermaßen verteilt: Die Bedeutung als Arbeitsort wird bei der Kleinstädten mit einem Wert von 0,94 beziffert, bei Mittelstädten beträgt dieser Wert 1,04 und bei den sechs größten Städten der Bundesrepublik liegt er bei 1,52. Werte größer als 1 bedeuten, dass in der jeweils betrachteten Kommune mehr Menschen arbeiten als dort wohnen. Ist der Wert kleiner als 1 arbeiten weniger Menschen in der Kommune als dort wohnen. Je weiter der Wert von 1 entfernt ist, desto höher ist das Pendleraufkommen.

Kleinstädte bieten weniger Arbeitsplätze an, als sie Bewohner haben, während sich das Verhältnis zunehmend mit der Einwohnerzahl der Stadttypen umkehrt. Der Durchschnittswert für alle Kleinstädte bietet jedoch nur eine begrenzte Interpretationsmöglichkeit. Angewendet auf einzelne Kleinstädte ist dieser Wert aussagekräftiger, da die Lage der jeweiligen Kleinstadt von hoher Bedeutung ist. Handelt es sich um Wohnstädte in der Nähe von Agglomerationen? Liegt die Kleinstadt im strukturschwachen Gebiet? Oder ist die Kleinstadt gegebenenfalls Standort eines großen Unternehmens, wie es



Weissach ist, eine Stadt mit 7000 Einwohnern, in der aber das Porsche-Entwicklungszentrum angesiedelt ist und die deshalb eine Bedeutung als Arbeitsort von 1,5 aufweist.

Der Vergleich zeigt, dass der Stadttyp Kleinstadt eine sichtbare wirtschaftliche Struktur-schwäche aufweist, da Prozesse der Tertiärisierung nicht so weit fortgeschritten sind wie in anderen Städten. Dies wirkt sich auf die Entwicklung der Erwerbstätigen vor Ort aus und führt weiterhin dazu, dass keine wesentliche Bedeutung als Arbeitsort entstehen kann. Es ist für die Zukunft zu befürchten, dass Globalisierungsprozesse Kleinstädte weiter ins Abseits drängen, dass neue Zentralität um einige wenige Standorte entsteht und dass insbesondere die ländlichen Kleinstädte zu wirtschaftlichen Verlierern werden. Für eine Veränderung spricht, dass sich die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen in den vergangenen fünf Jahren in Kleinstädten um 22,64% erhöht hat, mehr als in den anderen Stadttypen.

5.2.2 Demographischer Wandel

Die rückläufige Bevölkerungsentwicklung wird weitreichende Auswirkungen auf die Siedlungsstruktur in Deutschland haben. Durch Wanderungen werden außerdem räumliche Disparitäten geschaffen. Es ist eine Polarisierung des deutschen Siedlungssystems absehbar, die eine Verinselung der wachsenden Agglomerationen mit sich bringt. Gleichzeitig entstehen Peripherien, die aufgrund mangelnder Bevölkerung starke Entwicklungsdefizite ausbilden werden.

Die Bevölkerungsentwicklung der vergangenen sieben Jahre nach Stadttypen macht dies deutlich. Während die Bevölkerungsentwicklung auf Bundesebene stagnierte, konnten die sechs größten Städte Deutschlands im Mittel ihre Bevölkerung um 3,37% steigern. Das Sample der Mittelstädte erreicht einen Bevölkerungszuwachs von 0,15%, man kann dabei von Stagnation sprechen. Die Kleinstädte hingegen verloren in den letzten sieben Jahren durchschnittlich 2,21% ihrer Bevölkerung. Schon an diesen drei Zahlen lässt sich ein Problemzusammenhang erkennen: Während sich die bundesdeutsche Bevölkerungsverteilung immer mehr auf einige Wachstumszentren zuspitzt, scheinen gerade kleinere Orte unattraktiv für die Bevölkerung zu werden, insbesondere, wenn sie fernab von Wachstumszentren liegen. Wenn Kleinstädte nämlich bei grundsätzlich stagnierender Bevölkerungszahl schrumpfen, dann geschieht dies wanderungsbedingt. Der Wandel wird zukünftig noch einschneidender eintreten, das zeigt die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung von 2007 bis 2025. Während es leichte Bevölkerungsverluste auf nationaler Ebene gibt, können die sechs größten Städte sogar noch deutlicher wachsen als bis 2007. Ihre Bevölkerung wird um 4,33% bis 2025 zunehmen. Die hier untersuchten Mittelstädte hingegen werden um 2,14% schrumpfen, sodass



schon hier der Trend zu einigen Wachstumszentren deutlich wird. Kleinstädte werden bis 2025 im Mittel um 5,24% schrumpfen.

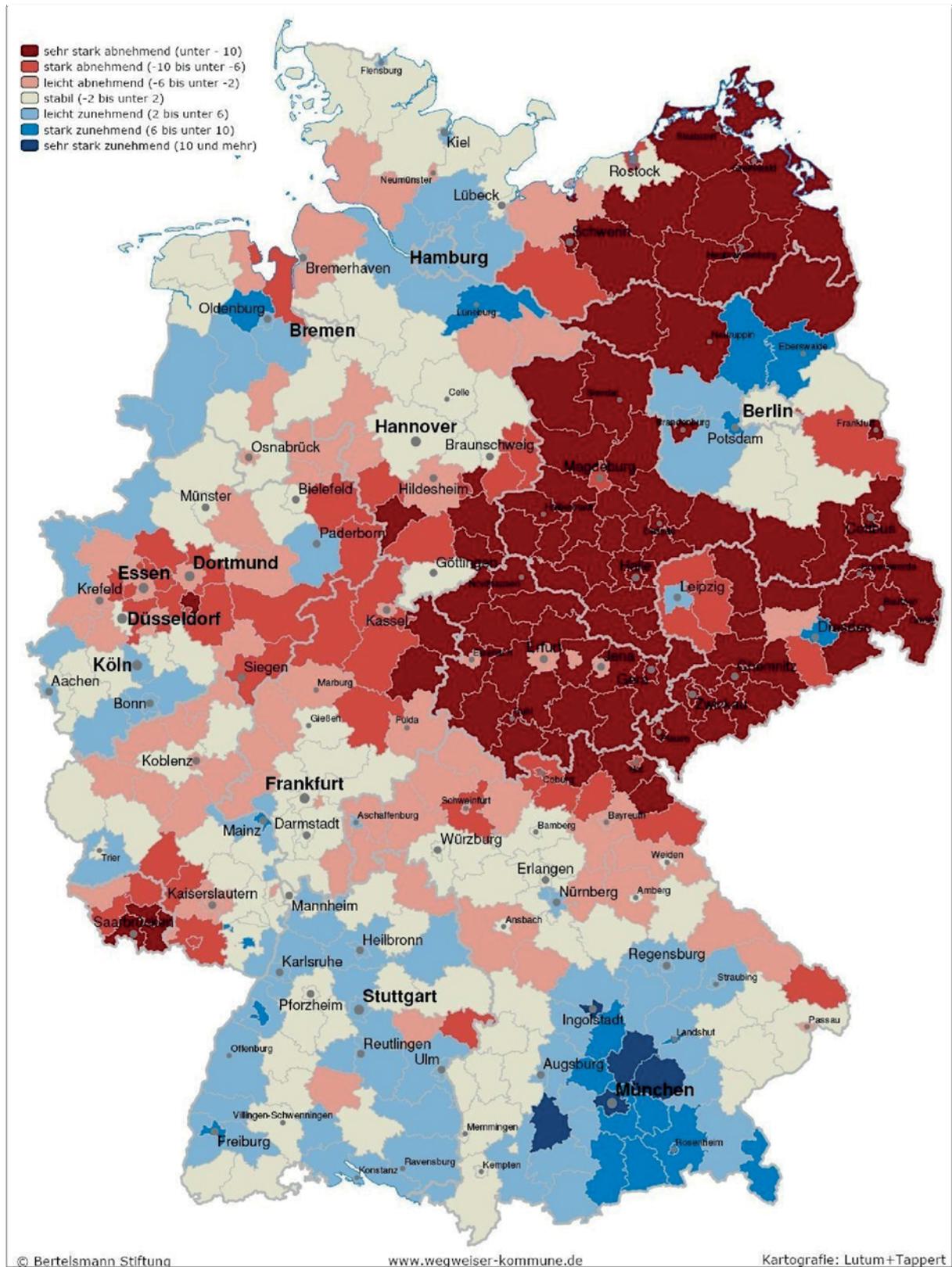
Ein Verlust von 5,24% bedeutet bei einer Gesamtbevölkerung aller deutschen Kleinstädte im Jahr 2007 von 10.622.415, dass im Jahr 2025 556.615 Einwohner weniger in Kleinstädten leben. Die Einwohnerzahl beträgt also immer noch über 10 Millionen Einwohner, einige Beispiele verdeutlichen jedoch die Dramatik, die sich hinter dieser Zahl verbirgt:

- Die deutsche Kleinstadt hat eine mittlere Größe von 10.928 Einwohnern. Dies würde bedeuten, dass bis 2025 51 Kleinstädte dieser Größe absolut ausgestorben wären.
- Würde man den absoluten Bevölkerungsverlust der Kleinstädte dazu nutzen, die mittlere Kleinstadt zu marginalisieren, dann würden dadurch 94 Kleinstädte unter den Wert von 5000 Einwohnern fallen und somit nicht mehr als Kleinstadt gelten.

Die Realität ist eine andere: Auch unter den Kleinstädten gibt es einige Städte, wie z.B. das weiter oben genannte Weissach, die prosperieren werden. Andere Kleinstädte, vor allem im Osten Deutschlands, werden drastische Bevölkerungsverluste hinnehmen müssen. Im Durchschnitt werden Kleinstädte einen ständigen Bevölkerungsverlust erleiden. Dieser fällt stärker ins Gewicht als bei größeren Städten, da die immer weitere Abwanderung zur Marginalisierung der Städte beiträgt, sodass sich eine Pfadabhängigkeit ergibt, die insbesondere in strukturschwachen Gebieten enorme Herausforderungen aufkommen lässt. Deutlich wird dies, wenn man die gerade diskutierten Daten auf einer deutschlandweiten Karte darstellt (siehe Abbildung 5.8).

Der Osten Deutschlands mit Ausnahme des Berliner Raumes hat Bevölkerungseinbußen von mehr als 10% hinzunehmen. Für eine mittlere Kleinstadt bedeutet dies einen Bevölkerungsverlust von über 1000 Einwohnern, eine Größenordnung, die sich spürbar auf die Finanzen, Infrastrukturen und städtische Sozialstrukturen auswirken wird. Im Westen ist die schon im 4. Kapitel beschriebene Verinselung von Wachstumszentren deutlich sichtbar. Es ist leicht vorstellbar, dass ein so differenzierter Raum immer schwerer die gesetzlich gewollte räumliche Chancengleichheit aufrechterhalten kann, so dass die Folge nur noch mehr Wanderung sein dürfte.

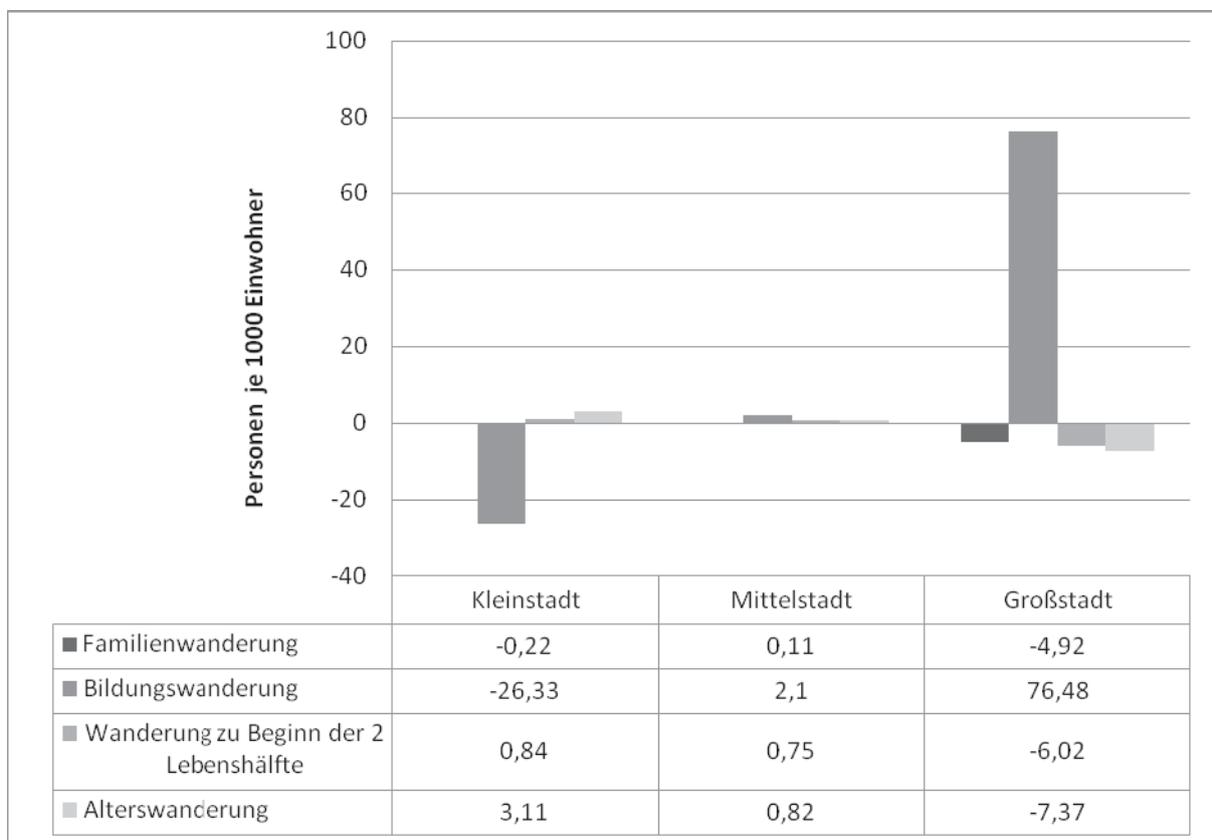
Abbildung 5.8: Bevölkerungsentwicklung 2006-2025 für Landkreise und kreisfreie Städte (in %)



Quelle: Wegweiser Kommune, <http://www.wegweiser-kommune.de>.

Damit ist der zentrale Punkt des demographischen Wandels in Deutschland berührt: Binnenwanderung. Erst die Wanderungen innerhalb einzelner Regionen Deutschlands machen aus dem moderaten gesamtdeutschen Bevölkerungsverlust ein kurz- bis mittelfristiges Problem für immer mehr Kommunen. Wanderungsbewegungen sind weitestgehend ökonomisch bedingt und führen dazu, dass wichtige Bevölkerungsgruppen (Jüngere, Familien) gewisse Räume verlassen. Dazu werden Wanderungsbewegungen von vier an Lebensabschnitte gekoppelten Gruppen geprüft. Dies sind Bildungswanderung, Familienwanderung, Wanderung zu Beginn der zweiten Lebenshälfte und Alterswanderung. Diagramm und Tabelle in Abbildung 5.9 zeigen, wie diese Werte in den einzelnen Stadttypen verteilt sind.

Abbildung 5.9: Wanderungsarten nach Stadttypen (je 1000 Ew.)



Quelle: Eigener Entwurf (Daten: Ergebnisse der eigenen Untersuchung).

Die vier Wanderungskategorien haben unterschiedliche Schwerpunkte je Stadttyp. Familien meiden durchschnittlich größere Städte und wandern insgesamt nur wenig. Bei Klein- und Mittelstädten hält sich der Wert von wandernden Familien pro 1000 Einwohner um Null herum, während Großstädte eine sichtbare Abwanderung von knapp fünf Menschen pro 1000 Einwohner im Bereich Familienwanderung aufweisen. Familien suchen, sofern sie im Zeitraum der Familiengründung wandern, eher Vororte und Siedlungen mit dörflichem Charakter. Hieraus resultiert, dass sich das natürliche Bevölkerungswachstum in den Städten verringert. Sie sind auf Zuwanderung angewiesen. Die-



se Zuwanderung generieren junge Menschen, die am Beginn ihres Erwerbslebens stehen. Sie sind wichtige Entwicklungsträger für Städte.

Wie das Diagramm in Abbildung 5.9 aber zeigt, sind Kleinstädte gerade in diesem Bereich deutliche Verlierer. Von 1000 Einwohnern wandern 26,33 aus Bildungsgründen aus. Das ist ein äußerst negativer Wert, der die wirtschaftliche Entwicklung einer Kleinstadt erschwert. Wenn Produktivkräfte verstärkt abwandern, hat dies Nachteile für die Finanzsituation sowie auch für die Standortfaktoren der jeweiligen Kleinstadt, da ein wesentlicher Entscheidungsfaktor bei Unternehmensansiedlungen das verfügbare Humankapital der Region ist. Ist dieses gering, siedeln sich keine Unternehmen an und junge Menschen wandern aus Bildungs- oder Arbeitsgründen potenziell noch häufiger ab. Während Mittelstädte eine geringere positive Bildungswanderungsbilanz aufweisen können (2,1), bilden die sechs größten Städte das Gegenteil zu den Kleinstädten. Mit dem hohen Wert von 76,48 bildungsbedingten Zuwanderern pro 1000 Einwohner weisen die Großstädte eine konsequente Zufuhr an gesellschaftlichen Produktivkräften auf, die die Dynamik der Sozial- und Wirtschaftsstrukturen sichern und gleichzeitig einen der größten Standortvorteile dieser Städte darstellen.

Aus diesem Missverhältnis resultieren Gefahren für Kleinstädte. Einerseits ist die Abwanderung wertvoller Produktivkräfte eine Folge der peripheren Lage der Kleinstädte, andererseits bedingt sie diese Lage, indem sie Entwicklungspotential aus den Peripherien abzieht und es gleichzeitig den Zentren zuführt. Es handelt sich hier um einen Teufelskreis, der nur schwer zu durchbrechen ist.

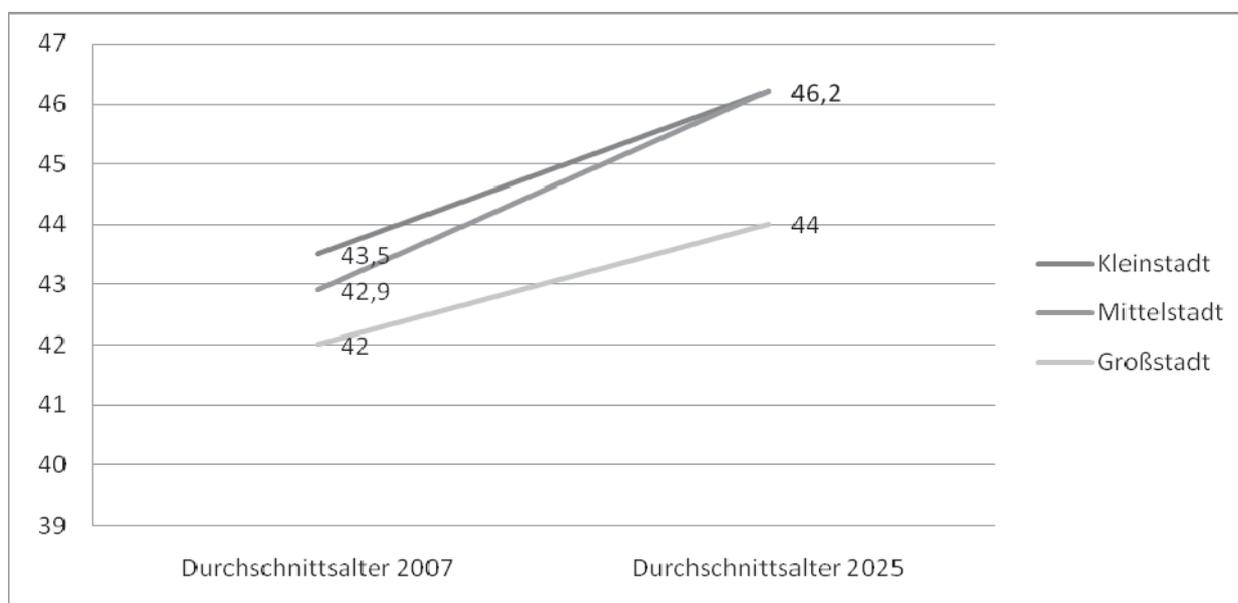
In den Gruppen Wanderungen zur zweiten Lebenshälfte und Alterswanderung hat die deutsche Kleinstadt leichte Gewinne zu verzeichnen, obwohl diese Gruppen grundsätzlich nicht in großem Umfang wandern. Trotz allem kann die Kleinstadt Wanderungsgewinne von 0,84 und 3,11 Personen je 1000 Einwohner verzeichnen. Auch die Mittelstädte sind in diesen Wanderungsbereichen relativ ausgeglichen, während die Großstädte einen deutlichen Verlust von 6,02 Einwohnern zu Beginn der zweiten Lebenshälfte und einen Verlust von 7,37 alten Einwohnern aufweisen.

Dies spiegelt den gesellschaftlichen Trend wider, jüngere Lebensjahre in Großstädten zu verbringen und später peripherer zu leben. Dabei steht jedoch zur Debatte, welche Peripherien gewählt werden. Die strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands sind keine Wanderungsgewinner (vgl. Abbildung 5.8). Wenn größere Städte Einwohner verlieren (also Ältere oder Familien), dann in erster Linie an wenige profitierende Kommunen im direkten Umkreis der Agglomerationen. Vielen Kleinstädten ist damit nicht geholfen.

Fasst man die Wanderungsbewegungen der deutschen Bevölkerung zusammen, wird vor allem deutlich, dass Kleinstädte den hohen Verlust an jungen Menschen, die am Beginn ihrer ökonomischen Produktivität stehen und in größere Städte abwandern, in

keiner Weise ausgleichen können und die durchschnittliche deutsche Kleinstadt damit zu den stark betroffenen Verlierern des schon grundsätzlich verlustbringenden Prozesses des demographischen Wandels gehört.

Abbildung 5.10: Durchschnittsalter 2007 und 2025 nach Stadttypen



Quelle: Eigener Entwurf (Daten: Ergebnisse der eigenen Untersuchung).

Als letzter Indikator bestätigt dies auch das Durchschnittsalter. Abbildung 5.10 zeigt, dass Kleinstädte auch hier die schlechteste Ausgangsposition haben. Interessant ist, dass sich die Stichprobe der untersuchten Mittelstädte bis 2025 an den hohen Wert der Kleinstädte angleicht, während die sechs größten Städte zwar auch ein Anwachsen des Durchschnittsalters erleben, dies jedoch nicht so drastisch ausfällt, wie bei Mittelstädten. Das Statistische Bundesamt prognostiziert im deutschen Durchschnitt für das Jahr 2050, je nach eintreffendem Szenario, ein Durchschnittsalter von circa 50 Jahren.

„Das durchschnittliche Alter der Bevölkerung steigt unaufhaltsam an. Bereits von 1990 bis 2005 hat es von 39 Jahren um drei Jahre auf 42 zugenommen. [...] Bei der annähernd konstanten Geburtenhäufigkeit und Basisannahme zur Lebenserwartung beträgt [das Durchschnittsalter] im Jahr 2050 ca. 50.“²²³

Dies zeigt, dass Kleinstädte auch nach 2025 mit einer weiteren Verschärfung der Einwohnersituation zu rechnen haben, wenn nicht eine tiefgreifende Veränderung eintritt, die den Kleinstädten neue Entwicklungsperspektiven erschließt. Demographischer Wandel und Globalisierung, das zeigte schon das 4. Kapitel, wirken zusammen und

²²³ EISENMENGER, MATTHIAS; PÖTZSCH, OLGA; SOMMER, BETTINA: Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden 2006, S.38.



führen dazu, dass die Herausforderungen für Kleinstädte zunehmen, wie die hier vorgestellten Zahlen belegen. Die Folge daraus ist, dass auch Finanzsituation und soziale Lage in den Kleinstädten zunehmend angespannter werden.

5.2.3 Soziale Lage und Finanzausstattung der Kommunen

Dieser Abschnitt behandelt die finanziellen und sozialen Auswirkungen der ökonomischen und demographischen Veränderungen, die seit einigen Jahren verstärkt sichtbar werden.

Der erste Indikator in diesem Zusammenhang lässt den Rückschluss auf die Siedlungsgestalt von Kleinstädten zu, kann aber auch als Indiz der sozialen Lage von Kleinstädten verstanden werden. Es geht dabei um den Anteil von Ein- und Zweifamilienhäusern am Bebauungsbestand der Stadt. 57,61% der durchschnittlichen deutschen Kleinstadt bestehen dabei aus Ein- und Zweifamilienhäusern. Im Vergleich der verschiedenen Stadttypen ist dies ein sehr hoher Wert und drückt ein weiteres Mal die Rolle der Kleinstadt als Bindeglied zwischen Stadt und Land aus. In den sechs größten Städten Deutschlands beträgt der Prozentsatz an Ein- und Zweifamilienhäusern gerade einmal 14,63%. In Mittelstädten liegt der Wert immer noch gut 10% unterhalb dem der Kleinstädte, nämlich bei 47,16%. Der hohe Eigenheimbestand kann einerseits darauf zurückzuführen sein, dass Kleinstädte häufig im ländlichen Raum zu finden sind. Andererseits sind Kleinstädte im Umkreis von Agglomerationen häufig reine Wohnstädte, also Bereiche der Suburbanisierung. Das bedeutet auch, dass der Innenstadtbereich (in ländlichen wie agglomerationsnahen Kleinstädten) im Vergleich zur umliegenden Wohnnutzung eher klein ausfällt. Das lässt den Schluss zu, dass Kleinstädte verhältnismäßig geringe Urbanität und damit auch eine mangelnde Attraktivität der Kernstadt aufweisen. Hieraus kann ein Abfluss von Kaufkraftströmen entstehen. Außerdem lässt sich aus dieser Raumdifferenzierung ein gewisser Grad an sozialer Segregation ableiten, bei dem die Kernstadt eher als Standort sozial schwächerer Schichten gilt. Um darüber allerdings verlässliche Aussagen machen zu können, muss eine qualitative Analyse der betroffenen Kleinstädte durchgeführt werden.

Dass Kleinstädte nicht uneingeschränkt zu den ärmeren Siedlungstypen zu zählen sind, geht aus den vorliegenden Daten hervor und auch die hohe Zahl der Eigenheime zeugt von Wohlstand. Die durchschnittliche Kaufkraft der Kleinstadt ist nicht geringer als in anderen Stadttypen. Die Kaufkraft eines Haushaltes der durchschnittlichen Kleinstadt liegt bei 40.835,55 Euro. In Mittelstädten liegt dieser Wert bei 41.487,39 Euro und in den sechs größten Städten der Bundesrepublik im Mittel nur bei 39.734,67 Euro. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die sechs größten Städte eine viel höhere Einwohnerzahl aufweisen, die die mittlere Kaufkraft senkt. Jedoch ist aus der guten Mittelposition der kleinstädtischen Kaufkraft auch abzulesen, dass die Einwohnerschaft finanziell nicht benachteiligt ist. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ein Grund für den relativen Wohl-



stand die Abwesenheit jüngerer Bevölkerungsgruppen ist, die Wohlstand erst schaffen müssen. Die durchschnittliche Einwohnerschaft der Kleinstadt ist arrivierter, vielleicht bürgerlicher als die durchschnittliche Einwohnerschaft von Großstädten. Außerdem ist im Zusammenhang mit dem hohen Grad an Eigenheimen in Kleinstädten auch zu vermuten, dass die Kaufkraft relativ ungleich auf die einzelnen Haushalte verteilt ist. Auf höherer Ebene gilt das auch für die Gesamtstadt. Würde man die Durchschnittswerte nach Ost und West differenzieren, werden deutliche Unterschiede sichtbar.

Daten zum kommunalen Finanzhaushalt machen die Herausforderungen für Kleinstädte in sozialer Hinsicht deutlicher:

Die Steuereinnahmen pro Einwohner betragen 2007 im Durchschnitt der Kleinstädte nur 668,66 Euro. Zum Vergleich: Die Mittelstädte hatten Steuereinnahmen von 812,02 Euro pro Einwohner und die sechs größten Städte sogar 1709,08 Euro. Daran wird deutlich, dass diejenigen Bevölkerungsteile, die die Kaufkraft der Einwohnerschaft noch positiv beeinflussen konnten, eher nicht in der örtlichen Wirtschaft tätig sind und die Kleinstadt höchstens als Wohnort nutzen oder aber (was im Hinblick auf die demographischen Erkenntnisse naheliegt) in Rente sind. Auch die mangelnde Anziehungskraft des kleinstädtischen Handels wird deutlich, da die kaufkraftäquivalenten Steuereinnahmen fehlen.

Aus dieser Wirtschaftsschwäche, die die Steuereinnahmen gut sichtbar machen, resultiert dann die besondere Finanznot vieler Kleinstädte. Bei geringen Pro-Kopf-Steuern sind trotz allem für jeden Einwohner Leistungen im sozialen wie auch im infrastrukturellen Bereich zu erbringen, die denen größerer Städte nicht nachstehen, jedoch für Kleinstädte dann sehr viel schwerer zu bewältigen sind. So kommt es schnell zu Attraktivitätsverlusten und Ungleichheiten. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass je kleiner die Stadt ist, die Investitionen pro Einwohner größer werden. Dies liegt daran, dass die Lasten für Allgemeingüter wie dem öffentlichen Nahverkehr, Wasserleitungen oder auch einer Bücherei auf weniger Schultern verteilt werden müssen und diese Kosten nur begrenzt der geringeren Einwohnerzahl angepasst werden können. So ist es nicht verwunderlich, dass die kommunalen Investitionen pro Einwohner in Kleinstädten mit 251,80 Euro am höchsten liegen. In den Großstädten liegt dieser Wert bei 222,05 Euro und in den Mittelstädten bei 201,81 Euro. Aufgrund der höheren Einwohnerzahlen können diese Stadttypen jedoch immer noch deutlich mehr mit diesen Investitionen bewegen.

Der kommunale Finanzausgleich mildert die Probleme der kleinen Städte ab. Es lässt sich jedoch anhand der Betrachtung der allgemeinen Deckungsmittel, also derjenigen Mittel, die das Finanzvolumen inklusive der Steuern und allgemeinen Zuweisungen darstellen, über welches die Gemeinden frei und damit ohne Zweckbindung verfügen können, feststellen, dass die relativen Unterschiede zwischen den Stadttypen bestehen



bleiben und so auch die relative Ungleichheit nicht aufgehoben wird. Die allgemeinen Deckungsmittel betragen durchschnittlich in Kleinstädten 885,86 Euro, in Mittelstädten 1084,21 Euro und in den sechs größten Städten 2322,70 Euro.

Vergleichsweise positiv ist der Indikator Arbeitslosigkeit. Diese ist im Untersuchungszeitraum in den Kleinstädten mit 11,8% geringer als in den anderen Stadttypenstichproben (Großstädte 13,37%, Mittelstädte 13,51%). Obwohl Arbeitslosigkeit von über 10% Probleme für die betroffene Kommune mit sich bringt, ist die interessante Frage in diesem Zusammenhang die nach der Relation, warum also Kleinstädte knapp 2% weniger Arbeitslosigkeit zu verbuchen haben als Mittel- und Großstädte. Zu vermuten ist, dass Kleinstädte aufgrund der höheren Abwanderung einen Teil der arbeitssuchenden Bevölkerung an größere Städte abgeben. Außerdem kommt hinzu, dass Kleinstädte, wie zuvor festgestellt, die ökonomischen Wandlungsprozesse erst später als größere Städte durchlaufen, sodass eine höhere Arbeitslosigkeit in Zukunft auch hier ankommen wird. Diese Annahmen können zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend geprüft werden. Es ist davon auszugehen, dass Kleinstädte aufgrund ihrer Größe zu einer deutlicheren Polarisierung der Bevölkerungsstruktur neigen als größere Städte. Ökonomisch erfolgreiche Kleinstädte können schnell eine relativ höhere Erwerbstätigkeit aufweisen, Kleinstädte mit ökonomischen Schwierigkeiten erleben starke Abwanderung.

Auch die SGB II Quote ist mit 9,87% in Kleinstädten geringer als in Mittelstädten (12,12%) und den sechs größten Städten (13,07%). Im Sinne des Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II), das die Grundsicherung für Arbeitsuchende betrifft, ist neben der schon genannten Vermutung (Kleinstädte als Orte, in denen weniger arbeitende Bevölkerung lebt) somit von einer höheren Subsidiarität in Kleinstädten im Vergleich zu größeren Städten auszugehen.

Insgesamt betrachtet ermöglichen die Strukturdaten zur sozialen Lage und der finanziellen Situation der Kleinstädte im Vergleich mit den anderen Stadttypen noch keine deutlichen Aussagen, so wie sie in den Bereichen Wirtschaft und Demographischer Wandel möglich waren. Ruft man sich jedoch die Ergebnisse dieser beiden Abschnitte vor Augen und setzt sie in Zusammenhang mit den hier untersuchten Indikatoren, so wird deutlich, dass das Gefährdungspotenzial für die deutsche Kleinstadt hoch ist. Zum einen ist von einem generellen Verlust an Wirtschaftskraft und an Bevölkerung in vielen Kleinstädten auszugehen. Zum anderen ist zu berücksichtigen, dass gerade im kleinstädtischen Vergleich große Unterschiede von Region zu Region bestehen. In der nun folgenden Clusteranalyse wird diese räumliche Komponente auf Basis der diskutierten Indikatoren Berücksichtigung finden.



5.3 Kleinstädte in der Clusteranalyse

Eine Clusteranalyse hat den Nutzen, eine große Menge von Objekten, in diesem Fall die deutschen Kleinstädte, so zu unterteilen, dass die Objekte jeder Gruppe eine möglichst große Ähnlichkeit aufweisen, während die Gruppen untereinander deutlich voneinander abgrenzbar sind.

Es gibt zwei Möglichkeiten eine Clusteranalyse durchzuführen: Einerseits das explorative Vorgehen, andererseits besteht die Möglichkeit eine Annahme durch die Clusteranalyse zu verifizieren bzw. zu falsifizieren, also mit Thesen zur Beschaffenheit der Kategorien zu arbeiten. Aufgrund der umfangreichen theoretischen und methodischen Vorüberlegungen ist es sinnvoll, Kategorien im Sinne einer Thesenbildung vorab aufzustellen. Damit tritt außerdem nicht das Problem auf, dass bei einer explorativen Clusteranalyse zu viele einzelne Kategorien entstehen, die die Übersichtlichkeit einschränken würden.

Ziel der Clusteranalyse ist es, eine Ordnung der Kleinstädte auf Basis ihres Entwicklungsstands zu schaffen, die weitere Untersuchungen ermöglicht und gleichzeitig Aussagen über den Siedlungstyp im nationalen Kontext liefert.

5.3.1 Methodik der Clusteranalyse

Die Clusteranalyse erfolgt gestaffelt: Im ersten Schritt werden die drei Indikatorenbereiche einzeln untersucht. Das heißt, es werden Cluster in jedem einzelnen Bereich gebildet. Diese werden im Sinne der Thesenprüfung theoretisch hergeleitet. Anschließend wird aus diesen einzelnen Clusteranalysen eine zusammenfassende Einordnung für jede Kleinstadt vorgenommen. In Relation zur Größe des Untersuchungsgebietes entsteht eine präzise und plausibel nachvollziehbare Gruppierung der deutschen Kleinstädte.

Dazu sind einige Arbeitsschritte nötig. Insgesamt sind drei Clusteranalysen und eine Aggregation dieser Einzelanalysen durchzuführen, die jedoch alle dem gleichen methodischen Vorgehen folgen:

Als Distanzmaß wird die quadrierte euklidische Distanz verwendet. Sie errechnet Distanzwerte zwischen den einzelnen Objekten und sortiert die Objekte nach ihrer Differenz zueinander den definierten Gruppen zu.²²⁴

Zu berücksichtigen ist, dass die Messdimension der Daten angeglichen werden muss. Dies wird mithilfe einer Z-Transformation realisiert. „Dabei werden die Werte einer Vari-

²²⁴ Vgl. GUTFLEISCH, RALF: Sozialräumliche Differenzierung und Typisierung städtischer Räume, Rhein-Mainische Forschungen, Band 128, Selbstverlag Institut für Humangeographie, Frankfurt a. M. 2007, S.88f.



ablen so transformiert, dass die Variable anschließend einen Mittelwert von 0 und eine Standardabweichung von 1 hat.“²²⁵

Als Fusionierungsalgorithmus der Clusteranalyse wird mit dem Ward-Verfahren ein hierarchisch-agglomeratives Verfahren gewählt. Bei diesem Verfahren ist es das Ziel, die Objekte Schritt für Schritt so zu vereinigen, dass die jeweils geringstmögliche Heterogenität innerhalb der Cluster gewahrt bleibt.²²⁶ „Als Heterogenitätsmaß wird die Varianz in der zu bildenden Gruppe genutzt. Als Distanzmaße für die Raumeinheiten müssen quadrierte euklidische Distanzen verwendet werden.“²²⁷

Nachdem die grundlegenden Operationen der Berechnung der Cluster ausgewählt sind, stellt sich die Frage, wie die Interpretation der Prozedurerggebnisse erfolgen kann. Je homogener die Cluster eingeteilt sind, umso eindeutiger kann auch die Interpretation dieser Cluster sein. Die Folge wäre aber ein Verlust der Übersichtlichkeit durch zu viele einzelne Cluster.

Auf Basis der Varianzveränderung, die SPSS bei jeder Fusion angibt, lässt sich der jeweilige Informationsverlust erkennen. Bei Sprüngen in der Varianzveränderung sind Cluster zusammengeführt worden, die heterogen sind.²²⁸

So ist es unter Berücksichtigung der Varianzveränderung möglich, Cluster sinnvoll zu bilden. Da hier die Einschätzung des Untersuchenden zum Tragen kommt, sei darauf hingewiesen, dass eine Clusteranalyse nicht unhinterfragt technisch zum Erfolg führt, sondern nur eine Hilfe für ein Forschungsergebnis ist, dass ebenso auf weiteren Daten, Fakten und Theorien beruht.

Ein methodisches Hilfsmittel bleibt außerdem zu erwähnen: Obwohl die Datenverfügbarkeit insgesamt sehr gut ist und fast alle deutsche Kleinstädte mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern und Stadtrecht untersucht werden können, kommt es in wenigen Fällen vor, dass Lücken im Datensatz bestehen. Es ist aber für eine Clusteranalyse unumgänglich einen vollständigen Datensatz zu betrachten, da gerade fehlende Werte fast immer zu neuen Gruppen und somit zu eklatanten Verschiebungen in der gesamten Gruppenbildung führen. Im Fall dieser Untersuchung handelt es sich um 51 Kleinstädte, die Lücken aufweisen. Dies ist ein geringer Teil der gesamten Untersuchung. Weiterhin beziehen sich diese Lücken auf maximal vier Indikatoren (von insgesamt 22 untersuchten), die nicht zusammen auftreten. Zumeist fehlen ein bis zwei Werte pro Fall. Der letzte Grund, der für ein Auffüllen der fehlenden Werte spricht, ist, dass ein Schwerpunkt der lückenhaften Fälle im Bundesland Sachsen-Anhalt liegt (der Grund hierfür sind dif-

²²⁵ BROSIUS, FELIX: SPSS 8 Professionelle Statistik unter Windows, International Thompson Publishing, Bonn 1998, S.697.

²²⁶ Vgl. MEIER KRUKER, VERENA; RAUH, JÜRGEN: Arbeitsmethoden der Humangeographie, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2005, S.159.

²²⁷ Ebd., S.159.

²²⁸ Vgl. GUTFLEISCH, RALF: Sozialräumliche Differenzierung und Typisierung städtischer Räume, Rhein-Mainische Forschungen, Band 128, Selbstverlag Institut für Humangeographie, Frankfurt a. M. 2007, S.90.

ferierende Erhebungen im Gegensatz zu den anderen Bundesländern) und es für die Untersuchung schädlich wäre, diese außen vor zu lassen. Die Fülle an weiteren Indikatoren sorgt in diesem Fall für einen relativen Ausgleich und eine nur geringfügige Verfälschung der Clusterbildung.

5.3.2 Erwartungen und Annahmen für die Analyse

Für jede Bereichsclusteranalyse (Ökonomie, Demographie, Soziales und Finanzen) werden folgend Erwartungen und Annahmen definiert. Es wird erläutert, welche Indikatoren in welchem Block enthalten sind und wie daraus eine sinnvolle Clustereinteilung entsteht. Der finale Schritt der Kategorisierung bezieht sich dann auf die Ergebnisse der ersten drei Analysen und fasst diese zu einer allumfassenden Gruppierung zusammen.

Die Clusteranalyse „Ökonomie“ enthält folgende Indikatoren:

- Beschäftigte 1.Sektor
- Beschäftigte 2.Sektor
- Beschäftigte 3.Sektor
- Beschäftigungsentwicklung Dienstleistungssektor
- Bedeutung als Arbeitsort
- Arbeitsplatzentwicklung vergangene 5 Jahre
- Beschäftigtenanteil Dienstleistungssektor

Die Indikatoren zeigen, dass der Bereich Ökonomie im Wesentlichen die Beschäftigten nach Sektoren und deren Entwicklung zum Thema hat. Außerdem kommt die Bedeutung der jeweiligen Kleinstadt als Arbeitsort hinzu. Mit diesem Indikator lässt sich einerseits einschätzen, ob die Wirtschaftsstruktur der Kleinstadt ihrer Größe angemessen ist und andererseits welche Bedeutung die Kleinstadt als Wirtschaftsstandort für die Region hat. Die Indikatoren zur Beschäftigungsstruktur und Entwicklungsfähigkeit der örtlichen Wirtschaft bewerten das Entwicklungspotential der Kleinstädte in einer sich tertiärisierenden und globalen Wirtschaft. Dieses grundlegende Thema (bzw. der Indikator „Beschäftigungsentwicklung Dienstleistungssektor“) wird doppelt gewichtet, da hieran besonders zentral die Zukunftsfähigkeit der jeweiligen Kleinstadt zu überprüfen ist. Zieht man diese Überlegungen zur Clusterbildung heran, so lässt folgende Clustereinteilung eine adäquate und sinnvolle Verteilung der Kleinstädte erwarten:



1. Boomende Kleinstadt
2. Die zukunftsorientierte wachsende Kleinstadt
3. Transformierte Kleinstadt auf hohem Niveau
4. Industriell geprägte Kleinstadt
5. Deindustrialisierte Kleinstadt auf niedrigem Niveau
6. Ländliche Kleinstadt
7. Kleinstadt mit schwerwiegenden Marginalisierungstendenzen

Die Clusteranalyse „Demographie“ enthält folgende Indikatoren:

- Bevölkerungsentwicklung vergangene 7 Jahre
- Bevölkerungsentwicklung 2006 bis 2025
- Familienwanderung
- Bildungswanderung
- Wanderung zu Beginn der 2. Lebenshälfte
- Alterswanderung
- Durchschnittsalter
- Durchschnittsalter 2025

Bei den Indikatoren zur Demographie sind drei Themen maßgeblich: Zunächst die Bevölkerungsentwicklung als Grundlage jeder weiteren Überlegung. Hinzu kommt der natürliche Faktor des Alterns und der für diese Untersuchung entscheidende Punkt: die Bevölkerungswanderung. Diese Werte stellen die zentralen Themen nicht nur dieser, sondern jeder demographischen Analyse dar und stehen gleichberechtigt nebeneinander. Es ist plausibel, ein Spektrum von Clustern zu definieren, das von Wachstum bis Schrumpfung reicht. Somit lässt folgende Clustereinteilung eine adäquate und sinnvolle Verteilung der Kleinstädte erwarten:

1. Wachsende Kleinstadt mit besonderer Attraktivität für Jüngere
2. Wachsende Kleinstadt mit generationsübergreifenden Wanderungsgewinnen
3. Kleinstadt mit ausgeglichener Wanderung und hoher Alterung
4. Kleinstadt mit zukünftig zunehmenden Wanderungsverlusten
5. Schrumpfende und stark alternde Kleinstadt
6. Stark schrumpfende Kleinstadt
7. Im Fortbestand bedrohte Kleinstadt



Die Clusteranalyse „Soziales und Finanzen“ enthält folgende Indikatoren:

- Anteil Wohnungen in Ein-/Zweifamilienhäusern
- Kaufkraft
- Steuereinnahmen pro Einwohner
- Investitionen pro Einwohner
- Arbeitslosenanteil - gesamt
- Allgemeine Deckungsmittel
- SGB II-Quote

Bei den Indikatoren zum Sozialen und zur Finanzstruktur der Kleinstadt sind zwei Themen bedeutsam. Dies sind die Bürger einerseits und die jeweilige Stadt andererseits. Die Indikatoren spannen ein Bogen zwischen sozialen und finanziellen Aspekten. So ist von Interesse, wie stark segregiert der Stadtraum und wie wohlhabend die Bevölkerung ist. Dies steht in Verbindung zu den Finanzen der Stadt. Weist eine Stadt viele Sozialhilfeempfänger auf, geht damit häufig ein angespannter kommunaler Finanzhaushalt einher und Bereiche wie Infrastruktur und andere Standortfaktoren werden vernachlässigt, bzw. können nicht konkurrenzfähig gehalten werden. Außerdem spricht ein hoher Arbeitslosenanteil für mangelhafte kommunale Wirtschaftsstrukturen, die dann wiederum nur für geringen Wohlstand in der Kleinstadt sorgen können. Aus diesen Überlegungen lässt sich folgende Clustereinteilung als sinnvoll ableiten:

1. Die außergewöhnlich wohlhabende Kleinstadt
2. Wohlhabende Kleinstadt mit gesunder Sozialstruktur
3. Stabile Kleinstadt mit durchschnittlicher Sozialstruktur
4. Durchschnittliche Kleinstadt
5. Durchschnittliche Kleinstadt mit erhöhten Arbeitsmarktrisiken
6. Kleinstadt mit erheblichen sozialen und finanziellen Problemen
7. Kleinstadt ohne Perspektive

Nachdem die drei Untersuchungsbereiche einzeln analysiert und kategorisiert wurden, steht noch der letzte zusammenfassende Analyseschritt aus. Durch die additive Zusammenfassung der Einzelbereiche lässt sich einerseits eine allgemeine Rangordnung entwickeln, die die Kleinstädte in Entwicklungskategorien einordnet. Durch die Einzelanalysen kann wiederum für jede Kleinstadt deren Situation in jedem Einzelbereich eindeutig festgelegt werden. Dies ist ein großer Vorteil im Gegensatz zu einer einzigen, die Indikatoren direkt zusammenfassenden, Analyse. Dieser letzte zusammenfassende Schritt ist gerade im Sinne der weiteren Untersuchung bedeutsam, da auf dieser Basis die Auswahl der Untersuchungsstädte der qualitativen Untersuchung stattfinden wird.



5.3.3 Ergebnisse der Clusteranalysen

Die Untersuchungsgesamtheit wurde in jedem Bereich einem Cluster zugeordnet. Diese Zuordnungen haben im Einzelnen hohe Aussagekraft, der finale Schritt ist wie zuvor beschrieben, eine Addition entsprechend der Rangordnung der Bereichscluster, sodass jede Kleinstadt auf Basis ihrer Bewertung einer endgültigen Kategorie zugeordnet wird. Um aber erstens die Plausibilität der Bereichscluster darzustellen und zweitens deren deutliche Aussagen zu berücksichtigen werden die Ergebnisse der Clusteranalysen einzeln vorgestellt, in dem die einzelnen Cluster inhaltlich erläutert werden und die Verbindung zwischen Datensätzen und Vorüberlegungen hergestellt wird. Die jeweils sieben Gruppen sind unter Berücksichtigung des letzten noch ausstehenden Schrittes hierarchisch geordnet. Dabei kommt es vor, dass einzelne Gruppen nur geringe Unterschiede aufweisen, die Richtung der Rangfolge ist insgesamt jedoch klar sichtbar.

Bereich Ökonomie

Von den acht Indikatoren zur Ökonomie wurde der Indikator „Beschäftigungsentwicklung in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen in den vergangenen 5 Jahren“ (2002 bis 2007) doppelt gewichtet. Diese Schwerpunktsetzung erfolgt auf Basis der vorangehenden Kapitel. Diese zeigen, dass die Entwicklung des Wirtschaftssektors in Richtung einer Dienstleistungsökonomie für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung berücksichtigt werden muss.

Abbildung 5.11: Übersicht Clusteranalyse „Ökonomie“

	Beschäftigte 1. Sektor (2007)	Beschäftigte 2. Sektor (2007)	Beschäftigte 3. Sektor (2007)	Bedeutung als Ar- beitsort (2007)	Arbeitsplatz- entwicklung vergangene 5 Jahre (2007)	Beschäftigungs- entwicklung Dienstleis- tungssektor (2007)	Beschäftig- ten-anteil Dienst- leistungs- sektor (2007)	Arbeitslo- sen-anteil gesamt (2007)
Cluster 1 (9 Fälle)	1,63%	52,54%	45,82%	1,35	13,87%	568,46%	11,43%	12,08%
Cluster 2 (94 Fälle)	0,86%	51,32%	47,81%	1,34	-0,07%	96,52%	6,67%	9,14%
Cluster 3 (73 Fälle)	1,12%	24,18%	74,69%	1,01	-1,04%	51,57%	17,76%	9,52%
Cluster 4 (209 Fälle)	1,07%	59,2%	39,72%	0,9	-1,99%	1,5%	4,03%	7,5%
Cluster 5 (319 Fälle)	1,35%	32,04%	66,57%	0,88	-4,25%	3,24%	5,05%	9,63%
Cluster 6 (95 Fälle)	6,9%	34,56%	58,85%	0,66	3,46%	18,28%	5,27%	17,02%
Cluster 7 (152 Fälle)	1,63%	36,88%	61,57%	0,99	-6,93%	4,86%	5,87%	21,71%
Der Indikator „Beschäftigungsentwicklung Dienstleistungssektor“ wurde in dieser Berechnung doppelt gewertet.								

Quelle: Eigener Entwurf (Daten: Ergebnisse der eigenen Untersuchung).



Abbildung 5.11 zeigt alle Ergebnisse in der Übersicht. Hieraus werden nun die einzelnen Cluster definiert. Die sieben Cluster des Bereichs sind wie folgt benannt und besetzt:

1. Boomende Kleinstadt (9 Fälle)

Die boomende Kleinstadt ist selten in der Bundesrepublik Deutschland. Sie zeichnet sich durch einen stabilen industriellen Sektor aus, durch eine sehr gute Arbeitsplatzentwicklung von durchschnittlich 13,87% Zuwachs von 2002 bis 2007 und durch eine stark steigende Beschäftigungsentwicklung in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen (2002 bis 2007) von durchschnittlich mehr als 500%. Die hohe Dynamik drückt sich aber gleichzeitig auch in einer recht hohen Arbeitslosigkeit von 12,08% aus. Dass diese sehr rapiden Wachstumsprozesse jedoch nicht die Regel sind, zeigt die geringe Zahl der zugehörigen Kleinstädte.

2. Die zukunftsorientierte wachsende Kleinstadt (94 Fälle)

Dieser Typ Kleinstadt verfügt genau wie die boomende Kleinstadt über einen stabilen sekundären Sektor, der sich zunehmend zu einem tertiären Sektor hin wandelt. Die Beschäftigungsentwicklung in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen von 2002 bis 2007 beträgt 96,52% – auch dies ein beeindruckender Wert. Die Bedeutung als Arbeitsort ist sehr gut, der Wert von 1,34 sagt aus, dass deutlich mehr Menschen zur Arbeit in die Stadt kommen als diese verlassen. Während der Anteil der Arbeitslosen mit 9,14% geringer ist als bei der Gruppe der boomenden Kleinstädte, ist auch die Arbeitsplatzentwicklung der vergangenen fünf Jahre schlechter. Ein Wert von -0,07% bedeutet Stagnation. Jedoch ist der gelingende Arbeitsplatztransfer vom 2. in den 3. Sektor so positiv einzuschätzen, dass diese Gruppe von Kleinstädten im ökonomischen Bereich als sehr erfolgreich bewertet werden kann.

3. Transformierte Kleinstadt auf hohem Niveau (73 Fälle)

Die dritte Gruppe umfasst Kleinstädte, die die ökonomische Transformation schon weitgehend abgeschlossen haben. Durchschnittlich weisen diese Städte einen Beschäftigtenanteil im 3. Sektor von 74,69% auf. Auch der Beschäftigtenanteil in den als besonders zukunftsfähig angesehenen unternehmensorientierten Dienstleistungen ist mit 17,76% hoch. Die Bedeutung als Arbeitsort liegt bei 1,01, ist also ausgeglichen. Mit -1,04% ist Arbeitsplatzentwicklung in den 5 Jahren von 2002 bis 2007 leicht negativ gewesen. Insgesamt handelt es sich um positiv einzuschätzende Kleinstädte. Sie haben die Transformation früh abgeschlossen und stagnieren nun auf hohem Niveau.

4. Industriell geprägte Kleinstadt (209 Fälle)

Diese Kategorie bildet die zweitstärkste Gruppe im Bereich Ökonomie. Die Gruppe zeichnet sich darüber aus, dass 59,2% aller Beschäftigten im 2. Sektor arbeiten. Dies ist der höchste Wert, der bei diesem Indikator von einer Gruppe erreicht wird. Spitzen-



reiter im positiven Sinne ist diese Gruppe weiterhin bei der Arbeitslosigkeit, die hier nur 7,5% beträgt, für Kleinstädte ein guter Wert. Die Arbeitsplatzentwicklung betrug in den vergangenen Jahren -1,99%, das ist ein sichtbarer Verlust, aber nicht so drastisch wie in anderen Gruppen. Leider ist die Beschäftigungsentwicklung in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen von 2002 bis 2007 mit nur 1,5% auch die schlechteste im gesamten Wirtschaftsbereich, ein alarmierendes Signal. Es ist davon auszugehen, dass sich die Kleinstädte dieser Gruppe noch im prätransformativen Stadium befinden und je nach räumlicher Lage erst in Zukunft zunehmenden Wandel erleben. Dabei werden sicher längst nicht alle eine gute Entwicklung des Dienstleistungssektors aufweisen können und somit werden die Probleme vieler Städte dieser Kategorie in Zukunft zunehmen.

5. Deindustrialisierte Kleinstadt auf niedrigem Niveau (319 Fälle)

Diese Kleinstädte bilden mit 319 zugehörigen Städten den größten Cluster. Gleichzeitig ist dieser Cluster der erste, bei dem man eindeutig von Entwicklungsdefiziten sprechen kann. Der Anteil der Beschäftigten im 3. Sektor ist mit 66,57% recht hoch. Leider ist jedoch der Anteil der Beschäftigten in unternehmensorientierten Dienstleistungen, die als besonders wichtig für die Wirtschaftsstruktur gelten, mit 5,05% eher niedrig. In den Jahren von 2002 bis 2007 hat in dieser Gruppe die Zahl der Arbeitsplätze um 4,25% abgenommen. Ein sehr schlechter Wert. Die Bedeutung als Arbeitsort liegt bei 0,88. Das heißt, dass die Einwohner eher auspendeln und in anderen Orten arbeiten. Dies ist als negativ für den Wirtschaftsstandort einzustufen. Es entsteht das Bild einer postindustriellen Kleinstadt, die nicht in der Lage gewesen ist, die wegfallenden industriellen Arbeitsplätze durch gleichwertige tertiäre Strukturen zu ersetzen. Damit warten heute und in Zukunft große Herausforderungen auf diese Gruppe von Kleinstädten.

6. Ländliche Kleinstadt (95 Fälle)

Die Gruppe der ländlichen Kleinstädte zeichnet sich durch eine vergleichsweise hohe Zahl von Beschäftigten im primären Sektor aus. 6,9% aller Beschäftigten sind dort aktiv. Die Bedeutung als Arbeitsort ist bei diesen Kleinstädten mit 0,66 sehr gering. Jedoch ist bei einer Zunahme von 3,64% die Arbeitsplatzentwicklung in den Jahren von 2002 bis 2007 positiv. Auch der Dienstleistungssektor wuchs im Durchschnitt im Jahr 2007 um 18,28%. Jedoch ist gleichfalls auch die Arbeitslosigkeit mit 17,02% sehr hoch in dieser Gruppe von Kleinstädten. Daraus folgt, dass die ökonomische Transformation in diesem Cluster in den letzten Jahren zunehmend spürbar wird, dass jedoch aufgrund der sowieso schon sehr schwachen Ausgangslage keine so großen Veränderungen wie in anderen Clustern sichtbar werden, weder im Positiven noch im Negativen.



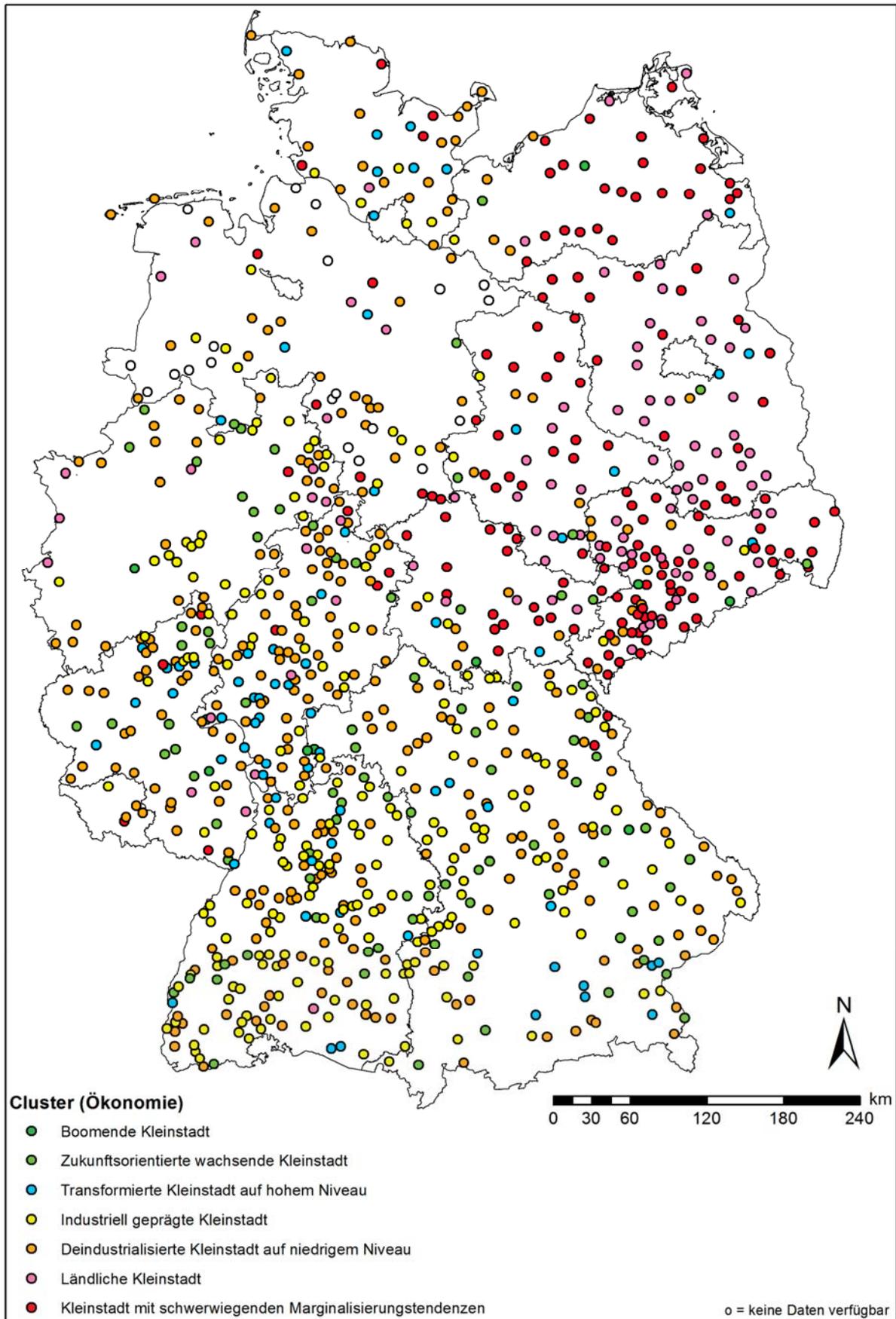
7. Kleinstadt mit schwerwiegenden Marginalisierungstendenzen (152 Fälle)

Der am stärksten gefährdeten Gruppe gehören 152 Kleinstädte an. Diese Kleinstädte müssen nicht in allen Belangen gefährdet sein, sie verfügen bspw. durchschnittlich über eine mittlere Beschäftigtenverteilung nach Sektoren und eine ausgeglichene Bedeutung als Arbeitsort. Sie haben jedoch nur geringe Zuwächse im ökonomischen Zukunftssektor der Dienstleistungen (4,85%) bei einem geringen Arbeitsplatzbestand in unternehmerorientierten Dienstleistungen von nur 5,87%. Es wird also nur geringes Wachstum generiert. Hinzu kommt eine hohe durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 21,71%. Dies ist mit Abstand der höchste Wert bei diesem Indikator und spricht eindeutig für sich: Fast ein Viertel der erwerbsfähigen Einwohnerschaft der Kleinstädte dieser Gruppe ist durchschnittlich arbeitslos. Außerdem nahmen die Arbeitsplätze in den betroffenen Kleinstädten in den Jahren von 2002 bis 2007 um 6,93% ab, auch das ist mit Abstand die negative Höchstmarke. Die Kleinstädte dieser Gruppe sind umfangreichen und kumulativ wirkenden Marginalisierungsprozessen ausgesetzt, die in Zukunft zu unabsehbaren Folgen führen werden.

Die sieben Kategorien im Bereich „Ökonomie“ verdeutlichen, wie es um die wirtschaftliche Situation der deutschen Kleinstädte steht. Die Gruppen verteilen sich auf drei stabile Kategorien und drei gefährdete Kategorien. Alarmierend ist hierbei, dass die drei gefährdeten Kategorien den deutlich größeren Teil der Untersuchungsgesamtheit enthalten: Relativ stabil sind 176 Kleinstädte, während 566 Kleinstädte den eher gefährdeten Gruppen zuzurechnen sind. 209 Städte können als ausgeglichen bezeichnet werden. Die geographische Verteilung der einzelnen Kategorien gibt weiteren Aufschluss über die räumlichen Regelmäßigkeiten dieser Kategorisierung.



Abbildung 5.12: Räumliche Darstellung des Bereichscluster „Ökonomie“



Quelle: Eigener Entwurf (Daten: Ergebnisse der eigenen Untersuchung).



Die Karte (5.12) verdeutlicht, dass im Bereichscluster Ökonomie nur wenige Kleinstädte vergleichsweise erfolgreich sind. Im Vergleich mit den weiteren Bereichsclustern ist sichtbar, dass der insgesamt positive südwestdeutsche Raum im Bereich Ökonomie schwächer ist als in den anderen Bereichsclustern. Trotzdem finden sich im südwestdeutschen Raum gleichzeitig noch immer die meisten ökonomisch erfolgreichen Kleinstädte und gerade im Vergleich mit Ostdeutschland ist die Disparität, die auch in den anderen Clustern auftritt, sichtbar. Vielmehr ist dies ein Zeichen für die sich allgemein abschwächende Wirtschaftsstärke des Stadttyps Kleinstadt.

Die räumliche Darstellung des Bereichsclusters lässt insgesamt ein klar strukturiertes Bild entstehen. Auffällig ist der deutliche Gegensatz zwischen ost- und westdeutschen Kleinstädten. In keinem ostdeutschen Bundesland lassen sich mehr als sechs Kleinstädte einer wirtschaftlich positiven Kategorie finden. Im Zweifel gilt für den ostdeutschen Bereich, dass entweder Nähe zu westdeutschen Bundesländern oder aber Nähe zu Großstädten (z.B. um Berlin herum) dazu führen, dass die Wirtschaftsstruktur der Kleinstädte stabil ist.

Ganz anders das Bild in den alten Bundesländern: Die überwiegende Zahl der Kleinstädte mit guten bis mittleren Wirtschaftsstrukturen findet sich hier. Gerade in den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg und den südlichen Teilen Hessens befinden sich viele Kleinstädte, die bisher kaum mit ökonomischer Marginalisierung, wie sie in den neuen Bundesländern zu beobachten ist, in Verbindung gebracht werden können.

Durchmischt stellt sich die Situation in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein dar. Kleinstädte, die im Prozess des ökonomischen Strukturwandels stehen, sind hier die am häufigsten zu findenden Kategorien. Doch auch diese Länder weisen noch eine gewisse Zahl an Kleinstädten auf, die in ihrer ökonomischen Entwicklung als gering gefährdet eingestuft werden können. In den Flächenländern im Norden Deutschlands geht die Zahl der als positiv einzuschätzenden Städte zurück. Es existieren hier vermehrt ländliche Kleinstädte, die zwar über eine gewisse Zentrenbedeutung verfügen, gleichzeitig aber den postindustriellen Wandel nur bedingt positiv erleben. Auch hier gilt, dass die Kleinstädte, die nahe an Großstädten und Agglomerationsräumen liegen, stärker zu bewerten sind.

In ökonomischer Hinsicht zeichnet sich deutschlandweit die Situation ab, dass die Kleinstädte des Südens erfolgreicher sind als die im Norden gelegenen. Die westdeutschen Kleinstädte sind wiederum weniger gefährdet als die ostdeutschen. Während die ostdeutschen Städte durch den radikalen Bruch ab 1990 weitgehend deindustrialisiert sind, blieb dieses Schicksal den westdeutschen Städten erspart. Einen Vorteil können die ostdeutschen Städte aus diesem Bruch allerdings nicht ziehen, obwohl zu diskutieren bleibt, ob westdeutschen Kleinstädten eine ähnliche Entwicklung (Deindustria-



lisierung) auch noch bevorsteht. Immerhin lässt sich ein ähnlicher Keil der zunehmenden Strukturschwäche, wie im 4. Kapitel für die gesamte deutsche Raumstruktur erwähnt, auch auf Ebene der Kleinstädte für die Mitte Deutschlands erkennen. Außerdem ist selbst in generell strukturstarken Räumen der Bundesrepublik eine gewisse Durchmischung mit schwächeren Kleinstädten zu erkennen.

Bereich Demographie

Auch beim Bereich Demographie ist es sinnvoll sieben Cluster zu bilden. Die Indikatoren lassen zusammenfassen, so dass jeder Cluster nach den Punkten Bevölkerungsentwicklung, Wanderung und Durchschnittsalter beurteilt wird. Einer solchen Beurteilung liegen weitere Indikatoren zugrunde, wie die Abbildung 5.13 zeigt. Die Einordnung der Cluster von positiv bis negativ ist bei demographischen Faktoren vielschichtig und sollte nicht plakativ verstanden werden. Die beiden ersten Cluster sind verglichen mit den letzten deutlich positiver, doch gerade die Abstände zwischen benachbarten Clustern sind schwer zu differenzieren. Dies lässt sich z.B. anhand der Frage, wie alte Menschen beurteilt werden sollen, verdeutlichen: Hohe Alterung ist ein negatives Charakteristikum für kommunale Zukunftsfähigkeit. Der Zuzug alter Menschen kann für eine Kleinstadt aber ebenso positive Effekte haben. Auch wenn jeder Cluster spezifische Eigenheiten aufweist, können nicht alle eindeutig in eine Rangordnung gebracht werden. Die Ränge sind als allgemeine Positionierung zu verstehen.

Abbildung 5.13: Übersicht Clusteranalyse „Demographie“

	Bevölkerungsentwicklung vergangene 7 Jahre (2007)	Bevölkerungsentwicklung 2006 bis 2025 (2007)	Familienwanderung (2007)	Bildungswanderung (2007)	Wanderung zu Beginn der 2. Lebenshälfte (2007)	Alterswanderung (2007)	Durchschnittsalter (2007)	Durchschnittsalter 2025 (2007)
Cluster 1 (179 Fälle)	2,83%	2,04%	5,6 Pers. Pro 1000 Ew.	-9,58 Pers. Pro 1000 Ew.	-0,13 Pers. Pro 1000 Ew.	0,18 Pers. Pro 1000 Ew.	41,34 Jahre	45,54 Jahre
Cluster 2 (133 Fälle)	2,34%	2,87%	4,79 Pers. Pro 1000 Ew.	-9,01 Pers. Pro 1000 Ew.	4,1 Pers. Pro 1000 Ew.	10,02 Pers. Pro 1000 Ew.	42,47 Jahre	47,24 Jahre
Cluster 3 (46 Fälle)	0,47%	-0,04%	7,68 Pers. Pro 1000 Ew.	-36,33 Pers. Pro 1000 Ew.	10,58 Pers. Pro 1000 Ew.	11,48 Pers. Pro 1000 Ew.	45,38 Jahre	50,84 Jahre
Cluster 4 (212 Fälle)	-1,37%	-4,21%	-1,15 Pers. Pro 1000 Ew.	-16,43 Pers. Pro 1000 Ew.	-0,56 Pers. Pro 1000 Ew.	-0,18 Pers. Pro 1000 Ew.	42,53 Jahre	46,88 Jahre
Cluster 5 (155 Fälle)	-4,12%	-8,59%	-2,2 Pers. Pro 1000 Ew.	-32,57 Pers. Pro 1000 Ew.	1,55 Pers. Pro 1000 Ew.	7,92 Pers. Pro 1000 Ew.	44,45 Jahre	49,58 Jahre
Cluster 6 (112 Fälle)	-7,01%	-11,03%	-4,51 Pers. Pro 1000 Ew.	-40,75 Pers. Pro 1000 Ew.	-1,46 Pers. Pro 1000 Ew.	-1,36 Pers. Pro 1000 Ew.	45,14 Jahre	48,40 Jahre
Cluster 7 (114 Fälle)	-10,79%	-21,65%	-9,78 Pers. Pro 1000 Ew.	-64,59 Pers. Pro 1000 Ew.	-1,43 Pers. Pro 1000 Ew.	0,2 Pers. Pro 1000 Ew.	46,58 Jahre	52,49 Jahre

Quelle: Eigener Entwurf (Daten: Ergebnisse der eigenen Untersuchung).



1. Wachsende Kleinstadt mit besonderer Attraktivität für Jüngere (179 Fälle)

Die Kleinstädte dieses Clusters konnten in den Jahren von 2000 bis 2007 durchschnittlich 2,83% Bevölkerung gewinnen. Dies ist ein guter, überdurchschnittlicher Wert. Die Vorausberechnungen bis 2025 geben an, dass die Kommunen ihre Einwohnerschaft weiterhin durchschnittlich um 2,04% werden steigern können. Besonders bemerkenswert für diesen Cluster ist die Wanderungsbilanz: Auf je 1000 Einwohner ziehen durchschnittlich 5,6 Personen in der Familienphase in die Kleinstädte dieses Clusters. Die Abwanderung junger Menschen aus Bildungsgründen ist mit 9,58 Personen auf 1000 Einwohner vergleichsweise gering. Die Situation für junge Menschen scheint in diesen Kleinstädten also der Stadtgröße angemessen zu sein. Denn es muss klar sein: Junge Menschen werden immer zu einem guten Teil bildungsbedingt aus Kleinstädten abwandern. Die Frage ist hierbei in erster Linie, wie gering die jeweilige Kleinstadt durch eigene Bildungs- und Wirtschaftsstrukturen die Abwanderung halten kann. Dies gelingt im vorliegenden Cluster außerordentlich gut.

Der interessanteste Punkt gerade im Vergleich zum folgenden Cluster ist, dass bei gutem zukünftigem Wachstum, die Zuwanderung an älteren Menschen gering bleibt. Dies führt in der Vorausberechnung für das Jahr 2025 zu einem Durchschnittsalter von nur 45,54 Jahren. Dieser Spitzenwert macht den entscheidenden Unterschied zum nun folgenden fast ebenso positiven Cluster aus, beschreibt er doch die strukturelle Beschaffenheit der Kleinstädte dieses Clusters. Langfristig positive demographische Entwicklungen beruhen auf der relativen Jugend der Einwohnerschaft, die in diesem Cluster potentiell am ehesten besteht.

2. Wachsende Kleinstadt mit generationsübergreifenden Wanderungsgewinnen (133 Fälle)

Der Cluster wächst bis 2025 sogar noch etwas stärker als der vorangehende, nämlich um 2,87%. Erst in den Jahren nach 2025 wird sich die Wachstumsgeschwindigkeit verringern und die Kleinstädte des ersten Clusters übernehmen die Führung. Dies liegt daran, dass neben einer positiven Wanderungsbilanz bei Familien und geringer Abwanderung von jungen Menschen aus Bildungsgründen sich die Wanderungsgewinne der Kleinstädte dieses Clusters auch zum guten Teil aus Wanderung zu Beginn der zweiten Lebenshälfte (4,1 Personen pro 1000 Einwohner) und Alterswanderung (10,02 Personen auf 1000 Einwohner) speist. Dies lässt das Durchschnittsalter bis 2025 auf 47,24 Jahre steigen. Trotz allem ist dieser Cluster erst einmal ungefährdet durch die Folgen, die der demographische Wandel in der Mehrzahl der deutschen Kleinstädte auslöst.



3. Kleinstadt mit ausgeglichener Wanderung und hoher Alterung (46 Fälle)

Die Kleinstädte dieser Gruppe können nicht mehr ganz so positiv beurteilt werden wie die vorangehenden Cluster. Die Bevölkerungsentwicklung von 2002 bis 2007 war noch knapp positiv mit 0,47%. Bis ins Jahr 2025 wird allerdings ein minimaler Bevölkerungsverlust von 0,04% prognostiziert.

Der Zuzug von Familien ist mit 7,68 Personen pro 1000 Einwohner so positiv wie in keinem anderen Cluster. Auch die Gewinne durch Wanderung der älteren Generation sind jeweils Spitzenwerte. Einerseits führt dies dazu, dass das Durchschnittsalter bis 2025 auf 50,84 Jahre steigt – ein sehr hoher Wert. Andererseits bleibt ein Wert der Wanderungsbilanz bisher unbeachtet, nämlich die Bildungswanderung. Diese ist mit 36,33 abwandernden jungen Menschen pro 1000 Einwohnern sehr schlecht und verdeutlicht die (mindestens zukünftige) Perspektivlosigkeit dieses Clusters in punkto Arbeit und Bildung. Bis 2025 ist so davon auszugehen, dass sich die demographische Situation der Städte dieses Clusters deutlich verschlechtert.

4. Kleinstadt mit zukünftig zunehmenden Wanderungsverlusten (212 Fälle)

Diese Gruppe von Kleinstädten ist die größte dieser Clusteranalyse und schrumpft aktuell. In den Jahren von 2000 bis 2007 verloren die Städte 1,37% ihrer Einwohner und bis 2025 steigt dieser Wert sogar auf 4,21%. Die Wanderungsverluste ziehen sich durch alle Altersschichten.

Es gibt aber auch vergleichsweise Gutes zu berichten: Die Verluste bei den jüngeren Wanderungsgruppen sind nicht allzu hoch. Die Abwanderung junger Menschen zum Zweck von Bildung liegt bspw. bei 16,43 Personen pro 1000 Einwohner, das ist zwar nicht gut, aber auch bei weitem nicht so bedenklich wie im vorangehenden Cluster. Auch das weniger drastisch steigende Durchschnittsalter (2025 liegt es bei 46,88 Jahren) bestätigt das. Die Schrumpfung geschieht in diesem Cluster also relativ gleichmäßig und ist dementsprechend, auch wenn ihr keine Kompensation gegenübersteht, nicht so marginalisierend wirksam wie in den folgenden Clustern.

5. Schrumpfende und stark alternde Kleinstadt (155 Fälle)

Der Cluster 5 schrumpft heute schon genauso stark, wie der vorangehende Cluster es erst 2025 tun wird, nämlich um 4,12%. Von 2007 bis 2025 wird die Bevölkerung dieser Kleinstädte dann sogar um 8,59% geschrumpft sein. Diese Minderung resultiert vornehmlich aus Abwanderung der Jüngeren. Insbesondere aus Bildungs- bzw. Ausbildungsgründen wandern viele von ihnen in andere Regionen ab. Ältere Personen ziehen jedoch noch zu, was zur Folge hat, dass das Durchschnittsalter von 44,45 Jahren 2007 bis 2025 um über 5 Jahre auf 49,58 Jahre ansteigt. Bei konsequenter Schrumpfung verlieren die Kleinstädte dieses Clusters also auch entscheidende wirtschaftliche Produktivkräfte und die demographische Situation verschlechtert sich so auch strukturell. Die

theoretisch erläuterten Gefahren des demographischen Wandels im Sinne von kumulativer Marginalisierung ist auf diese Gruppe das erste Mal eindeutig anwendbar.

6. Stark schrumpfende Kleinstadt (112 Fälle)

Dieser Cluster weist die gleichen Problemstellungen auf, wie der vorangehende. Bis 2025 werden 11,03% der Bevölkerung, die noch 2007 vorhanden war, verloren sein. Wanderungsverluste sind in allen Altersgruppen zu verbuchen, besonders stark jedoch bei der Bildungswanderung: 40,75 junge Menschen pro 1000 Einwohner verließen die betroffenen Kleinstädte schon im Jahr 2007. Dies sind zwei ganze Schulklassen pro 1000 Einwohner und das bei ca. 10.000 Einwohnern insgesamt. Bis 2025 steigt das Durchschnittsalter auf 48,4 Jahre. Kleinstädte dieses Clusters können die Abwanderung und Schrumpfung meist kaum aus eigener Kraft bremsen und sind erheblichen und kumulativ in allen Bereichen wirkenden Marginalisierungen ausgesetzt.

7. Im Fortbestand bedrohte Kleinstadt (114 Fälle)

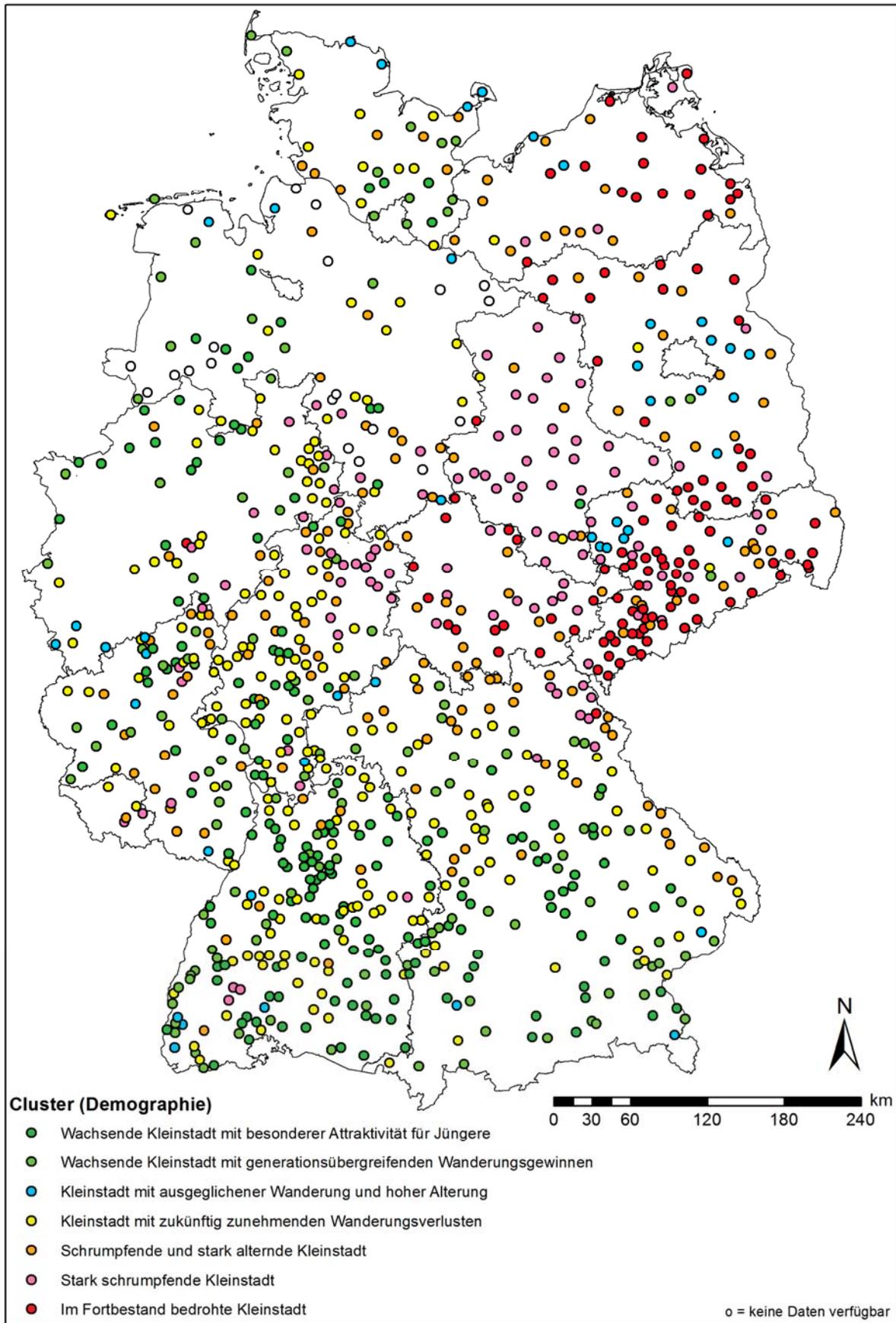
Die Kleinstädte in dieser nicht geringen Gruppe stehen vor Problemen, die größer sind als in jedem anderen Cluster. Schon die Abwanderung von 2000 bis 2007 betrug 10,79%. Im Vergleich zur Abwanderung bis 2025 ist dies jedoch noch ein kleines Übel. Es wird prognostiziert, dass diese Kleinstädte von 2007 bis 2025 durchschnittlich 21,65% ihrer Bevölkerung verlieren, das ist deutlich mehr als 1/5 aller Einwohner. Allein das bringt weitreichende Folgen mit sich, die bis zum Zusammenbruch der städtischen Sozialstruktur führen könnten. Schaut man sich die Wanderungsbilanz an, so wird die Lage noch ernster: 64,59 jungen Menschen pro 1000 Einwohner wanderten 2007 ab, 9,78 Personen pro 1000 Einwohner, die der Gruppe der Familienwandernden zugeschrieben werden können, verließen die betroffenen Städte. Dies führt dann ganz selbstverständlich auch zum Anstieg des Durchschnittsalters: 2025 wird es auf 52,49 Jahre angestiegen sein. Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Die betroffenen Kleinstädte sind drastischen Marginalisierungsprozessen ausgesetzt und können keinerlei Attraktivität entfalten. Die Frage kann in solchen Kleinstädten nur noch lauten, wie man den Niedergang sozial verträglich verwalten kann, Zukunftsperspektiven sind in diesen Städten so gut wie nicht mehr vorhanden.

Betrachtet man die quantitative Verteilung der untersuchten Kleinstädte auf die einzelnen Cluster so ergibt sich folgendes Bild: 312 Kleinstädte können als klar positiv bewertet werden, das ist etwa 1/3 der Untersuchungsgesamtheit. Als neutral bzw. leicht schrumpfend können 258 Kleinstädte eingeordnet werden. 381 Kleinstädte haben ernste bis bestandsbedrohende Probleme, die aus dem demographischen Wandel erwachsen. Es ergibt sich hier ein leicht differierendes Bild, im Vergleich zum Wirtschaftscluster: Der Schwerpunkt der untersuchten Kleinstädte liegt ähnlich zum Wirtschafts-



cluster im negativen, also schrumpfenden Bereich. Jedoch sind die positiv zu bewertenden Kleinstädte deutlich häufiger anzutreffen (176 zu 312). Besonders interessant wird in diesem Zusammenhang die finale bereichsübergreifende Clusteranalyse sein. Bei dieser wird sich zeigen, ob es die Städte sind, die wirtschaftliche Probleme haben, die gleichzeitig auch die meisten Einwohner verlieren. Der theoretische Zusammenhang lässt dies vermuten. Abbildung 5.14 zeigt die räumliche Verteilung der Clusterwertung.

Abbildung 5.14: Räumliche Darstellung des Bereichscluster „Demographie“



Quelle: Eigener Entwurf (Daten: Ergebnisse der eigenen Untersuchung).



Die Karte (5.14) liefert ein eindeutigeres Ergebnis als die des vorangehenden Clusters: Die neuen Bundesländer und Teile Nordhessens tragen fast die gesamte Last des demographischen Wandels. Selbst im Norden der alten Bundesländer, die grundsätzlich auch von Strukturschwäche bedroht sind, existiert eine nicht im Ansatz vergleichbare Situation. Im Osten Deutschlands sind nur sehr wenige Kleinstädte, die in der Nähe von Großstädten liegen, überhaupt als positiv einzuschätzen. Die ostdeutsche Kleinstadt ist der stärkste Verlierer des demographischen Wandels und wird dies weiterhin sein. Einzige Hoffnung in diesem Zusammenhang könnten die „Leuchttürme“ sein, als die einige Großstädte im Osten bezeichnet werden. Um Berlin und Leipzig herum ist eine deutlich bessere Entwicklung erkennbar. Ob von hier aus jedoch ein Entwicklungstrend für ganz Ostdeutschland ausgehen kann, darf bezweifelt werden. Auch wenn Mecklenburg-Vorpommern auf den ersten Blick einen weniger gefährdeten Eindruck vermittelt als Sachsen, so liegt das daran, dass eine geringere Kleinstadtdichte vorherrscht. Schaut man genauer, so wird schnell deutlich, dass sich in ganz Mecklenburg-Vorpommern nicht eine Stadt befindet, die als positiv eingestuft werden kann, genauso wie übrigens in Thüringen. In diesen beiden Ländern sind selbst die größeren Städte nicht in der Lage, Abwanderung in ihnen nahen Kleinstädten zu verhindern, sodass auch keine „Leuchtturmwirkung“ entstehen kann.

Die Lage in Ostdeutschland ist dementsprechend als äußerst bedrohlich für die Raumstruktur einzustufen. Ganz anders das Bild in Westdeutschland. Die Mehrzahl der Kleinstädte im gesamten südwestdeutschen Raum ist als vergleichsweise positiv einzustufen. Wachsende Kleinstädte oder auf hohem Level stagnierende Kleinstädte sind die Regel – ein sehr erfreuliches Bild. Wobei die Städte des 3. Clusters, also diejenigen, in denen das Alter der Bevölkerung stark steigt, in dieser Region auch zunehmend vertreten sind. Interessant ist, dass sich die demographische Strukturschwäche aus dem Osten Deutschlands im Bereich Nordhessens und Südniedersachsens ausbreitet. Obwohl nicht direkt vom Systemwechsel in den ostdeutschen Ländern betroffen, ist die demographische Strukturschwäche in der Mehrzahl der dort verorteten Kleinstädte ähnlich hoch einzuschätzen.

Die Kleinstädte Nordwestdeutschlands stehen erstaunlich gut da. Auch hier lässt sich die Tendenz erkennen, dass Agglomerationsnähe positive demographische Effekte hat, doch sind auch die Kleinstädte, die als ländlich eingestuft werden, bei weitem nicht so sehr von Abwanderung betroffen wie ihre ostdeutschen Pendanten.

Wie schon beim letzten Cluster ist das Gesamtbild in demographischer Hinsicht klar. Die neuen Bundesländer haben unter hoher Abwanderung und Alterung der Bevölkerung zu leiden. Die deutliche Mehrzahl aller Kleinstädte dieser Bundesländer haben mit erheblichen Marginalisierungen in demographischer Hinsicht zu rechnen. Schwächen sich diese Tendenzen nicht ab, wird gerade aufgrund der hohen Trennschärfe zwischen

alten und neuen Bundesländern ein erhebliches Ungleichgewicht in der Raumstruktur der Bundesrepublik eintreten.

Bereich Soziales und Finanzen

Der dritte Teil der Cluster-Analyse bezieht sich auf den Bereich „Soziales und Finanzen“.

Zu bemerken ist, dass der Wert des Anteils der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern nicht eindeutig mit den übrigen Indikatoren korreliert (siehe Abbildung 5.15). Die Annahme war, dass schwächere Kleinstädte einen geringeren Anteil an Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern haben, dies ist jedoch nicht der Fall. So haben bspw. die kleine Gruppe der wohlhabendsten Städte nur einen Anteil von 41,45%, Cluster im Mittelfeld von etwa 60% und der Cluster mit den problembehaftetsten Kleinstädten wiederum nur einen Anteil von 37,19% an Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern. Obwohl diese Werte nicht zum Ergebnis der Clusteranalyse beitragen, so kann man sie doch interpretieren: Wenn die Art der Bebauung, die ja ein eher langfristiges Element der Stadtstruktur ist, nicht von der jetzigen sozialen und finanziellen Situation der Städte abhängig ist, so ist diese Situation eher ein kurz- bis mittelfristiges Phänomen. Die Marginalisierungsprozesse, die jetzt in einer beträchtlichen Zahl von Kleinstädten stattfinden, besitzen jedoch große Kraft und führen zu deutlichen Brüchen in der langfristigen Entwicklung der Kleinstädte.

Eine Übersicht aller Indikatoren und der Werte der einzelnen Cluster liefert die Tabelle in Abbildung 5.15.

Abbildung 5.15 Übersicht Clusteranalyse „Soziales und Finanzen“

	Anteil Wohnungen in 1- und 2-Familienhäusern (2007)	Kaufkraft (2006)	Steuereinnahmen pro Einwohner (2007)	Investitionen pro Einwohner (2006)	Arbeitslosenanteil gesamt (2007)	SGB II Quote (2007)	Allgemeine Deckungsmittel (2007)
Cluster 1 (8 Fälle)	41,45%	50.644,23€	3.300,93€	740,42€	8,77%	6,88%	2.429,73€
Cluster 2 (68 Fälle)	49,65%	47.435,49€	784,94€	219,25€	6,87%	5,12%	931,11€
Cluster 3 (220 Fälle)	62,13%	45.104,06€	1.161,91€	291,38€	7,79%	6%	1.390,80€
Cluster 4 (213 Fälle)	65,31%	42.598,69€	651,90€	199,55€	8,71%	6,43%	877,41€
Cluster 5 (220 Fälle)	74,8%	42.974,50€	651,90€	199,55€	8,71%	6,43%	877,41€
Cluster 6 (77 Fälle)	58,01%	36.076,33€	509,70€	194,47€	14,82%	12,66%	768,88€
Cluster 7 (145 Fälle)	37,19%	31.636,79€	362,60€	299,38€	23,25%	21,98%	703,47€

Quelle: Eigener Entwurf (Daten: Ergebnisse der eigenen Untersuchung).



1. Die außergewöhnlich wohlhabende Kleinstadt (8 Fälle)

Der erste Cluster dieses Bereiches umfasst nur acht Kleinstädte und ist damit sehr exklusiv. Die Werte dieses Clusters rechtfertigen jedoch diese Sonderstellung, da sie kein zweites Mal diese Höhe erreichen. Die durchschnittliche Kaufkraft der Haushalte lag 2006 bei 50.644,23 Euro und damit mehr als 3000 Euro über dem nächstfolgenden Wert. Auch die Steuereinnahmen pro Einwohner liegen mit 3300,93 Euro drei Mal so hoch wie der nächstbeste Wert. Weiterhin sind die allgemeinen Deckungsmittel und die Investitionen pro Einwohner mit Abstand Spitzenwerte dieses Bereiches. Bei den allgemeinen Deckungsmitteln ist allerdings zu bemerken, dass sie mit 2429,73 Euro pro Einwohner unter den Steuereinnahmen pro Einwohner liegen, so dass daraus abzuleiten ist, dass diese Städte in den kommunalen Finanzausgleich einzahlen. Damit ist dies der einzige Cluster, der das tut, was ein weiteres Mal als Auszeichnung für diese Städte betrachtet werden darf.

Interessant ist jedoch auch, dass in diesen sehr wohlhabenden Städten die Arbeitslosigkeit und die SGB II Quote vergleichsweise hoch sind. 8,77% Arbeitslose an der Gesamtbevölkerung und 6,88% Empfänger von Leistungen nach SGB II stehen in keinem Verhältnis zur hohen Kaufkraft in diesen Städten. Um diese Ausbrecher beurteilen zu können, muss man sich die betreffenden Städte jedoch genauer ansehen. Aufgrund der geringen Clustergröße können in diesem Fall sogar einzelne Städte mit besonderen Wirtschaftsstrukturen prägend wirken. Anhand der vorliegenden Daten ist erst einmal zu vermuten, dass die soziale Spaltung der Einwohnerschaft in diesen Städten relativ groß ist.

2. Wohlhabende Kleinstadt mit gesunder Sozialstruktur (68 Fälle)

Diese Gruppe von Kleinstädten überzeugt durch ausgeglichen gute Werte. Die Kaufkraft liegt mit 47.435,49 Euro deutlich über dem Durchschnitt. Die Steuereinnahmen pro Einwohner sind mit 784,94 Euro gut, wenn auch nicht außergewöhnlich hoch. Die Investitionen pro Einwohner sind mit 219,25 Euro allerdings nur durchschnittlich. Zu beachten ist, dass es sich um relativ gesunde Städte handelt, deren Investitionsintensität nicht überdurchschnittlich hoch sein muss. Mit einer Arbeitslosigkeit von 6,87% erreicht dieser Cluster den positiven Spitzenwert aller Cluster. Auch dies ist ein deutliches Merkmal dafür, dass es sich um gesunde Kleinstädte mit ausgeglichener Wirtschafts- und Sozialstruktur handelt. Die allgemeinen Deckungsmittel weisen mit 931,11 Euro einen befriedigenden Wert auf. Interessant daran ist, dass dieser Wert die eigenen Mittel der Städte übersteigt, woraus abzuleiten ist, dass ein Zufluss aus dem kommunalen Finanzausgleich stattfindet. Obwohl die Kleinstädte dieser Gruppe im kleinstädtischen Vergleich gesund sind, erhalten sie Zuschüsse. Daran lässt sich erahnen, wie sehr Kleinstädte im Vergleich zu größeren Städten auf Hilfen zum Erhalt gleichwertiger Raumstrukturen angewiesen sind.



3. Stabile Kleinstadt mit durchschnittlicher Sozialstruktur (220 Fälle)

Diese Gruppe von Kleinstädten ist der des 2. Clusters relativ ähnlich. Die Kaufkraft liegt über dem Durchschnitt, die Steuereinnahmen pro Einwohner sind mit 1161,91 Euro sogar noch höher als beim vorangehenden Cluster und die allgemeinen Deckungsmittel betragen 1390,80 Euro. Allerdings sind auch die Investitionen pro Einwohner höher und der Arbeitslosenanteil liegt bei 7,79%. Diese Werte sind in Relation zur Wirtschaftsstruktur zu sehen, da schwer zu sagen ist, ob diese Werte lage- (Auspendler etc.) oder unternehmensbedingt auftreten. Es bleibt zu diagnostizieren, dass die Einwohnerschaft etwas mehr Arbeitslosigkeit aufweist, jedoch ähnlich homogen strukturiert ist wie die des vorangehenden Clusters.

4. Durchschnittliche Kleinstadt (213 Fälle)

Die Kleinstädte dieser Gruppe liegen insgesamt nah an den durchschnittlichen Werten aller Kleinstädte. Die Kaufkraft (2006) der Haushalte betrug 42598,69 Euro. Der Arbeitslosenanteil lag 2007 bei 7,89%. Dies ist ein Wert, der zwar auf Probleme in den Kleinstädten dieser Gruppe schließen lässt, jedoch nicht in einem Maß, der diese unbeherrschbarer als im Rest der Bundesrepublik erscheinen lässt. Die SGB II Quote liegt bei 5,53%, was ein relativ guter Wert für diese Clusteranalyse ist. Die allgemeinen Deckungsmittel pro Einwohner liegen mit 846,45 Euro etwa 130 Euro höher als die Steuereinnahmen, sodass auf Zuschüsse aus dem Finanzausgleich geschlossen werden kann. Interessant ist, dass die Investitionen pro Einwohner (2006) mit 479,57 Euro sehr hoch gewesen sind. Dies ist allerdings nur im Verbund mit den anderen Bereichen der Clusteranalyse zu interpretieren. Es ist zu vermuten, dass die Kleinstädte dieses Clusters sich verstärkt im Standortwettbewerb befinden, da hier in besonderer Weise offen ist, ob die zukünftige Entwicklung positiv oder negativ sein wird. Allerdings kann diese Annahme zum jetzigen Zeitpunkt nicht geprüft werden. Die qualitative Untersuchung wird aber definitiv Aufschluss hierüber geben.

5. Durchschnittliche Kleinstadt mit erhöhten Arbeitsmarktrisiken (220 Fälle)

Diese Gruppe von Kleinstädten ist dem vorangehenden Cluster recht ähnlich. Die Kaufkraft der Haushalte liegt etwas höher (42.974,50 Euro) und die Steuereinnahmen pro Einwohner liegen etwas niedriger (651,90 Euro). Daran lässt sich auch schon erkennen, dass die Wirtschaftsstruktur dieser Kleinstädte nicht mehr ganz den Level des vorangehenden Clusters halten kann, was sich auch in einer höheren Arbeitslosigkeit von 8,71% zeigt. Es ist in diesem Zusammenhang davon auszugehen, dass die akzeptable durchschnittliche Kaufkraft stärker von Pendlern erwirtschaftet wird, die in umliegenden Kommunen Arbeit gefunden haben. So dürfte auch die soziale Heterogenität stärker ausgeprägt sein, wobei durchschnittlich kaum von sozialen Ungleichgewichten gesprochen werden kann.



6. Kleinstadt mit erheblichen sozialen und finanziellen Problemen (77 Fälle)

Der Abstand zwischen den vorangehenden und diesem Cluster ist groß. In der gesamten Clusteranalyse gibt es keinen zweiten Fall von so deutlicher Verschlechterung. Betrug die Kaufkraft (2006) im 5. Cluster noch knapp 43.000 Euro, so fällt sie nun auf 36.076,33 Euro, also ein um 7.000 Euro geringer Durchschnitt. Allein dieser Wert zeigt, dass dieser und der folgende Cluster diejenigen Kleinstädte umfassen, die mit erheblichen Herausforderungen in sozialer und finanzieller Hinsicht umzugehen haben. Auch die weiteren Werte untermauern dies: Die Steuereinnahmen pro Einwohner betragen nur noch 509,70 Euro. Der Arbeitslosenanteil liegt bei 14,82%. Interessant ist, dass die Investitionen pro Einwohner in diesem Cluster durchschnittlich nur 194,47 Euro betragen. Das ist der niedrigste Wert der Untersuchung und das, obwohl die Investitionsnotwendigkeit sicher hoch wäre. Es bleibt in Anbetracht solcher Zahlen im Vergleich zu konstatieren, dass dieser Cluster große soziale und finanzielle Belastungen aufweist, die zukünftige Entwicklung enorm erschweren.

7. Kleinstadt ohne Perspektive (145 Fälle)

Der vorangehende Cluster hat nicht die am stärksten benachteiligte Gruppe von Kleinstädten vorgestellt. Die Kaufkraft fällt in der letzten Gruppe nochmals um knapp 4500 Euro auf 31.636,79 Euro. Die Steuereinnahmen pro Einwohner betragen in diesem Cluster nur noch 362,60 Euro. 23,25% der Einwohner sind durchschnittlich arbeitslos, das ist fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Mehr als ein Fünftel der Einwohner beziehen Leistungen nach SGB II. Wenn man diese Zahlen betrachtet, wird eines deutlich: Es gibt Kleinstädte in Deutschland, die schon heute kaum noch Chancen haben, dramatischen Marginalisierungsprozessen zu entkommen. Diese Marginalisierungen führen in der Folge dazu, dass die angestrebte Gleichwertigkeit der Raumstruktur und Lebensverhältnisse nicht weiter aufrechterhalten werden kann. Trotz relativ hoher Zuschüsse an die betroffenen Kleinstädte liegen deren allgemeine Deckungsmittel pro Einwohner immer noch hinter allen anderen Clustern zurück. Die Investitionen pro Einwohner liegen immerhin bei 299,38 Euro, dies ist der dritthöchste Wert in diesem Bereich. Fraglich bleibt allerdings, ob die 145 betroffenen Kleinstädte in der Lage sein werden, den Marginalisierungspfad zu verlassen. Es ist davon auszugehen, dass die meisten der betroffenen Kommunen scheitern.

In dieser Clusterbereichsanalyse sind sich die Cluster im Mittelfeld relativ ähnlich. Die Tendenz, dass sich drei klare Felder bilden, lässt sich auch hier wieder finden. Die Führung übernehmen die 76 Kleinstädte des 1. und 2. Clusters. Die 220 Fälle des dritten Clusters sind auch noch zu weiten Teilen der Gruppe der gesunden Kleinstädte zuzuschlagen. Die Cluster des Mittelfelds bilden mit 433 zugehörigen Kleinstädten die größte Gruppe. 222 Kleinstädte weisen ernstzunehmende soziale und finanzielle Probleme

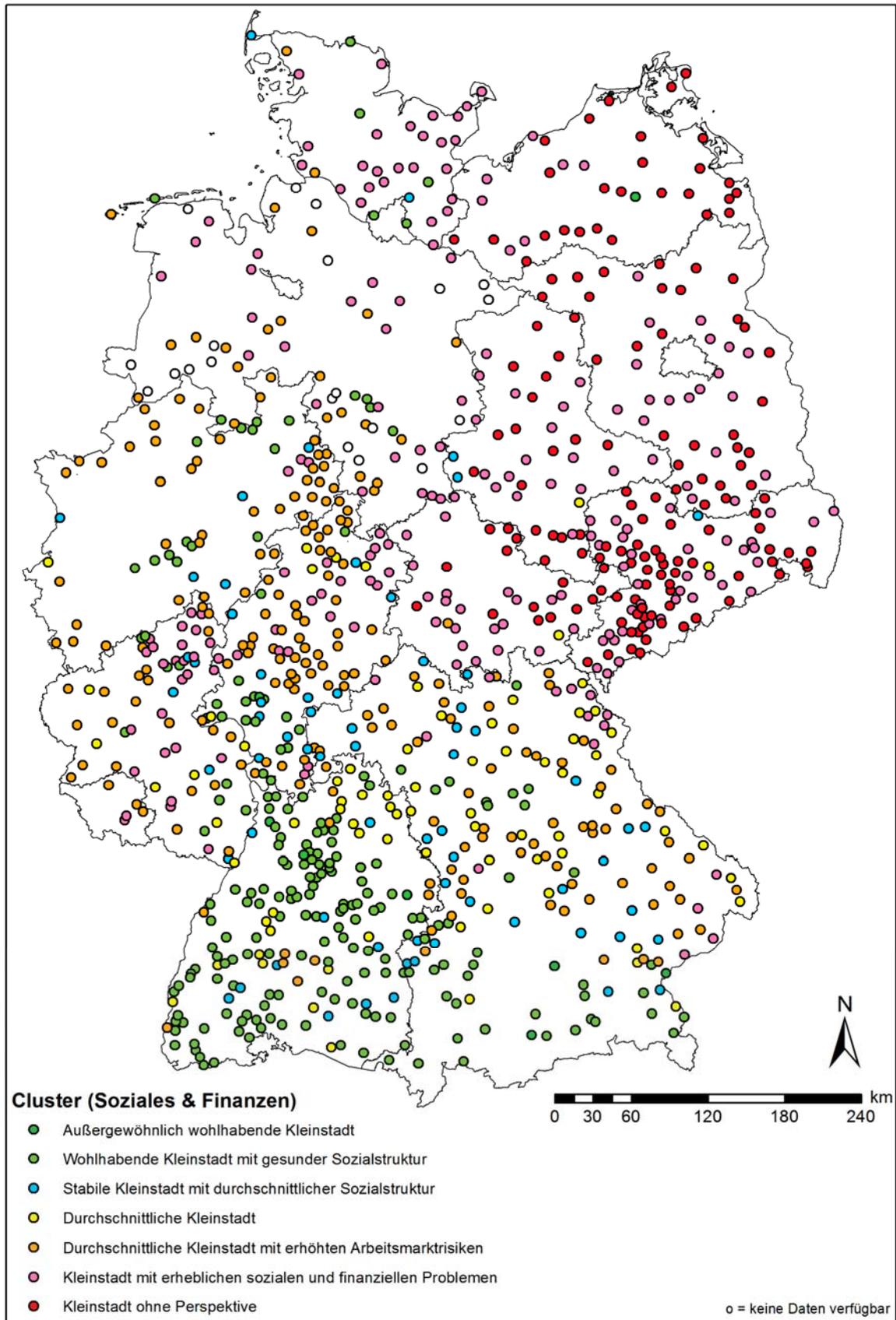


auf. Ein ähnliches Ergebnis liegt auch aus den anderen Bereichen vor. Besonders überraschend ist in diesem Fall, wie deutlich die Grenze zwischen der Schlussgruppe und dem Mittelfeld ist. Negative demographische Effekte werden hier greifbar, denn es ist davon auszugehen, dass gerade Binnenwanderung, insbesondere Abwanderung der Jüngeren, dazu führt, dass die sowieso schon gefährdeten Kleinstädte einen so deutlichen Unterschied zu den anderen Clustern aufweisen.

Abschließend für diesen Bereich ein Blick auf die räumliche Verteilung der einzelnen Gruppen.



Abbildung 5.16 Räumliche Darstellung des Bereichscluster „Soziales und Finanzen“



Quelle: Eigener Entwurf (Daten: Ergebnisse der eigenen Untersuchung).



Die Karte (5.16) präsentiert zumindest eine schon bekannte Grundstruktur in der Verteilung der Kleinstädte. Der Osten Deutschlands ist ein weiteres Mal der negativste Raum im Bundesgebiet und im Süden Deutschlands sind hauptsächlich Kleinstädte zu finden, die als vergleichsweise positiv einzustufen sind, wobei es einen Unterschied zwischen Bayern und Baden-Württemberg gibt. Die Kleinstädte in der nördlichen Hälfte Bayerns sind wesentlich gefährdeter als die im südlichen Teil und als die im Nachbarbundesland. Was verwundert, ist die sehr deutliche Nord-Süd-Trennung, die die räumliche Darstellung des Bereichscluster „Soziales und Finanzen“ offenbar werden lässt. Niedersächsische, schleswig-holsteinische, nordrhein-westfälische, rheinland-pfälzische und hessische Kleinstädte sind durchschnittlich stärker negativ in diesem Bereichscluster betroffen als in den vorangehenden. Obwohl diese Städte nicht den ostdeutschen Strukturwandel erlebt haben, existieren trotzdem deutliche Unterschiede zum Süden Deutschlands. Südlich der Achse Trier-Hof oder auch südlich von Frankfurt a.M. beginnt der Raum, in dem hauptsächlich finanziell und sozial starke Kleinstädte zu finden sind, während nördlich dieser Achse die Zahl der stärkeren Kleinstädte sichtbar geringer ist.

Im Norden sind meist nur diejenigen Kleinstädte erfolgreich, die im Umland von Großstädten liegen, im Osten Deutschlands besitzt noch nicht einmal das Gültigkeit. Immerhin bleibt zu bedenken, dass die Trennung der einzelnen Kategorien dieses Bereichsclusters sehr deutlich ist. Der Nordwesten Deutschlands ist in erster Linie dem unteren Mittelfeld, also dem 4. oder 5. Bereich zuzuordnen, während der Osten Deutschlands meist klar in Kategorie sechs oder sieben fällt.

Im Westen Deutschlands ist der rheinland-pfälzische Norden weiterhin auffällig. Hier findet sich eine Häufung eher strukturschwacher Kleinstädte, jedoch gleichzeitig durchsetzt mit einigen gesunden Kleinstädten. Auch in Hessen zeigen sich Schwachpunkte. Während die südlichen Kleinstädte verhältnismäßig strukturstark sind, sind im Norden fast nur durchschnittliche Kleinstädte zu finden. Dies ist ein Indiz dafür, dass es nicht nur Landes- und Bundespolitik ist, die auf die Finanzausstattung von Kleinstädten Einfluss nimmt. Vielmehr ist eine Kombination aus Politik, wirtschaftlichen und demographischen Faktoren für das deutliche Bild dieses Bereichscluster verantwortlich.

Die räumliche Verteilung aller drei Bereichscluster liefert ein eindeutiges und übereinstimmendes Bild. Dies bestätigt die zusammenfassende Analyse.

5.4 Zusammenfassung der quantitativen Untersuchung

Der letzte Analyseschritt ist zentral für die weitere Untersuchung, da in ihm die Ergebnisse aller Bereichsclusteranalysen zusammengefasst werden. Das heißt, dass das Ergebnis dieses Analyseschrittes die Kleinstädte nach demographischen, wirtschaftlichen und sozialen/finanziellen Maßgaben beurteilt. Interessant ist dabei, wie und ob die

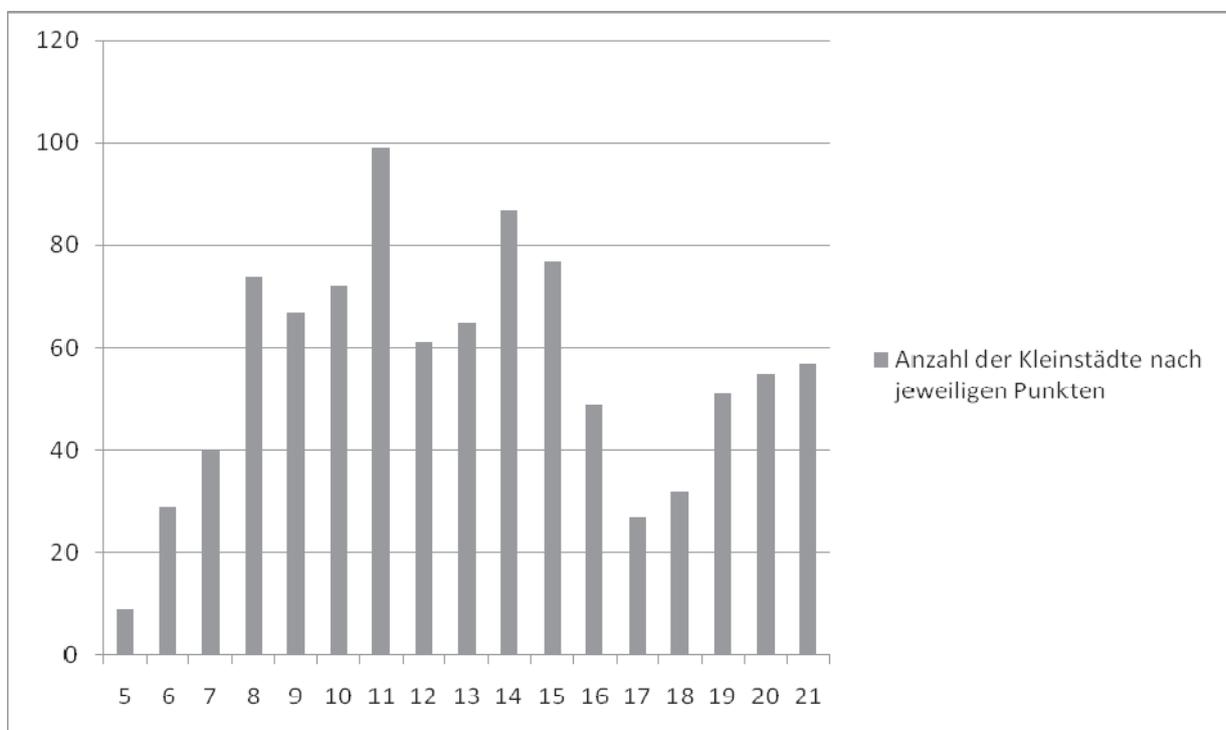


Ergebnisse der einzelnen Clusterbereichsanalysen sich in ähnlichen Gruppen zusammenfinden.

Die finale Gesamtanalyse beruht auf den vorangehenden Bereichsanalysen. In diesen Bereichsanalysen wurden jeweils sieben Cluster geschaffen, die in eine Rangfolge gebracht wurden, bei der der erste Cluster jeweils der stabilste, der siebte Cluster, der mit den größten Herausforderungen heute und in Zukunft ist. Addiert man die einzelnen Bereichscluster miteinander, so ergibt sich für jede Kleinstadt eine Gesamtzahl, die idealerweise bei 3 (jeweils der besten Gruppe zugehörig) und im schlechtesten Fall bei 21 (dreimal im siebten Cluster) liegt. Diese Einstufung zwischen 3 und 21 Punkten liegt für alle Kleinstädte vor und ermöglicht nun eine präzise Einschätzung für mögliche Kategorien von Kleinstädten, die auf dieser Basis flexibel geschaffen werden können.

So geht es zunächst um die Erkenntnisse, die der Gesamtanalyse zu entnehmen sind, bevor dann die Lage des Siedlungstyps im Mittelpunkt steht, die auf Basis einer Zusammenfassung der Ergebnisse der gesamten quantitativen Untersuchung diskutiert wird. Die Frage nach dem weiteren Vorgehen ist insofern von Bedeutung, da auf Grundlage der Ergebnisse dieses Kapitels die Auswahl der Untersuchungsstädte der qualitativen Untersuchung stattfindet. Die Verteilung der Kleinstädte auf der Punkteskala von 3 – 21 Punkten verdeutlicht die Situation der deutschen Kleinstadt.

Abbildung 5.17: Verteilung der Kleinstädte in der Gesamtanalyse



Quelle: Eigener Entwurf (Daten: Ergebnisse der eigenen Untersuchung).



Abbildung 5.17 zeigt, dass der Schwerpunkt der Städte mittlere Werte zwischen 10 und 15 Punkten erreicht. Es gibt keine Kleinstadt, die einen Wert von 3 oder 4 Punkten erreichen konnte. Städte mit einer Punktzahl von 5 bis 7 sind daher zur Spitzengruppe zu zählen. Städte, die außerdem zum positiven Bereich gehören, sind diejenigen mit einer Punktzahl von 8 und 9 Punkten. Vergleicht man die stabilen Kleinstädte mit den gefährdeten wird deutlich, dass die gefährdeten Kleinstädte leicht in der Überzahl sind. Dies bestätigt die These der Arbeit insofern, als dass bei einer so hohen Zahl von gefährdeten Kleinstädten, der Siedlungstyp insgesamt durch Marginalisierung bedroht ist und ein Niedergang in zumindest der Hälfte der Städte in Betracht gezogen werden muss. Interessant werden in diesem Zusammenhang auch die Ergebnisse der qualitativen Untersuchung im folgenden Kapitel sein, da dabei weitere Informationen darüber generiert werden können, ob die Städte des zahlenmäßig starken Mittelfelds strukturell eher zur Marginalisierung oder zum unveränderten Fortbestand tendieren. Auf Basis der Ergebnisse der Bereichsclusteranalysen ist davon auszugehen, dass sich die Probleme der durchschnittlichen deutschen Kleinstadt verstärken werden.

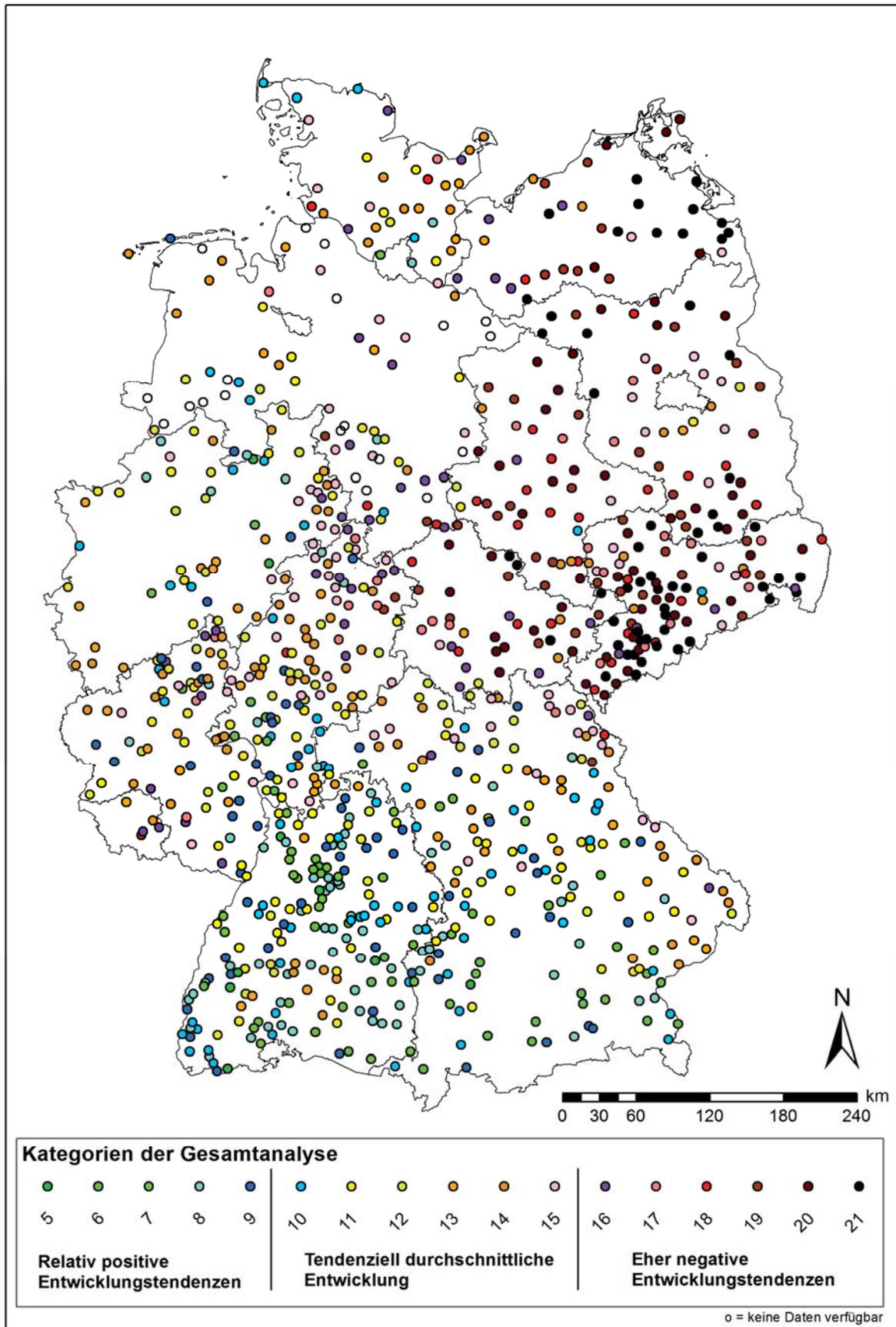
Klar ist aufgrund der Addition der drei Bereichscluster, dass nicht jede Kleinstadt gleicher Gesamtpunktzahl exakt gleich zu beurteilen ist, da diese sich aus verschiedenen Einzelwerten zusammensetzt. Die Aussagekraft der Gesamtbetrachtung ist nichtsdestotrotz gegeben.

Festzuhalten bleibt, dass bei einer quantitativen Analyse dieses Umfangs die Frage des jeweiligen Betrachtungsmaßstabes eine Rolle spielt. Man hat es im vorliegenden Fall aufgrund der Indikatorenauswahl und der Methode der Clusteranalyse mit einer Abstraktion zu tun, die sich dann in einer Kategorienbildung fortsetzt. Innerhalb dieses Konstrukts ist es aber möglich, zu jeder Kleinstadt eine präzise Einschätzung zum aktuellen und zukünftigen Entwicklungspotenzial zu machen. Und so ist es dann möglich, sich von der Makroebene der Kategorien bis zur Mikroebene der Einzelstadt zu bewegen.

Die räumliche Verteilung in der Gesamtperspektive liefert folgendes Bild:



Abbildung 5.18: Räumliche Darstellung der Gesamtanalyse



Quelle: Eigener Entwurf (Daten: Ergebnisse der eigenen Untersuchung).



Auch unter Einbezug aller verfügbaren Daten ändert sich die Verteilung positiver und negativer Entwicklungstendenzen kaum. Dies bestätigt einen starken Zusammenhang der drei untersuchten Bereiche. Kleinstädte im Süden Deutschlands sind strukturstärker als in den anderen Teilen Deutschlands. Kleinstädte in den neuen Bundesländern haben es mit schweren Marginalisierungstendenzen zu tun. Der Westen Deutschlands ist durch durchschnittliche Kleinstädte geprägt. In diesen Städten findet aktuell ein wirtschaftlicher Umbruch statt, der entweder im Osten Deutschlands schon abgeschlossen ist oder im Süden Deutschlands noch auf sich warten lässt.

Der Norden Deutschlands ist geprägt durch ländliche Kleinstädte mit erhöhter Zentrenbedeutung. Dabei lässt sich auch hier nach alten und neuen Bundesländern differenzieren. Mecklenburg-Vorpommern ist insgesamt durch Marginalisierung geprägt, während die Kleinstädte der alten Bundesländer im demographischen Bereich weniger gefährdet sind.

Insgesamt gilt, dass Kleinstädte, egal ob in den alten oder neuen Bundesländern gelegen, die sich im Umkreis von Agglomerationen und Großstädten befinden, bessere Entwicklungsperspektiven als ländliche Kleinstädte haben. Besonders um Leipzig und Berlin herum lässt sich das gut erkennen. Interessant ist weiterhin, dass es deutschlandweit zwei Häufungen von Kleinstädten gibt, die sich in ihrer Bewertung diametral gegenüberstehen. Eine dieser Häufungen liegt in Sachsen im Bereich Zwickau/Chemnitz und kann als Sinnbild für eine extrem strukturschwache Region gelten. Die andere Häufung liegt in der Region nördlich von Stuttgart und um Stuttgart herum und ist das genaue Gegenteil, nämlich eine Region, die beste Zukunftsperspektiven in demographischer und ökonomischer Hinsicht aufweist. Nichtsdestotrotz wird durch die Karte deutlich, dass die deutsche Kleinstadtlandschaft zwar stark differenziert ist, sich aber Trends und Entwicklungslinien in verschiedenen Regionen Deutschlands immer wiederfinden. Der Siedlungstyp weist eine regionsbedingte Heterogenität auf.

Daher gibt es eine kleine Gruppe von Kleinstädten, die sich gut behaupten können und sich den im Wandel begriffenen Bedingungen von Gesellschaft und Wirtschaft anpassen können. Die Mehrzahl der deutschen Kleinstädte befindet sich jedoch auf einem mittleren Level, der es schwer macht, die zukünftige Entwicklung vorauszusehen. Es ist aufgrund des sich beschleunigenden demographischen Wandels und der steigenden Konkurrenzsituation in ökonomischer Hinsicht davon auszugehen, dass die Mehrzahl dieser Kleinstädte mit mittleren Bewertungen zunehmend von Problemen bedroht sein wird. Dies zeigt auch der zu Beginn des Kapitels durchgeführte Vergleich zwischen den verschiedenen Stadttypen. Kleinstädte sind verglichen mit den größeren Stadttypen wenig konkurrenzfähig und gerade der Wandel der Wirtschaftsstruktur bedingt eine weiter steigende Attraktivität der ohnehin eher positiv zu bewertenden (und meist größeren) Standorte. So sind also auch Kleinstädte der mittleren Kategorien schon heute, aber



erst Recht in Zukunft Gefährdungen ausgesetzt, die zu weiteren Marginalisierungen führen. Genauer wird in diesem Zusammenhang die qualitative Analyse ergeben. Die Kleinstädte mit negativen Entwicklungspotenzialen zeigen schon heute die Probleme, die in Zukunft immer mehr Kleinstädte erreichen werden. Die Daten sprechen in diesem Fall eine klare Sprache: hohe Abwanderung, starke Deindustrialisierung bei ausbleibender Tertiärisierung und als Folge daraus wenige Arbeitsplätze, eine schwache städtische Finanzausstattung und eine Verschlechterung der sozialen Lage der Einwohnerschaft.

Die größte Gefahr an diesen Entwicklungen ist, dass sie sich strukturell im Raum niederschlagen, zu Ungleichgewichten in der politisch gewollten Gleichwertigkeit des Raumes und der Lebensverhältnisse führen und so langfristige Gewinner- und Verliererregionen (räumliche Polarisierung) geschaffen werden. Kleinstädte als Zentren der ohnehin schon schwächeren Regionen der Bundesrepublik können als neuralgische Punkte dieser Entwicklung angesehen werden.

Ruft man sich den Strukturdatenvergleich zwischen den untersuchten Kleinstädten, den Mittelstädten und den sechs größten Städten noch einmal vor Augen, wird noch deutlicher, was gemeint ist: Der Vergleich der Durchschnittswerte ergab, dass Groß- und Mittelstädte deutlich mehr Wirtschafts- und Bevölkerungspotenziale anziehen oder halten können, als es die Kleinstädte vermögen. Eine weitere Zentralisierung der Wirtschafts- und Bevölkerungspotenziale auf Großstädte und Agglomerationsräume ist die Folge. Wohl den Kleinstädten, die in der Nähe dieser Räume liegen und profitieren können. Die Kleinstädte, die jedoch nicht in diesen Gunsträumen liegen, haben es im Durchschnitt deutlich schwerer, gesund weiter zu existieren. So wird der sozioökonomische Wandel zu Beginn des 21. Jahrhunderts immer mehr zur Schicksalsfrage für die deutsche Raumordnung, Gesellschaftsethik und Sozialstruktur. Es scheint kaum widerlegbar, dass die weitere Entwicklung des Siedlungstyp Kleinstadt ein zentraler Punkt für die Entscheidung dieser Frage sein wird. Marginalisierung in strukturschwachen Räumen, Veränderung der Sozialstruktur und des Zusammenlebens in Kleinstädten in Agglomerationsräumen und weitere Faktoren – die Zahlen belegen dies und belegen vor allem auch die Tragweite der Veränderungen, die auf die deutsche Kleinstadt zu kommen. Gesamtgesellschaftlich zeichnet sich in Deutschland der Trend ab, das bürgerliche Weltanschauungen des 20. Jahrhunderts, auf denen die ländlich-verbundene Wirtschafts- und Siedlungsstruktur bisher aufbaute vor der Ablösung steht. Ländlich-verbundene Wirtschaft heißt heute zunehmend Tourismus, oder die Suche nach der Dienstleistungsnische. Siedlungsstrukturen unterliegen den Ansprüchen der schnellen urbanen Zentrenreichtbarkeit bei größtmöglicher Individualfreiheit – auch Suburbanisierung genannt. Ob es in einer solchen Konstellation noch einen Platz für die „deutsche Kleinstadt“ gibt und was Veränderungen in den drei untersuchten Bereichen für einzelne Kleinstädte bedeuten, klärt die nun folgende qualitative Untersuchung. Disku-

tiert werden die Zukunft der deutschen Kleinstadt im Kontext des zunehmenden kommunalen Wettbewerbs und die Frage, ob eine Transformation im Sinne des sozioökonomischen Wandels verwirklicht werden kann.



Zwischenfazit II: Theoriegeleitete Reflexion der quantitativen Untersuchungsergebnisse

Aus der vorliegenden quantitativen Untersuchung lassen sich unter sozioökonomischen Gesichtspunkten eindeutige regionale Muster der Verteilung von Kleinstädten in Deutschland ableiten. Die mithilfe der Clusteranalyse ausgearbeitete Beurteilung ist idiographisch, relativ und bezieht sich nur auf die Untersuchungsgesamtheit (Kommunen zwischen 5.000 und 20.000 Einwohnern mit Stadtrecht), die stellvertretend für die deutsche Kleinstadt und vergleichbare Kommunen gewählt wurde. Aus ihr ist weder abzulesen, wie es um alle Siedlungen bestellt ist, die dem Typ Kleinstadt im weitesten Sinne zugeschlagen werden können²²⁹, noch kann sie allein verlässlich die weitere Entwicklung des Siedlungstyps darstellen. Die Beschreibung des Ist-Zustandes des Siedlungstyps lässt jedoch in Kombination mit einer retrospektiven Betrachtung der Entwicklung des Siedlungstyps Kleinstadt in der Bundesrepublik Deutschland eine Interpretationsgrundlage für die weitere Entwicklung entstehen. Nützlich ist dabei der Vergleich von Stadttypen, der Teil der quantitativen Untersuchung ist. Dabei ist festzuhalten, dass der Siedlungstyp Kleinstadt im sozioökonomischen Vergleich zu den Stadttypen Mittel- und Großstadt als schwächer einzuordnen ist. Grundsätzlich haben die theoretischen Vorarbeiten gezeigt, dass der Raum der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich strukturpolitisch („Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“) und wirtschaftsabhängig (gesellschaftlich) produziert wurde.

Es steht zur Debatte, ob die Kleinstadt trotz ihrer relativen räumlichen Heterogenität als eigenständiger Siedlungstyp betrachtet werden kann. Im Laufe der theoretischen Vorarbeiten wurden Kriterien definiert, die den Siedlungstyp als solchen in Abgrenzung zu anderen Siedlungstypen definieren. Auch die quantitative Analyse zeigt einen deutlichen Unterschied zwischen den untersuchten Stadttypen. Dies beginnt bei räumlichen Kriterien wie der Siedlungsfläche und bestätigt sich weiterhin in sozioökonomischen Kriterien, wie der Verteilung von Arbeitsplätzen nach Sektoren, Wanderungs- oder Einkommensverhältnissen. Neben dem statistischen Kriterium der Einwohnerzahl spricht so auch die Auswertung der gewählten Indikatoren dafür, dass die Kleinstadt als abgrenzbarer Siedlungstyp in Deutschland existiert. Trennschärfe zwischen Städten, die leicht größer oder kleiner als die Städte sind, die aufgrund ihrer Einwohnerzahl zur Untersuchungsgesamtheit zählen, besteht bei der vorliegenden Untersuchung nicht (Das BBSR umgeht dieses Problem in seiner Untersuchung zu Klein- und Mittelstädten (2012), indem es den Fokus seiner Untersuchung ausdehnt). Es ist zu betonen, dass

²²⁹ Vgl. BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (HRSG.): Klein- und Mittelstädte in Deutschland - eine Bestandsaufnahme, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2012.



der Siedlungstyp und nicht die einzelne Kleinstadt das Thema der vorliegenden Untersuchung bildet. Auf dieser Ebene lässt sich unter Berücksichtigung der quantitativen Untersuchungsergebnisse von einem definier- und abgrenzbaren Siedlungstyp sprechen. Die Trennschärfe, insbesondere beim Faktor Einwohnerzahl, nimmt dabei zu den Rändern der definierten Untersuchungsgesamtheit ab. Dass die gewählten Kriterien jedoch einen Stadttyp unterhalb der Mittelstadt und über dem Dorf beschreiben, steht außer Frage.

Neben der Bestätigung der gewählten Kleinstadtdefinition, die auch in weiterer aktueller Forschungsliteratur ähnlich angewandt wurde²³⁰, entstehen mithilfe der quantitativen Untersuchung Erkenntnisse im Kontext sozialer Raumproduktion: Eindeutig ist, dass die Kleinstadt durch gesellschaftliches Handeln definiert ist. Aus der großen Zahl institutioneller und individueller Entscheidungen (Wahl des Unternehmens-, Arbeits- und Lebensortes) entstehen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene räumliche Muster. Die quantitative Untersuchung zeigt, dass nicht nur der Siedlungstyp und die damit verbundene jeweilige Zentrenfunktion Entscheidungskriterium menschlichen Handelns ist, sondern dieses ebenso von der regionalen Lage des Ortes abhängig ist. Kleinstädte in Baden-Württemberg verzeichnen durchschnittlich wesentlich geringere Einwohnerverluste als Kleinstädte in weiten Teilen der neuen Bundesländer. Gleichzeitig ist jedoch die Kleinstadt insgesamt der Siedlungstyp, der sowohl im ökonomischen wie auch im demographischen und sozialen Kontext durch potenzielle Einwohner und Unternehmen als am wenigsten attraktiv im Vergleich der Siedlungstypen wahrgenommen wird, wie Arbeitsplatzverfügbarkeit und Wanderungsmuster zeigen. Attraktivitätsfördernde weiche Standortfaktoren wie Urbanität und Versorgungsfunktionen sind in größeren Siedlungstypen eher verfügbar als in der Kleinstadt. Die erkennbaren gesamtgesellschaftlichen Handlungsmuster sind deutlich durch soziale Maßstäbe bzw. ökonomische Bedeutsamkeit geprägt. In Interpretation des theoretischen Programmes der Arbeit wird deutlich, dass eine kapitalistische Wohlstandsgesellschaft räumliche Ansprüche entwickelt, denen der Siedlungstyp Kleinstadt nur in begrenztem Maß genügen kann. Die Clusteranalyse zeigt darüber hinaus die regionale Ausprägung dieser Entwicklung. Außerdem wird dieser Zusammenhang durch die anschließende (qualitative) Einzelfalluntersuchung genauer definiert.

Wie schon zum Abschluss des theoretischen Programmes zusammengefasst, ist der Analysezugang zum Untersuchungsgegenstand sozialwissenschaftlich geprägt. Die deutsche Kleinstadt wird unter den Bedingungen einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft im Globalisierungszeitalter betrachtet. Dadurch kommt es zu Überwerfungen mit bisherigen Mechanismen der Raumproduktion im Industriezeitalter, die Adaptionsherausforderungen für Kleinstädte mit sich bringen. Die Interpretation der

²³⁰ Vgl. ebd., S.18.



meisten in der quantitativen Untersuchung verwendeten Indikatoren liefert dafür Anhaltspunkte. Folgend einige Beispiele, die den gesamten Siedlungstyp im Durchschnitt charakterisieren:

- Die Zahl der industriell Beschäftigten lag im Jahr 2007 in Kleinstädten bei 40,53% – der höchste Wert der verglichenen Stadttypen.
- Die Bedeutung als Arbeitsort lag im Jahr 2007 bei 0,94. Trotz der Heterogenität (erfolgreiche Kleinstädte im Süden) verfügt der Siedlungstyp Kleinstadt über weniger Arbeitsplätze als Einwohner.
- Die Arbeitsplatzentwicklung in den Jahren 2002 bis 2007 betrug für die Untersuchungsgesamtheit -2,58%.
- Die Bevölkerungsentwicklung in den Jahren von 2000 bis 2007 betrug für die Untersuchungsgesamtheit -2,21%.
- Die Bevölkerungsentwicklung von 2006 bis 2025 wird voraussichtlich -5,24% betragen.
- Von 1000 in der Kleinstadt lebenden jungen Menschen wanderten im Jahr 2007 durchschnittlich 26,33 Personen pro Stadt ab.
- Das Durchschnittsalter im Siedlungstyp Kleinstadt wird im Zeitraum von 2007 bis 2025 von 43,5 Jahren auf 46,2 Jahre ansteigen.
- Der gesamte Arbeitslosenanteil lag 2007 für den Siedlungstyp Kleinstadt bei 11,8 %.

Die aufgeführten Werte zeigen einerseits, dass der Siedlungstyp insgesamt zu Recht als von Transformationsherausforderungen bedroht beschrieben wird. Andererseits ist die Untersuchungsgesamtheit geprägt durch die negativ kategorisierten ostdeutschen Kleinstädte und durch die positiven süddeutschen Kleinstädte, so dass die gefährdete „durchschnittliche deutsche Kleinstadt“ zwar keine Ausnahme ist, wie die Clusteranalyse zeigt, jedoch nur einen Teil der Untersuchungsgesamtheit abbildet. Die Clusteranalyse zeigt, dass von den 951 untersuchten Kleinstädten 220 Städte als positiv einzuordnen sind (Cluster 5-9), 459 Städte als durchschnittlich (Cluster 10-15) und 272 Städte als negativ (Cluster 16-21). Die These der Arbeit lautet, dass die deutsche Kleinstadt durch zunehmenden räumlichen Wettbewerb zu Beginn des 21. Jahrhunderts im sozioökonomischen Niedergang begriffen ist. Im Sinne der Clusteranalyse sind 731 von 951 untersuchten Städten als durchschnittlich oder schlechter zu bewerten, so dass für diese Gruppe oben genannte Siedlungstyp-Charakteristika als zutreffend bezeichnet werden können.



Dieses Ergebnis kann insofern mit der zuvor definierten Theorie eines sozial produzierten Raumes verbunden werden, als ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen mindestens nationaler Ebene (z.B. Strukturpolitik im Sinne der Gleichwertigkeit), aber auch national wirkende internationale Phänomene (wie Globalisierung und daraus entstehender Neoliberalismus) als Determinanten der bundrepublikanischen Raumentwicklung zu sehen sind. Die Ergebnisse der quantitativen Untersuchung besagen in diesem Kontext, dass der Siedlungstyp Kleinstadt als Ganzer einer der schwächsten in der Bundesrepublik ist, da in ihm die höchsten deindustrialisierungsbedingten Einschnitte für die Sozial- und Infrastrukturen zu erwarten oder bereits eingetreten sind. Dies belegt das vorangehende Kapitel, wenn auch regionale Heterogenität zu berücksichtigen ist. Außerdem ermöglicht die Interpretation der Ergebnisse unter Einbeziehung sozialer Raumproduktionstheorie die Definition anderer Handlungsempfehlungen als dies bisher vorliegende Untersuchungen anbieten: Wird der Ausgangspunkt der räumlichen Herausforderungen, wie sie die quantitative Untersuchung offenlegt, auf makrogesellschaftlicher bzw. ökonomischer Ebene gesehen, sind strukturpolitische Handlungsmuster, wie sie im 20. Jahrhundert praktiziert wurden und die meist nur in kleinerem Maßstab Handlungsmuster wirtschaftlicher Akteure beeinflussen, zunehmend wirkungslos. Gleichwertige Lebensverhältnisse müssen zu Beginn des 21. Jahrhunderts über andere Mittel hergestellt werden, die dem Wandel zur postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft auch in der Kleinstadt Rechnung tragen. Das Fazit der Arbeit greift diesen Punkt noch einmal auf.





6. Deutsche Kleinstädte im Wettbewerb – eine qualitative Untersuchung

Die quantitative Untersuchung liefert Ergebnisse über den Zustand des Siedlungstyps Kleinstadt in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Sie belegt, dass regionale Disparitäten bestehen und der Siedlungstyp zukünftig verstärkt vor Herausforderungen stehen wird.

Die Frage nach den Ursachen dieser zunehmenden Herausforderungen in den Sektoren Wirtschaft, Demographie und Soziales/Finanzen wird durch die quantitative Untersuchung allerdings nicht in Gänze beantwortet. Diese Arbeit verfolgt die These, dass der Siedlungstyp Kleinstadt zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor dem Niedergang steht. Dieser Niedergang ist ausgelöst durch sozioökonomischen Wandel, der zu zunehmendem kommunalen Wettbewerb führt.

Insbesondere der Aspekt des Wettbewerbs wird folgend durch eine qualitative Analyse geprüft. Dazu werden 20 Bürgermeister von Kleinstädten in der gesamten Bundesrepublik befragt. Sie geben Auskunft über Wettbewerb und Standortkonkurrenz, über die Vor- und Nachteile, die Kleinstädte in der sich wandelnden Gesellschaft bieten und über Handlungsansätze zum Umgang mit den zunehmenden kommunalen Herausforderungen.

Der qualitative Ansatz ist geeignet, weil er Systemzusammenhänge berücksichtigt und Ursachenforschung ermöglicht. Flick (2002) spricht vom Nutzen qualitativer Forschung für die Untersuchung sozialer Zusammenhänge, die aus einer Pluralisierung der Lebenswelten entstehen. In Verbindung mit den im dritten und vierten Kapitel diskutierten sozioökonomischen Veränderungen der Gesellschaft kommt es zu einer „neuen Unübersichtlichkeit“ (Habermas 1985), einer zunehmenden Individualisierung (Beck 1986) oder zur Auflösung alter sozialer Ungleichheiten in eine neue Vielfalt von Milieus, Subkulturen und Lebensstilen (Hradil 1992).²³¹ Das heißt, dass (postmoderne) Gesellschaftsprozesse nicht mehr nur in großen Hauptlinien verlaufen (auch diese existieren jedoch weiterhin), sondern gerade die Makrotrends von einer Vielzahl von Beweggründen und Handlungsmustern geprägt werden.²³²

Wiest (2010) weist außerdem darauf hin, dass qualitative Ansätze an verschiedene Forschungsansätze angepasst werden können. So hätten universale Ansätze bspw. das Ziel einheitliche Entwicklungsmuster im Kontext sozioökonomischer Zusammenhänge auf Makroebene zu erkennen, um auf dieser Basis allgemeingültige Aussagen

²³¹ Vgl. FLICK, UWE: Qualitative Sozialforschung, Rowohlt Verlag, Reinbek 2002, S.12.

²³² Vgl. REESE-SCHÄFER, WALTER: Politische Theorie der Gegenwart in fünfzehn Modellen, Oldenbourg Verlag, München 2006, S. 53.



treffen zu können. Mit einer solchen Vorgehensweise ist es laut Wiest (2010) zwar möglich, eine überspannende Theorie zu schaffen, jedoch sei sie auf Grund ihrer Tendenz zur Übergeneralisierung und dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit modellhafter Darstellungen in die Kritik geraten.²³³

Dem gegenüber stehen individuelle Ansätze qualitativer Forschung. Sie ermöglichen die Erklärung spezifischer Phänomene in bestimmten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder kulturellen Zusammenhängen:

„Individualisierende Stadtvergleiche sind häufig implizit und methodisch qualitativ angelegt. Typische Beispiele sind Entwicklungspfadanalysen [...]. Die Kritik an individualisierenden Ansätzen richtet sich vor allem auf die geringe Übertragbarkeit und Reichweite ihrer Erklärungen sowie die Tendenz zur idiographischen Beschreibung.“²³⁴

In der vorliegenden Arbeit werden beide Ansätze verknüpft: Gesellschaftliche Herausforderungen wurden definiert und die quantitative Untersuchung bestätigt diese. Um das Netz von Beziehungen, die aus den raumrelevanten Prozessen aller Größenordnungen entstehen, zu erfassen, bedarf es außerdem eines aussagekräftigen Bildes auf Mikroebene, also auf Basis individueller, kommunaler Forschung. Erst die Kombination verschiedener Maßstäbe kann Erkenntnisse zur deutschen Kleinstadt liefern, die allgemeingültig sind und mit der Herausforderung eines sozial produzierten Raumes sowie den gesellschaftlich ausgelösten Transformationsprozessen darin, umgehen.

6.1 Methodik

Die qualitative Untersuchung fügt den bisherigen Ergebnissen stadt- und entwicklungs-spezifische Erkenntnisse hinzu. Da sich die Arbeit auf das spezielle Thema Stadtentwicklung unter dem Fokus zunehmenden Wettbewerbs bezieht sind insbesondere Akteure der Stadtentwicklung in der Lage, auf das Erkenntnisinteresse präzise einzugehen. Ihr Expertenwissen umfasst sozioökonomische Zusammenhänge mit kommunalem Schwerpunkt. Dies kommt systemisch vernetzten Themen, wie zunehmendem Wettbewerb, entgegen.

Eine genauere Diskussion der qualitativen Methodenwahl findet sich im Anhang. Nähere Informationen zur Auswahl der Experten finden sich ebenso im Anhang.

Es wird das Verfahren des leitfadengestütztes Experteninterview angewandt. Nach Reuber und Pfaffenbach (2005) haben Leitfaden-Interviews den Vorteil der Fokussie-

²³³ WIEST, KARIN: Multiple und global verwobene Moderne als Herausforderung für die vergleichende Stadtforschung, In: BELINA, BERND; MIGGELBRINK, JUDITH (HRSG.): Hier so, dort anders, Westfälisches Dampfboot, Münster 2010, S.268.

²³⁴ Ebd., S.268f.



rung und Problemzentriertheit.²³⁵ In Bezug auf das Erkenntnisinteresse der Arbeit ist dies die richtige Wahl. Außerdem entsteht durch den Interview-Leitfaden eine Standardisierung der behandelten Themen, sodass Vergleichbarkeit gewährleistet ist.

Die Durchführung der Interviews erfolgt mithilfe digitaler Tonmitschnitte und Notizen des Interviewers, sodass kaum Information verloren geht.

Die Dokumentation und Kodierung der gesammelten Daten wird im Anhang genauer erläutert. Auch die Transkriptionsregeln und das Transkriptionsverfahren werden dort vorgestellt. Weiterhin sind die kompletten Transkriptionen der Interviews und die Tonbandmitschnitte im Anhang abrufbar.

Folgend wird das Untersuchungsgebiet und die Gestaltung des Interview-Leitfadens genauer dargestellt.

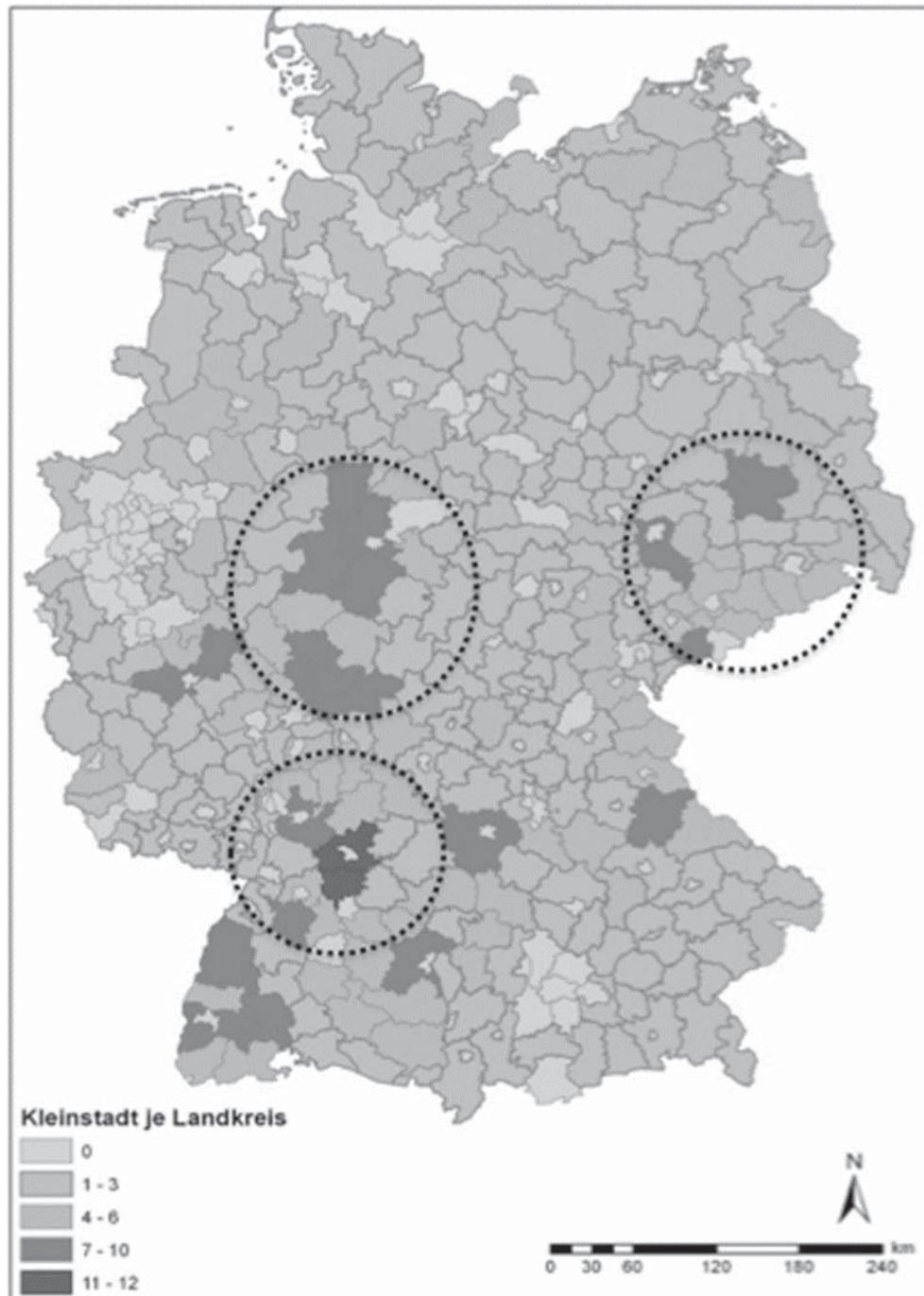
6.1.1 Untersuchungsgebiet

Die qualitative Untersuchung umfasst 20 Kleinstädte. Besonderes Augenmerk wird auf eine ausgeglichene regionale Verteilung gelegt. Da die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg nicht berücksichtigt werden müssen bleiben 13 Bundesländer für die Untersuchung relevant. Bei ihnen bietet es sich an, nach Größe und Besonderheiten zu differenzieren. Das Saarland bspw., das insgesamt nur fünf Kleinstädte nach Definition dieser Arbeit aufweist, ist genügend durch eine Beispielstadt vertreten. Die Kleinstadthäufungen hingegen in Sachsen, Baden-Württemberg und Hessen (im weiteren Kreis auch noch in Bayern und Rheinland-Pfalz) werden besonders berücksichtigt. Weiter kann man diese räumliche Differenzierung vertiefen, wenn man Schwerpunkte bzw. Kleinstadthäufungen im Bundesgebiet auf einer Karte darstellt.

²³⁵ Vgl. REUBER, PAUL; PFAFFENBACH, CARMELLA: Methoden der empirischen Humangeographie, Westermann Verlag, Braunschweig 2005, S.129.



Abbildung 6.1: Kleinstadthäufungen in Deutschland



Quelle: Eigener Entwurf (Daten: Ergebnisse der eigenen Untersuchung). Die Darstellung berücksichtigt Kleinstädte mit Stadtrecht und einer Einwohnerzahl zwischen 5.000 und 20.000.

Abbildung 6.1 zeigt Schwerpunkte in der Verteilung der deutschen Kleinstädte auf Landkreisebene. Zu beachten ist der unterschiedliche Zuschnitt der Landkreise. Dieser führt zu Verzerrungen, sodass die Karte nur Übersichtsfunktion hat. Regionen, die stark kleinstädtisch geprägt sind, sind diejenigen die 4 oder mehr Kleinstädte pro Landkreis aufweisen.



Augenfällig ist ein breiter Korridor auf Nord-Süd Achse der alten Bundesländer, der sich über ganz Hessen und Baden-Württemberg erstreckt. Weiterhin sind in der nördlichen Hälfte Bayerns und in Sachsen kleinstädtisch geprägte Regionen zu finden. Im Norden existieren kaum Kleinstadt-Ballungen und die Landkreise, die mehr als vier Kleinstädte aufweisen, sind jeweils große Flächenlandkreise, sodass hier nicht von einer Häufung gesprochen werden kann. Die Kerngebiete der Karte 6.1 werden als ein Orientierungspunkt in die Auswahl der Untersuchungsstädte einfließen.

Neben der angemessenen Berücksichtigung des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland werden die Kleinstädte auf Basis der Kategorien der quantitativen Untersuchung ausgewählt. Möglich waren dort Bewertungen von 3-21 Punkten. Im Rückbezug auf das Erkenntnisinteresse der Arbeit entsteht aus diesen Kategorien eine Untersuchungsgesamtheit für die qualitative Untersuchung. Ziel der Arbeit ist es, Erkenntnisse über die weitere Entwicklung bzw. zu befürchtende Marginalisierung der deutschen Kleinstadt zu gewinnen. Besonders die durch den sozioökonomischen Wandel ausgelöste Entwicklungsrichtung des Siedlungstyps ist dabei bedeutsam. Während positiv kategorisierte Kleinstädte gering von kritischen Auswirkungen des Wandels betroffen sind und negativ bewertete Kleinstädte eben diesem schutzlos ausgeliefert sind, sind es die durchschnittlich kategorisierten Kleinstädte, die die interessantesten Auskünfte über die weitere Entwicklung des Stadttyps geben können. Weiter werden die Kategorien noch spezifischer gewählt: Sinnvoll ist es, Punkte des Übergangs in der Kategorisierung einzugrenzen. Das bedeutet, dass je fünf Kleinstädte aus vier Kategorien nämlich 9,10,15 und 16 untersucht werden. Dies sind bei einer gedachten Dreiteilung der Kategorien in positiv, neutral und negativ folgende vier Kategorien:

1. die schlechtesten positiven Kleinstädte
2. die besten durchschnittlichen Kleinstädte
3. die schlechtesten durchschnittlichen Kleinstädte
4. die besten negativen Kleinstädte

Aus diesem Gleichmaß der Extremwerte entsteht eine Auswahl an Kleinstädten, die einerseits stellvertretend für die Untersuchungsgesamtheit und andererseits auch besonders aussagekräftig in Bezug auf das Erkenntnisinteresse (Auswirkungen des sozioökonomischen Wandels auf die mittlere deutsche Kleinstadt) ist.

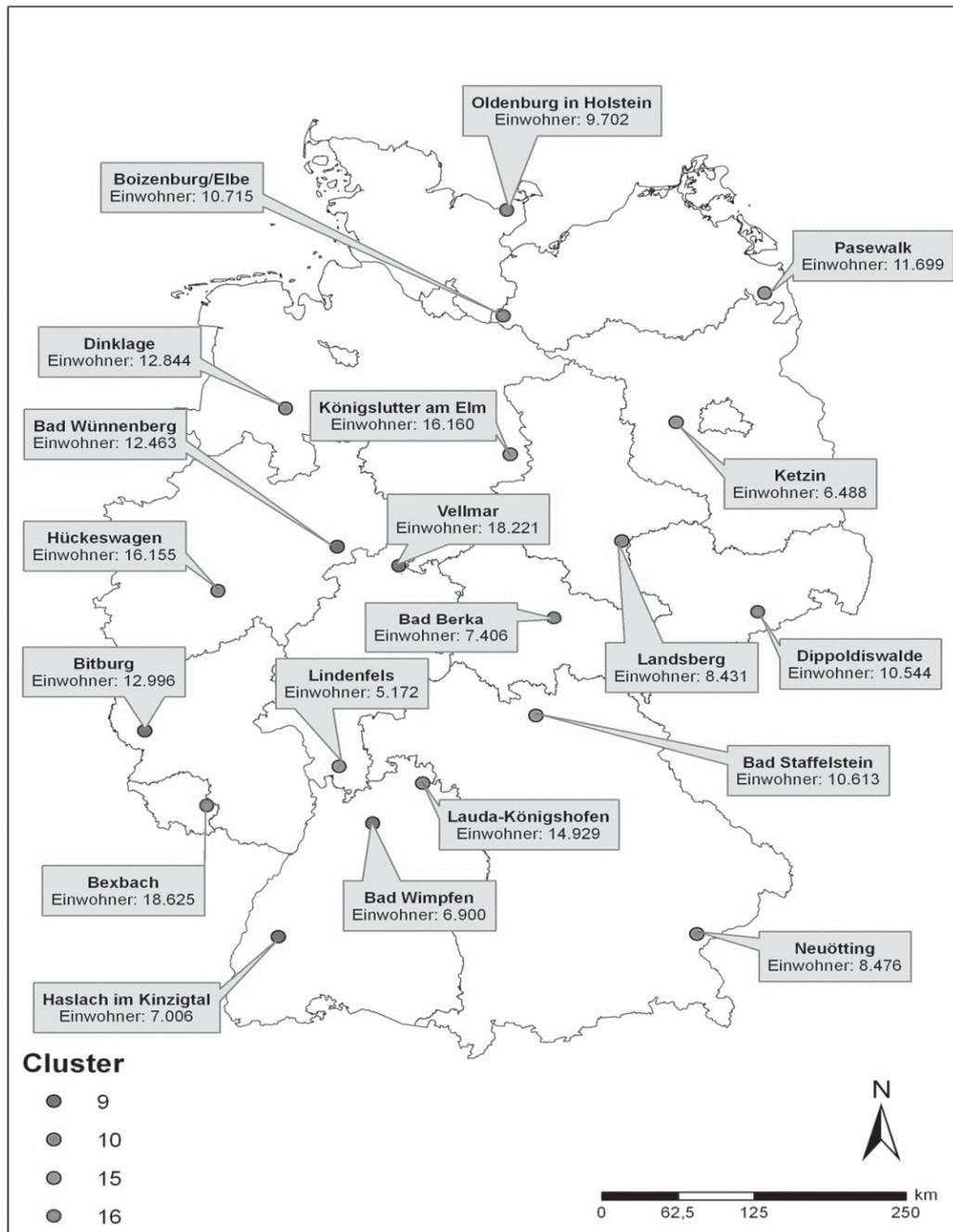
Bisher wurde deutlich, dass verschiedene Faktoren bedeutsam für die sozioökonomische Situation einer Kleinstadt sind. Einer dieser Faktoren ist die Agglomerationsnähe. Agglomerationsnahe Kleinstädte weisen deutlich andere Entwicklungsvoraussetzungen auf, als ländliche Kleinstädte. Die ländliche Kleinstadt hat meist eine wesentlich höhere Zentrenbedeutung und ist gleichzeitig kaum von Suburbanisierung geprägt. Die Wirtschaftsstruktur ländlicher Kleinstädte unterscheidet sich im Vergleich zu Kleinstädten,



die in der Nähe einer Großstadt liegen und demographisch von Suburbanisierung profitieren, dabei jedoch geringere Zentrenbedeutung aufweisen. Weiterhin spielt die regionale Lage eine Rolle (z.B. Norden, Osten, Süden, Westen der Bundesrepublik). Dabei ist es allerdings unvermeidlich, dass durch die allgemein-räumliche Entwicklung auf höherer Maßstabsebene in Ostdeutschland negativer bewertete Kleinstädte im Fokus stehen als im Süd-Westen. Außerdem kommen kleinräumigere regionale Unterschiede hinzu, bspw. zwischen der Eifel und dem Ruhrgebiet. Ein weiterer Faktor sind Kleinstädte mit besonderen lagebedingten Wirtschaftsstrukturen, so z.B. tourismusorientierte Kleinstädte oder Garnisonsstädte. Grenznähe ist ebenso ein Faktor, der die Entwicklung einer Kleinstadt hemmt oder beflügelt. Aufgrund unterschiedlicher Förderung gilt dies auch für die ehemalige innerdeutsche Grenze.

Damit sind die Faktoren genannt, die zur Auswahl der Untersuchungsstädte herangezogen wurden. Unter bestmöglicher Bezugnahme auf die Einzelfaktoren ist unter Berücksichtigung von Terminmöglichkeiten der Interviewpartner und dementsprechenden Reiseroutenverläufen eine Auswahl an Untersuchungsstädten getroffen worden. Abbildung 6.2 zeigt die 20 Untersuchungsstädte.

Abbildung 6.2: Die 20 qualitativ untersuchten Kleinstädte



Quelle: Eigener Entwurf (Daten: Ergebnisse der eigenen Untersuchung).

Es folgt eine kurze Charakterisierung der besuchten Städte von Norden nach Süden:

Die nördlichste der untersuchten Kleinstädte ist Oldenburg in Holstein. Es handelt sich dabei um eine schleswig-holsteinische Kleinstadt mit grundzentraler Versorgungsfunktion, die durch ihre Lage im westdeutschen Ostseetourismusbereich ihren Schwerpunkt lange Zeit auf ebendiesem Wirtschaftsfaktor legte. Die Konkurrenz mit den heutzutage gut ausgebauten Ostsee-Tourismusstandorten in den neuen Bundesländern führte jedoch zu einem Rückgang dieses Wirtschaftsfaktors. Hoffnung für die Zukunft entsteht durch das Infrastrukturprojekt „Fehmarnbelt-Querung“.



Die Stadt Pasewalk liegt nah an der Grenze zu Polen und Stettin. Hieraus leitet sich die Hoffnung der ehemaligen Garnisonsstadt ab (Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Mai 2011). Die Stadt hat hohe Versorgungsfunktionen für das stark schrumpfende Umland. Interessanterweise ist die Dienstleistungsquote in Pasewalk sehr hoch, da sich zwei Call Center angesiedelt haben, die von der schlechten Arbeitsmarktlage profitieren, indem sie zu relativ geringen Löhnen Arbeitskräfte einstellen können.

Boizenburg an der Elbe ist eine nahe der ehemaligen innerdeutschen Grenze gelegene Kleinstadt in Mecklenburg-Vorpommern, die nach einem immensen Arbeitsplatzverlust von 1990 bis in die 2000er Jahre hinein seit wenigen Jahren ökonomische Erholung verzeichnen kann. Dabei ist es auch hilfreich, dass sich Boizenburg (Elbe) im weiteren Einzugsbereich Hamburgs befindet.

Dinklage in Westniedersachsen ist eine ländliche Kleinstadt, die es verstanden hat, sich zusammen mit der Region Cloppenburg/Vechta von einem „Standort der Agrarproduktion“ zu einem „Standort der Agrarindustrie“ zu wandeln.

Königsutter am Elm ist eine nahe der ehemaligen innerdeutschen Grenze gelegene Kleinstadt in Niedersachsen. Einerseits Wohnstandort für die Großstädte Braunschweig und Wolfsburg hat Königsutter andererseits fast jede gewerbliche Tätigkeit an die günstigeren Standorte in den neuen Bundesländern verloren.

Ketzin ist eine wenig erfolgreiche Kleinstadt im weiteren Agglomerationsraum Potsdam/Berlin. Durch die Ausweisung eines großen regionalen Gewerbegebietes wurde Ketzin zum Wohnstandort degradiert (mit erheblichen demographischen Problemen). Die Stadt versucht, sich mithilfe von Boottourismus auf der Havel ein neues Gesicht zu geben.

Abbildung 6.3: Innenstadt Ketzin



Quelle: Eigene Aufnahme.

Bad Wünnenberg ist eine Kleinstadt im Nordosten Nordrhein-Westfalens. Die Kleinstadt hat kaum ökonomische Schwerpunkte und ist durch die Nähe zu Paderborn fast jeder Zentrumsfunktion beraubt. Auch wenn die Gesamtregion stabil ist, kann man von hohem zukünftigem Handlungsbedarf ausgehen.

Vellmar ist eine direkt an Kassel angrenzende Kleinstadt. Die Stadt hat eingeschränkte Versorgungsfunktionen und dient in erster Linie als Wohnstandort.

Landsberg ist eine in der Leuchtturmregion Halle/Leipzig direkt an einem Autobahnkreuz gelegene Kleinstadt. Die Wirtschaftsstruktur wurde in den letzten Jahren positiv entwickelt und die Kleinstadt ist ein Beispiel für gelingende Strukturpolitik.

Hückeswagen liegt am Rande des Agglomerationsraumes Köln/Leverkusen/Düsseldorf in direkter Nähe zu Remscheid und Wuppertal. Die mit 16.155 Einwohnern recht große Kleinstadt schafft es, Eigenständigkeit und Versorgungsfunktionen zu bewahren und hat in den letzten Jahren eine beachtliche Konsolidierungsstrategie in Wirtschaft und Verwaltung betrieben.

Bad Berka in Thüringen ist eine kleine Kleinstadt (7.406 Einwohner), die es in einer ökonomisch und demographisch sehr gefährdeten Region schafft, durch ihren Kur- und Klinikbetrieb besser als das Umland zu wirtschaften.

Dippoldiswalde liegt im weiteren Agglomerationsbereich der Stadt Dresden, weist eine hohe Zahl von Pendlern dorthin auf und hat gleichzeitig große demographische und ökonomische Probleme. Gelingende Konsolidierungsbestrebungen, eine solide Einzelhandelsstruktur und die zentrale Funktion des Ortes für Teile des südlich gelegenen Erzgebirges geben jedoch Hoffnung.

Abbildung 6.4: Innenstadt Dippoldiswalde



Quelle: Eigene Aufnahme.



Die rheinland-pfälzische Kleinstadt Bitburg liegt in der Eifel und hat eine weit überdurchschnittliche zentrale Bedeutung. Diese Bedeutung ergibt sich aus der Schwäche des Umlandes einerseits und andererseits aus der langjährigen hohen Bedeutung als Garnisonsstadt. Die Alliierten verkleinerten den Stützpunkt jedoch in den vergangenen Jahren immer weiter, sodass die Zukunft der Stadt zumindest im Ungewissen liegt.

Abbildung 6.5: Fußgängerzone Bitburg



Quelle: Eigene Aufnahme.

Lindenfels ist eine kleine Kleinstadt (5.172 Einwohner) im Odenwald auf einem Höhenzug gelegen. Die naturräumliche Schönheit steht hier in deutlichem Gegensatz zur kaum vorhandenen Wirtschaftsstruktur. Lindenfels hat nur wenige Versorgungsfunktionen und die Struktur der Wohnbevölkerung lässt auf starke demographische Verluste in Zukunft schließen.

Abbildung 6.6: Lindenfels Kernstadt



Quelle: Eigene Aufnahme.



Bad Staffelstein ist eine verkehrsgünstig gelegene Kleinstadt im strukturell verhältnismäßig schwachen Nordbayern, die aggressiv versucht, sich im Wettbewerb der Kurstandorte zu behaupten.

Bexbach ist eine große Kleinstadt im Saarland. Zwischen Homburg und Neunkirchen gelegen, stellt sich immer wieder die Frage nach den Zentrumsfunktionen der Stadt. Aufgrund des wirtschaftlichen Booms der Region bis in die 1970er Jahre hat Bexbach große demographische Probleme, da die Wohnbevölkerung heute durchschnittlich sehr alt ist. Außerdem durchlebte die Wirtschaft mehrere Strukturkrisen (Ende des Bergbaus etc.), sodass auf den ersten Blick von einer sehr kritischen Lage gesprochen werden kann.

Abbildung 6.7: Stadtzentrum Bexbach



Quelle: Eigene Aufnahme.

Bad Wimpfen ist eine auf dem Tourismus basierende Kleinstadt in Baden-Württemberg. Dies begründet sich im mittelalterlichen Charakter der Stauferpfalz und freien Reichsstadt. Selbst kaum Wirtschaftsstrukturen aufweisend, profitiert die Stadt von der Nähe zu Neckarsulm (Audi) und Heilbronn.

Lauda Königshofen ist eine Kleinstadt, die ihre frühere Bedeutung der Eisenbahn zu verdanken hat. Heute pendeln die meisten Einwohner aus. Trotz allem schafft es Lauda-Königshofen als Weinstadt und Ort mit akzeptablen Zentrumsfunktionen für die Wohnbevölkerung attraktiv zu bleiben. Dies ist der wirtschaftlich stabilen Lage der Region zu verdanken.

Ähnliches gilt für Haslach im Kinzigtal. Die im Schwarzwald gelegene Kleinstadt kann nur noch in geringem Maße Tourismus verzeichnen, nachdem der Schwarzwald als



Urlaubsziel an Bedeutung verloren hat. Trotz allem kann die Kleinstadt mit diversifiziertem Einzelhandel aufwarten und ist attraktiv für die Wohnbevölkerung.

Abbildung 6.8: Innenstadt Haslach im Kinzigtal



Quelle: Eigene Aufnahme.

Die bayrische Kleinstadt Neuötting ist mit ihrem Pendant Altötting infrastrukturell günstig an einer Autobahn zwischen München und Österreich gelegen. Für die Region ist die chemische Industrie bedeutend. Neuötting hat hohe Zentrenbedeutung. Insbesondere die Einzelhandelsstruktur ist sehr gut. Zusammen mit Altötting bildet die Stadt das Mittelzentrum der Region.

6.1.2 Zugang zum Feld

Der Zugang zum Feld ist über die gewählte Interview-Form definiert: Experten mit stadtspezifischen Kenntnissen sind in der Verwaltung oder der Kommunalpolitik zu finden.

Kommunalpolitische Entscheidungsprozesse und deren Akteure bzw. Machtstrukturen und Handlungsroutinen werden als Grundlage der Auswahl genutzt. Ein Exkurs zu Verwaltung und politischen Strukturen in Kleinstädten findet sich im Anhang. Dieser verdeutlicht, dass es die Bürgermeister der jeweiligen Kleinstädte sind, die als Interviewpartner in Frage kommen. Von ihnen sind umfangreiche Kenntnisse über alle städtischen Prozesse zu erwarten. Sowohl über wirtschaftliche und demographische Entwicklungsperspektiven und kommunale Herausforderungen als auch über Soziales und finanzielle Aspekte sind die Bürgermeister gut informiert. Gleichzeitig ist bei verschiedenen Verwaltungsstrukturen der Bürgermeister deutschlandweit die zentrale Steuerungsinstanz einer Kommune, so dass die Gleichwertigkeit der geführten Interviews gewährleistet ist.



Die Mitwirkung der Bürgermeister konnte nicht von vorneherein als sicher eingestuft werden. Die überwiegende Mehrheit von ihnen war jedoch dazu bereit. War ein Bürgermeister nicht zum Interview bereit, wurde unter den Voraussetzungen, die im Absatz 6.1.1 vorgestellt wurden, eine ähnlich repräsentative Kleinstadt als Ersatz gewählt.

6.1.3 Gestaltung des Interview-Leitfadens

Der Interview-Leitfaden garantiert, dass alle forschungsrelevanten Themen zur Sprache kommen. Weiterhin stellt er die thematische Vergleichbarkeit von einzelnen Interviews sicher, da wesentliche Stichpunkte (Schlüssel- und Eventualfragen) zu den einzelnen Themenkomplexen enthalten sind.²³⁶

Der Leitfaden ist problemorientiert aufgebaut und eng mit den theoretischen Vorüberlegungen der Arbeit verwoben. Mayring (2002) schreibt dazu: „Die Formulierung und Analyse des Problems muss immer am Anfang stehen. Daraus werden die zentralen Aspekte für den Interviewleitfaden zusammengestellt.“²³⁷

Der Leitfaden ist eng mit dem theoretischen Teil dieser Arbeit verwoben. Der sozioökonomische und demographische Wandel, der daraus resultierende verstärkte Wettbewerb der Kommunen und die sozialen Herausforderungen werden im Leitfaden thematisiert.

Der Leitfaden „enthält die einzelnen Thematiken des Gesprächs in einer vernünftigen Reihenfolge und jeweils Formulierungsvorschläge (eventuelle Formulierungsalternativen) zumindest für die Einstiegsfragen.“²³⁸ Mayring (2002) unterscheidet weiterhin zwischen Sondierungsfragen und Leitfadenfragen. Die Sondierungsfragen sind dabei allgemein gehaltene Einstiegsfragen, während die Leitfadenfragen die wesentlichen Fragestellungen beinhalten.²³⁹ Im vorliegenden Leitfaden werden die Einstiegsfragen durch Strukturdaten der quantitativen Untersuchung ersetzt. In einem Vergleich mit den durchschnittlichen Kleinstadtwerten wird die untersuchte Kleinstadt über die entsprechende Kategorie hinaus ins Verhältnis zur Gesamtuntersuchung gesetzt. Die Interviewpartner haben dabei die Aufgabe, die Werte zu kommentieren. Schon zu Beginn der Interviews kam es so zu kritischen Reflektionen. Dieses Vorgehen hat sich bewährt, da die Interviewpartner für den theoretischen Fragegehalt des Leitfadens (insbesondere im Bereich Wettbewerb) sensibilisiert wurden. Während die einleitenden Strukturdaten im Rahmen der quantitativen Untersuchung erläutert wurden und hier keiner erneuten Vorstellung bedürfen, wird der Leitfaden kurz vorgestellt:

²³⁶ Vgl. SCHNELL, RAINER; HILL, PAUL B.; ESSER, ELKE: – Methoden der empirischen Sozialforschung, 8.Auflage, Oldenbourg Verlag, München 2008, S.387.

²³⁷ MAYRING, PHILIPP: Einführung in die qualitative Sozialforschung, Beltz Verlag, Weinheim und Basel 2002, S.69.

²³⁸ Ebd., S.69.

²³⁹ Vgl. ebd., S.70.



Abbildung 6.9: Leitfaden zu den Experteninterviews

Leitfaden zu den Experteninterviews „Deutsche Kleinstadt“

Generelle Bewertung der Kleinstadt

- Auf Basis von Strukturdaten des Interviewers

Zusammenhänge

- Wie wirken ökonomische demographische, soziale und politische Faktoren zusammen und was bedeutet das für die Stadt?

Stadtkonkurrenz

- Verstärkt der zunehmende Wettbewerb die Probleme der Stadt, bzw. entstehen daraus Probleme?
- Was tut die Stadt um ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern oder aufrecht zu erhalten?
- Wird interkommunale Zusammenarbeit praktiziert, wenn ja, erfolgreiches Modell?

Politische Situation in der Kleinstadt

- Wer trägt die Stadtpolitik und wer sind die Akteure?
- Auf welche Art treten höhere Politikebenen in Erscheinung (Förderung, Anweisungen etc.)?

Raumstruktur

- Wie bedingt die Lage die Situation und Entwicklung der Kleinstadt?
- Entsteht Suburbanisierung? Wenn ja, wird dadurch das städtische Zusammenleben und die Wirtschaftsstruktur bedingt und verändert?
- Verändern Einkaufszentren die außerhalb der Innenstadt liegen die Gestalt der Kleinstadt? Bedrohen die neuen konsumorientierten Raumstrukturen evtl. sogar den Bestand der Innenstadt?

Soziales

- Wie ist das Zusammenleben in der Stadt ausgeprägt?
- Gibt es starke Unterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen? Existiert eine intaktes Gemeinschaftsleben in Vereinen und anderen Gruppen?
- Fehlen insbesondere junge Menschen (mangelnde Zukunftsperspektiven) in den städtischen Sozialstrukturen? Wird die Stadt zu einer Stadt der Älteren?
- Verändern sich die Gemeinschaftsstrukturen vor Ort durch Zu-/Abwanderung?

Zukunftsperspektiven

- Wie wird sich das Leben in der Kleinstadt und die Situation der Kleinstadt in Zukunft verändern? Was kann man dagegen/dafür tun?
- Welche Herausforderungen werden für die Zukunft als besonders bedeutsam angesehen? Wie geht man damit um?
- Inwieweit spielt Nachhaltigkeit eine Rolle bei der Stadtentwicklung (bspw. Konzepte wie Cittaslow)?

Quelle: Eigener Entwurf.

Der Leitfaden beruht neben der Einführung mit Strukturdaten auf sechs Themen, die die Determinanten der kommunalen Wettbewerbsfähigkeit abbilden. Nicht jedes Interview hielt sich an den vorgegebenen Ablauf. Wichtig war indes, dass die einzelnen Themen zu einem gewissen Zeitpunkt des Interviews angesprochen werden. Die Interviews haben durchschnittlich anderthalb Stunden gedauert. Die Themen des Leitfadens gaben



dabei immer den weitgefassten Begriff vor, während die Formulierungen darunter den Begriff jeweils konkretisieren. Diese Konkretisierungen müssen nicht in jedem Interview exakt abgefragt werden. Sie sind als Vorschläge zu verstehen, sollte es nötig sein, einen toten Punkt im Gespräch zu überwinden. Meist entwickelte sich jedoch ein lebhaftes Gespräch, das mit nur wenig Steuerung seitens des Interviewers von Thema zu Thema kam.

Die erste Kernfrage betrifft Zusammenhänge: Eine offene Aufforderung, die Zusammenhänge der auf Kleinstädte wirkenden sozioökonomischen Herausforderungen zu erklären, dient dazu, die Bürgermeister zu eigenen Schilderungen von Problemen und Herausforderungen zu ermutigen. Dies soll der Gefahr entgegenwirken, dass sie sich der impliziten Zusammenhangskonstruktion des Leitfadens unterordnen, so dass eine Verfälschung des Ergebnisses eintreten würde. Außerdem ist der Bürgermeister so in der Lage, eigene Akzente und Schwerpunkte zu setzen. Erst dann ist es angebracht, den Bürgermeister zu den einzelnen Themen zu befragen. Es hat sich gezeigt, dass durch dieses Vorgehen sehr differenzierte Meinungen zu den weiteren Themenfeldern erreicht werden konnten. Das zweite Thema betrifft den zunehmenden Wettbewerb zwischen Kommunen. Während einige Interviewpartner sofort die abstrakte Ebene des Wettbewerbs thematisierten, positionierten sich andere Bürgermeister als Teil eines regionalen Wettbewerbs. In diesen Fällen führten Nachfragen zu weiteren Ergebnissen.

Daraufhin wird die politische Situation der Kleinstadt thematisiert. Dabei gingen die Bürgermeister auf ein breites Spektrum politischer Handlungsfelder ein.

Das Thema Raumstruktur behandelt städtische Funktionszusammenhänge und den Einfluss sozioökonomischen Wandels und Wettbewerbs.

Daran anknüpfend betrifft das nächste Thema die soziale Struktur der Kleinstadt. Hier war die größte Bandbreite an Aussagen zu verzeichnen. Von Ausländerintegration bis hin zu Vereinen reichten die Antworten der Bürgermeister. Dies war zum Teil jeweils tagespolitischen Diskussionen des Jahres 2010 geschuldet.

Die abschließende Frage thematisiert Zukunftsperspektiven. Genau wie die Daten der quantitativen Erhebung die zukünftige Entwicklung der deutschen Kleinstadt behandeln, werden auch die Bürgermeister nach ihren Einschätzungen zur Zukunft und Zukunftsfähigkeit der deutschen Kleinstadt befragt. Auf dieser Basis findet die Auswertung der Interviews statt, die folgend erläutert wird.



6.1.4 Interviewauswertung

Die Auswertung der transkribierten Interviews erfolgt unter Verwendung des Programms MaxQDA.²⁴⁰ Anders als in der quantitativen Analyse können einzelne Schritte der Auswertung jedoch nicht automatisiert werden, da Interpretationen der Texte erforderlich sind, die ein Computer nicht übernehmen kann.²⁴¹ Kernelement der Auswertung ist die Kategorisierung der Transkripte auf Basis der Fragestellung, die das Grundgerüst des Kategoriensystems bildet.²⁴²

Die Codierung stellt eine explorierende und organisierende Tätigkeit dar. Dass sie außerdem dekontextualisierend wirkt, ist dem Erkenntnisinteresse geschuldet und nicht zu verhindern.²⁴³ Die Codierung der Texte wird direkt in MaxQDA vorgenommen und ist deduktiv auf den Leitfaden bezogen. Die Arbeit mit MaxQDA hat den Vorteil, dass Code-Systeme erstellt werden können, die sich auf alle Interviews einfach anwenden lassen. Dies erleichtert die weitere Auswertung.

Die Auswertung selbst erfolgt nach Maßgaben des thematischen Codierens. Die Konzeption dieser Methode ist angelehnt an die Studien Christel Hopfs²⁴⁴. Die Vorgehensweise beim thematischen Codieren ist theorieorientiert und basiert auf dem Vorwissen um die Forschungsproblematik. Dementsprechend geht es in der Auswertung also nicht um die Entwicklung einer neuen Theorie, sondern vielmehr um die Überprüfung und Weiterentwicklung der vorangehenden Annahmen.

Die Codierung der Interviewsequenzen hat thematische Schwerpunkte ergeben, die den Aufbau der Auswertung bedingen. Insgesamt wurden in den 20 vorliegenden Interviewtranskriptionen (insgesamt ca. 350 Seiten) 1110 Textstellen codiert. Abbildung 6.13 zeigt das Codesystem und die Anzahl der jeweiligen Zuordnungen.

²⁴⁰ Eine genauere Diskussion der Vorgehensweise mit ihren Vor- und Nachteilen findet sich im Anhang

²⁴¹ Vgl. KUCKARTZ, UDO: Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten, 3. aktualisierte Auflage, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010, S.57f.

²⁴² Vgl. ebd., S.62.

²⁴³ Vgl. ebd., S.62f.

²⁴⁴ Die Technik des thematischen Codierens wird von mehreren Forschern vertreten. Zur Wahl des passenden Auswertungsverfahrens schreibt Uwe Flick eine sinnvolle Übersicht (Vgl. FLICK, UWE: Qualitative Sozialforschung, Rowohlt Verlag, Reinbek 2002, S.308ff). Eine weitere gute Auseinandersetzung mit den Konzeptionen von Flick und Schmidt findet sich bei Reuber und Pfaffenbach (Vgl. REUBER, PAUL; PFAFFENBACH, CARMELLA: Methoden der empirischen Humangeographie, Westermann Verlag, Braunschweig 2005, S.165ff). Auf die Konzeption von Hopf wird unter anderem in der Übersicht von Meier Kruker und Rauh eingegangen (Vgl. MEIER KRUKER, VERENA; RAUH, JÜRGEN: Arbeitsmethoden der Humangeographie, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2005, S76ff).


Abbildung 6.10: Codierung der qualitativen Untersuchungen und Häufigkeiten

Codierung	Nennungen
Zu den Indikatoren	1
Kommunale Finanzknappheit	51
Ökonomischer Strukturwandel	68
Zukunftsperspektiven	0
Nachhaltigkeit und Ökologie als Vorteile?	23
Chancen der Kleinstadt in der zukünftigen Siedlungsstruktur	32
Herausforderungen der nächsten Jahre	49
Soziales/Demographie	3
Veränderung der Sozialstruktur durch Wanderung	42
Demographische Aspekte, Überalterung	61
Bevölkerungsstruktur der Kleinstadt	37
Negative Aspekte des Lebens in Kleinstädten	20
Positive Aspekte des Lebens in Kleinstädten	71
Raumstruktur	1
Innenstadt vs. grüne Wiese	73
Zentralität und Versorgungsfunktionen der heutigen Kleinstadt	17
Wirkungen von Suburbanisierung	38
Lagegunst und Lagenachteile	69
Politik in Kleinstädten	35
Wünsche der Kommunen an die Politik	21
Einflussnahme höherer Politikebenen	25
Nachteile kleinerer Kommunen	25
Vorteile kleinerer Kommunen	33
Interkommunale Zusammenarbeit	26
Probleme der interkommunalen Zusammenarbeit	18
Zur Funktion der interkommunalen Zusammenarbeit	19
Stadtkonkurrenz/ Wettbewerb	4
Ethik des Wettbewerbs	85
Felder in denen Wettbewerb besteht	92
Wettbewerb als negativer Faktor der Stadtentwicklung	31
Wettbewerb als positiver Faktor der Stadtentwicklung	15

Quelle: Eigener Entwurf.

Ganz im Sinne des Schwerpunktes der gesamten Arbeit sind am häufigsten Interviewsequenzen zum Thema Wettbewerb aufgetaucht. Die Codierungen „Felder, in denen Wettbewerb besteht“ (92 Nennungen) und „Ethik des Wettbewerbs“ (85 Nennungen) sind die meistgenannten Einzelcodierungen. Weiterhin wurden die Einzelcodierungen „Ökonomischer Strukturwandel“ (68 Nennungen), „Lagegunst und Lagenachteile“ (69 Nennungen), „Innenstadt vs. Grüne Wiese“ (73 Nennungen) und „Positive Aspekte des Lebens in Kleinstädten“ (71 Nennungen) besonders häufig in den Interviews angesprochen. Für die weitere interpretative Auswertung bietet es sich an, das Codesystem abhängig nach Themen und Menge der Textstellen zu gruppieren. Deshalb werden die ursprünglich acht Kategorien zu vier Kategorien zusammengefasst. Die Kategorie „Zu den Indikatoren“ wird dem Feld „Wettbewerb“ zugeschlagen und die „Besonderheiten



von Kleinstädten“ sowie „Zukunftsperspektiven“ werden nicht einzeln betrachtet, sondern fließen indirekt in die Auswertung ein.

Außerdem hat sich gezeigt, dass die Interviewpartner die Fragen nach interkommunaler Zusammenarbeit nur bedingt als Gegenpol zum Wettbewerb auffassen, vielmehr gilt dieses Feld als politische Herausforderung, sodass die interkommunale Zusammenarbeit der Kategorie „Politik in Kleinstädten“ zugeschlagen wird (mit Querverweisen zum Thema „Wettbewerb“).

So gliedert sich dieses Kapitel in vier Abschnitte in folgender Reihenfolge:

1. Kleinstädtische Raumstruktur
2. Ökonomie und Wettbewerb
3. Soziales und Demographie
4. Politik

Unter diesen methodischen Prämissen findet die Auswertung statt, deren Ergebnisse folgend dargestellt werden.

6.2 Kleinstädtische Raumstrukturen

Die Erkenntnisse zu den kleinstädtischen Raumstrukturen, die die Interviews liefern, unterteilen sich in mehrere thematische Bereiche. Dabei spielt die Lage der Kleinstadt eine Rolle im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und demographischen Situation. Kleinstädte stehen vor der Herausforderung ihren Versorgungsfunktionen trotz herausfordernder räumlichen Skalierungen nachkommen zu müssen. Auf Mikroebene sind die bauliche Struktur und der Zustand der Innenstadt ein wichtiges Thema für die Interviewpartner. Räumliche Vorkonfigurationen stehen in enger Verbindung zu sozialen Themen, da sie das Leben und die sozioökonomische Vitalität von Kleinstädten prägen.

6.2.1 Zur Bedeutung der räumlichen Lage

Die Interviews zeigen, dass Kleinstädte im Gegensatz zu größeren Kommunen, die mit zunehmender Größe hohe räumliche Eigendynamik entfalten, stark abhängig von ihrem direkten Umland sind.

Im Kontext einer auf kommunalen Wettbewerb basierenden Raumlogik entsteht für Kleinstädte ein System beeinflussender Lagemerkmale. Diese bestimmen das Handeln und die Wettbewerbsfähigkeit der Kommunen.

Alle Kleinstädte der qualitativen Untersuchung sind darum bemüht, Alleinstellungsmerkmale zu etablieren. Während Großstädte dabei vielfältige Möglichkeiten in Bereichen wie Urbanität, Wissenschaft, Kreativität und Kultur haben, sind Kleinstädte einge-



schränkter. Ihnen helfen räumlich bedingte Alleinstellungsmerkmale wie Tourismus, Grenznähe, die Nähe zu Agglomerationsräumen oder eine ländliche Lage. Die genannten Faktoren werden jeweils positiv interpretiert, um daraus Attraktivität entstehen zu lassen. Dabei kommt es häufig vor, dass eine „periphere Lage“ zum „angenehm ruhigen Wohnumfeld“ wird, was an der Realität der Kommune vorbeigeht. Eine solche Haltung war gerade bei den strukturschwächeren Kleinstädten der Untersuchung zu beobachten.

Die räumliche Selbstwahrnehmung der untersuchten Kommunen war geprägt durch Faktoren wie die

Nähe zu nationalen Grenzen oder zur ehemaligen innerdeutschen Grenze. Die Lage zu anderen Kommunen spielte eine bedeutende Rolle. Entweder sind Kleinstädte Zentrum eines schwachen Umlands oder geprägt durch die Nähe zu Großstädten bzw. Agglomerationsräumen. Dort wo touristische Bedeutung auch nur entfernt herstellbar ist, wird dies getan. Verkehrsinfrastrukturen werden in den Interviews häufig als räumliche Konfigurationen genannt, die über die regionale Strukturstärke einer Kommune entscheiden. In gesamtdeutscher Perspektive kommt außerdem die Lage in den alten oder neuen Bundesländern als bedeutsamer Faktor der räumlichen Selbstdefinition hinzu. Die Nähe zu Außengrenzen wird ambivalent wahrgenommen. Strukturschwache Kleinstädte im Osten Deutschlands erhoffen sich von Grenznähe zukünftige wirtschaftliche Anreize.

B15.5: Was wichtig ist: Dass man mit der Nähe zur Grenze punktet. [Mit Stettin] haben wir eine Vereinbarung unterschrieben [...], dass wir ein deutsch-polnisches Zusammenarbeitsprojekt zur gemeinsamen Vermarktung der Grenzregion beantragen. Wir versuchen, aus den deutschen und polnischen Standortvorteilen ein Gesamtpaket zu knüpfen, was Interessenten außerhalb der Region ansprechen soll.

Strukturstarke Kleinstädte, wie das untersuchte Neuötting in Bayern, schätzen Grenznähe eher neutral bis negativ ein. So erwähnt der Bürgermeister Neuöttings, dass in den 1990er Jahren neue Konkurrenzsituationen durch den Fall des eisernen Vorhangs entstanden sind. Ebenso ambivalent wird die Lage zur ehemaligen innerdeutschen Grenze bewertet. Kleinstädte in den neuen Bundesländern haben dadurch heute eine bessere Ausgangsposition im Werben um Unternehmensansiedlungen, da sie von stärkeren Subventionen profitieren können.

B15.3: Nach dem Wegfall der innerdeutschen Grenze haben wir, wie fast sämtliche Zonenrandlagen, es nicht geschafft, am allgemeinen Aufschwung, der sich dann ergab, teilzuhaben. Durch die dramatischen Veränderungen, die insbesondere auch bei der Förderung einsetzten, waren wir nahezu wieder in die alte Lage versetzt, aufgrund von Förderrichtlinien und ähnlichem wenig konkurrenzfähig zu den grenznahen Kommunen der neuen Bundesländern zu sein. Das führt dazu, dass wir relativ oder fast gar keine Industriegewerbeansiedlungen in den letzten Jahren haben



bekommen können. Das ist dann natürlich ein Teufelskreis. [...] Interessenten sind da, aber sie kommen nicht, sie gehen dann lieber 20 km weiter in den Osten. Da bekommen sie das Doppelte oder Dreifache an Förderung.

Jeder interviewte Bürgermeister hat seine Kommune im Laufe des Interviews in ein Verhältnis zum Umland gesetzt. Dabei war die Kommune entweder durch größere Städte oder durch Lage im ländlichen Raum definiert.

Die Lage als ländliche Kleinstadt hat zur Folge, dass dortige Kleinstädte höhere zentralörtliche Bedeutung haben. Dabei entsteht die Situation, dass die Kleinstadt in Relation zum Umland strukturstark ist, im gesamtdeutschen Vergleich jedoch strukturschwach. Dies hat spürbare Auswirkungen auf die Selbsteinschätzung der untersuchten Kleinstädte. Mit wenigen Ausnahmen schätzten die Interviewpartner die Entwicklungschancen ihrer Kleinstadt durchschnittlich oder besser ein. Ländliche Kleinstädte haben also insofern eine (mittelfristige) Bestandsgarantie, als das sie für das strukturschwächere Umland Versorgungs- und Verwaltungsfunktionen innehaben. Das Umland fungiert als Sicherheitspuffer zu drastischeren Marginalisierungsprozessen.

B10.5: Wenn prognostiziert wird, dass wir 8% Bevölkerungswachstum bis 2025 haben und der Landkreis insgesamt in den nächsten 20 Jahren schrumpfen wird, dann wird man daran erkennen, dass eher die kleineren untergeordneten Zentren Probleme bekommen, denn dort können die Infrastrukturangebote nicht mehr angeboten werden. Jemand, der neu hierher zieht, sucht sich eher einen Platz, wo er weiß, seine Kinder haben alle Schulangebote oder ähnliches. [...] Und das ist der Grund, warum ein zentraler Ort eher wachsen kann und die Gesamtlandkreise eher schrumpfen.

Andere Interviewpartner bemühen ähnliche Beispiele der Zentralisierung. Wie für Schulkinder gilt dies für Ältere, die Nähe zum Einzelhandel und zu Pflegeeinrichtungen benötigen. Gleichzeitig weist eine Kleinstadt auch mehr Arbeitsplätze als ein Dorf auf. Dies steht im Zusammenhang mit dem Konzept der zentralen Orte. Ländliche Kleinstädte schneiden im Vergleich der Funktionen und Zentralität gut ab. Im ländlichen Raum bedeuten mittelzentrale Funktionen das Vorhandensein von Kreiskrankenhäusern und weiteren Funktionen in den Bereichen Verwaltung und Pflege:

B15.5: Ja, ein Krankenhaus haben wir auch. Insgesamt haben wir 500 bis 600 Jobs in der Verwaltung und diese Jobs, die heben den Lohndurchschnitt schon ganz enorm an. Die Stadtverwaltung, das Finanzamt, das Krankenhaus usw., die heben in Pasewalk das Lohnniveau über das des Umlands.

Ländliche Kleinstädte sind als Profiteure eng mit ihrem meist strukturschwachen Umland verbunden. Wenn das Umland Marginalisierungsprozessen unterworfen ist, dann leidet darunter die Kleinstadt. Die qualitative Untersuchung hat gezeigt, dass je periphe-



rer die Region ist, die Bedeutung einer Kleinstadt dadurch umso höher ist. Eine so un- ausgeglichene Raumstruktur auf Mikroebene findet sich in der Eifel. Die Stadt Bitburg hat, obwohl nur eine Einwohnerzahl von unter 20.000, die Bedeutung eines Mittel- bis Oberzentrums für die Region.

Der Bürgermeister erwähnt unter anderem, wie eine mangelnde infrastrukturelle Ausstattung der Gesamtregion dazu führt, dass die städtische Bedeutung, gespeist aus einem weitläufigen abhängigen Umland, groß ist. Die Abwanderung in den Dörfern ist hoch, die Bevölkerung der Eifel altert stark. Pflegeeinrichtungen und Versorger des alltäglichen Bedarfs verlassen die Dörfer und konzentrieren sich in der Kleinstadt. Dies führt dazu, dass arbeitssuchende Jüngere sowie pflegebedürftige Ältere nach Bitburg ziehen. Einige Dörfer erleben Marginalisierungsprozesse, die bis zum Aussterben reichen. Bitburg profitiert so nur für einige Jahre von der Zuwanderung und wird voraussichtlich in Zukunft ebenso Marginalisierung erleben. Polarisierung ist immer am deutlichsten an den schwächsten Kommunen sichtbar. Kleinstädte profitieren zunächst noch vom Zerfall ländlicher Dörfer.

Die Nähe von Kleinstädten zu Agglomerationsräumen bringt ebenso spezifische Handlungsrountinen und Rolleninterpretationen mit sich:

B9.5: Wir haben uns von Anfang an dafür entschieden, dass sich unsere Rolle als Wohnstandort definiert. Man hat gesagt: Was können wir in diesem Bereich tun und wo liegen unsere Stärken? Und die Stärken liegen nicht darin, Industrie anzusiedeln und deshalb konzentrieren wir uns hier ganz aufs Wohnen. [...] Damit haben wir auch in der Region eine klare Position bezogen und sind damit auch im Wettbewerb um die Ansiedlung von Menschen eigentlich sehr weit vorne.

Agglomerationsnahe Kleinstädte profitieren von Menschen, die nahe an Großstädten und trotzdem ländlich leben wollen. Ihre Aufgabe ist es, ein lebenswertes Wohnumfeld zu schaffen. Dies tun sie – soweit es ihre finanziellen Mittel zulassen (in solchen Städten sind die Einnahmen aus der Gewerbesteuer gering), indem sie in weiche Standortfaktoren investieren. Jedoch ist auch der Wettbewerb der „suburbanen“ Kommunen gegeben und nicht jede untersuchte Kleinstadt konnte von der Nähe zu größeren Städten profitieren. Eine 10km höhere Entfernung kann in diesem Zusammenhang einen sichtbaren Unterschied bewirken.

Hohe kontinuierliche Belastungen für den kommunalen Finanzhaushalt entstehen durch ausgedehnte Versorgungsinfrastrukturen (hohe Zahl an Einfamilienhäusern) und die Finanzierung sozialer Infrastrukturen. Die Abhängigkeit zur nahen Großstadt ist dadurch hoch:



B15.3: Wir sind eine typische Wohnstadt. Noch nicht ganz Vorort. Aber dominant sind eigentlich die umliegenden, mit guten und auch hochdotierten Jobs ausgestatteten Zentren.

Agglomerationsnähe ist für viele Kleinstädte ebenso eine Nische, von der man sich Entwicklungsimpulse erhofft. Dass Kleinstädte durch die Nähe zu größeren Städten per se weniger marginalisierungsgefährdet sind, lässt sich nicht sagen. Es besteht eine Abhängigkeit zur Großstadt: Ist diese strukturstarke sind auch die Kleinstädte stabiler.

Nicht nur Großstädte und Agglomerationsräume sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Auch Mittelstädte und eine engmaschige Siedlungsstruktur sind zu berücksichtigen. Dabei spielt das System zentraler Orte eine wichtige Rolle. In Gebieten, die dicht besiedelt sind, kann es dazu kommen, dass Kleinstädte durch die Zuordnung im Zentrale-Orte-System in ihrer Entwicklung gehemmt sind. Ein Beispiel hierfür ist die Stadt Bexbach im Saarland:

B16.2: Wir sind kein Mittelzentrum. Das ist natürlich etwas unglücklich, wir liegen genau zwischen zwei Kreisstädten. Bexbach liegt in je 6km Entfernung zwischen zwei Kreisstädten. Die eine hat über 40.000 Einwohner, die andere über 50.000.

Das Zentrale-Orte-Konzept in Deutschland hat in der Vergangenheit Konsolidierungen erlebt. Das kann dazu führen, dass Kleinstädte Teil eines Mittelzentrums sind. In der Untersuchung war dies sowohl im bayrischen Neuötting der Fall als auch in Haslach im Kinzigtal. In solchen Fällen teilen sich mehrere Kleinstädte die Versorgungsfunktionen und beugen so einer Polarisierung vor. Möglich ist ein solches Vorgehen jedoch nur bei kleinräumiger Siedlungsstruktur mit vergleichsweise hoher Bevölkerungsdichte.

Kommunale Neuzuschneide von Verwaltungsgebieten haben auch dazu geführt, dass Kleinstädten weitere Orte (Dörfer) zugeteilt wurden, die räumlich nicht zum Stadtgebiet gehören. Solche Fälle treten häufig auf und führen für die Kleinstadt zu Problemen in der infrastrukturellen Versorgung der umgebenden Orte. Sportinfrastrukturen sind ein Beispiel: Entweder existieren in jedem Ort zu unterhaltende Sportanlagen, was hohe Kosten verursacht, oder nur noch eine Sportanlage, die relativ zentral liegt, sodass viele Nutzer weite Wege haben. Daraus ergibt sich ein Dilemma. Das gleiche Problem stellt sich auch im Einzelhandel und in weiteren Bereichen:

B16.4: Es ist mit Sicherheit für die Bewohner der Ortsteile in den vergangenen Jahren schwieriger geworden. [...] Es gibt grundsätzlich das Versorgungsangebot in der Form, dass verschiedene Firmen mit mobilen Verkaufswagen in die Ortsteile fahren. Wir haben eine nach wie vor noch recht gute Anbindung durch den Regionalverkehr, so dass die Bewohner hier an den Markttagen nach Dippoldiswalde kommen und unser Angebot zum Einkaufen nutzen. Aber insbesondere die Ortsteile mussten sich umstellen.



Eine weitere Nische bzw. ein Alleinstellungsmerkmal von Kleinstädten im Wettbewerb um Einwohner und Arbeitsplätze ist der Tourismus. Kleinstädte, die in einer touristisch attraktiven Region liegen, können dies für sich nutzen:

B16.5: Deswegen liegt der Kreis auch bei den Bevölkerungsprognosen deutlich positiver als andere Bereiche, weil wir ein Tourismusort sind, weil es auch zu dem vorhin angesprochenen Zuzug führt.

So kann Tourismus wichtiger Teil einer gelingenden Entwicklung von Kleinstädten sein. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Tourismus die Stadt auch als Wohnstandort aufwertet, allerdings nur, wenn weitere Verdienstmöglichkeiten in der Nähe sind. Damit Tourismus aus sich selbst heraus ein Wirtschaftsfaktor ist, müssen besondere historische oder naturräumliche Eigenschaften vorliegen. Die Ostsee z.B. stellt eine Urlaubsregion dar, die gleichzeitig auch Wirtschaftsfaktor ist. Der Odenwald in Südhessen kann für die Kleinstadt Lindenfels kaum wirtschaftliche Überlebensgrundlage sein.

Eigenständige Entwicklungsimpulse bekommen Kleinstädte aus der Nähe zu bedeutenden Verkehrsinfrastrukturen. Der Interviewvergleich zeigt: Kommunen mit Autobahnanschluss sind ökonomisch fast immer gefestigter als vergleichbare Städte ohne solche Möglichkeiten.

Dieser Vorteil gilt allerdings im regionalen Kontext. Eine Kleinstadt in der Nähe zu wichtigen Verkehrsachsen hat Vorteile gegenüber den direkten Wettbewerbern, auf nationaler Ebene wirken strukturpolitische Programme jedoch nicht ausgleichend.

Das wird besonders deutlich im letzten räumlichen Gegensatz, der in den Interviews durchgehend thematisiert wurde: die Lage von Kleinstädten in den neuen oder alten Bundesländern. Dabei haben sich insbesondere ost- und süddeutsche Kleinstädte als Gegenpole in der Wahrnehmung der interviewten Experten herausgestellt.

Ostdeutsche Kommunen sind sich ihrer prekären wirtschaftlichen Lage bewusst und sehen die regionale Schwäche als Standortnachteil im Vergleich zum Süden und Westen. Die Nachteile ostdeutscher Kommunen nehmen ihren Ursprung nach Sicht der interviewten Bürgermeister in ökonomischen Ungleichheiten. So ist man bspw. durch ungleiche Löhne strukturell benachteiligt:

B15.5: Jeder Betrieb kommt mit seinen Tarifen, die er zahlt. Es sind ja die wenigsten tarifgebunden in Ostdeutschland, da orientiert er sich nach den lokalen Gegebenheiten. Wenn es hier viele Arbeitslose gibt, die auch dringend Arbeit suchen, dann kann man ja mit den Löhnen etwas heruntergehen, Angebot und Nachfrage ist das.

Deutlich wird, dass strukturschwache Kommunen und Regionen stärker dem Diktat der Unternehmen bzw. dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb unterliegen. Weiterer Nachteil im Osten Deutschlands ist, dass aus Sicht der Bürgermeister im Vergleich zu den



alten Bundesländern auch die Sozialstruktur leidet, wenn höhere Arbeitslosigkeit existiert und geringere Löhne gezahlt werden:

B15.5: Wir haben auch eine ganze Menge Vereine, immerhin 93 Stück. Es ist nicht so, dass es die nicht gibt. Aber die Beteiligung in den Vereinen kann man wirklich nicht mit westdeutschen Städten vergleichen.

Ganz im Gegensatz zu diesen selbstkritischen Positionen ostdeutscher Bürgermeister ist der Süden zuversichtlicher. Es besteht dort keine Sorge, dass Marginalisierungsprozesse, wie sie ostdeutsche Kleinstädte erleben, auch nach Süddeutschland vordringen könnten:

B10.4: Wenn ich auf die Autobahn schaue – auf die A81 – was hier morgens an Kennzeichen reinrollt, das ist halt der Osten, das ist Thüringen und Sachsen. [...] Wir werden uns natürlich behaupten, und davon bin ich absolut überzeugt: Wir werden unseren Standort weiterentwickeln. Im Moment gibt es da überhaupt keinen Anlass zu zweifeln, dass wir nicht erfolgreich sind. Wir sind beflügelt und bestätigt durch gute Ansiedlungserfolge in den letzten beiden Jahren. [...] Wir haben starke industrielle Kerne in Baden-Württemberg.

Süddeutsche Bürgermeister nehmen den Wettbewerb um Arbeitsplätze als ausschlaggebenden Wanderungsgrund wahr, sehen sich selbst davon jedoch nicht ähnlich betroffen wie der Osten. Die Pfadabhängigkeit, die durch die Abwanderung Hochqualifizierter und junger Menschen aus den neuen Bundesländern entsteht, sorgt dafür, dass viele süddeutsche Kleinstädte aktuell nicht marginalisierungsbedroht sind.

Ebenso wie die Interviewten in den neuen Bundesländern bringen süddeutsche Bürgermeister die ökonomische Situation mit der sozialen Situation in Zusammenhang. Ob dies ein geeignetes Erklärungsmodell ist, bleibt fraglich. Ein baden-württembergischer Bürgermeister führt zur Situation in der eigenen Region aus:

B10.4: Das ist eine besondere Qualität von Baden-Württemberg. Bertelsmann hat das sehr genau untersucht in früheren Studien und hat festgestellt dass weit über 60%, so 2/3 aller Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg, in mindestens einer Organisation ehrenamtlich tätig sind. Das ist wesentlich mehr als in anderen Bundesländern.

Obwohl süddeutsche Kleinstädte nicht marginalisierungsbedroht sind, überrascht die Sorglosigkeit süddeutscher Bürgermeister in den Interviews. Klar ist, dass die Herausforderungen des sozioökonomischen und demographischen Wandels auch für Kleinstädte in Süddeutschland zunehmen, auch wenn diese im Vergleich mit ostdeutschen Verhältnissen geringer ausfallen.



6.2.2 Stadtstrukturelle Herausforderungen aus Sicht der Interviewten

Neben der regionalen Raumstruktur sind die Entwicklungen des Siedlungstyps auf städtischer Ebene ein Teil der qualitativen Untersuchung. Aus Sicht der Interviewten sind hierbei die Situation des Einzelhandels bzw. der Innenstadt und das raumprägende Verhalten der Wohnbevölkerung (siehe Kapitel 6.2.3) von Bedeutung.

Die Interviewpartner haben zu diesen Punkten differenzierte Meinungen, wobei auffällig ist, dass zunehmender Wettbewerb verstärkt als Erklärungsansatz Eingang in die Interviews findet. Im Vergleich der besuchten Kleinstädte wird zunächst deutlich, dass Kleinstädte eine hohe Umlandbedeutung benötigen, um eine diversifizierte Einzelhandelsstruktur in der Innenstadt aufrechterhalten zu können. Für die Untersuchungsstädte trifft das nur zweimal zu, nämlich in Bitburg und in Neuötting, das zusammen mit Altötting ein Mittelzentrum bildet. In diesen Städten floriert der Einzelhandel. Zentren auf der grünen Wiese entstehen zwar auch dort, überlasten die kaufkraftabhängige Tragfähigkeit aber nicht in dem Maß, dass von einer Bedrohung der Innenstadt gesprochen werden könnte. Weiterhin gibt es einige Städte, die eine belebte Innenstadt aufweisen, jedoch Gefährdungspotenzialen in Zukunft entgegen sehen. Haslach im Kinzigtal oder Dippoldiswalde sind Beispiele dafür. Der Großteil der untersuchten Kleinstädte kann jedoch keine intakte und belebte Innenstadt aufweisen. Gewerbegebiete auf der grünen Wiese haben sich als Konkurrent zur kleinstädtischen Innenstadt als Versorgungszentrum für den kurz- und mittelfristigen Bedarf etabliert. Laut Aussage der interviewten Bürgermeister entstehen diese Zentren in den neuen und alten Bundesländern hauptsächlich seit den 1990er Jahren. Einhellig werden diese Gewerbeflächen heute als Bedrohung der Kleinstadt gesehen und sollen möglichst in den Stadtkern zurückkehren. Folgendes Zitat beschreibt dies stellvertretend:

B15.5: Das wollte man gerne austrocknen, ist uns nicht so ganz gelungen, die leben noch. [...] Es hat keinen Sinn mit Entwicklungen vor der Stadt einverstanden zu sein, zumal wenn die Stadt schrumpft. Da kann ich ja nicht noch auf die grüne Wiese gehen.

Die Interviewpartner erklären, wie es dazu kam, dass diese Entwicklungen überhaupt zugelassen wurden. Auch dabei fällt auf, wie ähnlich der Prozess in der gesamten Bundesrepublik stattgefunden hat: Die Bürgermeister beschreiben den Ansiedlungsprozess als eine Zwangssituation. Hätte man selbst nicht Discounter und Gewerbegebiete auf der grünen Wiese zugelassen, so hätten dies Nachbarkommunen getan und der Effekt wäre der gleiche gewesen, nur dass Steuereinnahmen und Arbeitsplätze der Nachbarkommune zugeschlagen worden wären. Gleichzeitig werden von einigen Interviewpartnern auch die Wünsche der Bürger ins Feld geführt, die bequemes Einkaufen fordern:



B16.5: Es gibt diejenigen, die sagen, wenn wir die Gewerbegebiete nicht gemacht hätten, dann hätte sie jemand anderes gemacht. Die Bevölkerung möchte diese bequeme Möglichkeit, das Auto direkt davor abzustellen und in einem großen Supermarkt praktisch alles einkaufen zu können, was man benötigt und dann noch den Discounter daneben, um dann noch einiges besonders günstig kaufen zu können.

Sind die Supermärkte auf der grünen Wiese entstanden, entziehen sie der Innenstadt von Kleinstädten, die bisher die Versorgungsfunktion übernommen haben, Kaufkraft:

B15.5: Es gibt zwar noch Einzelhandel, aber der hat sich den Gegebenheiten angepasst. Das ist ja die Zwiespältigkeit von so etwas wie Kaufland, nämlich dass die Kaufkraft bündeln. Die schaffen einerseits ein größeres Umsatzvolumen für unsere Kommune, weil die mehr Kaufkraft hierher ziehen, aber sie ziehen es eben auch von den Anderen im Ort weg.

Besonders benachteiligt sind auch diejenigen Kleinstädte, die agglomerationsnah liegen. Aufgrund der deutlich hochwertigeren Einzelhandelsstruktur der Großstadt ist es in diesen Städten eine Herausforderung eine diversifizierte Einzelhandelsstruktur aufrecht zu erhalten. Den betroffenen Interviewpartnern fiel es sichtlich schwer Argumente für ihre Innenstadt zu finden. Einzig der Faktor „Fachkompetenz innerhergeführter Geschäfte“ wurde genannt. Die Wettbewerbsfähigkeit des Faktors Fachkompetenz ist jedoch vergleichsweise gering, sodass das Zitat in erster Linie ein Indiz der mangelnden Handlungsoptionen agglomerationsnaher Städte darstellt. Kommen dann noch Fehlplanungen zu einer Zeit hinzu, in der die Kommunalpolitik noch nicht für die Gefahren von Gewerbezentren auf der grünen Wiese sensibilisiert war, dann kann leicht eine bedrohliche Situation für die Funktionen einer Kleinstadt bestehen.

Als Erklärung für die prekäre Situation des Siedlungstyps Kleinstadt als Versorgungszentrum verweisen die interviewten Bürgermeister – sowohl in den erfolgreicherer als auch in den weniger erfolgreichen Untersuchungsstädten – auf den Wettbewerb zwischen Kommunen:

B10.4: Die Kollegen in den Nachbarkommunen tun alles, um uns auch Kaufkraft wegzunehmen. Wir wissen aus verschiedenen Untersuchungen, dass das nicht gelungen ist. Das läuft eher umgekehrt.

Die Folge in einer schrumpfenden bzw. stagnierenden Gesellschaft (was demographische wie auch Aspekte der Kaufkraft angeht) ist ein ruinöser Konkurrenzkampf, der mehr Verlierer als Gewinner produziert und eine räumliche Polarisierung nach sich zieht. Unverständlich ist zunächst, dass dieser Wettbewerb keine Rahmung (im Sinne der ordoliberalen Wirtschaftstheorie) erfährt und durch eine Raumplanung auf Basis zentraler Orte gesteuert wird. Eine solche Planung ist zwar politisch vorgesehen, funkti-



oniert jedoch kaum. Grund dafür ist die starke Wettbewerbsposition der Unternehmen im Gegensatz zu den Kommunen:

B16.5: Die Investoren, die kamen, haben gesagt: So jetzt haben wir den und den Markt, der würde ins Gewerbegebiet gehen oder er kommt gar nicht. Und mit diesen Ankündigungen ist dann nachher auch manches von den ursprünglichen Zielsetzungen aufgehoben worden. Mancher Markt wäre tatsächlich nicht in die Innenstadt der Kleinstadt gegangen, manches ist sicher auch mal ein Bluff gewesen, auf den man hereingefallen ist.

B16.3: Heutzutage will der Mensch am liebsten mit seinem Wagen durch den Laden fahren, alles einpacken und an der Kasse nur noch scannen und bezahlen. Insofern kriegen sie die eigentlich nicht dazu, in die Altstadt zu kommen. Wir bieten es jedem Markt an, sich an der Altstadt niederzulassen, aber es klappt meistens nicht. Ja dann müssen wir eben damit leben, oder wir müssen damit leben, dass die Leute aufs nächste Dorf fahren. [...] Aus städtischer Sicht ist es nicht gewünscht, dass die Beschäftigung woanders hingeht und auch die Steuereinnahmen. Und das ist immer eine Crux, da bestimmt Wirtschaft tatsächlich, muss man so sagen.

Beide Zitate belegen die Systemlogik des Faktors Wettbewerb. Die Kommunen befinden sich im Wettbewerb untereinander (um Einwohner, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen) und sehen sich ansiedlungswilligen Unternehmen gegenüber, die ebenso der Rationalität des Wettbewerbs unterworfen die für sie besten Standorte auswählen müssen. Diese sind definiert durch Konsumentenwünsche, sodass in letzter Instanz diese dazu führen, dass die Zentren der Kleinstädte ihre Versorgungsfunktion verlieren und somit auch die Kleinstadt selbst an Leben verliert und unattraktiver wird. Ein solcher Teufelskreis wäre nur durch eine striktere staatliche Steuerung im Sinne der ordoliberalen Theorie zu durchbrechen. Die Aussagen der interviewten Bürgermeister machen jedoch deutlich, dass in der Praxis bisher kein adäquates Steuerungsverfahren für räumlichen bzw. kommunalen Wettbewerb existiert:

B10.2: Ja, wenn die Einzelhändler sich verabschieden, dann wird unsere Stadt unattraktiv und dann verlieren wir unseren Kern. Das ist das einzige, womit wir punkten können, dass wir sagen, auch Kleinstädte haben schöne Zentren, da kann man auch mal eine Tasse Kaffee trinken usw. Das setzt aber voraus, dass da ein Mindestmaß an Geschäften sind, an Dingen sind, die auch fürs Auge schön sind.

Ohne adäquate staatliche Regelung haben Kommunen bisher nur die Möglichkeit der Zusammenarbeit. Durch Zusammenhalt können Kommunen einer Region Marktmacht gegenüber den Unternehmen erhalten. Die Kommunen machen sich so weniger erpressbar. Gleichzeitig erfordert dies aber die Einigkeit vieler kommunalpolitischer Akteure:



B10.5: Bei Messen treten wir als Region auf. Das machen wir über den Landkreis. Es kommen auch viele, die bei uns nach Gewerbeflächen fragen. Das hängt auch damit zusammen, dass wir ein paar gute Gewerbegebiete haben, womit man auch wieder maßvoll umgehen muss, damit man nicht nur Aldi, Lidl und Konsorten da hat. Sondern, dass man auch andere Branchen hat, die hier noch nicht angesiedelt sind.

Ein solches Vorgehen kann zum Vorteil einzelner Kommunen und ganzer Regionen sein, setzt aber eine hohe Kommunikations- und Konsensbereitschaft der Kommunalpolitik voraus. Noch dazu ist zu berücksichtigen, dass in den meisten Kleinstädten die Marginalisierung der Innenstadt schon weit vorangeschritten ist und Gewerbegebiete auf der grünen Wiese entstanden sind, sodass Strategien zum Umgang mit der jetzigen Situation bedeutsamer sind. Wie einige Interviewpartner treffend erläutert haben, ist die Kleinstadt dem Gesellschaftswandel zu Beginn des 21. Jahrhunderts ausgesetzt. Discounterisierung, PKW-Erreichbarkeit, der Wunsch nach „Einkaufs-Erlebnissen“ sind nicht mit der Kleinstadt und ihrer früheren Versorgungsfunktion in Einklang zu bringen:

B10.2: Der Handel leidet gewaltig, weil immer mehr Leute natürlich ihren Einkauf im Rahmen eines Einkaufs-Erlebnisses gestalten wollen und das ist dann in der Regel in Köln.

Einige Interviewpartner äußerten außerdem ihre Sorge darüber, dass der zunehmende Handel über das Internet mittelfristig zu einer weiteren Verschlechterung der Einzelhandelsstruktur führen wird. Dementsprechend müssen neue Funktionen für die Innenstädte von Kleinstädten gefunden werden, die dem Gesellschaftswandel hin zu einer individualisierten, erlebnisorientierten Lebensweise gerecht werden. Kleinstädte sind dabei gegenüber größeren Städten im Nachteil. Umso besser aufeinander abgestimmt sollten dann jedoch Strategien und Stadtentwicklungspläne der Kleinstädte sein.

Ein Vergleich der verschiedenen qualitativ untersuchten Kategorien zeigt, dass es gerade die eher vorangehend positiv eingestuften Kleinstädte sind, die stärker auf integrierte Konzepte zur Stadtentwicklung bauen: Die systematische Abstimmung der geringen finanziellen Mittel auf Schwerpunkte in der Stadtentwicklung und eine vorausschauende nachhaltige Planung – idealerweise in einen regionalen Kontext eingebunden – vermindert die Bedrohungspotentiale für die Kommune und ermöglicht es, mit demographisch und sozioökonomisch induziertem Wettbewerb besser umzugehen. Ein Allheilmittel ist jedoch auch das nicht. Die vorangehend thematisierte Lage der Kleinstädte (z.B. alte oder neue Bundesländer) ist außerdem wichtig und limitiert oder beflügelt die Anstrengungen auf kommunaler Ebene.



6.2.3 Suburbanisierung und Wohngebiete

So wie die Gestalt der Innenstadt durch sozialen und gesellschaftlichen Wandel geprägt ist, so gilt dies auch für das Wohnverhalten der Einwohner: Westdeutsche Kleinstädte verzeichnen seit mehreren Jahrzehnten eine anhaltende Ausdehnung der Wohnflächen bei geringer steigendem oder stagnierendem Bevölkerungswachstum. Da auch in ländlichen Kleinstädten zahlreiche Eigenheime neu errichtet wurden, lässt sich dabei nur bedingt von Suburbanisierung sprechen, eine Ähnlichkeit besteht jedoch. In Kleinstädten wurden im Lauf von Jahrzehnten meist mehrere Neubaugebiete eröffnet. Die Folge ist, dass dadurch Stadtteile entstanden, deren Bevölkerung homogen in Bezug auf Alter und Einkommen sind. Dies hat Auswirkungen auf das Stadtbild und die Gemeinschaftsprozesse:

B9.5: Man kann nach verschiedenen Generationen differenzieren. Da gibt es die alten, die noch den Status vor 1975 kennen und einige würden auch heute noch gerne zurück dahin. Dann gibt es auch Vereinsleben, was jeweils immer nur auf einen Stadtteil bezogen ist.

Ostdeutsche Kleinstädte holten diese Suburbanisierungs- bzw. Eigenheimwelle seit 1990 nach. Durch den starken Trend zur großflächigen Eröffnung von Neubaugebieten entstand ebenso schnell ein Bewusstsein für die Risiken einer solchen Entwicklung:

B15.5: In der Stadtentwicklung ist die Tendenz, dass noch irgendetwas großflächig bebaut wird, vorbei. Das war nach der Wende in den ersten 10 Jahren durchaus der Fall.[...] Und da ist ein komplettes Neubaugebiet entstanden, die Pasewalker Südstadt. Bei diesem Baugebiet gab es einen ziemlich kräftigen Planungsfehler, nämlich die Entwicklung einer an der Peripherie liegenden Wohnsiedlung, die liegt 2km außerhalb der Stadt. Das war ein Fehler diese Entwicklung 99/2000 noch zu machen, denn das war absehbar, jeder kannte den Trend und in der Zeit noch ein Wohngebiet zu entwickeln, das war falsch.

Trotz des Problembewusstseins sind viele Neubaugebiete in den 1990er Jahren entstanden. Die Interviewpartner in Ostdeutschland machen auf die Probleme aufmerksam, die mit dieser kurzfristigen nachholenden Ausdehnung des Siedlungsraumes einhergehen. Gerade in sozialer Hinsicht entstehen Reibungspunkte. Ein Bürgermeister berichtet von einer Zunahme an Nachbarschaftsstreitigkeiten und der Notwendigkeit, regelmäßige Bürgersprechstunden einzuführen. Außerdem ist das Vereinsleben in diesen Neubaugebieten aus Sicht der Bürgermeister oft unterentwickelt.

Die sind nicht die einzigen negativen Folgen, die sich aus dem Trend zum Eigenheim in den letzten Jahrzehnten für Kleinstädte ergeben haben. Die Frage nach dem Umfang der Wohnbebauung ist auch eine Frage nach zukünftigen städtischen Entwicklungen und nach deren Finanzierung. So besteht bei den befragten Experten heute das Be-



wusstsein dafür, dass eine Ausdehnung der Siedlungsfläche infrastrukturelle Probleme mit sich bringt.

B16.2: Wir haben dann nach fünf Jahren gesagt: Ende. Es wird nichts weiter entwickelt, weil wir eine schrumpfende Gesellschaft sind. Wobei wir auch in den früheren Jahren schon Wert darauf gelegt haben, nicht nach außen zu expandieren, sondern eher die Innenbereiche zu entwickeln. Was den Rückbau von Infrastrukturen angeht, so ist das Unsinn. [...] Es wird nie so sein, dass sich die Häuser vom Straßende aus entleeren, so dass sie dort sagen, das sie das zurückbauen, sondern sie müssen den ganzen Strang kanalmäßig, wassermäßig, elektromäßig weiter unterhalten. Es hängen aber viel weniger Leute dran, die dann zahlen können.

Außerdem kommt es durch den demographischen Wandel zu einem Preisverfall der Immobilien in Kleinstädten, besonders, wenn sie peripher gelegen sind. Dies ist laut Interviewpartnern gleichzeitig Gefahr wie auch Chance. Kleinstädte verlieren dadurch an Wert, dass der vorhandene Gebäudebestand sich einer geringeren Nachfrage des Marktes gegenüber sieht. Das führt aber auch dazu, dass Menschen, die nie daran gedacht haben, ein Eigenheim zu erwerben, in Kleinstädten heute eher die Möglichkeit haben Eigentum zu erwerben.

Im Wettbewerb um Einwohner ist die Ausweisung von Baugebieten kurzfristig verlockend. Es ist jedoch genau abzuwägen, ob damit das soziale und finanzielle Tragfähigkeitspotenzial einer Kleinstadt nicht überlastet wird. In fast allen Städten der qualitativen Untersuchung ist es in Vergangenheit zu Fehlplanungen gekommen, die die Kommunen heute vor Herausforderungen stellen. Alle legen Wert auf Innenentwicklung und weisen kaum noch neue Baugebiete aus.

6.3 Ökonomischer Strukturwandel und Wettbewerb

Mit Fragen nach Wettbewerb konfrontiert, haben die interviewten Bürgermeister vielfältige Themen angesprochen und Erklärungsmodelle generiert. Insgesamt wurde deutlich, dass die Bürgermeister besser bewerteter Kleinstädte dem Wettbewerb positiver gegenüberstehen als ihre Kollegen in Kleinstädten mit schlechteren Indikatoren zu den Strukturdaten. Die qualitative Untersuchung bestätigt jedoch: Räumlicher Wettbewerb nimmt zu und äußert sich in der Konkurrenz um Entwicklungspotentiale. In diesem Zusammenhang ist auch das Problem kommunaler Finanzknappheit einzuordnen. Die Auswertung bezieht sich außerdem auf Felder, in denen räumlicher Wettbewerb besteht, und zeigt unter welchen ethischen Gesichtspunkten die interviewten Experten den Wettbewerb betrachten.



6.3.1 Ökonomischer Strukturwandel

Ökonomischer Strukturwandel und zunehmender Wettbewerb im deutschen Siedlungssystem sind eng miteinander verbunden. Es handelt sich bei diesem Strukturwandel um einen langfristigen Prozess der Tertiärisierung, mit dem Krisen einzelner Wirtschaftszweige einhergehen. Diese sind für kleine Kommunen, die häufiger wirtschaftliche Monostrukturen aufweisen, bedrohlicher als für größere. Die Zahlen der quantitativen Untersuchung zeigen, dass Tertiärisierung auch die Kleinstadt erreicht, wenn auch nicht im gleichen Maße wie größere Städte. Die qualitative Untersuchung bestätigt die Aussagen der Strukturdatenanalyse: Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor liegen in der Kleinstadt häufig in den Bereichen Gastronomie, soziale Einrichtungen und in der Verwaltung. Unternehmensnahe Dienstleistungen sind nur in sehr geringem Maße in Kleinstädten zu finden. Dienstleistungen, die im weitesten Sinne der freien Wirtschaft angehören, also nicht staatlich getragen oder subventioniert werden, sind allenfalls Logistikbetriebe (allerdings auch nur bei hervorragender Lage zu Verkehrsinfrastrukturen) und Call Center.

Jedoch zeigen die Interviews, dass trotz des Trends zur Tertiärisierung dem 2. Sektor immer noch mehr Potenzial zugesprochen wird. Das ist dadurch begründet, dass durch die heutige Technisierung industriell produzierende Unternehmen nur noch Fachkräfte beschäftigen und diesen deutlich höhere Löhne zahlen. Jedoch haben viele Unternehmen des 2. Sektors in Kleinstädten schließen müssen, wie folgendes Beispiel belegt:

B15.3: Die produzierenden Gewerbe, die Königsutter einmal hatte, sind in den letzten 20-30 Jahren alle weggegangen. So ist ein Druckmaschinenwerk oder auch Pelikan letztendlich verschwunden. Unsere Zuckerfabrik ist 1999 eingestellt worden. Wir hatten eine Fabrik, die Gaststätteneinrichtungen herstellte, die ist nicht mehr da. Also wir sind, was diese Dinge angeht, sehr stark nach unten gekommen. Praktisch gibt es fast nichts mehr, mit Ausnahme der Zigarrenfabrik. Und die anderen Arbeitsplätze, die wir haben, liegen insbesondere im Dienstleistungssektor.

Verlorene industrielle Arbeitsplätze zu ersetzen, ist für Kleinstädte aber kaum möglich. Mit Ausnahme weniger süddeutscher Kleinstädte beschreiben die Interviewpartner, dass neue Jobs in erster Linie in den Bereichen Pflege und Versorgung geschaffen werden können. Logistik, Call Center und andere Dienstleistungsbetriebe, die niedrig Qualifizierte beschäftigen, kommen in einigen Fällen hinzu. Diesen typisch „kleinstädtischen“ Dienstleistungen ist gemein, dass sie kaum Mehrwert produzieren oder aber stark konjunkturell abhängig sind. Dementsprechend befinden sich Kleinstädte in Abhängigkeit zu staatlichen Transfers (bspw. die Pflegeversicherung als Garant für ausgelastete Altenheime o.ä.) und einer guten Wirtschaftslage, da Dienstleistungsberufe für ungelernete Arbeitskräfte hochgradig krisengefährdet sind.



An diesem Punkt wird die nachhaltige räumliche Spaltung der Bundesrepublik deutlich, die aus dem Wandel ökonomischer Wertschöpfung im Sinne des postindustriellen Zeitalters resultiert. Bildung ist hierarchisch im Raum organisiert, höhere Dienstleistungen bilden in Abhängigkeit dazu Cluster. Soziale Segregation ist die Folge, die für fast alle untersuchten Kleinstädte den Wettbewerbsdruck um Zukunftspotentiale erhöht. Ein Interviewpartner beschreibt die alltäglichen sozialen Folgen, die in Kleinstädten spürbar werden:

B15.5: Das Problem ist die Bezahlung im Dienstleistungsbereich, denn die ist nicht so üppig. Wenn man außerhalb der öffentlichen Verwaltung ist, dann muss man schon zu zweit arbeiten gehen, um eine Familie zu ernähren und damit hat man auch soziale Probleme usw.

Die entstehenden sozialen Nachteile verstärken die Pfadabhängigkeit zu räumlicher Disparität. Ein Segregationsprozess zwischen Gering- und Hochqualifizierten, der die nationale Raumstruktur betrifft, ist für das 21. Jahrhundert zu erwarten. Dies stünde der gesetzlich postulierten „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ diametral entgegen. Die demokratisch gleichwertige Gesellschaftsethik der Bundesrepublik ist langfristig und nachhaltig durch diesen schleichenden Prozess gefährdet.

Ein ostdeutscher Bürgermeister unterstreicht das Problem mit folgender, für alle untersuchten Kleinstädte, gültigen Äußerung:

B10.3: Wir sind froh, dass wir überhaupt Arbeit haben.

6.3.2 Kommunale Finanzknappheit

Wettbewerb wurde in den Experten-Interviews eng mit der deutschlandweit angespannten kommunalen Finanzsituation verbunden. Durch Wirtschafts- und Finanzkrisen, Globalisierung und zunehmenden Neoliberalismus sind viele Kommunen gezwungen, mit knapperen Budgets zu wirtschaften, als dies noch im 20. Jahrhundert der Fall war.

B16.3: Uns werden in den nächsten drei Jahren 3,5 Millionen Euro fehlen. Und das wird natürlich sehr problematisch. Dann fragt man nach Einsparpotenzialen. Wir schreiben ein Haushaltsicherungskonzept, aber ich komme nicht auf den Ausgleich, selbst wenn ich alles im sogenannten freiwilligen Bereich zusammenstreichen würde.

Die Notwendigkeit zu andauernder Ausgabenreduktion bestimmt in den meisten Kleinstädten die Tagesordnung. Die Städte sind in ihrer Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt. Kleinstädte können sich nicht entwickeln, die Verantwortlichen versuchen nur mehr sie zu verwalten und die Einschnitte für Infra- und Sozialstruktur so verträglich wie möglich zu gestalten. In mehreren Interviews wird darauf verwiesen, dass die Finanzknappheit Kreativität im Transformationsprozess der Kleinstadt zu Beginn des 21. Jahr-



hunderts verhindert. Die verantwortlichen Akteure der Kleinstadt sehen durch die Finanzknappheit keine Möglichkeit mehr, sich als Kommune im Wettbewerb der Standorte selbst zu platzieren.

Damit bringen die Interviewpartner ihre Sorge zum Ausdruck, dass das System einer dezentralen Demokratie, das räumlich Ausdruck in der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ findet, langsam ausgehöhlt wird. Ähnlich wie in der aktuellen Krise des Kapitalismus (Finanzkrise, Immobilienblase, Eurokrise) insgesamt, erleben deutsche Kommunen, wie Raubbau am Allgemeingut betrieben wird. Bürgermeister beschreiben, wie Kulturzentren, Museen und Freibäder schließen müssen oder das eine „schleichende Verschuldung“ (B 16.2) stattfindet, indem z.B. Straßen nicht mehr saniert werden können. Dadurch verlieren Kleinstädte zusätzlich an Attraktivität. Im Zusammenhang mit anderen Herausforderungen wie dem demographischen Wandel entsteht ein weiterer Teufelskreis, der zur Marginalisierung der Kleinstadt beiträgt:

B15.5: Sicherlich hängt das auch von der Bevölkerungszahl ab und allein finanziell ist so eine Entwicklung für eine Kommune eine Katastrophe, denn sie können ja nicht gleichzeitig Infrastruktur zurückbauen – also die Kitas, die Schulen usw. Was haben sie davon, wenn das Schulgebäude leer steht? [...] Selbst wenn sie sagen, wir bauen da oder dort Teile zurück, wenn man die ganze Infrastruktur zurückbaut, dann heißt das ja, dass all die Kosten sich auf immer weniger Köpfe verteilen. Das heißt, es wird immer teurer für die Leute, hier zu leben, von den Betriebskosten her. Wir befinden uns also in einem Teufelskreis.

Der Experte weist mit seiner Aussage darauf hin, dass Schrumpfung Kosten verursacht, die einerseits nicht mehr von den Kommunen getragen werden können und andererseits zu Mindereinnahmen aus Steuergeldern führen, da jüngere Einwohner abwandern, worunter die Wirtschaft leidet, was zu weiter sinkenden Steuereinnahmen führt. Auch wenn Kleinstädte agglomerationsnah liegen und sich eher als Wohnstadt definieren, entstehen finanzielle Probleme aus dem demographischen Wandel:

B9.5: Wir brauchen als Ziel zumindest, dass wir unsere Einwohnerzahl etwa in der Größenordnung halten, weil darauf ja auch die ganze finanzielle Struktur der Stadt aufbaut. Wir haben eben in der Masse die größten Einnahmen durch die Einkommenssteuer und nicht durch die Gewerbesteuer, weil wir nicht industriell orientiert sind. Dementsprechend brauchen wir aber auch Generationen, die in Arbeit und Brot sind, damit wir an den Einkommenssteuern partizipieren können. Die fällt uns im Moment weg, das merken wir im Moment auch im Haushalt, wir bekommen Lücken, weil diese Generation nun in Rente geht.

Die finanziellen Probleme der Kleinstadt betreffen alle bisher thematisierten Bereiche. Sei es Ökonomie, der demographische Wandel oder auch Soziales. Die Notwendigkeit des Sparens führt zu einer eingeschränkten Wettbewerbsfähigkeit der Kleinstadt ge-



genüber Gunstregionen (die wenigen Kleinstädte, die in diesen Regionen liegen, einmal ausgenommen), so dass räumliche und soziale Polarisierung noch weiter begünstigt wird:

B16.5: Wenn wir massiv zusammenstreichen, würde das aber auch dazu führen, dass wir in der gefühlten Lebensqualität der Bevölkerung deutlich verlieren würden, dass die Diskussionen, die dann in der Öffentlichkeit in der Region geführt werden, die Neigung des Einzelnen hierher zu ziehen, schwächen werden. Man darf nicht verkennen, dass dann alles seine Auswirkungen hat. Ein massives Sparprogramm wird dazu führen, dass die Infrastruktur deutlich leidet und damit auch die Attraktivität der Stadt.

Andere Interviewpartner geben weitere Beispiele dafür, wie die kommunale Finanzknappheit Wettbewerb zwischen Kommunen beeinflusst und zu weiterer Polarisierung beiträgt:

B15.4: Also ohne Vereine wäre das Leben hier ein ganz armes, das muss man auch dazu sagen. Was die Stadt in keiner Kommune leisten kann, wir hier finanziell noch viel weniger, auch die Vereine können wir ja nicht mehr finanziell unterstützen, aber ohne die Vereine wäre es hier arm. Wir haben über 60 Vereine, für eine so kleine Gemeinde ist das eine Menge, insofern ist es wichtig, dass sich diese Vereine halten.

Hier wird deutlich, dass Finanzknappheit eben auch dazu führt, dass bürgerschaftliches Engagement, wovon Kleinstädte leben und woraus sie eine ihrer letzten positiven Besonderheiten erhalten, nämlich soziale Nähe, immer weniger gefördert werden kann. Gerade im Zusammenhang mit dem Fortzug Jüngerer ist anzunehmen, dass bürgerschaftliches Engagement in Zukunft verkümmern könnte. In diesem Zusammenhang ist auch eine steigende Politikverdrossenheit in ärmeren Kleinstädten zu sehen:

B15.4: Wer hat denn noch Lust, gerade auch von den Jüngeren, sich in ein Parlament wählen zu lassen, seine Zeit dort zu verbringen, vielleicht auch die politische Auseinandersetzung mit persönlicher Anfeindung zu erleben? [...] So etwas ist auszuhalten und man kann aber letztendlich nichts gestalten, weil nichts mehr da ist. Wir verwalten ja eigentlich nur noch. [...] Da sollten auch Jüngere sitzen, mit denen sich andere Jüngere identifizieren können, weil sie sich kennen. Jemand anderen als die „alten Säcke“ auf Listen zu bekommen macht Schwierigkeiten. Und das wird mittelfristig dazu führen, dass es auch hier Probleme geben wird, Parlamente zu besetzen.

Man könnte noch weitere Problembereiche nennen, die aus Finanznot resultieren oder verstärkt werden, interessanter ist es jedoch über die Mittel nachzudenken, die den finanziellen Problemen und der daraus resultierenden Polarisierung entgegenstehen. Dies sind strukturpolitische Förderprogramme. Die befragten Experten sind durch-



schnittlich wenig zufrieden mit den vorhandenen Programmen, sei es das Konjunkturpaket, das als Antwort auf die Finanzkrise von 2009 geschnürt wurde, oder seien es andere Förderprogramme von EU, Bund und Ländern. Dabei ist es das größte Problem, dass alle Förderprogramme eine Kofinanzierung voraussetzen, die bei leeren Kassen in vielen Kleinstädten kaum zu bewältigen ist:

B15.3: Das nehmen wir nur eingeschränkt in Anspruch, weil sie immer kofinanzieren müssen. Das heißt, wenn sie den Haushalt konsolidieren und keine Neuverschuldung aufnehmen, dann sind die Grenzen in diesem Bereich sehr eng gezogen. Insbesondere was den freiwilligen Bereich angeht.

Hier wird ein Problem der staatlichen Förderprogramme deutlich: Eine Förderpolitik, die über Eigenfinanzierung arbeitet, stärkt die sowieso schon besser gestellten Kommunen. Diese Förderpolitik hilft nur, räumliche Polarisierung größer werden zu lassen und ist somit denkbar ungeeignet. Es wäre angemessen, darüber nachzudenken, ob die bisher praktizierte Vorgehensweise noch zeitgemäß ist. Dementsprechend kann man es verstehen, wenn Bürgermeister von Kleinstädten, die sowieso schon eine angespannte Haushaltslage aufweisen, unzufrieden mit der aktuellen Förderpolitik sind.

B16.3: Bund und Länder sprechen ja davon, dass gespart werden muss. Das kann man ja auch gut nachvollziehen, aber dann muss man doch bitte auch bei sich selbst anfangen und das Geld dahin geben, wo die Menschen leben und die leben nicht vor dem Landtag in Schwerin und auch nicht vor dem Reichstag in Berlin, sondern die leben in den Städten und Kommunen und da muss das Geld hin, denke ich.

Dabei ist es m.E. nicht so, dass der Föderalismus von den befragten Bürgermeistern kritisiert wird, sie sind eher der Meinung, dass sich ein Verteilungsungleichgewicht der Mittel zu Ungunsten der Kommunen eingestellt hat, eine Position, die vertretbar ist. Bevor jedoch endgültige Aussagen über die Wirksamkeit kommunaler Förderprogramme gemacht werden können, müssten diese wissenschaftlich geprüft werden. Das leistet diese Untersuchung nicht und eine allumfassende Bewertung dürfte außerdem bei der Vielzahl von Förderprogrammen und fördernden Institutionen schwierig sein. Mit Sicherheit lässt sich jedoch sagen, dass die zunehmende kommunale Finanzknappheit einerseits zu mehr Wettbewerb (knappere Ressourcen) führt und andererseits gerade die kleineren und schwächeren Kommunen durch die schwierige Finanzlage nochmals benachteiligt sind.

6.3.3 Wettbewerbsfelder

Alle Interviewpartner haben explizit oder implizit Angaben zu den Feldern gemacht, in denen sie sich im Wettbewerb mit anderen Kommunen befinden. Auffällig ist dabei, dass sich die jeweils genannten Felder sehr ähnlich sind. Dies bestätigt zunächst, dass



die deutsche Kleinstadt trotz regionsbedingter Heterogenität ein verallgemeinerbarer Siedlungstyp mit ähnlichen Entwicklungs- und Problemzusammenhängen ist. In den Interviews wurden zwei Hauptfelder des Wettbewerbs immer wieder genannt. Es handelt sich dabei um den Wettbewerb um Unternehmen und den um Einwohner. Diese Erkenntnis deckt sich mit den theoretischen Überlegungen der Kapitel 3 und 4.

Es gibt verschiedene Arten, die Attraktivität einer Kleinstadt im Wettbewerb um Einwohner zu verbessern. Wesentlich ist dabei jedoch die Zielgruppe. Sowohl Ältere als auch Jüngere sind de facto stark umworben, wobei die jüngeren Bevölkerungsteile zumeist wichtiger für die Interviewpartner sind. Ihnen ist klar, dass man Ausbildung und Studium in Kleinstädten nur sehr begrenzt anbieten kann. Deshalb konzentrieren sich die Kommunen darauf, für junge Menschen attraktiv zu sein, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben und idealerweise Kinder aufziehen möchten. Abhängig von der konkreten Lage der Kleinstadt lockt man diese bspw. mit Bodenpreisen (eher lageungünstige Städte):

B9.2: Es gibt Initiativen einiger Städte, aber das sind dann auch Städte, die so außerhalb der üblichen Achsen liegen. Verkehrsachsen, Einkaufsachsen oder wie auch immer. Die sagen, die stellen jungen Familien ein Grundstück zu günstigen Preisen zur Verfügung. Ob das letztendlich ausschlaggebend ist, weiß ich nicht, kann ich nicht beurteilen, ich bin nicht in der Stadt. Wir machen das hier jedenfalls nicht.

Peripher oder „ruhig“ gelegene Kleinstädte werben weiterhin mit ihrer vermeintlich höheren Sicherheit für sich. Für alle Kleinstädte gilt, dass sie mit sozialen Infrastrukturen Wettbewerb betreiben. Ein solcher Wettbewerb wird auch kaum von interkommunaler Zusammenarbeit entschärft, geht es bspw. um Kindergärten und Schulen ist sich jede Kommune selbst die nächste:

B15.3: Wettbewerb gibt es sicherlich, das merken wir am deutlichsten an Salzgitter, die gesagt haben: „Wir machen alle Kindertagesstätten beitragsfrei“. Das geht rund.

Da insbesondere jüngere Menschen in der Phase der Familienbildung noch langfristig produktive Teile der Bevölkerung sind, ist der Wettbewerb der Kommunen um sie sehr intensiv. Soziale Infrastrukturen sind dabei nicht nur Schulen, sondern auch Einkaufsmöglichkeiten, Schwimmbäder, Parks, Vereine, ärztliche Versorgung, Stadtbegrünung, Parks. Der Bürgermeister der Stadt Vellmar spricht von einem „Gesamtbild aus vielen Mosaiksteinen“, das die Wettbewerbsfähigkeit als Wohnstandort herstellt.

Außerdem ist die Vitalität einer Kleinstadt ein Wettbewerbskriterium. Eine belebte Innenstadt und ein aktives Vereinsleben sind aktuell Instrumente des kommunalen Wettbewerbs:

B10.1: Das Leben in der Innenstadt ist wichtig. Eine gewisse Kneipenkultur ist wichtig. Für eine Kleinstadt ist das Angebot, das die Vereine bereitstellen, sehr wichtig.



Wir haben erfreulicherweise einen sehr großen Sportverein mit einem breiten Angebot. Vor kurzem hat dieser Verein auch ein Fitnessstudio gebaut. Der Verein hat mittlerweile 4500 Mitglieder bei 13.000 Einwohnern. Wir haben auch eine sehr große private Musikschule mit 1700 Schülern, da kommen auch Kinder aus den Nachbarorten.

Diese Punkte sind mittelbar auch im Wettbewerb um Ältere gewinnbringend, wenn sie auch primär die Familienfreundlichkeit unterstützen sollen. Der Wettbewerb um Ältere taucht in den Expertenäußerungen zwar häufig auf, wird jedoch undifferenzierter betrachtet. Handelt es sich nicht zufällig um Kurstandorte, geht es für die Kleinstädte nur darum, verschiedene altengerechte Wohnformen vom betreuten Wohnen bis zum Altersheim zu schaffen. Solche Einrichtungen wurden oder werden allerdings in so gut wie jeder Kleinstadt geschaffen:

B9.5: Ja, wenn man sagt, es gibt jede Menge alte Menschen, die ein Eigenheim verlassen, dann müssen wir denen natürlich auch Angebote machen. Das machen wir zum Teil mit Eigeninvestitionen oder auch mit privaten Investoren. Der Bedarf ist da und viele unserer alten Menschen sind in der Vergangenheit in Nachbargemeinden gegangen, weil wir bisher die Kapazitäten nicht hatten.

Dieses Zitat zeigt klar den Wettbewerbsgedanken: Obwohl die Region augenscheinlich mit Altersheimen versorgt ist, errichtet die betreffende Kleinstadt nun auch Altersheime, um die Abwanderung Älterer zu stoppen. Die Folge wird ein zukünftiges Überangebot an Versorgungskapazitäten sein.

Nur wenige Kleinstädte planen umfassendere Ansätze, die eine altengerechte Stadtsanierung (z.B. Gehwege), die Schaffung von Seniorenbeiräten oder behindertengerechte Infrastrukturen vorsieht. Natürlich ist dies auch eine Kostenfrage.

Das zweite Feld, in dem Kleinstädte Wettbewerb betreiben, ist die Unternehmensansiedlung. Dieser Wettbewerb um Unternehmen ist mit dem um Bevölkerung eng verknüpft. Einerseits profitiert eine Kommune von Einwohnern, wenn Arbeitsplätze für diese vorhanden sind, andererseits siedeln sich Unternehmen eher in einer Kommune an, in der Fachkräfte verfügbar sind. Mehrere Interviewpartner beschreiben das Phänomen, dass über verbesserte Lebensbedingungen für Einwohner eigentlich Unternehmen zur Ansiedlung bewegt werden sollen. Direkte Einflussnahme auf Unternehmensansiedlungen kann eine Kleinstadt nur selten nehmen. Jede Kleinstadt verfügt über Gewerbegebiete. Verkehrsinfrastrukturen oder andere harte Standortfaktoren können jedoch nicht selbst geschaffen werden, sondern sind abhängig von Landes- oder Bundesplanungen. Was bleibt sind die weichen Standortfaktoren wie Schulen, Vereine oder eine belebte Innenstadt. Bemühungen in diesem Bereich sind aber immer nur so erfolgreich wie es die Ausstattung mit harten Standortfaktoren zulässt. Wichtig sind z.B. Verkehrsinfrastrukturen. Die Untersuchung zeigt, dass Kleinstädte, die an bedeutenden Verkehrsinf-



rastrukturen liegen, wesentlich attraktiver für Unternehmen sind. Der Bodenpreis kann ein weiteres Wettbewerbsargument sein. Folgendes Zitat schildert den Ablauf von Unternehmensansiedlungen ausgehend von Scouts, die ideale Standorte suchen:

B10.3: Also die Anbahnungen, die laufen immer auf die gleiche Weise. Ich meine jetzt ja nicht einen Klempnermeister und einen Elektroinstallateur, sondern Firmen so ab 30 Mitarbeitern. Da sind vorher gar nicht die Firmenbesitzer unterwegs, sondern die Scouts, die haben da Büros, die sich darum kümmern. Und die Kriterien sind immer die gleichen, neben der guten Verkehrslage, die relativ viele Kommunen haben, sind es schon die Antragsbearbeitungszeiten, die Behördenkontakte, die Gewerbesteuern, Höhe der Gewerbesteuerhebesätze. Weiche Faktoren sind seit fünf Jahren extrem wichtig, seit sich abzeichnet, dass Deutschland irgendwann mal ein Fachkräfteproblem haben wird. Weiche Faktoren sind Schulen, Kindergärten, ärztliche Versorgung, Freizeiteinrichtungen. So und das ist der Punkt, das haben wir schnell mitgekriegt, worauf die Leute wert legen und das sind eigentlich die Sachen, die dort eine Rolle spielen.

Wettbewerb um Unternehmen ist abhängig von der räumlichen Vorkonfiguration und wird auf dieser Basis durch weiche Standortfaktoren entschieden. Dies ist der Rahmen in dem wettbewerbsbasierte Raumentwicklung zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Deutschland stattfindet.

Kleinstädte, die in diesem Wettbewerb aufgrund wenig überzeugender harter Standortfaktoren keine Rolle spielen können, haben aktuell nur die Möglichkeit sich auf Nischen zu konzentrieren und so die Marginalisierung zu verlangsamen. Eine solche Nische ist der Tourismus:

B16.4: Unsere Anstrengungen gehen dahin unsere Stadt auch touristisch mit der Talsperre weiter und besser zu vermarkten. Wir haben erfreulicherweise seit zwei Jahren eine Kleinbahn, eine Dampfbahn wieder hier im Tal in Betrieb. [...] Die fährt momentan bis Dippoldiswalde und die bringt uns auch permanent Gäste und Touristen aus dem Dresdner Raum und auch von da gibt es dann gelegentlich Ansätze: „Ach hier ist es schön, hier könnte ich leben“. Das wird einen positiven Effekt haben.

Solche Entwicklungen finden sich in vielen, insbesondere jedoch ostdeutschen, Kleinstädten. Die Angebote bleiben dabei meist austauschbar, hat die betroffene Kleinstadt nicht das Glück, historisch oder naturräumlich besonders begünstigt zu sein.

B9.1: Die Gemeinden sind alle sehr stark dabei, sich in den Themen wie Kinder- und Jugendbetreuung neu zu positionieren. Wobei wir da aus meiner Sicht das typische deutsche Problem haben: Wir konzentrieren uns auf eine Sache zu stark und lassen die andere so ein bisschen aus dem Blick. Ich versuche das nicht zu tun, sondern so eine Balance zu halten. Genauso wichtig ist es nämlich auch, sich um das Thema alte Menschen zu kümmern. Und wir können uns nicht einbilden, dass



wir durch unsere Maßnahmen plötzlich das demographische Pulverfass entschärfen können. Diese Entwicklungen sind vorgezeichnet und kommen unweigerlich auf uns zu.

Dieser Aussage ist zuzustimmen: Es sind nur wenige Felder, in denen Stadtentwicklung betrieben werden kann und Wettbewerb mit anderen Kommunen stattfindet. Die Untersuchungen ergeben, dass Kinderbetreuung sowie Altenbetreuung gleichermaßen forciert werden. Es ist dabei kaum zu übersehen, dass fast alle Kleinstädte im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten sehr ähnliche Entwicklungspfade beschreiten. Denkt man an räumliche Polarisierung, an die drohende Marginalisierung des Siedlungstyps Kleinstadt, so ist es aus meiner Sicht ratsam, Wettbewerb nicht als Verdrängungs-, sondern vielmehr als Innovationsmechanismus zu begreifen. In einer schrumpfenden Gesellschaft ist dies nur bedingt möglich, allerdings könnte ein innovationsfreudiger Umgang mit den Problemen des Wettbewerbs zu neuen (Über-)Lebensmodellen für Kleinstädte führen. Dazu müsste allerdings die Möglichkeit bestehen, sich der skizzierten Wettbewerbslogik um Einwohner und Unternehmen zu entziehen. Da Kleinstädte aufgrund ihrer Finanznot jedoch nur verwalten und nicht entwickeln können, ist nicht zu erwarten, dass ein solches Umdenken zukünftig praktiziert werden kann.

6.3.4 Zur Ethik des Wettbewerbs

Wettbewerb wurde in der bisherigen Argumentation als wesentlicher Mechanismus einer sich verändernden Raumstruktur definiert. Es ist nicht verwunderlich, dass die Interviewpartner dieses Thema in besonderer Intensität behandeln. Die Auffassungen zum Nutzen des Wettbewerbs sind dabei sehr verschieden, zeigen jedoch deutlich, dass Interviewpartner aus strukturstärkeren Kleinstädten bzw. Regionen, Wettbewerb eher positiv interpretieren. Sie tätigen häufiger Aussagen, die sich darauf beziehen, dass zwar viele Kommunen schwerwiegenden Problemen gegenüberstehen, dies jedoch ihrem eigenverantwortlichen Handeln zuzuschreiben ist. Man selbst sei davon nicht betroffen, weil man seine „Hausaufgaben gemacht“ habe. Gleichzeitig lässt sich feststellen, dass Wettbewerb als ethisch problembehaftet wahrgenommen wird, wie folgende Interviewsituation in einer strukturstarken Kleinstadt verdeutlicht:

B15.1: Also wenn wir werben, dann werben wir für uns.

I: Ja das ist klar. Aber ein Werben für sich ist doch in gewisser Weise auch Konkurrenz, oder?

B. Wenn sie das so sehen, dann ist das so. Aber nicht mit dem Ziel... Der Kuchen ist so groß!

I: Ist er das?



B15.1: Selbstverständlich. Gerade im Bereich Gesundheit/Wellness. Ich habe heute noch einen Termin. Da ist uns ein großer Schritt gelungen. Wir werden als Kurort das Thema traditionelle chinesische Medizin als Alleinstellungsmerkmal einführen. Jetzt kommen zwölf Spezialisten aus China zu uns und werden hier praktizieren. Wir haben im Thermen-Haus 250m² für sie und dort werden sie dazu beitragen, unseren Standort zu stärken.

I: Ja, das Alleinstellungsmerkmal wie sie sagten. Die sucht man ja. Nun sagten sie, der Kuchen ist noch recht groß. In anderen Bereichen ist das ja schon gar nicht mehr so, da sind die Kuchen ja schon so umkämpft, dass nur noch Krümel übrig bleiben. Wird das beim Gesundheitsbereich auch so werden? Und wenn ja, wie lange dauert das?

B15.1: Man muss halt zu dem Zeitpunkt so aufgestellt sein, dass... Also wir legen immer Wert auf Qualität und auf Sauberkeit und auf Freundlichkeit. Wir sind im letzten Jahr in einem anonymen Bädertest zum saubersten und attraktivsten Bad in Bayern gewählt worden. Also das kriegt man nicht geschenkt, das muss man sich erarbeiten.

Dieser Gesprächsausschnitt zeigt deutlich den Wettbewerbsgedanken, jedoch wird auch deutlich, wie unangenehm dieser dem Interviewpartner ist. Wettbewerb wird vermutlich als so negativ angesehen, weil er in einer Gesellschaft ohne Wachstum zu steigender Ungleichheit bzw. räumlicher Polarisierung führt, was nicht gewünscht ist.

Strukturschwache Kleinstädte weisen allerdings ebenso wie strukturstarke Kleinstädte ausgeprägtes Wettbewerbshandeln auf. Sie erklären dies jedoch aus dem Zwang, der ihnen durch andere Kommunen auferlegt wird.

B16.4: Wir haben hier in der Nachbarschaft eine Stadt, die auch gewerbemäßig sehr gut aufgestellt ist und da gibt es eigentlich weniger Kooperation, das ist dann mehr ein Wettbewerb, sodass man auch versucht, sein Gebiet entsprechend anzupreisen und durch Gewerbesteuererlass in der ersten Phase versucht, Ansiedlungen zu erreichen.

In der Argumentation der Interviewpartner spielt die Region eine wichtige Rolle. Sie ist Ebene der Zusammenarbeit und Ebene, auf der Wettbewerb wahrgenommen wird. Als solche ist sie auch das argumentatorische Mittel, sich nicht selbst als Teil eines Verdrängungswettbewerbs zu definieren und so die damit einhergehende ethische Frage zu entproblematisieren. Gleichzeitig zeigen die Interviewpartner aber auch, dass regionaler Wettbewerb in dem Moment zu kommunalem Wettbewerb wird, in dem Wettbewerb auf regionaler Ebene erfolgreich bestritten wurde. Dies gilt sowohl für starke als auch für schwache Kleinstädte:



B9.5: Selbstverständlich halten wir, gegen alles was weiter weg, ist erst einmal zusammen. Wenn dann die Unternehmen oder Menschen bei uns sind, dann schauen wir auch, wie wir uns selbst positionieren.

Deutlich wird bei dieser Denkweise die Unterteilung in Maßstabsebenen. Das Interesse am Gemeinwohl nimmt zu, je näher die eigene Position ist: Während es auf weltweiter Ebene am geringsten ist (z.B. China als Gegner, an den man Arbeitsplätze verliert) ist es im unmittelbaren Umfeld am höchsten. Dies erklärt das wettbewerbsbezogene Denkschema, das die Bürgermeister in den meisten Situationen äußerten. Und doch gibt es einige Einschätzungen, die darüber hinausgehen. Einige Interviewpartner thematisieren die Art des geführten Wettbewerbs und stellen zur Debatte, ob Verdrängungswettbewerb oder Innovationswettbewerb betrieben werden sollte. Gegen den Verdrängungswettbewerb stellt sich folgende Expertenaussage:

B16.2: Also ich bin kein Freund des permanenten Wettbewerbs. Denn Wettbewerb führt immer dazu, dass einige auf der Strecke bleiben. In Zeiten, in denen wir Wachstum hatten, war das kein Problem, dann konnte derjenige, der auf der Strecke blieb, sich eine andere Alternative aussuchen. Hier kann er es nicht mehr, denn die nächste Alternative ist besetzt von anderen, die früher sich dort angesiedelt haben [...] Aber der Verdrängte konnte früher wegen des Wachstums sich eine andere Alternative aussuchen, wo er wieder wachsen konnte, wenn aber kein Wachstum in dem Sinne mehr da ist, dann findet er keine Chance mehr und das ist für mich das größte Zukunftsproblem, für das sich noch keine Antwort gefunden hat.

Der Experte hat recht, wenn er davon spricht, dass sich noch keine tragfähige Zukunftsperspektive dafür gefunden hat, wie man Wohlstand ohne Wachstum erhalten kann. Die Argumentationslogik ist jedoch positiv. Er spricht davon, nicht nur die immer gleichen Felder des Wettbewerbs zu bearbeiten. Vielmehr sollten neue Felder erschlossen werden. Das wäre Innovationswettbewerb. Auch dieser würde in der Folge zu Verdrängung führen, denn nur die innovativen Kommunen könnten als Trendsetter Vorteile erlangen, doch immerhin könnte man einem ruinösen und kostenintensiven Wettbewerb, der in erster Linie mit Schulen und Altersheimen (vgl. 6.2.3) geführt wird, entgegen.

Ein Wettbewerb der Innovationen würde zwar zu weiterer Verdrängung führen, im Idealfall aber auch neue Betätigungsfeldern erschließen, so dass bisherigen Standortfaktoren weniger Wettbewerbsdruck auferlegt würde.

Zu berücksichtigen ist außerdem, dass finanzschwache Kleinstädte nicht in der Lage sind, eigenständige Innovationen in der Stadtentwicklung zu finanzieren. Wie deutlich wurde, können diese Kleinstädte wenn überhaupt nur attraktivitätssteigernde Maßnahmen ergreifen, die im Rahmen von Förderprogrammen durchführbar sind. Das sind jedoch Maßnahmen, die alle Kommunen durchführen und damit schon vom Grundgedan-



ken her auf Verdrängung ausgelegt sind. Dieses Dilemma zeigt, dass Wettbewerb und die Aufgaben der öffentlichen Hand kaum zu vereinen sind. Eine Vielzahl gesamtgesellschaftlicher Aufgaben dürfen keinem Wettbewerb unterliegen, sollen sie die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse garantieren. Dieser Gedanke wird auch in folgender Expertenäußerung thematisiert:

B15.3: Was ist eigentlich gut? Generell. Ist es also richtig, öffentliche Verwaltung, staatliche Tätigkeit ausschließlich unter wirtschaftlichen Aspekten zu betrachten? Sie haben Bereiche, da können sie niemals Geld verdienen. Es gibt Bereiche wie Polizei usw., die können sie gar nicht gewinnbringend betreiben, bzw. so wirtschaftlich optimieren, dass da nahezu null Aufwand entsteht. Das gibt es nicht. Und wir sind meines Erachtens bedauerlicherweise in dem Trend, dass wir sagen, Betriebswirtschaft ist das Allheilmittel. Das wird es nicht sein.

Öffentliche Verwaltungen können nicht nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten handeln, da öffentliche Aufgaben nicht allein unter der Maxime der Wirtschaftlichkeit zu betrachten sind. Soziale Fragen und Fragen des öffentlichen Zusammenlebens haben in erster Linie nichts mit Wirtschaftlichkeit zu tun. So kann der schleichend zunehmende Wettbewerb keinesfalls Allheilmittel der Stadtentwicklung sein. Den ethischen Kern dieser Betrachtungsweise legt das folgende Zitat treffend dar:

B15.4: Ich glaube über allem steht die finanzielle Ausstattung. Leider ist es so. Aber alles, was man für seine Bürger machen will, kostet Geld. Da kann man politisch drüber streiten, ob man so oder so verteilt, aber ich denke letztlich wird es immer wichtig sein, dass wir unseren Bürgern hier etwas anbieten können. Das muss kein Luxus sein, aber Lebensbedingungen, die in Deutschland verhältnismäßig gleich sind. [...] Nur darüber wird eigentlich der sehr schöne kleinstädtische Lebenskreis erhalten bleiben können. Denn er hat ja unheimlich viele Vorteile und die sind ja auch durchaus sozialer Art. In einer Kleinstadt kennt jeder jeden, da ist die Gefahr, dass jemand sozial abrutscht, vielleicht ausgegrenzt wird, dass jemand vereinsamt, das ist hier einfach nicht so. Hier wird jeder irgendwie mitgenommen.

Das Zitat thematisiert außerdem die sozialintegrative Bedeutung der deutschen Kleinstadt: Die Kleinstadt ist ein Ort des sozialen Zusammenhaltes. Kleinstädte sind – zumindest in stärkerem Maße als größere Städte – ein Ort der verantwortungsbewussten Bürgergesellschaft. Investitionen in die Kleinstadt können damit also als Investitionen in die soziale Sicherung bzw. in die Grundwerte der Bundesrepublik bezeichnet werden. Diese Ethik vertritt das Grundgesetz und aus ihr entsteht die räumliche Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Nicht regulierter Wettbewerb steht dieser Ethik entgegen, zumindest in einer Gesellschaft ohne Wachstum, denn in diesem Fall haben viele Kommunen Marginalisierung zu fürchten. Die Aussage des früher zitierten Experten bleibt also bestehen: Es hat sich bisher keine tragfähige Zukunftsperspektive gefunden, wie



sich räumlicher Wettbewerb in einer schrumpfenden (und sich räumlich polarisierenden) Gesellschaft gestalten lässt.

6.4 Demographie und Sozialstruktur

Der demographische Wandel, zu dem auch Binnenmigration zu zählen ist, stellt eine der größten Herausforderungen für Kleinstädte dar. Einerseits führt die Abwanderung Jüngerer zu Problemen für die Sozialstruktur der Kleinstadt, andererseits steigt der Altersdurchschnitt des Stadttyps Kleinstadt in den nächsten Jahrzehnten rapide an. Daraus folgt ein Wandel der Bevölkerungsstruktur, der die Kleinstädte durch immer ältere und weniger produktive Einwohner vor eine Verkettung von Problemzusammenhängen stellen wird, die in diesem Abschnitt thematisiert werden. Die Aspekte, die positiv am Leben in Kleinstädten sind – in erster Linie ist dies ein enges soziales Netz – sind durch diesen Gesellschaftswandel gefährdet. Dieser Abschnitt erläutert die Sicht der Interviewpartner zur Abwanderung Jüngerer bei gleichzeitiger Zunahme der Älteren und die Auswirkungen dieses Prozesses auf die Sozialstruktur der Kleinstadt.

6.4.1 Abwanderung jüngerer Einwohner aus Kleinstädten

Die Wanderungsverluste, die der Siedlungstyp Kleinstadt zu verbuchen hat, beziehen sich in erster Linie auf jüngere Bevölkerungsteile, wie schon die quantitative Untersuchung gezeigt hat. Die Interviewpartner sehen dafür folgende Gründe: Zentral sind die Arbeitsplatzverfügbarkeit und die Lohnhöhe. Außerdem tragen die veränderten Bildungsansprüche unserer Gesellschaft zur Abwanderung Jüngerer bei. Damit einher gehen Fragen nach Lebensstilen und den Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung.

Hauptgrund für die Abwanderung Jüngerer ist nach Aussage der befragten Bürgermeister die mangelnde Arbeitsplatzverfügbarkeit in vielen Kleinstädten. Dabei gilt: Je peripherer die Kleinstadt, desto größer die Abwanderung. Insbesondere Arbeitsplätze für Hochqualifizierte sind verhältnismäßig selten in Kleinstädten zu finden. Die Interviewpartner in starken wie in schwachen Städten beschreiben einhellig die hohe Abwanderung von Abiturienten. Diese Gruppe strebt zu großen Teilen ein Studium an, das sehr selten am Heimatort verwirklicht werden kann. Die Interviewpartner beschreiben weiterhin, dass es kaum Rückkehrer gibt und erklären dies mit der mangelnden Arbeitsplatzverfügbarkeit und den schlechteren Löhnen im Vergleich zu größeren Städten.

Regional ist dieses Kriterium in Ostdeutschland und strukturschwachen Teilen Westdeutschlands wie bspw. dem Saarland ausschlaggebend und nachhaltig schädigend für die Kommunen. Fasst man die Aussagen der Interviewpartner zusammen, wird klar, dass die Kleinstadt den Anschluss an den Gesellschaftswandel zu versäumen droht: Viele Jüngere streben Berufe an, die eine Hochschulausbildung erfordern. Sozioöko-



nomischer Wandel findet im Sinne der postindustriellen Gesellschaft statt und verändert den Arbeitsmarkt dahingehend, dass hohes Wissen und Qualifikation zunehmend nötig werden. Dieser Trend steht dem Leben in der Kleinstadt entgegen, da sie keine Möglichkeiten hat, höhere Bildung anzubieten und auch nur wenig Arbeitsplätze für diese Zielgruppe zur Verfügung stellt. So wird die steigende Zahl an Studenten unter den Jüngeren zu einem Teufelskreis für Kleinstädte, wie folgende Zitate zeigen. Gefragt nach dem fehlenden Gymnasium in der Kleinstadt antwortet folgender Bürgermeister:

B10.2: Die ältesten Schüler sind 16 bei uns, das merken sie. Und wenn die jungen Leute weggehen, dann brechen praktisch ganze Generationen weg. Je mehr Studenten es gibt, umso mehr sind weg. [...] Das zieht ja alles weitere Kreise: Wie will man junge Leute werben, wenn hier abends nur über 30-Jährige draußen sind? Das wird sozusagen zum Teufelskreis.

Weiterhin ist zu vermuten, dass die kleinstädtische Provinzialität und das eingeschränkte kulturelle Angebot den individuellen Selbstverwirklichungswünschen vieler Jüngerer nicht genügen können. Dazu gibt es unter den Bürgermeistern allerdings verschiedene Meinungen. Nach der Möglichkeit zur Selbstverwirklichung in Kleinstädten befragt, sind mehrere Interviewpartner der Überzeugung, dass Jüngere zurückkehren würden, wenn man nach dem Studium die Chance hätte, einen Job zu bekommen. Ebenso bestätigen die Interviewpartner aber, dass Jüngere die soziale und kulturelle Eingeschränktheit der Kleinstadt nach Abschluss ihrer Schullaufbahn verlassen wollen. Dem Teufelskreis des Attraktivitätsverlustes versuchen Kleinstädte entgegenzuwirken. Wenn man das Beispiel Sportvereine betrachtet, wird dies deutlich. Um weiterhin Mannschaften aufstellen zu können, werden Spielvereinigungen gegründet:

B15.3: Man muss die nüchterne Bestandsaufnahme machen. Diese Entwicklungen laufen so und nun muss man versuchen, das Grundangebot zu halten. Wir haben das Glück im Sportbereich, dass es relativ viele Vereine gibt. Die werden langfristig nicht daran vorbeikommen, sich zusammenzuschließen. Es werden jetzt schon im Jugendbereich Spielgemeinschaften gebildet. Das wird die Zukunft sein, sodass man dann das Angebot noch hat, aber nicht mehr überall Lokales anbieten kann. Man muss Netzwerke schaffen.

Bei Sportvereinen ist dies ein probates Mittel. Es gibt aber auch Vereine, die kaum noch als zeitgemäß gelten können und die aufgrund des Nachwuchsmangels schließen müssen:

B9.5: Der Gesangsverein, der Wanderverein, Kaninchenzüchter usw., das sind natürlich Vereine, den fehlt nicht nur die junge Generation, denen fehlt auch die mittlere Generation. Da ist dann ein großer Bruch drin, aber das liegt an dem Angebot, das sie bringen.



So verändert sich durch die Abwanderung Jüngerer das soziale Zusammenleben in der Kleinstadt. Die Kleinstädte versuchen diese Abwanderung aufzuhalten. Da junge Menschen zu Bildungszwecken wandern und man in diesem Fall nicht mit zentraleren Orten konkurrieren kann, legen viele Kleinstädte ihren Fokus auf die Attraktivität für Familien. Familien, so die Meinung der meisten Interviewpartner, sind über gut ausgebaute Betreuungs- und Schulangebote für Kinder zu halten und zu werben. Diese Hoffnung haben selbst Kleinstädte, die nicht über die nötigen Arbeitsplätze für die Eltern der Kinder verfügen:

B15.4: Die Zahl der Arbeitsplätze bei uns ist gering, gegenüber anderen Kommunen. [...] Das führt dazu, dass auch die Wohnortwahl zumindest im Augenblick nicht auf Lindenfels fällt. Hier sind wir dabei, dagegen aktiv zu werden, nicht dass wir neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen, sondern wir versuchen, sehr kinderfreundlich zu sein. So dass wir alle unsere Spielplätze, Kindergärten soweit es geht auf Vordermann halten. Wir haben ein sehr breites Angebot an Kinderbetreuung. Wir haben in einem Kindergarten eine U3 Gruppe, die seltsamerweise aber noch nicht mal voll ist.

Ob diese Art des Wettbewerbs um Einwohner zum Erfolg führt, darf bezweifelt werden, denn alle Kommunen der jeweiligen Region bemühen sich um eine gute Kinderbetreuung, sodass die schon beschriebene Wettbewerbslogik zu berücksichtigen ist. Es zeigt sich, dass Kleinstädte der Abwanderung der jüngeren Generation machtlos gegenüberstehen und damit eine ihrer wichtigsten Zukunftsperspektiven verlieren, denn am Ende benötigt auch die Wirtschaft wieder Fachkräfte, die in Kleinstädten kaum zu finden und immer schwerer anzusiedeln sind.

6.4.2 Überalterung

Neben der Abwanderung Jüngerer ist in der deutschen Kleinstadt eine zunehmende Überalterung feststellbar (vgl. quantitative Untersuchung). Der Altersdurchschnitt der Kleinstädte steigt einerseits, weil Jüngere abwandern, und andererseits als Resultat der steigenden Lebenserwartung der deutschen Bevölkerung. Auch Zuwanderung Älterer führt in Kleinstädten zu einem Anstieg des Durchschnittsalters. Je nach Lage und Situation der Kleinstadt können unterschiedliche Effekte für den Anstieg des Durchschnittsalters sorgen, die Tendenz ist jedoch überall gleich: Die Bevölkerung der deutschen Kleinstadt altert überdurchschnittlich. Daraus resultieren Folgen für Immobilien, das soziale Zusammenleben und die Zukunftsperspektiven der Kleinstadt:

B15.5: Der Trend geht ganz klar nach unten. Wir verlieren jährlich 120-140 Einwohner. Leider auch zum großen Teil durch den sogenannten Sterbeüberschuss, weil es zu wenig Geburten im Verhältnis zu den Leuten sind, die sterben. Das liegt an der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung. Wenn sie die Altersbäume vergleichen, die sehen katastrophal aus. [...] Denn es fehlt in der Tat das Potential an



jungen Leuten. Es sind ja überhaupt nicht mehr genügend Leute da, die Kinder kriegen könnten, um die Löcher in den unteren Jahrgängen auszugleichen.

Die Vergreisung der Kleinstadt stellt eine Gefahr dar. Ältere sind im Vergleich zu Jüngeren weniger abgeneigt gegenüber einem Leben in der Kleinstadt. Gesamtgesellschaftlich bedenklich ist dabei jedoch eine Segregation nach Lebensalter. Weiter erläutert ein Interviewpartner warum die Konzentration auf Ältere nicht als Zukunftsperspektive der Kleinstadt gelten kann:

B9.5: Wir werden weniger, wir werden älter. Wer älter ist, wird weniger umziehen. An den Älteren verdiene ich als Kommune kein Geld, an denen habe ich über Jahrzehnte verdient, an Einkommenssteuer. Zum Lebensabend verdiene ich mit denen kein Geld. Die haben aber den hohen Anspruch, dass auch im Alter ihr Leben in der Kommune geregelt ist.

Die jüngeren Generationen nehmen am Erwerbsleben teil, zahlen Steuern und bringen Kaufkraft in die Stadt. Dies tun Ältere nicht im gleichen Maß. Dies ist ein weiterer Grund, warum das steigende Durchschnittsalter der Kleinstadt ein ökonomisches und raumstrukturelles Problem darstellt.

Je nach Lage sind die Probleme, die aus demographischen Effekten für eine Kleinstadt entstehen jedoch unterschiedlich. Dabei ist es sinnvoll, zwischen ländlicher und agglomerationsnaher Lage zu differenzieren. Es besteht die zumindest regionale Bereitschaft Älterer, den Wohnort zu wechseln. Für ländliche Kleinstädte bedeutet dies, dass sie Zuzug aus umliegenden Dörfern verbuchen können (sofern sie über Betreuungsinfrastrukturen für Ältere verfügen), da die Älteren Zentralität suchen, um Ärzte und Versorgungsinfrastrukturen auf kurzen Wegen zu erreichen. Dies zeigt folgendes Zitat:

B15.5: Die Dörfer hier haben doch ein paar hundert Einwohner und sind viel zu klein, um selber zu überleben. Und wenn dann heute die Dorfbevölkerung älter wird, dann zieht sie hierher. Denn die Versorgungssituation ist in diesen Dörfern sehr schlecht. Ohne Auto kann man dort nicht leben.

Ärzte oder Güter des täglichen Bedarfs sind in solchen Dörfern nicht erreichbar. Je immobiler alte Menschen werden, umso eher ziehen sie in umliegende Orte mit besserer Versorgung. Anders ist es in Kleinstädten, die agglomerationsnah liegen. Versorgungsinfrastrukturen sind in diesem Fall eher in den noch größeren Zentren angesiedelt, so dass Ältere vermehrt dorthin ziehen und die untergeordneten Siedlungsstrukturen wie Kleinstädte verlassen. Suburbane Kleinstädte haben außerdem eine weitere Herausforderung zu bewältigen, die sich in anderen Kleinstädten nicht so deutlich zeigt: Durch die Erschließung ganzer Eigenheimneubaugebiete in Wellen im 20. Jahrhundert, ist es heute so, dass deren Bewohner relativ geschlossen in Rente gehen und ihr Leben been-



den. Die Folge ist, dass ganze Stadtteile überaltern, leerstehen und an Attraktivität verlieren.

B9.5: Und das ist auch das, was bei uns das Schrumpfen ausmacht, dass sich bei uns vor etwa 40 Jahren eine ganze Generation von Menschen angesiedelt hat, die in einem Altersspektrum von 20-30 Jahren lagen und das macht eben auch den Kern unserer Bevölkerung aus. Wir haben damals in gut zehn Jahren unsere Bevölkerung verdoppelt. Aber das ist eine Generation [...] und die fallen uns durch die Alterung bis 2025 langsam weg.

Damit verbunden wird der Immobilienmarkt zu einem Bereich, der für Kleinstädte zunehmend bedeutsam ist. In ländlichen wie agglomerationsnahen Regionen stellt die Ausweisung neuer Eigenheimbaugebiete eine Gefahr dar, da der Bestand an Wohnraum schon jetzt höher als die Einwohnerprognose in naher Zukunft ist. Ist der vorhandene Wohnraum nicht ausgelastet, steigen die Kosten für Infrastrukturen wie Wasserversorgung an und außerdem entstehen Wohnbrachen. Außerdem kann es zu einem Preisverfall von Immobilien kommen, gerade wenn Kleinstädte insgesamt mehr Abwanderung als Zuzug erleben.

B10.4: Auch im Taubertal fallen die Immobilienpreise im Augenblick, in den letzten drei bis vier Jahren. Das hat noch nicht jeder Eigenheimbesitzer mitbekommen und beharrt auf relativ hohen Werten. Aber das ist das, was wir an Abschlüssen im Augenblick sehen. Wir stellen fest, dass viel in den nächsten Jahren auf den Markt kommen wird, von dem ich mir im Augenblick nicht vorstellen kann, dass es einen Käufer findet.

Kleinstädte können dem entgegenwirken, wenn sie versuchen, den städtischen Immobilienmarkt aktiv zu managen. In Zukunft wird es also nicht mehr darum gehen, attraktive Neubaugebiete auszuweisen, sondern für den Bestand an Immobilien neue Käufer zu finden. Einige Interviewpartner haben dies erkannt und betreiben aktive Förderung des Marktes für Gebrauchtimmobilien. Praktiziert werden Förderung bei Sanierungen, Zusammenarbeit mit Immobilienmaklern oder eine Subventionierung beim Kauf einer Gebrauchtimmobilie. Solche Strategien zur inneren Verdichtung sind sinnvoller als die weitere Ausweisung neuen Baulandes. Aber auch der ungebremste Preisverfall bei Immobilien in Kleinstädten könnte als Instrument marktwirtschaftlicher Steuerung den Kleinstädten neue Chancen eröffnen:

B10.4: Das führt zu einem massiven Preisverfall, hat aber auch wieder Chancen. Letztendlich für Leute, die nie daran gedacht haben, ein Eigenheim zu erwerben. Die kommen jetzt plötzlich für relativ überschaubares Geld auch zu einem Haus.

Die Mehrzahl der Bürgermeister hält als Reaktion auf den steigenden Altersdurchschnitt ihrer Bürger den Ausbau von Betreuungsinfrastrukturen für besonders wichtig. Wie



auch schon bei den Bildungsinfrastrukturen haben viele Kleinstädte die gleichen Pläne und machen sich dadurch Konkurrenz. Relativierend bleibt jedoch hinzuzufügen, dass es sich bei Betreibern von Altenheimen und Pflegeeinrichtungen meist um private Investoren handelt, sodass dieser Wettbewerb nur bedingt die Finanzen der Kommunen selbst belastet.

B9.5: Ja, wenn man sagt, es gibt jede Menge alte Menschen, die ein Eigenheim verlassen, dann müssen wir denen natürlich auch Angebote machen, das machen wir zum Teil mit Eigeninvestitionen oder auch mit privaten Investoren. Der Bedarf ist da und viele unserer alten Menschen sind in der Vergangenheit in Nachbargemeinden gegangen, weil wir bisher die Kapazitäten nicht hatten.

Kleinstädte betätigen sich im Bereich des betreuten Wohnens, in dem seniorengerechte Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Kleinstädte betreiben Altersheime. In Kleinstädten werden Mehrgenerationenhäuser geschaffen. Mit diesen Mitteln wird die Kleinstadt zum Wettbewerber im Feld der Altenbetreuung und konkurriert mit privaten Anbietern. Intrakommunaler Verdrängungswettbewerb zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen ist dementsprechend zu erwarten.

Einige Kleinstädte sind schon seit geraumer Zeit in diesem Bereich tätig. Diejenigen, die diesen Trend bisher nicht mitgemacht haben, holen jetzt mit großen Schritten auf:

B15.3: Wir versuchen im Moment [...] für die älteren Generationen Dienstleistungen, Versorgungsleistungen und Ähnliches etablieren. Das heißt vom betreuten Wohnen mit Altenpflege usw. Das dann auch wieder vor dem Hintergrund, dass die Versorgung der Alten die Arbeitsplätze der Jungen sind. Das scheint derzeit zu funktionieren. Wir haben Investoren, die das machen und herkommen. Wir sind zuversichtlich, dass wir zumindest einen Teil der Arbeitsplätze, die wir verloren haben, durch so etwas ersetzen können.

Man könnte noch weitere Belege dafür aufführen, dass die meisten deutschen Kleinstädte in den letzten Jahren massiv den Sektor der Altenbetreuung ausbauen. Deutlich wird, dass Kleinstädte vor allen Dingen ein neues Wettbewerbsfeld untereinander erschließen. Einerseits wird es in den nächsten Jahren immer mehr betreuungsbedürftige Menschen geben, andererseits werden aber auch Pflegeplätze überall in Deutschland, ob in Klein- oder Großstädten, massiv erweitert, sodass zu vermuten ist, dass auch in diesem Bereich Kleinstädte relativ früh Probleme mit einem Überangebot bekommen könnten. Interessant an diesem Trend ist aber auch, dass kaum eine Kleinstadt gezielt die Nische Altstadt besetzen möchte:

B15.1: Nein, wir arbeiten vehement an dem Thema, dass wir nicht überaltern. Wir nehmen Zuzug gern, aber nicht als Strategie, dass wir nur darauf setzen. [...] In den Städten, in denen junge Menschen sind, z.B. Universitätsstädte, da ist Leben, da ist



Treiben. Und ich möchte nicht nur eine Stadt der Alten haben, denn das gehört zusammen, sonst erreiche ich irgendwann auch eine Spaltung in alt und jung und das möchte ich nicht.

Neben den ökonomisch-finanziellen Nachteilen für Kommunen, die ältere Einwohner mit sich bringen, sind es auch soziale Faktoren, um die die Interviewpartner besorgt sind. Mit zunehmendem Alter engagieren sich Einwohner weniger ehrenamtlich. Kindergärten sind nicht mehr ausgelastet und müssen schließen. Vereine haben mit Nachwuchssorgen zu kämpfen. Die Kommune verliert weiche Standortfaktoren, die sie im Wettbewerb um Einwohner und Arbeitsplätze benötigt. Alterung bedroht generell die gewachsenen Sozial- und Infrastrukturen der Kleinstadt des 20. Jahrhunderts. Stadtstrukturen müssen an die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Buslinien gehen bspw. nicht mehr zu Schulen, sondern müssen flexibel abrufbar Ärztehäuser o.ä. anfahren.

Die größte Gefahr auf allen räumlichen Maßstabsebenen ist die Segregation nach Lebensaltern: Gerade wenn die Kleinstädte ihre Betreuungseinrichtungen für Ältere so massiv ausbauen, ist die soziale Integration dieser Menschen besonders wichtig:

B15.3: Wir versuchen, auch über Mehrgenerationenformen diese Verbindung zu halten. Das ist kein einfaches Thema, aber das kann nur so gehen, keine Ausgrenzung, sondern eher die Zusammenführung. Damit hat ja auch die lokale Unterbringung zu tun. So ist auch unser Vollversorger gleich dort. Das heißt ja ebenso, es gibt einen regen Austausch der unterschiedlichsten täglichen Abläufe. Wir sagen nicht: Wir wollen euch nicht mehr sehen, sondern umgekehrt. Begegnungsmöglichkeiten schaffen.

Das stark steigende Durchschnittsalter (vgl. quantitative Untersuchung) lässt viele Herausforderungen für Kleinstädte entstehen. Unter anderem besteht das Risiko, dass der Siedlungstyp Kleinstadt zu einem Siedlungstyp für Ältere wird und damit eine Segregation nach Lebensalter stattfindet. Dies ist nicht gewollt, der gesellschaftliche Trend zeichnet sich aber insbesondere in peripheren Kleinstädten ab. Außerdem ist zu konstatieren, dass der Wettbewerb um ältere Einwohner zwischen den Kommunen an Schärfe gewinnt und so gut wie alle deutschen Kleinstädte ihre Kapazitäten an Betreuungseinrichtungen für Ältere aufstocken. Die Folge werden Überangebote sein, die das Wachstumsfeld „Altenbetreuung“ schnell zu einem verlustreichen Wettbewerbsfeld werden lassen.

6.4.3 Das Zusammenleben in Kleinstädten

In der Kleinstadt stehen den Herausforderungen in demographischer Sicht positive Faktoren in sozialer Hinsicht gegenüber. Die Interviewpartner sprechen gerne von „größerer sozialer Nähe“ und „mehr Verantwortungsbewusstsein“ im Vergleich zu größeren Städten. Bürgerliche Werte wie das Ehrenamt in Vereinen sind in Kleinstädten in Rela-



tion zu ihrer Einwohnerzahl häufiger zu finden als in größeren Städten. Zum Thema der lebenswerten Kleinstadt hatten alle Interviewpartner etwas beizutragen. Zusammenfassend geht ihre Argumentation dahin, dass geringere Anonymität auch als Standortvorteil betrachtet werden kann. Dies steht, wie ein Bürgermeister erkennt, mit der jeweiligen Lebensphase der Bevölkerung in Zusammenhang. Für viele Menschen beginnt mit der Familiengründung (sofern sie denn stattfindet) der Wunsch nach festen Sozialstrukturen, die eine individualisierte, anonyme Großstadtgesellschaft weniger bieten kann als kleinere Kommunen:

B9.5: Dass die Kleinstadt eine Wohnform ist, die in einer sich verändernden Gesellschaft weniger attraktiv wird, glaube ich schon für eine gewisse Altersgruppe. Ich glaube aber auch, dass wir uns gesellschaftlich irgendwo hinbewegen, wo das Individuum dann an einem gewissen Punkt auch erkennt: Es ist alles wunderschön, aber ich brauche eine gewisse Stabilität und das kann eine Kleinstadt bieten. Und das ist dann etwas, dafür müssen wir uns nicht schämen, ganz im Gegenteil. Für die größte Zeit eines menschlichen Lebens bieten wir die besten Voraussetzungen.

Wenn man also davon ausgeht, dass die Individualisierung abhängig vom Lebensabschnitt nicht nur Freiheit, sondern auch Gefahr sein kann, dann ist die Kleinstadt mit ihrer sozialen Nähe ein Schutz gegen die mit der Individualisierung einhergehende Verinselung. Gerade für die Gründung einer Familie bieten Kleinstädte nach Einschätzung der meisten Interviewpartner eine bessere Umgebung, als urbane Großstädte.

Insgesamt gehen verschiedene Lebensstadien und Einstellungen mit der Wohnortwahl einher, sodass Einwohner von Kleinstädten auf Basis ihrer Wohnortwahl auch ihren Lebensstil definieren. Deshalb ist es plausibel, wenn die Interviewpartner von größerem ehrenamtlichem Engagement der Bürgerschaft in Kleinstädten sprechen. Nicht zu unterschätzen ist dabei, dass die Einwohner einer Kleinstadt eher das Gefühl haben, direkt betroffen zu sein. Aufgrund der geringen Größe der Stadt ist für den Einzelnen leichter nachvollziehbar, was sein persönliches Engagement bewirken kann:

B9.4: Ja, das nähere Kennen ist eine Sache oder aber das Ziel vor Augen sehen und sagen, da will ich mitmachen, vielleicht auch aus eigener familiärer Betroffenheit. Das Kinder bspw. im Fußballverein sind und dann kommt man mit der Sache in Kontakt und stellt sich für die Leitung zur Verfügung oder so ähnlich.

Beispiele für bürgerschaftliches Engagement nennen die Interviewpartner zahlreich. Es existieren Bürgerinitiativen, Vereine, Einwohner engagieren sich in den Schulen, Hospizen und anderen öffentlichen Einrichtungen. Dabei ist dieses Engagement nicht dauerhaft, sondern projektbezogen. Einwohner kümmern sich um die Dinge, die sie direkt betreffen, sei es aufgrund ihrer Kinder, aufgrund räumlicher Nähe oder anderer Einflussgrößen. Bürgerschaftliches Engagement entsteht aus sozialer Nähe und Verant-



wortungsbewusstsein oder anders betrachtet dann, wenn man nicht die Möglichkeit hat, in der Anonymität einer größeren Gemeinschaft zu verschwinden.

Der wahrscheinlich bedeutsamste Faktor kleinstädtischen Zusammenlebens sind die Vereine. Ob diese Gemeinschaften in Kleinstädten so stark sind, weil andere Unterhaltungsmöglichkeiten fehlen, oder weil die Einwohner der Kleinstadt genau diese Form der Freizeitgestaltung bevorzugen, ist nicht eindeutig. Wahrscheinlich bedingen sich die beiden Gründe gegenseitig. Fakt ist, dass sie nach Schilderung aller Experten das Zusammenleben in Kleinstädten dominieren. Die Vereine sind Motoren der Integration und der Vergemeinschaftung in Kleinstädten. Ein Interviewpartner spricht von Foren, die die Vereine über ihre direkte Funktion hinaus bilden und die Integration von Neuankömmlingen erheblich vereinfacht.

Auch in Großstädten gibt es eine Vielzahl von Vereinen, doch sind sie dort in relativer Hinsicht zu den in ihnen organisierten Bürgern weniger präsent und die thematischen Schnittmengen sind aufgrund der höheren Gesamtzahl an Vereinen geringer.

B10.2: Jeder 1,3 Bürger ist bei uns in einem Verein. Dadurch gibt es ein großes soziales Miteinander. Ja, und das ist die Keimzelle des Lebens: Familie und Vereine, Sport, Kultur, egal.

Die Folge ist, dass soziale Verknüpfungen zwischen den Bürgern in Kleinstädten einfacher und allumfassender geschaffen werden als in größeren Städten. Positiv zu beurteilen ist weiterhin, dass die engen Sozialstrukturen in Kleinstädten laut einiger Bürgermeister Einfluss auf die Ausgestaltung politischer Prozesse und auf das Aufwachsen von Kindern haben. Zur politischen Situation äußert ein Bürgermeister sich folgendermaßen:

B10.2: Es [gibt] nirgendwo eine bessere Demokratie als in der Kleinstadt.[...] Wir bauen hier keine Straße, wir machen nicht mal ein Schlagloch zu, ohne mit den Bürgern darüber zu reden, die betroffen sind. Das können sie nur machen in einem überschaubaren Rahmen. Das führt aber dazu, dass sie eine enorme Zufriedenheit und eine enorme Identifikation mit der Stadt haben. [...] Der Bürger ist das Maß der Dinge für uns, ehrenamtliche Arbeit ist wichtig. Wir binden Ehrenämter in unsere städtischen Aufgaben ein.

Zusammenfassend ist damit gesagt, dass die Abstraktion repräsentativer Demokratie in einer Kleinstadt nicht vorhanden ist, so dass jeder Einwohner in der Lage ist, direkt über seine Lebenswelt mitzuentcheiden. Dies ist in größeren Städten weniger möglich, da dort mehr Menschen an Entscheidungsprozessen beteiligt sind, was zu einer höheren Abstraktion dieser politischen Prozesse führt. Dies ist ein sozialstruktureller Vorteil in Kleinstädten, deshalb wird er hier erwähnt. Genauer thematisiert dies dann der folgende Abschnitt zur politischen Situation in Kleinstädten.



Ein weiterer Vorteil des Lebens in der Kleinstadt lässt sich im Bereich der Kindererziehung finden. Die Aussage des folgenden Bürgermeisters macht deutlich, wie es schwächeren Schülern nutzen kann, in einer Kleinstadt aufzuwachsen:

B10.2: Wir haben mit allen Schulen auch bestimmte Abkommen, wie wir mit schwächeren Menschen umgehen. Zum Glück klappt das in unserem Kleinstadtgefüge. [...] Je größer und je anonymere die Einrichtungen sind, umso schwerer wird es für den schwachen Schüler. Deshalb kann man gerade als schwächerer Schüler froh sein, wenn man in einer Kleinstadt ist. [...] Denn die Anonymität ist brutal, da werden sich die Stärkeren immer durchsetzen, egal wo, die Schwächeren haben bei uns mehr Chancen.

In einer Kleinstadt besteht weniger Gefahr den Anschluss zu verlieren. In der Anonymität größerer Städte wäre diese Gefahr präsenter. Weiter wird in den Interviews deutlich, dass es die engen Sozialstrukturen sind, die Erziehung zu einem gewissen Teil zu einer Aufgabe der Allgemeinheit machen. Vereine spielen dabei eine integrative Rolle. Kinder und Jugendliche erlernen soziale Kompetenz und sind eingebunden in eine durch Werte und Normen definierte Lebenswelt.

Ausgehend von diesen positiven Seiten des Lebens in Kleinstädten haben sich die Bürgermeister auch zu den Bedrohungen des Zusammenlebens geäußert. Eine der größten diesbezüglichen Sorgen ist der demographische Wandel. Davon ausgehend erläutert ein Interviewpartner, wie eine allgemeine Verknappung sozialer Ressourcen (z.B. Arbeit, Zeit, Geld, Jugend) dazu führt, dass das bürgerliche Engagement immer weiter abnimmt. Ein Interviewpartner beschreibt, wie die schlechte kommunale Wirtschaftssituation dazu führt, dass die Einwohner der Kleinstadt dazu gezwungen sind weite Wege bis zu ihren Arbeitsplätzen zurück zu legen. Die Zeit, die dadurch verloren geht, wirkt sich auf Vereine und auf das öffentliche Leben insgesamt aus. Dies sind die Auswirkungen eines schleichenden Neoliberalismus, der öffentliche Ressourcen (in diesem Fall: freie Zeit) wirtschaftlich in Wert setzt. Plastisch beschreibt der Interviewpartner, wie dadurch Vereine untereinander (z.B. freiwillige Feuerwehr und Fußballverein) in Konkurrenz treten und von Nachwuchs- und Mitgliedermangel bedroht werden. Weiterhin schreckt laut diesem Interviewpartner die Verantwortung, die mit einem Ehrenamt einhergeht. Immer weniger Menschen möchten die Zeit und die Anstrengung, die mit einer leitenden Position im Verein verbunden ist, ehrenamtlich aufwenden.

Als letzten Punkt dieses Zusammenhanges schildert der Bürgermeister dann, dass es durch die Verknappung der sozialen Ressourcen dazu kommt, dass nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der sich engagierenden Bürger abnimmt. Dies kann als Anzeichen einer sozialen Segregation gedeutet werden, die schon im Rahmen der zunehmenden Polarisierung der Raumstruktur Erwähnung fand. In diesem Zusammenhang ist auch die Situation der Jüngeren zu sehen. Gerade, da in Kleinstädten viel Bil-



dungsabwanderung stattfindet, sind die jüngeren Bevölkerungsteile, die nicht wandern, in ihren Bildungsmöglichkeiten eingeschränkt und dementsprechend perspektivloser in einer Wissensgesellschaft. So verwundert das folgende Zitat eines ostdeutschen Bürgermeisters nicht:

B16.3: Was mich umtreibt, ist eine zunehmende Tendenz bei den Jungen, die eben nicht abwandern, sich freizeitmäßig in Richtungen zu orientieren, die der Gesellschaft nicht ganz förderlich sind. [...] Das hat was mit Rechts- wie auch mit Linksextrémismus zu tun, das hat aber auch was mit Vandalismus zu tun, mit keinem Gefühl haben fürs Allgemeingut, damit haben wir ein richtiges Problem.

Auch wenn man besser kategorisierte Kleinstädte in Süddeutschland betrachtet, existieren Erscheinungen des Gesellschaftswandels, die bürgerschaftliches Engagement auf Kosten der Individualisierung einschränken:

B9.1: Tatsache ist auch, dass das Leben heute völlig anders gestaltet wird. Durch die viele Unterhaltungsmöglichkeiten, durch die Tätigkeiten im Beruf usw. sind die Einwohner natürlich auch bestrebt, abends die Tür hinter sich zu zumachen und letztendlich nur dann aktiv zu werden, wenn sie persönlich betroffen sind. [...] Ich glaube, das liegt einfach an der wachsenden Individualisierung, die wir unabhängig von der Lohnstruktur überall haben. Bei uns können sich die Menschen hier einiges in ihrer Freizeit leisten. Wenn in Stuttgart ein Konzert ist, dann gehen wir eben nach Stuttgart oder nach Mannheim etc., das mag dazu beitragen.

Diese Prozesse bestätigen das Bild der deutschen Kleinstadt als Siedlungsstruktur, die in der postindustriellen Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts zumindest in Teilen unzeitgemäß ist.

Nachdem nun positive und negative Faktoren des Zusammenlebens in Kleinstädten gegenüberstehen, stellt sich die Frage, wie Kleinstädte das Positive ihrer Sozialstruktur stärken können, um dadurch dem Negativen besser zu begegnen. Ein Interviewpartner schildert, dass es die Kernkompetenz einer Kommune, ist das Miteinander der Menschen zu organisieren. Auf dieser Basis sollten kommunale Entscheidungen getroffen und das Handeln der Kommune definiert werden. Kleinstädte eignen sich gut für ein solches Vorgehen, denn „je kleiner die Einheit ist, desto leichter kann das gelingen in dem man versucht, Menschen miteinander in Kontakt zu bringen“ (B 9.5). Ob das in jeder Kleinstadt noch möglich ist, oder ob Marginalisierungsprozesse mitunter schon zu weit vorangeschritten sind, ist schwer zu sagen. Dies ist jedenfalls das Feld, in dem Kleinstädte sich attraktiv zumindest für einige Bevölkerungsteile zeigen können.



6.5 Politik in Kleinstädten

Die politische Situation in Kleinstädten ist im Kontext kommunaler Finanzknappheit und der originären Sozialstruktur von Kleinstädten zu betrachten. Bisher wurde deutlich, dass die Kleinstadt sich positiv im Sinne einer engmaschigen Sozialstruktur definiert. Dieser Abschnitt thematisiert nun die praktische Ausgestaltung des gemeinschaftlichen Zusammenlebens in den Kommunen anhand politischer Beteiligungsprozesse der Bürgerschaft. Dazu werden die ursprünglichen Kategorien der Codierung verändert, indem die positiven und negativen Faktoren kleinstädtischer Kommunalpolitik nach Themen geordnet zusammengeführt werden. Darunter fallen: Steuerung kommunalpolitischer Prozesse, Demokratie in Kleinstädten und Politische Einbindung der Bürger.

Grundsätzlich zu bemerken ist, dass für die Kommunalpolitik die finanzielle Situation der Kleinstadt eine bedeutende Rolle spielt. Wie die Interviews belegen, ist es einfacher, politische Funktionsfähigkeit und bürgergesellschaftliches Engagement aufrecht zu erhalten, wenn die finanzielle Situation gesichert ist. Gerade für finanzschwache und periphere Kleinstädte bedeutet dies, dass damit einer ihrer letzten Standortvorteile, nämlich die engmaschige Sozialstruktur verschwindet.

6.5.1 Steuerung kommunalpolitischer Prozesse

Kommunalpolitik in Kleinstädten zeichnet sich einerseits durch kurze Entscheidungswege aufgrund hoher sozialer Nähe aus. Knappe Finanzausstattung und Schwierigkeiten bei der Gestaltung langfristiger Stadtentwicklungspolitik sind andererseits große Herausforderungen. Trotz allem steht außer Frage, dass auch Politiker in Kleinstädten ihrer Politik eine gewisse Richtung geben können. Die Interviews zeigen, dass dies gerade durch die starke Position des direkt gewählten Bürgermeisters möglich ist, wenn es auch nicht in allen untersuchten Kleinstädten gelingt. Einige Bundesländer haben Gremien, die die Arbeit des Bürgermeisters erschweren können. So z.B. der Magistrat in Hessen. Ist der Bürgermeister jedoch direkt gewählt (in den süd- und norddeutschen Bundesländern) stärkt das zumindest in der kleinstädtischen Kommunalpolitik seine Position, da er einfacher fraktionsübergreifende Zusammenarbeit im Rat herstellen kann. Eine solche starke Position, die jedoch auch in anderen Bundesländern durch politische Zweckbündnisse erreichbar ist, kann dann dazu genutzt werden, Entwicklungsschwerpunkte zu definieren.

Dabei gilt jedoch, dass je weniger peripher und finanzschwach die Kleinstadt ist, umso mehr eigene Aufgabendefinitionen zur Existenzsicherung durch Nischenbildung möglich sind. Hört man den Bürgermeister einer peripheren ostdeutschen Kommune wird dies deutlich:

B15.5: Es ist in der Tat verdammt schwierig als Kommunalpolitiker, hier was zu machen. Hier fragt man sich wirklich, zwischen welchen Mühlsteinen wird man denn



gerade zerrieben. Man fragt sich, macht das noch Sinn oder sollte man einfach auf ein Rentnerparadies setzen. Wir schaffen ein Wohngebiet für Rentner, schauen, dass wir die Betreuungsstufen hochkriegen, aber dann verabschiede ich mich völlig von irgendwelcher Bevölkerung, dann kann ich gleich sagen, ich mach ein großes Altersheim draus.

Dieses Zitat zeigt, dass entscheidend für die Politik in Kleinstädten die finanzielle Situation ist. Neben der finanziellen Ausstattung ist weiterhin wichtig, wie gut die Kommunalpolitik und insbesondere der Bürgermeister mit den ehrenamtlichen Institutionen der Kleinstadt vernetzt ist.

Ein Interviewpartner thematisiert diese Politik der kurzen Wege und geht davon aus, dass die Kleinstadt aufgrund ihrer geringen Größe handlungsfähiger ist als größere Kommunen:

B10.4: Die kleinen Kommunen können relativ schnell reagieren auf gesellschaftliche Entwicklungen und das ist auch unser Vorteil: Wir sind unglaublich flexibel.

Deutlich wird, dass es ein politischer Vorteil der Kleinstadt ist, eine kleine Verwaltung und engere Sozialstrukturen durch Vereine und andere ehrenamtliche Institutionen zu haben, da auf diesem Weg wichtige Themen schnell zur Sprache kommen und an die richtigen Stellen gelangen. Diese vermeintlichen Vorteile der Kleinstadt können ebenso ins Gegenteil umschlagen:

B15.5: Wenn für alle genug da wäre, dann würde es nicht so viel Anlass geben, um die Verteilung zu kämpfen. Also ich sag mal, der innerstädtische Konkurrenzkampf ist meiner Ansicht nach größer als der interkommunale Konkurrenzkampf und das behindert logischerweise die Stadtentwicklung.

So bleibt zu berücksichtigen, dass es eher die peripheren und finanzschwachen Kleinstädte sind, in denen die Politik durch Meinungsverschiedenheiten handlungsunfähig wird. In diesem Zusammenhang ist einmal mehr auf die finanzielle Pfadabhängigkeit der Entwicklung hinzuweisen, die auch bei anderen behandelten Themenkomplexen sichtbar wird. Einige Interviewpartner beschreiben, wie in den betroffenen Kleinstädten Entwicklungshemmnisse entstehen, sodass zukunftsorientierte Kommunalpolitik kaum umsetzbar ist. Es wird weitestgehend „auf Sicht gefahren“. Das ist insofern ein Problem, als dass gerade marginalisierungsbedrohte Kleinstädte innovative Zukunftskonzepte als jeweilige Alleinstellungsmerkmale bräuchten, um im Gesellschaftswandel zu Beginn des 21. Jahrhunderts bestehen zu können.

6.5.2 Demokratie in der Kleinstadt

Die Demokratie in Kleinstädten wird vom größeren Teil der Interviewten als gut beschrieben. Man ist der Meinung, dass aufgrund der geringeren Größe der Kommune



eine Beteiligung des Einzelnen einfacher möglich ist. So ist Politikverdrossenheit nach Meinung eines Interviewpartners auch eher eine Parteienverdrossenheit, wenn sie denn auftritt:

B10.2: Die gibt es bei uns nicht. Ich glaube, das ist höchstens eine Parteiverdrossenheit. Was wir machen ist Politik. Wenn ich mit den Leuten rede, ist das Politik, aber es ist keine CDU oder SPD Politik, es geht um die Stadt Polis – Politik. Und da ist der Bürger auch bereit mitzuwirken, weil es um sein überschaubares Ding geht. Wir reden hier nicht über irgendwelche Renten- oder Euro-Formeln, sondern über die Frage, was machen wir mit der Straße, die vor deinem Haus verläuft. Und da ist der Bürger heilfroh, wenn man mit ihm darüber redet, und das lösen wir nicht parteipolitisch, sondern sachlich.

Damit spielt der Experte auf das hohe Abstraktionsniveau an, das mit der repräsentativen Demokratie (insbesondere im Zeitalter der Globalisierung) einhergeht. Die Kleinstadt hat dabei den Vorteil, dass konkrete Dinge thematisiert werden und Bürger in dieser parteilosen Politik vor Ort eher Sinn sehen. Doch auch dieser vermeintlich positive Aspekt kleinstädtischer Politik hat eine Kehrseite. So schildern andere Interviewpartner, dass es durch die Unmittelbarkeit der kleinstädtischen Kommunalpolitik dazu kommt, dass einige wenige Personen ihre Richtung bestimmen. Lobby-Gruppen können sich einfacher Gehör verschaffen und so Entscheidungen erzielen, die nicht unbedingt im Interesse der Mehrheit sein müssen.

Dies ist eine Gefahr gerade in finanzschwachen, peripheren Kleinstädten, die eine erhöhte Politikverdrossenheit zu verzeichnen haben, sodass durch geringe Wahlbeteiligung der Legitimationsgrad der gewählten Vertreter sinkt. Wenn man dabei in Betracht zieht, dass es gerade finanzschwache Kommunen sind, die besonders hellsichtiger politischer Entscheidungen bedürfen, so deutet sich eine weitere Herausforderung an, die man sogar in Kleinstädten besserer Kategorien erkennt:

B15.4: Also wir haben nächstes Jahr Kommunalwahl. Wer hat denn noch Lust, gerade auch von den Jüngeren, sich in ein Parlament wählen zu lassen [...]. Man wird vielleicht auch noch Menschen finden, aber es ist die Frage, ob die sich dann wirklich engagieren. Erstmal muss man sie überreden, das zu tun, dann ist die Motivation natürlich geringer oder man findet nur noch solche, die sich aufspielen wollen [...]. Das wird sicherlich zu einer strukturellen Veränderung im kommunalpolitischen Bereich führen.

So ist es auch durch fehlende Expertise in der Kommunalpolitik bei andauernder Marginalisierung, wie sie viele Kleinstädte im Osten aber auch im Westen erleben, immer schwerer aus einem Teufelskreis der Negativentwicklung auszubrechen.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass Demokratie in Kleinstädten dann funktioniert, wenn die Bürger aktiv an der Gemeinschaft teilhaben. Werden die Ideale der Bürgergesell-



schaft gelebt, so ist die Kleinstadt aufgrund ihrer kurzen Wege und der gegenseitigen Bekanntheit eine Struktur des Zusammenlebens, die demokratische Prozesse beflügelt. Umgekehrt fehlen Ausgleichsfaktoren im Sinne des „Gesetzes der großen Zahl“, die in größeren Gruppen ganz automatisch dazu führen, dass Randmeinungen auch solche bleiben. So ist für jemanden, der keine aktive Beteiligung am Zusammenleben einer Kommune sucht eine größere Stadt auch politisch komfortabler, da eine Repräsentation durch andere statistisch weniger Risiken mit sich bringt.

6.5.3 Politische Einbindung der Bürger

Aus den Interviews wird in punkto Bürgerengagement deutlich, dass die finanziellen Möglichkeiten einer Kommune ein entscheidender Faktor für die Aktivität der Einwohner sind. Wie schon im vorangehenden Abschnitt deutlich wurde, engagieren sich Bürger dann mehr, wenn sie etwas bewirken können. Wenn es um die Verwaltung von Mangel geht, sinkt das Interesse. Hinzu kommt, dass Bürger vorwiegend dann aktiv werden, wenn sie direkt betroffen sind. In Verbindung mit Vereinen schildert das ein Bürgermeister so:

B16.4: Dort gibt es eigentlich immer nur punktuelle Zusammenarbeit. Nämlich dann – und das ist ein typischer Fall bei uns in der Kleinstadt – wenn es die Bürgerinteressen betrifft. Wenn es an mein Persönliches geht, dann bin ich dran, dann bin ich interessiert, wenn es die Allgemeinheit betrifft, dann eher nicht.

Hier ist eine Tendenz zu beobachten, die mit dem allgemeinen Gesellschaftswandel einhergeht. Durch die Loslösung des Individuums aus statischen Sozialstrukturen kommt es zu Individualisierung.²⁴⁵ Damit sinkt das Interesse am Allgemeinwohl, ohne dass es sich jedoch ganz auflöst. In diesem Fall ist von projektorientiertem Engagement der Bürger im Falle eigener Betroffenheit zu sprechen.

B9.4: Also in der Kleinstadt, wo alles noch sehr nah, sehr konkret ist, hat man häufig noch sehr viel Bürgerengagement. Jetzt nicht so, dass man sagt, dass hundert Leute irgendwelche öffentlichen Aufgaben übernehmen und das auf Dauer von Jahren. Aber immer mal wieder so ein einzelnes Projekt, bspw. Spielplatzgestaltung, dann findet man immer wieder Leute, die sich engagieren und sich mit der Allgemeinheit solidarisch erklären und sagen: Da helfe ich mit.

Gerade wenn finanzielle Mittel vorhanden sind, lassen sich Bürger aktivieren. Das kann man sich als Kommune zu Nutzen machen. Interviewpartner schildern ihre Rolle in diesem Zusammenhang weniger als Verwalter, denn als Vermittler. Gerade Kleinstädte, die sich durch ihre Sozialstruktur auszeichnen, sollten ein vitales Interesse an der Un-

²⁴⁵ Vgl. Beck, Ulrich: Die Risikogesellschaft, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 1986.



terstützung bürgerschaftlichen Engagements haben. Dabei ist es ratsam mit vorhandenen Strukturen, also in erster Linie mit Vereinen, zu arbeiten. Für den vereinslosen Einwohner einer Kleinstadt ist es ein Nachteil, wenn Vereine und andere Gemeinschaften kleinstädtische Politik maßgeblich beeinflussen können. Als Kleinstadt ist es jedoch nachvollziehbar, sich dieses Zielgruppenkonfliktes nicht besonders anzunehmen. Diejenigen, die einen überdurchschnittlich individuellen Lebensstil praktizieren, werden so wieso eher größere Städte bevorzugen, sodass man sich hier eindeutig als Ort enger Sozialstrukturen und Gemeinschaft positionieren kann. Im Zeitalter prognostizierter Bindungsverluste könnte das die Nische sein, die der Siedlungstyp benötigt.

Es bleibt einzig zu bedenken, dass hierfür eine stabile kommunale Finanzsituation benötigt wird (von Arbeitsplätzen als Hauptgrund für die Wahl des Wohnortes ganz zu schweigen). Mindestens für Kleinstädte in wirtschaftlich prosperierenden Regionen ist dies ein Konzept der Bestandswahrung:

B10.4: Wir haben anerkanntermaßen eine hervorragende Vereinsförderung hier. Z.B. was die Sporthallen angeht. Jeder Sportverein kann hier umsonst sein Training abhalten. Auch bei sonstigen Veranstaltungen wie Mitgliederversammlung kann der Verein Räume umsonst in Anspruch nehmen. Die sind dann gereinigt, geheizt und beleuchtet. Und das ist ein sehr großer Luxus, das muss man ja auch sagen. Das ist Luxus, weil ich ja auch andere Kommunen und auch die Großstädte kenne. Wir sind ja selber erst vor sechs Jahren aus Frankfurt gekommen. Und eine Sporthalle in Frankfurt für ein Volleyballtraining zu mieten, ist unter 30-40 Euro nicht mehr zu machen. Und das ist so. Die Vereine sind hier gut organisiert und auch gefördert.

Für schwächere Kleinstädte wäre dies ein Argument für eine höhere finanzielle Förderung durch übergeordnete politische Institutionen, da so zumindest in Teilen der Marginalisierung vorgebeugt werden könnte.

6.5.4 Die Kleinstadt im Kontext nationaler Politik

Zur Erklärung der aktuellen Entwicklung ihrer Kleinstadt verweisen viele Interviewpartner auf die Abhängigkeit von übergeordneten Politikebenen. Besonders wichtig ist dabei die Bedeutung, die ihnen dort in finanzieller Hinsicht und in Bezug auf mögliche Kreis- oder Verwaltungsreformen zugemessen wird. Außerdem spielt die nationale Ebene eine Rolle, wenn Förderprogramme (ebenso von der EU) aufgelegt werden. Die politische Bedeutsamkeit der Kleinstadt wird laut den Interviews von Politikern als gering eingeschätzt. Man hat als Kommune das Gefühl zu Unrecht schwächstes Glied in der politischen Hierarchie zu sein.

B16.3: Bund und Länder sprechen ja davon, dass gespart werden muss. Das kann ich ja auch gut nachvollziehen. Aber dann muss man doch bitte auch bei sich selbst anfangen und das Geld dahin geben, wo die Menschen leben. Und die leben nicht



vor dem Landtag in Schwerin und auch nicht vor dem Reichstag in Berlin, sondern die leben in den Städten und Kommunen, und da muss das Geld hin, denke ich.

Schon mit dieser Aussage wird deutlich, dass es in erster Linie die finanzielle Ausstattung ist, die ausschlaggebend im Verhältnis zwischen Kommunen und Politik ist. In Zeiten angespannter Haushaltslage kritisieren die Interviewpartner die Fehlverteilung von Mitteln unter der Maßgabe, dass das Leben der Bürger eben nicht im Abstrakten, sondern in den Kommunen stattfindet, die dieses Leben mithilfe finanzieller Ausstattung ermöglichen müssen. Dies verdeutlicht folgendes Zitat:

B15.4: Also nach meiner Meinung muss ein Umdenken dahin geschehen, dass die kommunale Ebene die Ebene ist, auf der der Mensch lebt und auf der er einen gewissen Versorgungspart erwartet von der Politik. Der Mensch möchte da Angebote haben, die nur die Politik darstellen kann, also im Non-Profit Bereich, z.B. Freizeit- oder Sporteinrichtungen. [...] Es sollte ein Angebot bestehen, gerade im Bereich Sport, auch zur Gesundheitsvorsorge, und im Bereich der Versorgung und Entsorgung. Damit meine ich Wasserkanäle, Straßen usw., dass man diese Dinge in Ordnung halten kann. Das erscheint mir wichtig und das können wir derzeit nicht mehr, weil wir nicht über die finanziellen Mittel verfügen. Hier muss ein Ausgleich in der Höhe gewährt werden, der den Kommunen, die das nicht mehr leisten können ermöglicht – und das ist ja objektiv feststellbar – die gleichen Lebensbedingungen aufrechterhalten zu können. Wir kommen hier in eine Schieflage.

Mit Schieflage spielt der Interviewpartner auf das Verhältnis zwischen staatlich gewollten gleichwertigen Lebensverhältnissen und der zunehmenden Steuerungsunfähigkeit der räumlichen Finanzausgleichssysteme an.

Seit dem Jahr 2000 ist durch Bundes- und Landesgesetze die Konnexität eingeführt worden. Dies führte zu höheren Lasten für die Kommunen mit der Folge, dass Ausgaben und Einnahmen für viele Kommunen in ein Missverhältnis gekommen sind. Die Strategie, möglichst hohe Lasten auf die schwachen Glieder der politischen Hierarchie abzuwälzen, wird als solche wahrgenommen und stößt auf Ablehnung bei den Kommunen. Der Druck, der durch diese finanzielle Minimalpolitik entsteht, sorgt dafür, dass Kommunen keine Möglichkeit haben, sich im zunehmenden Wettbewerb eigenständig zu positionieren. Kleinstädten bleibt in dieser Situation nur übrig durch Nutzung strukturpolitischer Maßnahmen den Erhalt der gleichwertigen Lebensverhältnisse sicher zu stellen. Selbst dies ist jedoch in vielen Fällen eine Herausforderung für die Kommunen. Zum entstehenden Ungleichgewicht der Lasten äußert sich folgender Bürgermeister einer gut kategorisierten Kleinstadt:

B9.5: Ja, natürlich. Ich erwarte erst einmal von Land und Bund, dass wir für die Aufgaben, die wir für Bund und Land übernehmen müssen, per Gesetz auch das Geld bekommen, was es uns kostet. Solange das nicht so ist, macht Landes- und Bun-



despolitik die Gemeinden kaputt. Wir bekommen jetzt einen neuen Personalausweis, [...] Bisher kostet der Personalausweis 8 Euro für den Bürger, weil er jetzt alles kann, kostet er jetzt 28 Euro. Dafür bleiben bei der Kommune knappe 9 Euro. Das deckt noch nicht mal 30% der Kosten, die ich habe, einen auszustellen. [...] Und das ist ein kleines Beispiel dafür, wie die Kommunen immer mehr aus dem Blickfeld der großen Politik rausrutschen. Wir haben Aufgaben zu erledigen und bekommen noch nicht mal das Geld dafür, dass diese Pflichten funktionieren. Also nehmen wir doch den Rest, die 70% die fehlen, aus dem Topf, der uns für Allgemeines zur Verfügung steht. Das ist aber der Topf für den ich im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung entscheiden kann, was ich mache: Straßen bauen, Beleuchtung, Bäume pflanzen. All das wird dadurch eingeschränkt. [...] Das ist ein großes Problem, dass die Kommunen haben. Wir werden als Kernzelle der Gesellschaft sehr geschwächt.

Es ist die Logik zunehmenden neoliberalen Wettbewerbs, der sich durch den Verlust ordoliberaler Steuerungsfähigkeit auszeichnet, der die Lasten für den öffentlichen Sektor insgesamt steigen lässt. Auch die nationale und föderale Politik sieht sich knappen Finanzen gegenüber. Diese werden häufig auf die schwächsten Glieder abgewälzt.

Um die wichtige Rolle der Kommunen als Kernzelle von Gemeinschaft und Gesellschaft zu erhalten, sodass strukturpolitische Maßnahmen weiterhin zur Schaffung und zum Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse beitragen, sind zwei politische Mittel vorgesehen: Dies sind der kommunale Finanzausgleich und staatliche Förderprogramme. Förderung, egal ob von EU, Bund oder Land sieht immer eine Selbstbeteiligung der Kommunen vor (in dem meisten Fällen mind. 1/3). Von solchen Förderprogrammen sind viele Kleinstädte abhängig:

B9.1: Überall wo ein Fördertopf ist, versuchen wir gleich die Nase reinzuhalten, ob das was für uns ist. Und das ist auch die Möglichkeit, mit der wir hier versuchen können, etwas zu bewegen. [...] Wir sind alles andere als autark. Wir sind tatsächlich abhängig von den Förderprogrammen. Angefangen bei der Stadtsanierung über Denkmalförderprogramme, Denkmalstiftungen, das sind alles Themen, die für uns relevant sind.

Wohlhabenden Kleinstädten fällt es dabei leichter, solche Förderprogramme in Anspruch zu nehmen, da sie den Eigenanteil eher aufbringen können. Insgesamt ist die Kofinanzierung bei den Förderprogrammen ein Problem für viele Kleinstädte, weil sie nicht über die nötigen Mittel verfügen, diese in Anspruch zu nehmen:

B16.2: Wir nehmen ja schon einiges in Anspruch, aber nicht sehr viel, weil wir wissen, dass wir einen Eigenanteil leisten müssen. Das hat die Konsequenz, dass unsere Projekte auch sehr lange dauern, weil wir ja jährlich auch nur in einem begrenzten Rahmen eigene Mittel aufbringen können.



Die meisten Interviewpartner beschreiben, dass sie finanzielle Förderung für die nötigsten kommunalen Aufgaben in Anspruch nehmen, dabei also nicht die Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, sondern die Aufrechterhaltung ihrer Funktionsfähigkeit gewährleisten wollen. Freiwillige Leistungen können daraufhin nicht berücksichtigt werden, weil die wenigen vorhandenen Mittel für die Kofinanzierung des Nötigen gebraucht werden.

Wenn freiwillige Leistungen nicht erbracht werden können, dann leidet darunter die Innovations- und Entwicklungsfähigkeit vieler Kleinstädte. Man ist darauf beschränkt, die Kommune auf jetzigem Stand zu verwalten und ist nicht in der Lage sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen, sich gegebenenfalls eine eigene Nische im Wettbewerb der Standortfaktoren zu schaffen. So ist zu konstatieren, dass eine Förderpolitik, die über Eigenfinanzierung arbeitet, die sowieso schon stärkeren Kommunen weiter stärkt. Diese Förderpolitik hilft so dabei, die Lücke zwischen peripheren und zentralen Kommunen größer werden zu lassen und ist damit kontraproduktiv und wenig zeitgemäß. Dies ist eine wichtige Erkenntnis für die Entwicklung der Kleinstadt im 21. Jahrhundert, auch wenn Interviewpartner auch die Meinung vertreten, dass die Städtebauförderung erhalten werden sollte:

B16.5: Also was auf keinen Fall wegbrechen dürfte, ist die Städtebauförderung. Wenn wir Infrastruktur erhalten oder auch städtische Bereiche umstrukturieren wollen, dann kann das keine Kommune mehr allein bewältigen. Und deswegen geht der Kampf der kommunalen Spitzenverbände auch dahin, die Städtebauförderung zu erhalten. Im Gegenteil, mein Wunsch wäre, dass man diese Gelder dann auch nicht für große Programme gibt, sondern das auch Einzelprojekte in einer Stadt daraus finanziert werden können, wenn sie dann entsprechend zielführend gestaltet sind. Das ist, glaube ich, das Wichtigste: Städtebauförderung zu erhalten.

Der Interviewpartner spricht dabei insbesondere die Wettbewerbssituation an. Gerade wenn die Möglichkeit einer Förderung von Einzelprojekten gegeben wäre, könnten daraus Zukunftsperspektiven für Kleinstädte entstehen, da sie in die Lage versetzt würden, eigene Wege zu gehen. Besonders für wohlhabende Kleinstädte gilt heute jedoch, dass man mithilfe von Förderprogrammen einzig die gleichen Standortfaktoren schaffen kann, die auch konkurrierende Kommunen aufweisen können, zumindest sofern sie über finanzielle Mittel dafür verfügen. Das so entstehende Resultat ist nicht die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, sondern eine weitere Polarisierung der Raumstruktur. Kommunen müssen die Gelegenheit haben, eigene Innovationen umzusetzen und nicht im Wettbewerb um vordefinierte Förderprogramme (z.B. für Erlebnisbäder) mit immer gleichen Standortfaktoren in Konkurrenz zueinander zu treten. Auch aus diesem Grund ist die heutige Förderpolitik kritisch zu betrachten. So schlagen mehrere Interviewpartner vor, die Förderpolitik zu überdenken:



B16.5: Die Mittel, die jetzt von der EU fließen, die über Bund und Länder weiterverteilt werden: Bewilligung, Auszahlungen, Abrechnungen. Das erfordert häufig einen riesigen Verwaltungsaufwand. Es werden oft ganz neue Büros dafür geschaffen. Ich würde es für sinnvoller halten, wenn diese Gelder gleich an die Kommunen gehen würden und dort für jede Verwendung bereit stehen würden. Ich sehe das einfach so, dass viele Kommunen ein Problem haben, ihren ureigensten Aufgaben gerecht zu werden, und dafür müsste das Geld erst einmal zur Verfügung stehen. Das ist meine Überzeugung. Es könnte einiger Verwaltungsaufwand dabei abgedeckt werden, und die Gelder könnten direkt den Kommunen zur Verfügung stehen.

Das Geld, das Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung steht, sollte aus eigener ökonomischer Kraft eingenommen oder durch den kommunalen Finanzausgleich bereitgestellt werden. Doch auch hier gibt es Probleme. Einerseits kommt es, wie schon erwähnt, dazu, dass den Kommunen Aufgaben zugewiesen werden, die nicht gleichzeitig mit adäquaten Finanzausweisungen ausgestattet werden. Andererseits ist auch die Logik des kommunalen Finanzausgleichs nachteilig für Kleinstädte. So wird bspw. bei größeren Kommunen die Finanzausweisung pro Kopf mit einem gewissen Faktor erhöht (man spricht dabei von Einwohnerveredelung), da man davon ausgeht, dass größere Kommunen aufgrund ihres hohen Einzugsbereiches auch höhere Infrastrukturkosten haben und Leistungen für das Umland bereitstellen. Diese Logik ist nachvollziehbar, bedeutet gleichzeitig jedoch einen Nachteil für kleinere Kommunen und damit staatlich unterstützte Polarisierung.

Grundsätzlich sehen Bürgermeister von Kleinstädten in vielerlei Hinsicht akuten Handlungsbedarf. Schwache Kleinstädte sprechen sich öfter für kommunale Gebietsreformen aus. Weitere Interviewpartner können sich eine Prozessoptimierung im weitesten Sinne zur Kostenreduktion vorstellen. Mehrmals wurden dabei Verwaltungskooperationen angesprochen. Die Städte und Dörfer würden dabei ein Bürgerbüro vorhalten, während die Verwaltung eines größeren Bereiches an einem Ort zusammengeführt wird. Außerdem setzen Interviewpartner Hoffnung in neue Technologien. Die Bürger sollten in die Lage versetzt werden, alle nötigen Kontakte mit der Verwaltung online abzuwickeln. Sei es der Personalausweis oder die Steuererklärung. Zwischen Kommunalreformen, neuen Technologien und Verschlinkung der Verwaltungsstrukturen gibt es viel Raum, die aktuelle Bürokratie an die Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts anzupassen. Gerade die finanzielle Situation der Kommunen lässt dies nötig werden, da weitere Belastungen ihre grundlegende Funktionsfähigkeit gefährden werden.

6.5.5 Interkommunale Zusammenarbeit

Die Meinungen der Interviewpartner zu interkommunaler Zusammenarbeit zeigen keine klare Tendenz. Das Thema wird insgesamt befürwortet, die praktische Umsetzung erweist sich vielerorts jedoch als schwierig. Dabei gilt interkommunale Zusammenarbeit



als eines der wichtigsten Instrumente der Kommunen, um mit knapperen Haushalten handlungsfähig zu bleiben.

Es besteht ein Verhältnis zwischen gesellschaftlichem Wandel und interkommunaler Zusammenarbeit. Kapitalistisches Wachstum, von dem der Staat im 20. Jahrhundert profitiert hat, stößt an seine Grenzen. Der daraus resultierende stärkere Wettbewerb um weniger finanzielle Mittel der öffentlichen Hand bedeutet für viele Kommunen den Zwang zur Rationalisierung. Ein Interviewpartner setzt Gesellschaftswandel und interkommunale Zusammenarbeit in Beziehung zueinander:

B15.3: Es geht bei uns nicht darum, Gewinne und Rentabilität zu erzielen und die höchstmögliche Rendite zu bekommen, sondern es geht darum, für unsere Bürger Strukturen und Verhältnisse zu schaffen, die vernünftiges Wohnen, ein Angebot an sozialen Leistungen, Daseinsvorsorge im weitesten Sinne, Versorgung mit Energie usw. auch gut ermöglichen. Das ist nicht so ganz einfach. Die Konkurrenz hat sich in den letzten Jahren sicherlich deutlicher gezeigt. [...] Wenn sie eine schrumpfende Bevölkerung haben, muss das zwangsläufig dazu führen, dass es eine Konkurrenzsituation ist. Es geht nicht darum, mehr zu verteilen, wo jeder von profitieren würde, sondern es geht darum, dass man Wanderungsbewegungen erzeugt dadurch. Die Erkenntnis, dass das auch volkswirtschaftlich nicht der beste Weg ist, so etwas mit öffentlichen Mitteln zu machen, setzt sich immer mehr durch, und der Zwang zu interkommunaler Zusammenarbeit wird immer ausgeprägter.

Es geht mit der Aufgabendefinition einer Kommune einher, nicht unternehmerisch denken zu können. Wie der Interviewpartner erläutert sind Kommunen damit beauftragt gemeinschaftliche Strukturen zu verwalten und im weitesten Sinne Daseinsvorsorge zu betreiben. Werden den Kommunen gleichzeitig jedoch Mittel für die Daseinsvorsorge entzogen hält über diese Verknappung wirtschaftliches Denken und damit Wettbewerb Einzug in die kommunale Verwaltung. Größeren Kommunen fällt es leichter weiche Standortfaktoren aufrecht zu erhalten oder neu zu entwickeln, während kleinere Kommunen diese verlieren. Um dem so entstehenden Wettbewerb entgegenzuwirken ist interkommunale Zusammenarbeit also ein nützliches Mittel, das aus dem Einzug wirtschaftlichen Denkens in kommunale Strukturen entsteht. Einerseits ist so die vielerorts mangelnde Bereitschaft zu interkommunaler Zusammenarbeit zu erklären. Andererseits wird deutlich, dass diejenigen Kommunen, die interkommunale Zusammenarbeit etablieren können Vorteile im Wettbewerb erreichen können.

B10.2: Erst mal hat früher jeder an sich gedacht. Das müssen wir aufbrechen. Man muss begreifen, wenn ich etwas Positives für mich tue und meinem Nachbarn schadet das langfristig, dann schadet es mir auch. Das setzt immer den Gedanken voraus: Wer ist mein Gegner. Das müssen wir noch viel mehr verinnerlichen.



So ist dieser Bürgermeister dem Wettbewerb aufgeschlossen, geht aber davon aus, dass man seine Konkurrenten weniger im unmittelbaren Umfeld findet, sodass interkommunale Zusammenarbeit zum Nutzen der Gesamtregion ist, wovon jede Kommune langfristig profitiert. Ein solches Regionsbewusstsein besteht bei mehreren interviewten Bürgermeistern. Allerdings sind die verschiedenen Ebenen des Wettbewerbs zu berücksichtigen. Man versucht als Region interkommunal zusammenzuarbeiten. Wenn man als Region dann allerdings erfolgreich war, geht der Wettbewerb auf die regionsinterne Ebene herunter und die interkommunale Zusammenarbeit wird zu einer Konkurrenzsituation: Neben der besseren Wettbewerbsposition einer Region, die durch interkommunale Zusammenarbeit entsteht, ist auch der Rationalisierungsgedanke bedeutsam. Die Frage, ob Zusammenarbeit Sinn macht, um als Region im Wettbewerb zu bestehen, beantworten die Interviewpartner in der Regel zustimmend.

Die Interviews haben weiterhin eine Vielzahl von Möglichkeiten zu interkommunaler Zusammenarbeit ergeben, die folgende Tabelle darstellt.



Abbildung 6.11: Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit

Versorgung/Entsorgung
Strom- und Gasversorgung
Alternative Energien. (z.B. Biogasanlage)
Wertstoffhof
Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung
Verwaltung
Backoffice Bereich
Bauhof
Standesamt
Stadtkasse
Immobilienmanagement
Ordnungsamt, Verkehrsamt
Weitere Infrastrukturen
Kindergartenbereich
Radwege in gemeinsamer Trägerschaft
Jugendarbeit
Jugendmusikschule
Volkshochschule
Sonstiges
Tourismusvermarktung der Region
Gemeinsames Gewerbegebiet

Quelle: Eigener Entwurf.

Interkommunale Zusammenarbeit besteht besonders häufig in Fragen der Ver- und Entsorgung. Im Verwaltungsbereich differieren die Meinungen der Bürgermeister stärker. Gerade der gemeinsame Bauhof mit anderen Kommunen wurde in einigen Interviews als lohnende Kooperation beschrieben, wie folgendes Beispiel zeigt:

B15.1: Wir haben einen gemeinsamen Bauhof, da gibt es so einige Überschneidungen. Wir kaufen das Streusalz gemeinsam. Wir wollen eine Arbeitsmaschine für Kanalschächte gemeinsam kaufen.

Andere Bürgermeister sehen eine Kooperation in diesem Bereich jedoch als unmöglich an, weil zu viele Ressourcen eines Bauhofs zu gleicher Zeit genutzt werden müssen. Beispiele hierfür waren in den Interviews Schneepflüge oder Rasenmäher sowie das bedienende Personal. Wenn auch jede Kommune eigene Schneepflüge, Rasenmäher oder ähnliches vorhält, so könnten doch die Unterhaltskosten für diese Maschinen und das sie bedienende Personal durch eine Kooperation gesenkt werden. Gerade deshalb kann die Skepsis gegenüber dem gemeinsamen Bauhof als ein Beispiel für die Angst



vor Kompetenzverlust der Kommunalpolitik gelten. Ähnliches gilt für andere Verwaltungsstrukturen, wie folgender Bürgermeister berichtet:

B15.4: Ich denke, da gibt es noch viel mehr Möglichkeiten und dabei muss man gar nicht die Identität des Rathauses aufgeben, man kann einfach Schwerpunkte bilden und einfach sagen, das eine Rathaus ist eher zuständig für den Bereich Bau, das andere für den Bereich Soziales, also da lassen sich viele Möglichkeiten erdenken, von gemeinsamer Beschaffung bis hin zur Konzentration von Fachleuten. Das ist ja auch eine Kostenfrage. [...] Hier sind wir in der Diskussion. Es endet bei uns eigentlich immer wieder an dem Punkt: „Ach naja das brauchen wir doch noch, das machen wir lieber selber, das können wir doch selber machen, das ist uns wichtig, das wir das selber machen.“ [...] Ich denke da ist vieles möglich, was man im Backoffice Bereich zusammenlegen könnte. [...] Aber die Politik betrachtet das sehr argwöhnisch, weil sie denken, sie geben Gestaltungsmöglichkeiten aus der Hand, bei denen wir dann selber nicht mehr mitreden können, das ist der eine Faktor. Der andere Faktor ist, dass da ein gewisser Stolz ist: „Wir wollen unseren Bürgern das noch vor Ort anbieten“. Leisten kann man es sich vielleicht nicht mehr, aber wir machen es noch.

Die Aussage zeigt, dass interkommunale Zusammenarbeit nur schwer zu etablieren ist, auch wenn die Tabelle noch weitere Bereiche aufführt, in denen eine Zusammenarbeit möglich ist. Jeder der dort genannten Bereiche wird zumindest in einer Kleinstadt praktiziert. Doch viele der Bereiche werden anderorts kritisiert. Neben der Kritik an konkreten Bereichen der Zusammenarbeit, wie dem gemeinsamen Bauhof, bestehen auch konzeptionelle Zweifel bei den Interviewpartnern. Für sie ist eines der größten Probleme bei interkommunaler Zusammenarbeit die schon erwähnte Angst vor Macht- und Kompetenzverlust. Wie auch immer interkommunale Zusammenarbeit praktiziert wird, geht mit ihr für die Beteiligten Entscheidungsgewalt und Einfluss verloren. Gerade Kommunalpolitiker (im Gegensatz zur Verwaltung) sind damit unzufrieden.

Auch der Wohlstand einer Kommune ist ausschlaggebend für den Willen zu interkommunaler Zusammenarbeit. Wohlhabende Kommunen sind weniger bereit, mit schwächeren Kommunen zu kooperieren und ihre vermeintlich bessere Position dadurch zu schmälern. Außerdem könnte gerade in Kleinstädten folgende Befürchtung eines Bürgermeisters Relevanz haben:

B10.1: Man verliert durch die Zusammenlegung von Gemeinden eine ganze Menge ehrenamtliches Engagement. Klar muss man ernsthaft darüber nachdenken, ob es noch sinnig ist, so kleine Gemeinden mit 1000-2500 Einwohner zu halten, oder ob man die mit Nachbargemeinden zusammenlegt. Aber wenn sich die betreffenden Entscheider mal in den Bus setzen und nach Bayern fahren: Gerade im hochgelobten Bayern, wenn *es um Finanzen und Strukturen geht, haben wir sehr viele kleine*



Gemeinden, die nach meinem Eindruck vernünftig funktionieren, das soll man nicht unterschätzen. Weil auch die ehrenamtlichen Leute sehr viel machen.

Sollte diese Befürchtung zutreffen, so lässt sich daraus ein Zusammenhang zwischen bürgerschaftlichem Engagement und dem Sparzwang der Kommunen herstellen, der auch schon in vorherigen Abschnitten eine Rolle spielte: Sind Kommunen darauf angewiesen, ihre Leistungen einzuschränken oder zu streichen, so sind auch Bürger weniger bereit, mit ihrem freiwilligen Engagement die entstehenden Versorgungslücken aufzufangen. Die Verbindung zwischen neoliberaler Wirtschaftsweise und einer vermehrt egoistischen Haltung des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft liegt auf der Hand.

Insgesamt geht jedoch kein Weg daran vorbei, durch interkommunale Zusammenarbeit weiterhin wettbewerbs- und handlungsfähige Kommunen zu erhalten, sodass es sich hierbei um eine bedeutende Zukunftsaufgabe für deutsche Kleinstädte handelt. Diejenigen Kleinstädte, die in der Lage sind, sich in einen guten regionalen Zusammenhalt einzufügen und diesen aktiv mit herzustellen, werden sich Vorteile erarbeiten können. Denn auch die interkommunale Zusammenarbeit selbst ist ein Feld des Wettbewerbs in der deutschen Raumstruktur des 21. Jahrhunderts. Hier kommt es auf die Fähigkeit der Akteure an, Einigkeit im Sinne der Region herzustellen.



Zwischenfazit III: Theoriegeleitete Reflexion der qualitativen Untersuchungsergebnisse

Die qualitative Untersuchung ist als theoriebezogene Erweiterung und Präzisierung der vorangehenden quantitativen Untersuchung zu verstehen. Die quantitative Untersuchung kann zwar auf Basis der ausgewerteten Indikatoren die These der vorliegenden Arbeit diskutieren, jedoch in Verknüpfung mit dem zugrundeliegenden theoretischen Programm der Arbeit einige Fragen (Auswirkungen des Gesellschaftswandels, Wettbewerb) nicht abschließend beantworten. So macht die Theorie der sozialen Raumproduktion eine weitergehende Analyse raumprägender gesellschaftlicher Handlungen nötig.

Im Verlauf der Arbeit wurden Fragen nach den Ursachen und Wirkungszusammenhängen der zunehmenden Herausforderungen für Kleinstädte in den Sektoren Wirtschaft, Demographie und Soziales/Finanzen aufgeworfen. Die These besagt, dass der Siedlungstyp Kleinstadt zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor dem sozioökonomischen Niedergang steht. Dabei wird die deutsche Kleinstadt unter den Bedingungen einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft im Globalisierungszeitalter betrachtet. Damit einhergehen demographischer Wandel und zunehmender gesamtgesellschaftlicher Wettbewerb, der sich auch zwischen Kommunen zeigt. Die qualitative Untersuchung liefert genauere Erkenntnisse zu Handlungsmustern verschiedener Akteure auf kommunaler Ebene. Einwohner, Wirtschaftsunternehmen, Einzelhandel, Verwaltung und Politik sind Faktoren, die Raum prägen oder im Sinne von Löws dualer Raumtheorie (Raumsoziologie, 2000) von ihm in ihren Entscheidungen geprägt werden. Das Zusammenspiel dieser Entscheidungen, die in den 20 Interviews durch verschiedene Beispiele beschrieben werden, prägt die qualitativ untersuchten Kleinstädte.

Folgende mehrmals in den Interviews genannte Punkte sind dabei im Sinne des theoretischen Programms der vorliegenden Arbeit besonders erwähnenswert:

- Steigende Lasten für Kleinstädte durch kommunale Neuzuschneide von Verwaltungsgebieten: Das Verwaltungsgebiet von Kleinstädten wird größer. Damit steigen die sozialen und infrastrukturellen Versorgungsherausforderungen.
- Gewerbegebiete auf der grünen Wiese haben sich als Konkurrent zur kleinstädtischen Innenstadt als Versorgungszentrum für den kurz- und mittelfristigen Bedarf etabliert: Ansiedlungsprozesse des Einzelhandels werden dabei als wettbewerbsorientierte Zwangssituationen zwischen Kommunen beschrieben. Grund dafür ist die starke Wettbewerbsposition der Unternehmen im Gegensatz zu den Kommunen.



- Anhaltende Ausdehnung der kommunalen Siedlungsflächen bei geringer steigendem oder stagnierendem Bevölkerungswachstum: Dies bringt infrastrukturelle Probleme in Form steigender Versorgungskosten mit sich.
- Ökonomischer Strukturwandel: Es handelt sich bei diesem Strukturwandel um einen langfristigen Prozess der Tertiärisierung, mit dem Krisen einzelner Wirtschaftsbranchen einhergehen. Dadurch verlieren Kleinstädte immer wieder Unternehmen (häufig produzierend) und Kernarbeitsplätze. Neuansiedlungen zukunftsfähiger Branchen finden meist nur in Agglomerationsräumen statt. Die qualitative Analyse bestätigt: Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor liegen in der Kleinstadt häufig in den Bereichen Gastronomie, soziale Einrichtungen und in der Verwaltung. Unternehmensnahe Dienstleistungen sind nur in sehr geringem Maß in Kleinstädten zu finden.
- Räumliche Disparitäten: Kleinstädte verlieren junge Bevölkerung, da sie kaum höhere Bildung anbieten können, die in der postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft immer häufiger nachgefragt wird (Bildung ist hierarchisch im Raum organisiert). Soziale Segregation ist die Folge, die für fast alle untersuchten Kleinstädte den Wettbewerbsdruck um Zukunftspotentiale erhöht. Die entstehenden sozialen Nachteile verstärken die Pfadabhängigkeit zu räumlicher Disparität. Ein Segregationsprozess zwischen Gering- und Hochqualifizierten sowie hohen und geringen Einkommen ist die Folge. Die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ kann nicht gewährleistet werden.
- Kommunale Finanzknappheit: Durch Wirtschafts- und Finanzkrisen, Globalisierung und zunehmenden Neoliberalismus sind viele Kommunen gezwungen (fast alle qualitativ untersuchten Kleinstädte), mit knapperen Budgets zu wirtschaften, als dies noch im 20. Jahrhundert der Fall war.
- Mangelnde Chancen: Knappe kommunale Haushalte reduzieren die Fähigkeit der Kleinstadt aktuelle Transformationsprozesse zu bewältigen. Durch die Finanzknappheit haben Kommunen keine Mittel, sich im Wettbewerb der Standorte eigenständig zu platzieren. Laut einigen Interviewpartnern verwalten Kleinstädte ihren eigenen Niedergang und es kommt darüber hinaus zu direkter oder schleichender Verschuldung durch Sanierungsstau.
- Demographischer Wandel: Der Fortzug Jüngerer und das zunehmende Durchschnittsalter der Einwohner führt zum Versagen der kleinstädtischen Organisationsstruktur. Ältere Einwohner sind weniger produktiv (Steuern, finanzielle Möglichkeiten der Kommune), das Fehlen jüngerer Einwohner lässt kommunale Sozialstrukturen versagen (Vereine, Bürgerengagement). Die mangelnde Attraktivität



tät drückt sich im Verfall von Immobilienpreisen und höheren kommunalen Versorgungskosten aus.

- Politik: Zunehmender neoliberaler Wettbewerb ist durch den Verlust ordoliberaler Steuerungsfähigkeit gekennzeichnet. Insgesamt steigen die Belastungen des öffentlichen Sektors an. Diese Verknappung von Mitteln wird laut Interviewpartnern häufig auf die schwächsten Glieder (Kommunen) abgewälzt, die jedoch einen wesentlichen Part gemeinwohlorientierter Aufgaben übernehmen. Werden den Kommunen die Mittel für diese Aufgaben entzogen, hält darüber wirtschaftliches Denken und damit Wettbewerb Einzug in die kommunale Verwaltung.

Die Zusammenfassung dieser wesentlichen, sich auch wechselseitig bedingenden Ergebnisse der qualitativen Untersuchung bestätigt das theoretische Programm der Arbeit: Die Kleinstadt hat sich als Siedlungstyp des Industriezeitalters in der Vergangenheit behauptet. Allgemeines Wachstum in den Bereichen Wirtschaft und Bevölkerung und deren gesamtträumlicher Transfer mittels strukturpolitischer Maßnahmen zur Wahrung oder Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse haben die Entwicklung des Siedlungstyps Kleinstadt in der Vergangenheit vorangetrieben. Mit dem sozioökonomischen Wandel zu einer globalisierten postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft treten räumliche Veränderungen auf, deren Folgen in der qualitativen Untersuchung beschrieben werden. Die Interviewpartner schildern anhand von Beispielen die Veränderung raumproduzierender gesellschaftlicher Mechanismen in ihren Auswirkungen auf die Kleinstadt.

Die qualitative Untersuchung macht deutlich, dass zunehmender kommunaler Wettbewerb eine Folge veränderter Wirtschaftsweise (Neoliberalismus) und damit zusammenhängender massenindividueller Entscheidungen ist (Polarisierung durch Wohnortwahl in Agglomerationsräumen, Wirtschaftsansiedlung im Kontext weicher Standortfaktoren und Cluster, Verlust von sozialer Attraktivität von Kleinstädten durch Individualisierung in Konsum oder durch nachlassendes ehrenamtliches Engagement etc.). Die Interviewpartner setzten in der qualitativen Untersuchung die oben skizzierten, schwer zu bewältigenden Herausforderungen für Kleinstädte und Akteure in den Kontext übergeordneter sozioökonomischer Entwicklungen. Dies deckt sich mit den Schlussfolgerungen des theoretischen Programmes.



7. Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse und Ausblick

Die vorliegende Arbeit prüfte die These, ob die deutsche Kleinstadt durch zunehmenden räumlichen Wettbewerb zu Beginn des 21. Jahrhunderts im sozioökonomischen Niedergang begriffen ist. Dabei war es fraglich, ob die deutsche Kleinstadt als verallgemeinerbarer Siedlungstyp darstellbar ist. Die Arbeit zeigt: Die Entwicklung deutscher Kleinstädte ist in der Retrospektive eindeutig von anderen Siedlungstypen abgrenzbar (Kapitel 2). Sie erlebten den gesellschaftlichen Wandel der Nachkriegszeit etwas später als größere Städte, wiesen jedoch ebenso wie die Bundesrepublik insgesamt bis in die 1980er Jahre kontinuierliches Wachstum auf. Im Zuge der Wiedervereinigung erweiterte eine Reihe strukturschwacher Kleinstädte das deutsche Siedlungssystem. Außerdem sind Globalisierung, das Ende des kontinuierlichen ökonomischen und demographischen Wachstums sowie zunehmender Wettbewerb zwischen Kommunen für die sozioökonomischen Herausforderungen verantwortlich, die sich dem Siedlungstyp Kleinstadt aktuell stellen und die der These dieser Arbeit ihre Relevanz verleihen.

Weiterhin bezieht sich die These dieser Arbeit darauf, dass es insbesondere der sozial produzierte Raum „Kleinstadt“ ist, der aktuell vor dem Niedergang steht (Kapitel 3). Kleinstädte bestehen in ihrer heutigen Form aufgrund einer spezifischen sozial produzierten Raumlogik. Es handelt sich dabei um die wohlfahrtsstaatliche, ordoliberalen Gesellschaftsethik, die der bundesrepublikanischen Gesetzgebung entspringt. In räumlicher Hinsicht ist damit die dezentrale Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gemeint. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat diese Gesellschaftsethik zusammen mit dem kontinuierlichen Wirtschaftswachstum und einer dadurch handlungsfähigen öffentlichen Hand zum Aufblühen und zum Fortbestand der deutschen Kleinstadt geführt. Ein Wandel dieser sozialen Raumproduktionslogik führt nun zu einem Wandel der Siedlungs- und Sozialstruktur Kleinstadt. Damit wird ein weiterer Teil der These angesprochen: Der Wandel, der den Niedergang der Kleinstadt als sozial produzierten Raum bedeuten könnte, findet zu Beginn des 21. Jahrhunderts statt. Die Raumlogik des Industriezeitalters endet in der westlichen Welt spätestens an dieser Schwelle, der sozioökonomische Wandel führt in das Informationszeitalter und zu einer wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft. Dies betrifft die bisher gültigen Standortfaktoren der Industriegesellschaft und damit auch darauf basierende strukturpolitische Maßnahmen des Staates. Wenn Humankapital zentrale ökonomische Wertschöpfungsressource ist und diese Rolle nicht mehr durch Rohstoffe, Transportwege und Absatzmärkte allein ausgefüllt wird, die strukturpolitisch dezentralisierbar waren (humankapitalbildende Wissensinfrastrukturen sind dies bisher nicht), dann versagen die heutigen Steuerungsmöglichkeiten des Staa-



tes und damit die ordoliberalen Rahmung des Wettbewerbs. Die Folge ist eine Polarisierung im Raum durch zunehmenden Wettbewerb. Insgesamt wird dieses Phänomen von seinen Kritikern als Neoliberalismus bezeichnet: Die wohlfahrtsstaatliche Rahmung des Marktes wird zugunsten von mehr Wettbewerb aufgegeben. Mehr Wettbewerb ist in vielerlei Hinsicht feststellbar, nicht nur räumlich. Jedes Individuum trägt den Verlust von Allgemeingut, staatlicher Rahmung und Absicherung durch mehr Selbstverantwortung. Die Masse der darauf basierenden individuellen Entscheidungen ist sodann raumprägend (z.B. durch Wanderung und Wohnortwahl, die zu Polarisierung führt). So ist dann auch die soziale bzw. lebensweltliche Perspektive in ihrer raumproduzierenden Wirkung und ihren Herausforderungen für Kleinstädte berücksichtigt. Die Kombination dieser einzelnen sozialen und ökonomischen Faktoren lässt die These des Niedergangs des Siedlungstyps Kleinstadt plausibel werden.

Die vorliegende Arbeit benennt mehrere zentrale Herausforderungen, die Kleinstädte unter diesen Bedingungen gefährden (Kapitel 4). Es handelt sich dabei um:

- Deindustrialisierung und Globalisierung: Damit sind die postindustriellen Transformationsprozesse in ihrer Gesamtheit bezeichnet. Das Resultat dieser Prozesse ist, dass die Kleinstadt keine Standortvorteile mehr bieten kann, da Wissensökonomien in Clustern bzw. in Abhängigkeit zu Zentren entstehen.
- Demographischer Wandel: Die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nimmt ab. Dadurch haben alle Siedlungsstrukturen einen Verlust an Einwohnern zu befürchten. Aufgrund ökonomisch bedingter Wanderungen verteilen sich die Einwohnerverluste jedoch ungleichmäßig über Regionen und Siedlungsstrukturen. Kleinstädte – insbesondere die peripher gelegenen – gehören dabei zu den Verlierern dieses Prozesses. Zurück bleiben dort Ältere. Dies führt zu sozialen Problemen und zum weiteren Attraktivitätsverlust dieser Städte.
- Finanzknappheit: Hiervon sind die meisten deutschen Kommunen betroffen. Kleinstädte haben dabei besondere Härten zu erleiden, weil Produktivkräfte in Form jüngerer Einwohner verloren gehen und zukunftsfähige Unternehmen sich nur selten in Kleinstädten ansiedeln. Strukturpolitische Finanzausgleichssysteme verlieren aufgrund des sozioökonomischen neoliberalen Wandels an Kraft.
- Wandel individueller Lebenszusammenhänge: Der Wandel individueller Lebenszusammenhänge im Sinne neoliberaler Ethik betrifft Kleinstädte besonders, da ihr wesentliches positives Merkmal eine engmaschige Sozialstruktur ist. Diese zerfällt zusehends. Gesamtgesellschaftlich wird eine Postwachstumsmentalität raumstrukturierend in Form interregionaler Wanderungen, Suburbanisierung um Zentren herum und einem veränderten Konsumverhalten (grüne Wiese vs. Innenstadt/Kleinstadt).



Alle Herausforderungen zusammen lassen eine negativ und kumulativ wirksame Pfadabhängigkeit für deutsche Kleinstädte entstehen. Somit ist die These dieser Arbeit in theoretischer Hinsicht zu verifizieren: Die deutsche Kleinstadt steht als Siedlungstyp zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor dem sozioökonomischen Niedergang.

Die quantitative Analyse sah zunächst einen Siedlungstypenvergleich vor. Dabei wurden die gewählten Indikatoren und einige weitere Kennzahlen der Kleinstädte mit Stichproben der Stadttypen Mittel- und Großstadt verglichen. Der Vergleich der Stadttypen zeigt, dass der Siedlungstyp Kleinstadt der Siedlungstyp in Deutschland ist, der durchschnittlich noch am stärksten dem Industriezeitalter zuzurechnen ist. In Kleinstädten gibt es im Vergleich nur wenige Arbeitsplätze in unternehmensnahen Dienstleistungen und mehr Arbeitsplätze im industriellen Sektor, sodass der ökonomische Strukturwandel hier noch bevorsteht. Weiterhin zeigt der Siedlungstypenvergleich, dass eine Polarisierung von Arbeitsplätzen zugunsten größerer Stadttypen stattfindet.

Im demographischen Kontext belegt der Siedlungstypenvergleich, dass Kleinstädte Bevölkerung verlieren, während die größeren Stadttypen Einwohner gewinnen. Durch die hohe Abwanderung jüngerer Bevölkerungsteile und den moderaten Zuzug Älterer verweist die Kleinstadt schneller als die größeren Siedlungstypen. Bestehende Sozial- und Wirtschaftsstrukturen sind hierdurch gefährdet.

Im Vergleich zu anderen Stadttypen ist die private Kaufkraft in Kleinstädten hoch, dies ist darauf zurückzuführen, dass die dort lebende Bevölkerung aufgrund ihres Lebensalters arrivierter ist als die größerer Städte. Gleichzeitig sind die Steuereinnahmen der Kleinstadt niedriger als die der anderen Stadttypen, weil weniger zahlungskräftige Unternehmen angesiedelt sind. Auch dies bestätigt die zukünftig zunehmenden Probleme des Siedlungstyps.

Der Siedlungstypenvergleich insgesamt bestätigt die These der Untersuchung: In Relation gesetzt ist der Siedlungstyp Kleinstadt eher ein Ort des Industriezeitalters als größere Stadttypen und hat dementsprechend stärker mit transformativen Herausforderungen auf dem Weg ins postindustrielle Zeitalter umzugehen.

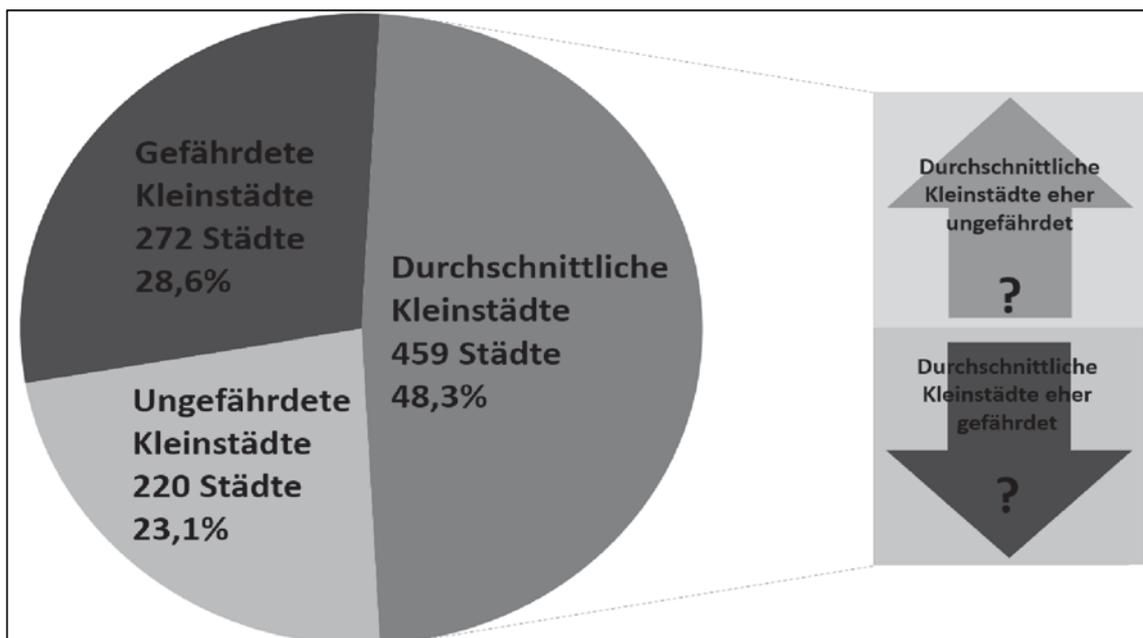
Die Clusteranalyse (Kapitel 5) kategorisierte sodann anhand der Untersuchungsgesamtheit den Siedlungstyp und generierte so Erkenntnisse zur regionalen und kommunalen Situation der deutschen Kleinstadt. Dabei zeigt sich, dass mehr als die Hälfte aller untersuchten Kleinstädte (566) ökonomisch gefährdet sind. In demographischer Hinsicht ist ein gutes Drittel (381 Kleinstädte) stark marginalisierungsgefährdet, während weitere 258 Kleinstädte als leicht schrumpfend gelten können. Etwas weniger häufig existieren sozial und finanziell stark bedrohte Kleinstädte (222). Das Mittelfeld ist mit 433 zugehörigen Städten hier größer. Überraschend ist in diesem Bereich jedoch, wie deutlich der Abstand zwischen der Schlussgruppe und dem Mittelfeld ausfällt. Dies beweist eine deutliche räumlich-soziale Spaltung im Siedlungssystem.



Insgesamt zeigt die Clusteranalyse, dass Kleinstädte in den neuen Bundesländern am stärksten marginalisierungsgefährdet sind. Kleinstädte in Süddeutschland sind durchschnittlich strukturstärker. Im Norden und Westen zeigt sich ein differenziertes Bild aus strukturstarken und -schwachen Kleinstädten, die vermehrt vor demographische Herausforderungen gestellt sind. Weiterhin gilt, dass Kleinstädte, die in der Nähe von Agglomerationen gelegen sind, strukturstärker als ihre peripheren Pendants sind. Etwa die Hälfte aller untersuchten Kleinstädte befindet sich in einem Zustand, bei dem es nur schwer erkennbar ist, ob sich diese Kommunen dem sozioökonomischen Wandel anpassen können.

Genau diese Städte sind es jedoch, die für eine Bewertung des Siedlungstyps ausschlaggebend sind: Die Untersuchungsgesamtheit der quantitativen Analyse lässt sich zunächst relativ trennscharf in zwei Gruppen einteilen: Einerseits diejenigen Kleinstädte, die trotz des sozioökonomischen Wandels keine Marginalisierungsprozesse zu erwarten haben, und andererseits Kleinstädte, die durch denselben vor dem Niedergang stehen. Städte, die nicht durch den aktuellen sozioökonomischen Wandel bedroht sind, finden sich vor allem im Süden Deutschlands und in Agglomerationsräumen bzw. infrastrukturell daran angebondenen Räumen. Kleinstädte, die dem sozioökonomischen Wandel schutzlos ausgeliefert sind, befinden sich vor allem in den neuen Bundesländern. Jedoch gibt es auch in den alten Bundesländern immer mehr Regionen, in denen sich von Marginalisierung bedrohte Kleinstädte befinden. Südniedersachsen und Nordhessen sind als Beispiele hierfür zu nennen. Eine prozentuale Verteilung der untersuchten Kleinstädte sieht folgendermaßen aus:

Abbildung 7.1: Anteilige Verteilung der untersuchten Kleinstädte nach Gefährdungslage



Quelle: Eigener Entwurf (Daten: Ergebnisse der eigenen Untersuchung)



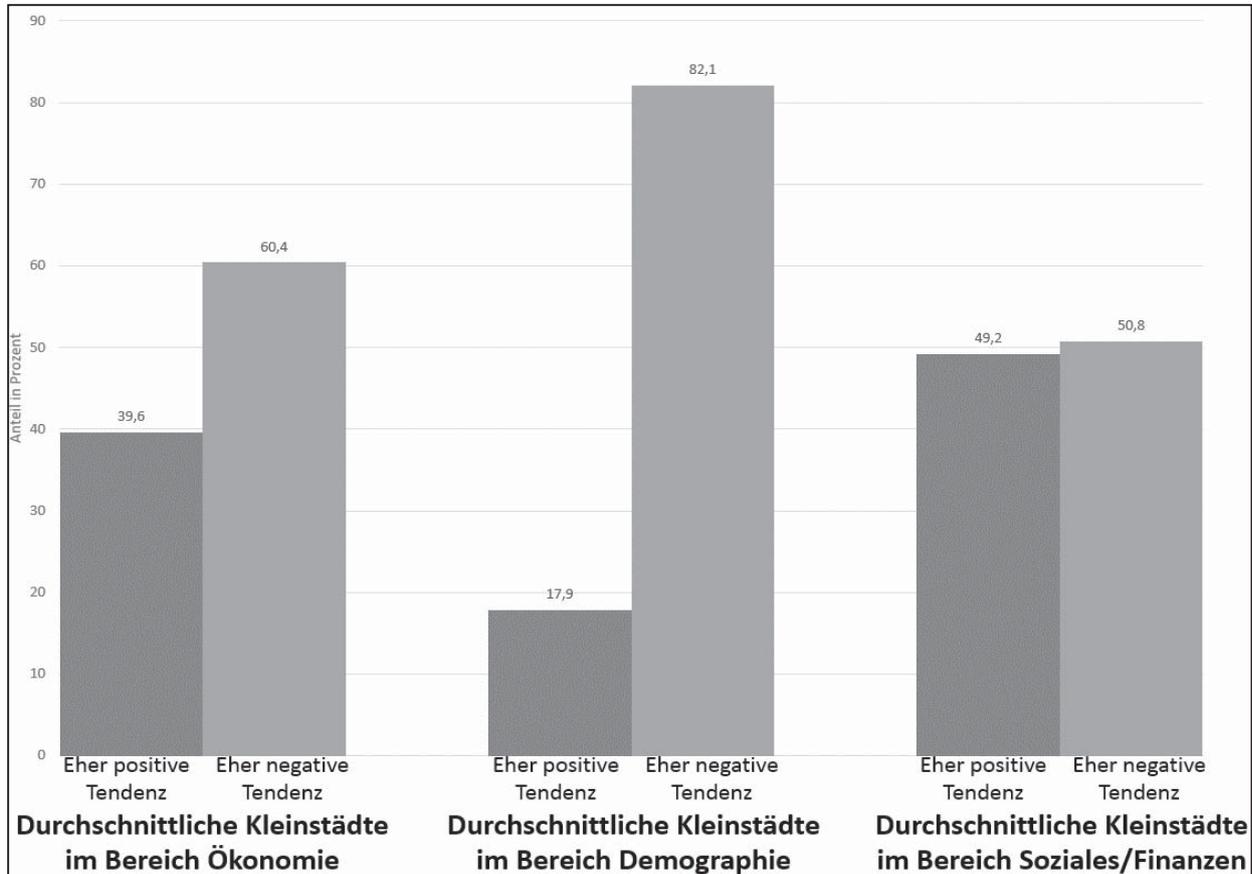
Die Abbildung zeigt außerdem die schon erwähnte Mehrheit der durchschnittlich bewerteten Kleinstädte. Diese Städte befinden sich in allen Regionen Deutschlands, jedoch weniger in den neuen Bundesländern als in den alten. Da diese Kleinstädte den Großteil der Untersuchungsgesamtheit ausmachen (48,3%) und sich klar positiv oder negativ bewertete Kleinstädte ungefähr die Waage halten, sind nähere Aussagen zur durchschnittlich kategorisierten Kleinstadt nötig, um die These, die sich auf den Siedlungstyp bezieht, verifizieren oder falsifizieren zu können. Um die durchschnittliche Kleinstadt präziser zu analysieren, werden die feiner gegliederten Bereichsclusteranalysen für eine genauere Beurteilung herangezogen:

- Im Bereichscluster „Ökonomie“ sind die durchschnittlichen Kleinstädte entweder als „industriell geprägte Kleinstadt“ (positiv) oder als „Deindustrialisierte Kleinstadt auf niedrigem Niveau“ (negativ) kategorisiert.
- Im Bereichscluster „Demographie“ sind die durchschnittlichen Kleinstädte entweder mit „Ausgeglichene Wanderung und hohe Alterung“ (positiv) oder „Zukünftig zunehmende Wanderungsverluste“ (negativ) kategorisiert.
- Im Bereichscluster „Soziales und Finanzen“ sind die beiden Bereiche als „Durchschnittliche Kleinstadt“ (positiv) und oder „Durchschnittliche Kleinstadt mit erhöhten Arbeitsmarktrisiken“ (negativ) kategorisiert.

Das prozentuale Verhältnis der jeweiligen Werte steht sich wie folgt gegenüber:



Abbildung 7.2: Beurteilung der durchschnittlichen Kleinstadt auf Basis der Bereichsclusteranalysen



Quelle: Eigener Entwurf (Daten: Ergebnisse der eigenen Untersuchung)

Die Abbildung zeigt, dass die durchschnittliche Kleinstadt insgesamt eher in den negativen Bereich tendiert. Insbesondere im Bereich Demographie wird dies sehr deutlich.²⁴⁶ Aber auch die ökonomische Bewertung der durchschnittlichen Kleinstadt weist einen signifikanten Überhang im negativen Bereich auf. Aus der quantitativen Untersuchung folgt dementsprechend, dass der Siedlungstyp Kleinstadt, dargestellt durch die gewählte Untersuchungsgesamtheit, zu Marginalisierungsprozessen insbesondere im demographischen Bereich tendiert. Die räumliche Eingrenzung der durchschnittlichen Kleinstadt gelingt indes nur bedingt: Die quantitative Analyse bestätigt, dass nur Baden-Württemberg und Teile Bayerns einen Überhang an positiv zu bewertenden Kleinstädten aufweisen können. Weitere nicht marginalisierungsgefährdete Kleinstädte befinden sich deutschlandweit in Agglomerationsnähe (vgl. Abbildung 5.18). Im Umkehrschluss gilt deshalb die Aussage: Je peripherer eine Kleinstadt gelegen ist und je schwächer die entsprechende Gesamtregion bewertet wird, desto eher ist die Kleinstadt durch sozio-ökonomischen Niedergang gefährdet.

²⁴⁶ Dies deckt sich mit den Erkenntnissen des BBSR (2012), das demographischen Wandel als hauptsächliche Gefährdung für die beiden Stadttypen Klein- und Mittelstadt benennt.



Da Wettbewerb und demographische Herausforderungen zunehmen, ist zu vermuten, dass die Mehrzahl dieser mittleren Kleinstädte zukünftig negativer vom sozioökonomischen Wandel betroffen sein wird. Gerade da deutlich wurde, dass der Siedlungstyp Kleinstadt durch Polarisierung zugunsten größerer Städte bedroht ist, ist die Marginalisierung der bisher im mittleren Bereich eingestuften Kleinstädte zu befürchten.

Aus diesem Grund widmet sich die qualitative Untersuchung (Kapitel 6) insbesondere den durchschnittlich kategorisierten Kleinstädten im Übergang. Die Ergebnisse der Untersuchung belegen in den schon bekannten Kategorien, dass sich unter Berücksichtigung der räumlichen Lage der Kleinstädte eine weiterhin negative Entwicklung einstellen kann.

Die deutschlandweit geführten Interviews haben gezeigt, dass Kleinstädte sich in Abhängigkeit ihrer Lage um regionale Alleinstellungsmerkmale im kommunalen Wettbewerb bemühen. Die Untersuchung zeigt auch, dass man dabei im Gegensatz zu größeren Städten (insbesondere was postindustrielle Standortfaktoren angeht) wenig erfolgreich ist. Deutlich sichtbar wurde auch der Gegensatz zwischen Kleinstädten in den neuen und in den alten Bundesländern. Dabei war für den Siedlungstyp insgesamt die Wiedervereinigung ein Nachteil und beschleunigte den Strukturwandel, mit dem sich Kleinstädte heute arrangieren müssen: Einerseits wurden Transferleistungen nötig und andererseits entstand verstärkter Wettbewerb zwischen Kommunen, der in der Regel nur zu Gunsten der Agglomerationsräume verlief. Dies sind Kernaussagen der qualitativen Untersuchung.

Die qualitative Untersuchung bestätigt weiterhin den zuvor skizzierten Wirkungszusammenhang zwischen ökonomischen, demographischen, sozialen und finanziellen Faktoren, die auf verschiedenen Ebenen zu den bereits beschriebenen Problemen für die durchschnittlich kategorisierten Kleinstädte führen. In kommunaler Hinsicht wird die Abwertung der Innenstadt beschrieben, der Fortzug Jüngerer und die Überalterung der verbleibenden Bevölkerung mit ihren sozialen Folgen, das mangelnde Arbeitsplatz- und Bildungsangebot (im Sinne von höherer Bildung und damit zusammenhängender räumlicher Polarisierung) und die fehlenden Steuereinnahmen.

Während diese Punkte in den Interviews bestätigt werden und damit die transformativen Herausforderungen für den Siedlungstyp, wie sie die These dieser Untersuchung vermutet, verifizieren, liefern die Interviews völlig neue Erkenntnisse, was die Sichtweisen und Wertungen der interviewten kommunalen Vertreter angeht: Die Interviewpartner definieren zunehmenden Wettbewerb als Ursache der sozioökonomischen Herausforderungen für Kleinstädte. Die Interviews decken in verschiedenen Facetten auf, wie dieser Wettbewerb auf die Kommunen abstrahlt, zu Polarisierung führt und es einer durchschnittlichen Kleinstadt zunehmend unmöglich macht, mit den Herausforderungen der postindustriellen Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft umzugehen. Hiervon



ausgehend wird sodann bemängelt, dass es keine adäquate Steuerung räumlichen Wettbewerbs auf kommunaler Ebene mehr gibt (im Gegensatz zum 20. Jahrhundert). Das System einer dezentralen ordoliberalen Gesellschaft wurde – so der interpretative Tenor der qualitativen Untersuchung – bisher nicht an die Herausforderungen des beginnenden 21. Jahrhunderts angepasst. Hieraus folgt, dass die These der Arbeit – in regionaler Abhängigkeit und in Abhängigkeit zur Kategorisierung der vorliegenden Untersuchung – partiell verifiziert werden kann: Der sozialproduzierte Siedlungstyp Kleinstadt steht zu Beginn des 21. Jahrhunderts zwar nicht pauschal vor dem sozioökonomischen Niedergang. Dennoch wurde deutlich, dass die Niedergangsthese für einen bedeutenden Anteil der zum Siedlungstyp zu zählenden Kommunen Gültigkeit besitzt. Das heißt nicht, dass die Siedlungen, die heute als Kleinstadt charakterisiert sind, verschwinden werden. Die deutsche Kleinstadt war weder in der Vergangenheit ein homogener Siedlungstyp, noch ist sie dies heute oder wird es in Zukunft sein. Vom Siedlungstyp Kleinstadt zu sprechen ist trotzdem gerechtfertigt. Die Kleinstadt weist gemeinsame Entwicklungslinien sowie ähnliche Funktionsausstattungen und Sozialstrukturen auf. Auch die Herausforderungen, die für den Siedlungstyp gelten, sind verallgemeinerbar. Gleichwohl zeigen die Untersuchungen dieser Arbeit, dass es innerhalb des Siedlungstyps verschiedene Arten von Kleinstädten gibt, die zukünftig unterschiedliche Entwicklungsperspektiven haben werden. Folgende vier Gruppen mit unterschiedlichen Entwicklungsperspektiven existieren:

Abbildung 7.3: Kleinstadtgruppen mit unterschiedlichen Entwicklungsperspektiven



Quelle: Eigener Entwurf (Daten: Ergebnisse der eigenen Untersuchung)



Die untersuchten Kleinstädte werden zukünftig trotz der Zuordnung zu verschiedenen Gruppen vor den gleichen sozioökonomischen Herausforderungen stehen. Die jeweilige Strukturstärke wird darüber entscheiden, wie die Kleinstädte mit den Herausforderungen umgehen können, die der sozioökonomische Wandel mit sich bringt.

Abschließend folgen einige Überlegungen dazu, welche Möglichkeiten sich für Kleinstädte jeden Typs ergeben, mit dem sozioökonomischen Wandel und zunehmendem Wettbewerb in Zukunft umzugehen. Dabei steht die Frage im Vordergrund, wie der sozioökonomische Wandel gegebenenfalls in Bahnen gelenkt werden kann, die der bundesrepublikanischen Gesellschaftsethik gerecht werden. Weiterhin werden einige wesentliche Handlungsoptionen skizziert, wie Kleinstädte auf den sozioökonomischen Wandel des 21. Jahrhunderts reagieren können.

7.1 Möglichkeiten der Entwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Raum der Bundesrepublik Deutschland

Ein wesentliches Element in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist zunehmender Wettbewerb. Die schleichende Liberalisierung betrifft heute auch den öffentlichen Sektor und damit die Kommunen. Wie Wettbewerb Einzug hält, hat die vorliegende Arbeit dargestellt. Auch die Folgen dieser neuen Raumproduktionslogik sind eindeutig und in Form einer Polarisierung des Siedlungssystems besonders bedrohlich für die deutsche Kleinstadt.

Räumliche Polarisierung ist vergleichbar mit Ungleichgewichten im Wirtschafts- und Finanzsystem, die die aktuellen Krisen in den entwickelten kapitalistischen Ökonomien kennzeichnen. Beiden ist gemein, dass die Rahmen des Wettbewerbs in Vergangenheit verloren gegangen sind. Ebenso wie Wirtschaftstheoretiker für eine neue Rahmung des Kapitalismus plädieren, sollten raumprägende Infrastrukturen, wie es die Kommunen sind, für eine Rahmung der sie betreffenden Wettbewerbsfaktoren eintreten. Bisher sind Kommunen – und insbesondere Kleinstädte – die schwächsten Glieder der öffentlichen Hand. Sie verwalten allgemeinen Besitz und sind doch zu konsequenter Mangelwirtschaft gezwungen. Kommunale Finanzknappheit betrifft die meisten untersuchten Kleinstädte. Die vorliegende Arbeit bestätigt dies und zeigt gleichzeitig, dass es dabei keinen Alleinschuldigen gibt.

Wettbewerb ergibt sich in vielerlei Hinsicht. Er entsteht aus demographischem Wandel, aus der Notwendigkeit ökonomischer Rationalität von Unternehmen (Standortfaktoren, Humankapital etc.) und aus den sich wandelnden Einstellungen der Bevölkerung (Einkaufen auf der grünen Wiese, Leben in der Nähe zu Großstädten, abnehmendes Interesse am Gemeinwohl usw.). Zusammengenommen entsteht so Wettbewerb, der zu Polarisierung führt, und dem Kommunen machtlos gegenüberstehen.



Die ordoliberalen Rahmungen des Kapitalismus im 20. Jahrhundert hat gezeigt, wie Wettbewerb und Märkte beherrschbar sind. Nötig ist aus Sicht des Verfassers, diese Rahmung auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu transferieren und eine neue Raumpolitik umzusetzen. Ein Mittel hierfür wäre die Neufassung der bundesrepublikanischen Finanzausgleichssysteme. Die qualitative Untersuchung dieser Arbeit hat ergeben, dass die meisten Kleinstädte den Großteil der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für Sozialkosten (Kinderbetreuung, Wohnkosten Hartz IV etc.) aufwenden müssen und darüber hinaus nur nötigste infrastrukturelle Maßnahmen durchführen können. Die daraus resultierende mangelnde Attraktivität durch fehlende weiche Standortfaktoren sorgt dafür, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse nicht erreicht und stattdessen die Kluft zwischen Peripherien und Zentren größer wird. Eine Neufassung der Finanzausgleichssysteme würde gerade kleinere Kommunen eher in die Lage versetzen, ihre Attraktivität in der Breite zu steigern und so im Gesamttraum der Bundesrepublik neue Wachstumsanreize zu setzen. Kleinstädte haben schon heute Möglichkeiten sich dem beschriebenen sozioökonomischen Wandel anzupassen. Die aus Sicht des Verfassers wesentlichen Punkte werden in Abschnitt 7.2 skizziert.

Weitere Möglichkeiten den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts für Kommunen gerecht zu werden sieht der Verfasser im bedingungslosen Grundeinkommen und in der Bildung von Public-Private-Partnerships.

Chancen und Risiken des bedingungslosen Grundeinkommens werden in Deutschland seit einigen Jahren kritisch diskutiert. Kurz zusammengefasst sieht ein bedingungsloses Grundeinkommen vor, staatliche Umverteilungsmaßnahmen auf ein Minimum zu reduzieren und stattdessen allen Bundesbürgern ein bedingungsloses Grundeinkommen zu zahlen. Hintergrund einer solchen Maßnahme ist die Entkoppelung des Lebens von Arbeit. Möglich wird dies aufgrund des hohen Automatisierungsgrades gesellschaftlicher Wertschöpfung. Gleichzeitig ist nicht vorgesehen, dass Arbeit komplett durch Maschinen substituiert wird. Jedoch werden Menschen in die Lage versetzt, ihre eigene Produktivität vor dem Hintergrund einer Grundabsicherung selbstgewählt umzusetzen. Ob ein solches System grundsätzlich praktikabel ist, kann diese Arbeit indes nicht klären. Die Folgen für die Raumstruktur wären jedoch positiv im Sinne der dezentralen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Menschen wären nicht weiter gezwungen, ihre Wohnortwahl von beruflichen Perspektiven abhängig zu machen, was voraussichtlich zu einer Renaissance der Peripherien führen würde. Dieser Vorschlag ist im Vergleich zum folgenden als utopisch einzustufen. Seine systemische Relevanz zu Beginn des



21. Jahrhunderts, in der die Grenzen der wirtschaftlichen Wachstumslogik erreicht zu sein scheinen, liegt jedoch auf der Hand.²⁴⁷

Public-Private-Partnerships können als Mittel begriffen werden, Unternehmen in die Verantwortung für staatliche Raumentwicklung zu nehmen. So haben beispielsweise Energieunternehmen vitales Interesse daran, auch in Zukunft Teil einer dezentralen kommunalen Energieversorgung zu sein. Wenn Investitionen zu Gunsten energieautarker Kommunen getätigt werden, können daraus positive Effekte sowohl für die öffentliche Hand, als auch für die hochtechnologie-affinen Energieunternehmen der Bundesrepublik entstehen. Wichtig ist hierbei jedoch, dass Kommunen nicht in neue Abhängigkeitsverhältnisse geführt werden. Eine Gleichberechtigung der Partner muss sichergestellt sein. Möglich ist dies, wenn Unternehmen sich zu ihrer Verantwortung für den eigenen Wirtschaftsraum bekennen und beispielsweise gemeinsam mit Kommunen Wirtschaftsförderung betreiben. Frühere Arbeiten des Verfassers behandeln ein positives Beispiel für einen solchen Fall.²⁴⁸

7.2 Innovationspotentiale der deutschen Kleinstadt im 21. Jahrhundert

Der letzte Abschnitt dieser Arbeit zeigt Möglichkeiten kleinstädtischer Entwicklung in Abhängigkeit zu den diagnostizierten sozioökonomischen Herausforderungen und Megatrends des 21. Jahrhunderts.

1. Neue Mobilität

Die quantitative Untersuchung dieser Arbeit hat gezeigt, dass Kleinstädte im Vergleich zu den anderen Stadttypen die geringste Einwohnerdichte aufweisen. Mit einer durchschnittlichen Gesamtfläche von 60,99 Quadratkilometern hat die Kleinstadt eine Einwohnerdichte von 298 Einwohnern pro Quadratkilometer. Im Gegensatz zu Städten mit einer höheren Einwohnerdichte resultieren hieraus größere Probleme in der Auslastung des ÖPNV. Die Folge ist, dass der ÖPNV unregelmäßiger verkehrt und die nicht-individuelle Mobilität der Bewohner weniger wettbewerbsfähig ist, als in größeren Städten. Gleichzeitig stellt der ÖPNV in Kleinstädten, trotz der unregelmäßigeren Taktungen, einen hohen Ausgabenfaktor im kommunalen Haushalt dar.

Durch Informations- und Kommunikationstechnologien ergibt sich aktuell jedoch die Möglichkeit, den ÖPNV in Kleinstädten neu zu strukturieren und bei gleichbleibenden oder geringeren Ausgaben eine bedarfsgerechte Versorgung der Einwohner sicherzustellen. Erste Modellprojekte von Kommunen und deutschen Automobilherstellern zei-

²⁴⁷ Vgl. Harvey, David: Räume des Neoliberalismus - Zur Theorie der ungleichen Entwicklung, Vsa Verlag, Hamburg 2007; Jackson, Tim: Wohlstand ohne Wachstum, Oekom Verlag, München 2011; Opaschowski, Horst W.: Wohlstand neu denken, Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2009; Schulze, Gerhard: Die beste aller Welten, S. Fischer Verlag, Frankfurt 2004.

²⁴⁸ Vgl. Schrödel, Gerrit: Erlebnisgesellschaft in Wolfsburg, Appelhaus Verlag, Braunschweig 2010.



gen, wie eine solche Versorgung aussehen kann, die durch neue Technologien wie automatisches Fahren in naher bis mittlerer Zukunft sogar noch wesentlich wirkungsvoller werden wird. Statt starrer Buslinien wird öffentlicher Nahverkehr durch die Informations- und Kommunikationstechnologien bedarfsgerecht und flexibel. Gerade in ländlichen Kleinstädten ist es sinnvoll, Mobilitätszentren zu schaffen, die Mobilitätsdienstleistungen anbieten, Umsteigen ermöglichen und prinzipiell als Steuerzentrale der Mobilität fungieren. Sie sind die Basis eines bedarfsgerechten ÖPNV vom Schulbus bis zum Sammeltaxi. Sie ermöglichen einen Umstieg zwischen Kurz-, Mittel- und Langstreckenfahrzeugen. Durch sie und in Dörfern zu etablierende Substandorte wird Car-Sharing organisiert. Weiterhin kann eine Mitfahrbörse Teil solcher Konzepte sein. Aus der Mischung dieser einzelnen Ideen entsteht dann eine neue Form von ÖPNV Netzwerk, das dem Großteil von Mobilitätsbedürfnissen der Einwohner gerecht werden kann. Nutzerfreundlich wird ein solches System durch Technologie. Mit einer Mobilitätskarte ausgestattet, kann der Nutzer für spontane Fahrten auf Car-Sharing zurückgreifen, generell gibt er seine Fahrtwünsche dem System bekannt, das die Einzelwünsche dann so sinnvoll wie möglich organisiert. Monetäre Anreizsysteme fördern das Anbieten von Mitfahrten oder die frühzeitige Anmeldung von Fahrtwünschen, so dass der Schwerpunkt des Mobilitätssystems auf der Findung von Synergien liegt. So muss eine Kleinstadt nur noch Hauptrouten und Zeiten regelmäßig mit Bussen bedienen, während die Mobilität des Einzelnen ähnlich flexibel ist wie die eines Großstadtbewohners.

In Verbindung mit Mobilitätsdienstleistungen sind für Kleinstädte auch mobile Dienstleistungen interessant. Dafür gibt es heute schon viele Beispiele vom fahrenden Bäcker bis hin zur fahrenden Bibliothek. Werden diese Dienstleistungen mit einem Mobilitätssystem verknüpft, das über die Bedürfnisse seiner Nutzer informiert ist, lässt sich schon heute die Versorgung der Bürger zu wesentlich geringeren Kosten sicherstellen. Mittelfristig ist darüber hinaus abzusehen, dass neue Technologien Mobilität und Konsumentenlogistik weiter vereinfachen: Durch das automatische Fahren, das durch die Automobilhersteller schon heute annähernd zur Marktreife entwickelt ist, wird zukünftig jeder Einwohner einer Kleinstadt sein „Car-Sharing-Pkw“ vor die Haustür ordern können, ohne Personalkosten zu verursachen. Durch bedarfsgerechte Logistikkonzepte (z.B. Drohnen oder automatisch fahrende Transporter) wird die Versorgung mit Gütern des täglichen und nicht-alltäglichen Bedarfs ohne Mobilitätsaufwand sichergestellt. Das Leben in Kleinstädten wird so weniger aufwendig und die Vorteile einer solchen Kommune (Naturnähe, Sozialstrukturen etc.) und ländlicher Regionen gewinnen im Vergleich zu größeren Städten an Gewicht, da sie weniger durch Nachteile aufgehoben werden.

Unabhängig vom konkreten Weg ist absehbar, dass Kommunen zukünftig ÖPNV-Kosten sparen werden und trotzdem eine bedarfsgerechtere Mobilitätsversorgung als heute anbieten können.



2. Neue Formen von Arbeit und Gemeinschaft

Die Kleinstadt ist heute ein Siedlungstyp, der Abwanderung insbesondere bei jüngeren Bevölkerungsteilen erlebt. Dies wird auch in Zukunft nicht zu verhindern sein, weil höhere Ausbildung weiterhin in zentralen Orten stattfindet und insbesondere beginnende Erwerbsbiographien häufig mit Ortswechseln verbunden sind. Gleichzeitig verdeutlicht die qualitative Untersuchung den Zusammenhang zwischen Lebensalter und Ortsbedürfnissen. So streben junge Menschen eher urbane Erlebnismöglichkeiten und eine Befreiung vom Kleinstädtischen an, während Menschen in der Familiengründungsphase und darüber hinaus die Vorteile der Kleinstadt sehen. Sowohl Arbeit als auch Gemeinschaft werden sich in den nächsten Jahrzehnten weiter verändern. Arbeit wird unabhängiger vom Raum werden, wobei es sich um eine Entwicklung handelt, die schon im ausgehenden 20. Jahrhundert prophezeit wurde, heute aber zunehmend mit Technologien unterlegt wird, die dies ermöglichen. Die gleichen Technologien verändern auch die Formen von Gemeinschaft. Von beiden Trends kann die Kleinstadt profitieren, wenn sie es versteht sich diese Trends zu Nutze zu machen.

Zunächst gilt für den größeren Teil der in dieser Arbeit untersuchten Kleinstädte, dass es zu einem weiteren Verlust von Arbeitsplätzen in Zukunft kommen wird. Unternehmen haben das Bedürfnis, Standortvorteile und Clustereffekte für sich zu nutzen, die sie hauptsächlich in Agglomerationsräumen (Nähe zu Wissensinfrastrukturen) und durch gute Verkehrsinfrastrukturen finden. Kleinstädte können diese Wettbewerbsfaktoren nicht eigendynamisch schaffen und sind dementsprechend auch nur noch bedingt konkurrenzfähig. Hoffnung besteht jedoch insofern, als dass sich die Formen von Arbeit grundsätzlich ändern. Immer häufiger können Arbeitnehmer Arrangements treffen, nach denen sie nur noch einen Teil ihrer Arbeitszeit im Büro verbringen und einen Teil zu Hause ableisten können. Arbeitgeber versprechen sich dadurch höhere Zufriedenheit der Mitarbeiter und ein steigendes Innovationspotential. Möglich werden solche Arrangements durch das Internet, das den Heimarbeitsplatz kommunikativ gleichwertig zum Büro substituiert. Dies wird zukünftig auch in produzierenden Unternehmen durch die immer weiter zunehmende Automatisierung dieses Bereiches umsetzbar sein. Weiterhin steigt die Zahl der Freelancer, die ortsungebunden (und damit frei in ihrer Wohnortwahl) Jobs zeitlich befristet annehmen. Der Fachkräftemangel führt dazu, dass Arbeitnehmer ihre Bedingungen im Job besser umsetzen und dementsprechend ihre Arbeit ortsungebunden organisieren können. Besonders Frauen müssen dann nicht weiter zwischen Familie und Arbeit differenzieren, sondern können die Arbeit und die Familie zu Hause vereinen. Co-working-spaces sind eine weitere Möglichkeit, in Kleinstädten Orte für Arbeit zu schaffen, ohne jedoch ein spezielles Unternehmen anzusprechen. All diese Faktoren werden ermöglicht durch das Internet und sprechen dafür, dass die Kleinstadt als Wohnort interessant bleiben kann, wenn sie es schafft, zwei Dinge verfügbar zu halten: Dies ist zum einen günstiger Wohnraum im Vergleich zu Agglomerati-



onsräumen; zum anderen sind es die spezifischen Standortvorteile der Kleinstadt in Form von Naturnähe und verlässlichen Sozialstrukturen. Letztere verändern sich durch die Informations- und Kommunikationstechnologien im 21. Jahrhundert voraussichtlich nachhaltig. Kleinstädte können sich diesen Wandel zu Nutze machen: Die qualitative Untersuchung zeigt, dass im Gegensatz zu größeren Städten Sozialstrukturen, die über Familienstrukturen hinausgehen, in Kleinstädten eher vorhanden sind, als in größeren Städten. Kann dieses gegenseitige Verantwortungsgefühl mithilfe der neuen Technologien erhalten und flexibel nutzbar gemacht werden, dann haben Kleinstädte Vorteile, insbesondere für diejenigen, die zwar individuelle Freiheit suchen, von Fall zu Fall aber auch stabile Netzwerke benötigen. Die Ideen sind vielfältig in diesem Bereich. Zunächst fällt darunter der Trend der „Share economy“, den Start-Ups heute internetbasiert nutzbar machen wollen. Es existieren Portale zum Sharing von Arbeitszeit in Form von Micro-Jobs. Vom Baby- und Dog-Sitting bis hin zur Gartenarbeit können hier Dienstleistungen ausgetauscht werden. Gerade bei einer drohenden Überalterung der Kleinstädte können so auch ältere Menschen aktiv in Gemeinschaftsstrukturen eingebunden werden, um so ein Miteinander der Generationen zu gewährleisten. „Share economy“ betrifft außerdem den Sektor der Mobilität, der schon als eigener Punkt behandelt wurde. Darüber hinaus können auch andere Produkte als Pkw oder Mitfahrten geteilt werden, so wie Werkzeuge, Gartengeräte oder ähnliches. Mittel wie Crowd-Funding und die Teilhabe der Einwohner an Innovations- und Gestaltungsprozessen sind wichtig, um darzustellen, dass die Stadt ein Allgemeingut ist. Das Internet ermöglicht Teilhabe auf eine neue Art. Ohne sich in langwierige Diskussionsrunden nach Feierabend einbringen zu müssen, können Einwohner der Stadt ihre Ideen online publik machen und gegenseitig darüber abstimmen. Projekte, die einen allgemeinen Nutzen bringen, können von Einwohnern unterstützt werden, monetär oder durch ihre Zeit. Crowd-Funding-Plattformen geben schon heute Beispiele dafür.

Erfolgt eine solche Inwertsetzung der Allgemeinheit für den Einzelnen über kommunale internetbasierte Kommunikationsplattformen können gerade Kleinstädte ein enges soziales Miteinander bieten, ohne, wie noch im 20. Jahrhundert für den Siedlungstyp bemängelt, eingrenzend oder überwachend zu sein.

Neue Arbeits- und Gemeinschaftsstrukturen bieten ein Portfolio an Handlungsmöglichkeiten für Kleinstädte. Nicht alle sind überall umsetzbar. Als weiterer Baustein neben dem Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen sind diese Möglichkeiten jedoch für viele Kleinstädte im Kampf um den Verbleib von Einwohnern von Bedeutung. Auch hier gilt, dass diejenigen Kleinstädte bessere Zukunftsaussichten haben, die zukünftige technologische Vernetzung als Möglichkeit begreifen.



3. Ökologische Nachhaltigkeit

Genauso wie größere Städte sind Kleinstädte komplexe Systeme, die in ihrer Wirtschaftsweise auf fossile Energieträger angewiesen sind. Im Gegensatz zu größeren Städten ist es für Kleinstädte jedoch wesentlich leichter Maßnahmen ökologischer Nachhaltigkeit umzusetzen, da weniger Faktoren berücksichtigt werden müssen. Ökologische Nachhaltigkeit zeichnet sich technologisch darüber aus, dass Einzelbereiche miteinander verknüpft werden, um so Synergien in Energieproduktion und deren Nutzung herzustellen. Ausgangspunkt eines ökologischen Stadtumbaus ist die Energiegewinnung. Da Kleinstädte nur bis zu 20.000 Einwohner energetisch versorgen müssen, während es in Großstädten einige 100.000 Einwohner sind, ist es einfacher für sie, dies über einen Mix aus Wind- oder Solarenergie, Erdwärme und nachhaltige Rohstoffe autark zu realisieren. Bisherige Abhängigkeiten resultieren aus mangelhaften Speichermöglichkeiten für diese Energie.

An der Energieproduktion wirken nicht nur die Kommunen selbst mit, auch Einwohner sind interessiert daran, ihre Energiekosten durch Solaranlagen auf Dächern oder ähnlichem zu senken. Kommunen können und sollten diesen Trend zukünftig unterstützen, indem sie auf die systemische Vernetzung dieser Energiegewinnung im kommunalen Kontext Wert legen, eine eigene kommunale Energiegewinnung fördern und technologisch in der Lage sind, die vor Ort produzierte Energie abzunehmen und der Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen.

Die Lösung hierfür wird unter dem Begriff „Micro Smart Grids“ diskutiert und seit einigen Jahren technologisch umgesetzt. Gemeint ist damit die Vernetzung intelligenter Energieproduzenten und -konsumenten sowie die Möglichkeit dezentraler Speicherung von Energie. Werden beispielsweise Konsumenten wie Waschmaschinen, Straßenbeleuchtung, Schwimmbäder, Heizungen etc. intelligent gesteuert und in ihrem Energieverbrauch der Energiegewinnung angepasst, so dass Energiebedarfe in der Spitze abgedeckt und gleichzeitig Speichermöglichkeiten für Energie geschaffen werden, dann sind Kleinstädte in der Lage, ihren eigenen Energiehaushalt zu managen und so autark nach außen hin zu werden. Energiespeicher können dabei vielfältig sein. Von Pumpspeicherkraftwerken bis hin zu Batteriesystemen, die beispielsweise auch über Elektro-PKW in das Smart Grid integriert sein können, ist die Bandbreite hier groß.

Wird weiterhin in die energetische Sanierung der Kleinstadt investiert und der Energieverbrauch so insgesamt gesenkt, ist die energieautarke Kleinstadt keine Utopie, sondern schon in den nächsten Jahrzehnten erreichbar. Die Kosten dieses energetischen Stadtumbaus sind gerade in den ersten Jahren der Umsetzung hoch, werden aber langfristig zu einer deutlichen finanziellen Entlastung der Kommunen beitragen. Die qualitative Untersuchung dieser Arbeit zeigt, dass Kleinstädte, die in der Vergangenheit in



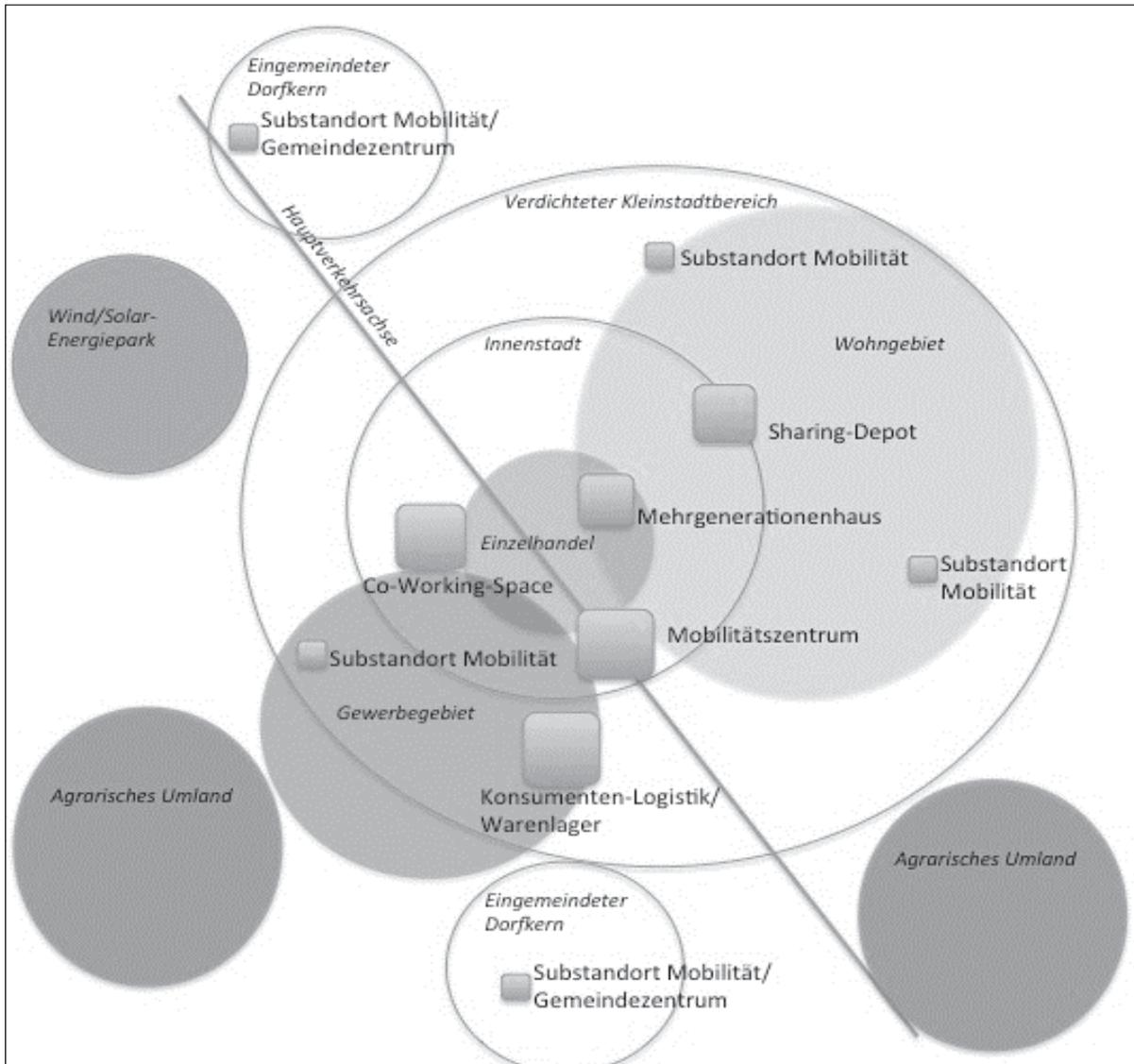
nachhaltige Energieproduktion investiert haben, heute weniger Probleme haben, beispielsweise den Betrieb eines städtischen Schwimmbads zu ermöglichen.

Darüber hinaus haben Kleinstädte weitere Vorteile. So wird zum Beispiel ökologisch bewusste Ernährung, wie sie eine immer größere Rolle in postmodernen Lebensstilen spielt, in Großstädten nie so nachhaltig sein, wie in Kleinstädten, wo die Transportkosten der nachhaltigen Produkte geringer sind und die regionale Erzeugerschaft sichergestellt ist. Hieraus ergeben sich langfristige kommunale Business Cases: Je weniger kostenintensiv das Leben in Kleinstädten für ihre Einwohner ist, umso eher können auch regionale Erzeuger ihre hochwertigen Produkte des täglichen Bedarfs absetzen und die Wirtschaft der Kleinstadt kann so erneut lernen, sich selbst zu tragen. Eine solche dezentrale Autarkie auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist allerdings als langfristige Perspektive zu sehen und kann erst dann eintreten, wenn Leben und Arbeit auf Basis vernetzender Technologien in Kleinstädten Einzug gehalten haben.

In Anlehnung an Abbildung 2.5 zur heutigen funktionalen Gliederung von Kleinstädten zeigt Abbildung 7.4 eine mögliche Zukunft kleinstädtischer Stadtstruktur. Sie enthält die skizzierten Lösungsansätze und ist ein Vorschlag, wie mit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts umgegangen werden kann, um die Marginalisierung des Siedlungstyps Kleinstadt abzuwenden.



Abbildung 7.4: Funktionale Gliederung einer wettbewerbsfähigen Kleinstadt im 21. Jahrhundert



Quelle: Eigener Entwurf

Abbildung 7.4 zeigt in zusammenfassender Form welche Möglichkeiten Kleinstädte in Zukunft haben werden. Die Bereiche Arbeit, Sozialstruktur, Mobilität, Versorgung und ökologische Nachhaltigkeit werden dargestellt. Nicht alle Vorschläge werden in dieser Form durch Kommunen umgesetzt werden können. Effizienzsteigernde Synergien werden allerdings mit großer Sicherheit in Zukunft möglich sein. Weiterhin ist auch die Flexibilisierung von Arbeit und Mobilität keine bloße Annahme, sondern zukünftige Realität. Begreifen Kleinstädte die Zukunft als Möglichkeit und wird es ihnen ermöglicht, einen Teil der skizzierten Konzepte Realität werden zu lassen, wird dies die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik befördern und den absehbaren sozio-ökonomischen Niedergang der bedrohten Kleinstadttypen – so die These der vorliegenden Untersuchung – zumindest in Teilen abwenden.



8. Literaturverzeichnis

- Bathelt, Harald ; Glückler, Johannes: Wirtschaftsgeographie, Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart 2003.
- Beck, Ulrich: Die Risikogesellschaft, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 1986.
- Bell, Daniel: Die nachindustrielle Gesellschaft, Campus Verlag, Frankfurt a.M./New York 1985.
- Benke, Carsten: Historische Schrumpfungprozesse: Urbane Krisen und städtische Selbstbehauptung in der Geschichte. In: Gestring, Norbert; Glasauer, Herbert; Hanemann, Christine; Petrowsky, Werner; Pohlan, Jörg (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2004/2005. VS Verlag, Wiesbaden 2005.
- Birg, Herwig: Dynamik der demographischen Alterung, Bevölkerungsschrumpfung und Zuwanderung in Deutschland, In: Aus Politik und Zeitgeschichte 20/2003, BPB, Bonn 2003.
- Blotevogel, Hans Heinrich: Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts, Verlag der ARL, Hannover 2002.
- Bose, Marc; Wirth, Peter: Gesund schrumpfen oder Ausbluten?, In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21-22/2006, BPB, Bonn 2006.
- Brenner, Neil: Tausend Blätter, In: Wissen, Markus; Röttger, Bernd; Heeg Susanne (Hrsg.): Politics of Scale – Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik, Westfälisches Dampfboot, Münster 2008.
- Brombach, Karoline; Jessen, Johann: Die Kleinstadt im Suburbanisierungsprozess, In: Zimmermann, Clemens (Hrsg.): Kleinstadt in der Moderne, Thorbecke Verlag, Ostfildern 2003.
- Brosius, Felix: SPSS 8 Professionelle Statistik unter Windows, International Thompson Publishing, Bonn 1998.
- Bucher, Hansjörg; Schlömer, Claus: Die Bevölkerung, In: Raumordnungsprognose 2020/2050, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2006.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Raumordnungsbericht 2005, Bonn 2004.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.): Klein- und Mittelsstädte in Deutschland – eine Bestandsaufnahme Broschiert, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2012
- Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf; Engartner, Tim: Kritik des Neoliberalismus, 2.Aufl., VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008.



- Castells, Manuel: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft – Das Informationszeitalter I, Leske und Budrich, Opladen 2004.
- Döhring, Jörg; Thielmann, Tristan: Spatial Turn – Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften, Transcript Verlag, Bielefeld 2008.
- Eder Sandtner, Susanne: Neuartige residentielle Stadtstrukturmuster vor dem Hintergrund postmoderner Gesellschaftsentwicklungen, Wepf & Co., Basel 2005.
- Eichstädt-Bohlig, Franziska: Was kann, was muss Stadtpolitik leisten?, In: Städte im Umbruch – Das Online Magazin für Stadtentwicklung, Stadtschrumpfung, Stadtbau & Regenerierung, Ausgabe 1/2004. Abrufbar unter: http://www.schrumpfende-stadt.de/magazin/downloads/2004_1.pdf (zuletzt geprüft: 18.02.2012)
- Eisenmenger, Matthias; Pöttsch, Olga; Sommer, Bettina: Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden 2006. Abrufbar unter: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2006/Bevoelkerungsentwicklung/bevoelkerungsprojektion2050,property=file.pdf> (zuletzt geprüft: 18.02.2012)
- Flick, Uwe: Qualitative Sozialforschung, Rowohlt Verlag, Reinbek 2002.
- Friedman, Thomas L.: Die Welt ist flach, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 2006.
- Gatzweiler, Hans-Peter: Kleinstädte in Deutschland, In: Institut für Entwicklungsforschung im ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens e.V. (Hrsg.): Kleinstädte im ländlichen Raum, Bamberg 2004.
- Glock, Birgit: Stadtpolitik in schrumpfenden Städten, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006.
- Grötzbach, Erwin: Geographische Untersuchung über die Kleinstadt der Gegenwart in Süddeutschland, Michael Lassleben Verlag, Kallmünz/Regensburg 1963.
- Grüger, Christine: Partizipationspotenziale in Klein- und Mittelstädten, In: Baumgart, Sabine; Flacke, Johannes; Grüger, Christine; Lütke, Petra; Rüdiger, Andrea (Hrsg.): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29. April 2004 an der Universität Dortmund (SRPapers, Nr. 1). Dortmund 2004.
- Gutfleisch, Ralf: Sozialräumliche Differenzierung und Typisierung städtischer Räume, Rhein-Mainische Forschungen, Band 128, Selbstverlag Institut für Humangeographie, Frankfurt a. M. 2007.

- Hannemann, Christine: Klein- und Landstädte. In: Beetz, Stephan; Brauer, Kai; Neu, Claudia (Hrsg.): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. VS, Wiesbaden 2005.
- Hannemann, Christine: Marginalisierte Städte, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2004.
- Hannemann, Christine: Schrumpfende Städte in Ostdeutschland – Ursachen und Folgen einer Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum, In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 28/ 2003, BPB, Bonn 2003.
- Hannemann, Christine: Sozialräume in Kleinstädten, In: Baumgart, Sabine; Flacke, Johannes; Grüger, Christine; Lütke, Petra; Rüdiger, Andrea (Hrsg.): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29. April 2004 an der Universität Dortmund (SR Papers, Nr. 1). Dortmund 2004.
- Hannemann, Christine: Urbanistische Probleme und kulturelle Perspektiven der ostdeutschen Kleinstadtentwicklung, In: Zimmermann, Clemens (Hrsg.): Kleinstadt in der Moderne, Thorbecke Verlag, Ostfildern 2003.
- Harvey, David: Räume des Neoliberalismus – Zur Theorie der ungleichen Entwicklung, VSA Verlag, Hamburg 2007.
- Häußermann, Hartmut: Die Stadt als sozialer Raum, In: Institut für Länderkunde Leipzig; Hahn Barbara (Hrsg.): Nationalatlas Deutschland Bd.5 – Dörfer und Städte, Spektrum Verlag, Berlin 2002.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter: Stadtsoziologie, Campus Verlag, Frankfurt 2004.
- Heineberg, Heinz: Stadtgeographie, Schöningh Verlag, Paderborn 2006.
- Herlyn, Ulfert; Scheller, Gitta; Tessin, Wulf: Neue Lebensstile in der Arbeiterschaft, Leske+Budrich, Opladen 1994.
- Herrenknecht, Albert; Wohlfarth, Jürgen (Hrsg.): PRO-REGIO-ONLINE 2/2004 ThemenSchwerpunkt Kleinstädte (Teil I). Abrufbar unter:
<http://www.pro-regio-online.de/html/zeitschrift.html> (zuletzt geprüft: 18.02.2012)
- Herrenknecht, Albert; Wohlfarth, Jürgen (Hrsg.): PRO-REGIO-ONLINE 4/2007 ThemenSchwerpunkt Kleinstädte (Teil III). Abrufbar unter:
<http://www.pro-regio-online.de/html/zeitschrift.html> (zuletzt geprüft: 18.02.2012)
- Hofmeister, Burkhard: Stadtgeographie, Westermann Verlag, Braunschweig 1993.
- Hohn, Uta: Die Zerstörung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund 1991.
- Jackson, Tim: Wohlstand ohne Wachstum, Oekom Verlag, München 2011.



- Jakubowski, Peter: Den Stadtumbau flankieren – Was leisten neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 03/2005, BPB, Bonn 2005.
- Kaufmann, Franz-Xaver: Schrumpfende Gesellschaft, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 2005.
- Knoblauch, Britta; Schulitz, Antonia: Interkommunale Kooperation schrumpfender Kleinstädte: Analyse der Chancen und Grenzen für schrumpfende Kleinstädte im ländlichen Raum, Akademische Verlagsgemeinschaft München 2011
- Knox, Paul L.; Mayer, Heike: Kleinstädte und Nachhaltigkeit – Konzepte für Wirtschaft, Umwelt und soziales Leben, Birkhuser-Verlag, Basel, Boston, Berlin 2009.
- Kocks, Martina: Demographischer Wandel und Infrastruktur im ländlichen Raum – von europäischen Erfahrungen lernen?, In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 12/2003.
- Kolb, Annette: Die Kleinstadt auf dem Weg in die Moderne, In: Herrenknecht, Albert; Wohlfarth, Jürgen (Hrsg.): PRO-REGIO-ONLINE 4/2007 ThemenSchwerpunkt Kleinstädte (Teil III). Abrufbar unter:
<http://www.pro-regio-online.de/html/zeitschrift.html> (zuletzt geprüft: 18.02.2012)
- Krätke, Stefan: Globalisierung und Stadtentwicklung in Europa. In: Geographische Zeitschrift, Jg. 85, Nr.2/3 1997.
- Krieger-Boden, Christiane: Die räumliche Dimension in der Wirtschaftstheorie, Inst. F. Weltwirtschaft, Kiel 1995.
- Kuckartz, Udo: Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten, 3. aktualisierte Auflage, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010.
- Kühnel, Steffen-M.; Krebs, Dagmar: Statistik für die Sozialwissenschaften, Rowohlt Verlag, Reinbek 2004.
- Kulke, Elmar: Wirtschaftsgeographie (4. Auflage), Schöningh Verlag, Paderborn 2009.
- Langhagen-Rohrbach, Christian: Raumordnung und Raumplanung, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2010.
- Leser, Hartmut: Diercke Wörterbuch Geographie, Westermann Verlag, Braunschweig 2011.
- Löw, Martina; Steets, Silke; Stoetzer, Sergej: Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie, Verlag Barbara Budrich, Opladen 2007.
- Löw, Martina: Raumsoziologie, Suhrkamp Verlag, Berlin 2000.

- Mäding, Heinrich: Demographischer Wandel und Kommunalfinanzen, In: Dresdener Geographische Beiträge Heft 13, Dresden 2008.
- Mayring, Philipp: Einführung in die qualitative Sozialforschung, Beltz Verlag, Weinheim und Basel 2002.
- Meier Kruker, Verena; Rauh, Jürgen: Arbeitsmethoden der Humangeographie, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2005.
- Meyer-Kriesten, Kerstin: Klein- und Mittelstädte – Ihre Funktion und Struktur, In: Institut für Länderkunde Leipzig; Hahn Barbara (Hrsg.): Nationalatlas Deutschland Bd.5 – Dörfer und Städte, Spektrum Verlag, Berlin 2002.
- Miegel, Meinhard: Epochenwende, Ullstein Verlag, Berlin 2007.
- Niedermeyer, Martin: Zur Theorie der Kleinstadt und Peripherie. Geogr. Institut Uni Würzburg, Würzburg 2000.
- Nünning, Ansgar (Hrsg.): Metzler Lexikon Literatur- und Kulturtheorie, Artikel „*Spatial turn*“, Metzler Verlag, Stuttgart 2008.
- Offe, Claus: Arbeitsgesellschaft. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Campus Verlag Frankfurt a.M., New York 1989.
- Opaschowski, Horst W.: Wohlstand neue denken, Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2009.
- Paar, Michaela: Dienstleistungsspezialisierung und europäische Städtekonkurrenz: Wien, Budapest und Bratislava im Wettbewerb, In: Stadt und Region Dynamik von Lebenswelten, Tagungsbericht des 53. deutschen Geographentages Leipzig 2001.
- Pongs, Armin: In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Bd. 1, Dilemma Verlag, München 2007.
- Raumordnungsgesetz (ROG) in der Fassung vom 22. Dezember 2008. Abrufbar unter: http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/rog_2008/gesamt.pdf (zuletzt geprüft: 18.02.2012)
- Reese-Schäfer, Walter: Politische Theorie der Gegenwart in fünfzehn Modellen, Oldenbourg Verlag, München 2006.
- Reichenbach-Behnisch, Jana; Flämig, Antje; Kasek, Jürgen; Kröckel, Jens; Freund, Eugenia: Aktivieren des Stadtzentrums von Kleinstädten durch die verknüpfte Anwendung erfolgreicher Modelle aus Großstädten und ländlichen Regionen wie innovatives Leerstandsmanagement installieren multipler Häuser und Förderung alternativer Wohnformen für die Generation Plus, Fraunhofer IRB Verlag, Stuttgart 2012
- Reuber, Paul; Pfaffenbach, Carmella: Methoden der empirischen Humangeographie, Westermann Verlag, Braunschweig 2005.



- Rosenkranz, Christa: Zur städtebaulichen Leitplanung von Mittel- und Kleinstädten. In: Architektur der DDR: Jg.38 Nr.3, 1989.
- Rüdiger, Andrea: Die Aufgabe der Selbstverwaltung in Klein- und Mittelstädten, In: Baumgart, Sabine; Flacke, Johannes; Grüger, Christine; Lütke, Petra; Rüdiger, Andrea (Hrsg.): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29. April 2004 an der Universität Dortmund (SRPapers, Nr. 1). Dortmund 2004.
- Sachs, Klaus: Zentrale Orte und Entwicklungsachsen, In: Institut für Länderkunde Leipzig; Hahn Barbara (Hrsg.): Nationalatlas Deutschland Bd.5 – Dörfer und Städte, Spektrum Verlag, Berlin 2002.
- Sack, Detlef; Gissendanner, Scott Stock: Kein Geld, schwache Parteien, viele Netzwerke und ein Bürgermeister – Trends lokaler Steuerung in Deutschland, In: Städte im Umbruch – Das Online Magazin für Stadtentwicklung, Stadtschrumpfung, Stadtbau & Regenerierung, Ausgabe 4 / 2007
Abrufbar unter: http://www.schrumpfende-stadt.de/magazin/downloads/2007_4.pdf (zuletzt geprüft: 18.02.2012)
- Sassen, Saskia: The Global City: New York, London, Tokyo, Princeton University Press, Princeton 2001.
- Schmid, Christian: Stadt, Raum und Gesellschaft – Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes, Steiner Verlag, Stuttgart 2005.
- Schmidt, Christiane: Raumordnerische Aspekte des teilräumlichen Wettbewerbs in Bayern, In: Schriften zur Raumordnung und Landesplanung Bd. 21, Selbstverlag Uni Augsburg, Augsburg 2006.
- Schnell, Rainer; Hill, Paul B.; Esser, Elke: – Methoden der empirischen Sozialforschung, 8.Auflage, Oldenbourg Verlag, München 2008.
- Schöpke, Henning: Wirtschaftsräume in Deutschland – Strukturen und Prozesse, Westermann Verlag, Braunschweig 2008.
- Schreiner, Dietrich: Klein- und Mittelstädte in peripheren und ländlichen Räumen, In: Institut für Stadtentwicklung und Wohnen Brandenburg (Hrsg.): Klein- und Mittelstädte im Land Brandenburg, Potsdam 1995.
- Schrödel, Gerrit: Erlebnisgesellschaft in Wolfsburg, Appelhans Verlag, Braunschweig 2010
- Schulze, Gerhard: Die beste aller Welten, S. Fischer Verlag, Frankfurt 2004.
- Schulze, Gerhard: Die Erlebnisgesellschaft: Kultursoziologie der Gegenwart, Campus Verlag Frankfurt a.M., New York 2005.

- Sennett, Richard: Der flexible Mensch – Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin Verlag, Berlin 1998.
- Siedhoff, Mathias: Demographischer Wandel – Zum Begriff und Wesen eines Megatrends, In: Dresdener Geographische Beiträge Heft 13, Dresden 2008.
- Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II): Grundsicherung für Arbeitsuchende § 1 Aufgabe und Ziel der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Abrufbar unter: http://www.gesetze-im-internet.de/sgb_2/_1.html (zuletzt geprüft: 18.02.2012)
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 1 Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern, Ausgabe 2007. Abrufbar unter: http://www.statistik.sachsen.de/download/300_Voe-Gemeinschaftsverffoentlichung/BLV_Demografischer_Wandel_1.pdf (zuletzt geprüft: 18.02.2012)
- Statistisches Bundesamt Deutschland: Auszug aus dem Gemeindeverzeichnis: Städte in Deutschland nach Fläche und Bevölkerung. Verwendeter Stand: 31.12.2007. Jeweils aktueller Stand abrufbar unter: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Aktuell/05__StaedteAktuell,property=file.xls (zuletzt geprüft: 18.02.2012)
- Statistisches Bundesamt Deutschland: Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Abrufbar unter: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Arbeitsmarkt/Content75/lrerw13a,templateId=renderPrint.psml>, (zuletzt geprüft: 18.02.2012)
- Statistisches Bundesamt Deutschland: Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) Abrufbar unter: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Klassifikationen/GueterWirtschaftsklassifikationen/Content75/KlassifikationWZ93,templateId=renderPrint.psml> (zuletzt geprüft: 18.02.2012)
- Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2007, Lange Reihen, Abrufbar unter: <http://www.bpb.de/wissen/AE3W2K,0,Bev%F6lkerungsentwicklung.html> (zuletzt geprüft: 18.02.2012)
- Stewig, Reinhard: Untersuchungen über die Kleinstadt in Schleswig-Holstein, Kieler geographische Schriften, Kiel 1987.



- Stiens, Gerhard: Vom Stadt-Land Gegensatz zum Stadt-Land Kontinuum, In: Institut für Länderkunde Leipzig; Hahn Barbara (Hrsg.): Nationalatlas Deutschland Bd.5 – Dörfer und Städte, Spektrum Verlag, Berlin 2002.
- Thieme, H. Jörg; Berg, Hartmut; Cassel, Dieter (et al.): Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, 9., überarbeitete Auflage, Verlag Franz Vahlen, München 2007.
- Tiefensee, Wolfgang: Stadtentwicklung zwischen Schrumpfung und Wachstum, In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 28/ 2003, BPB, Bonn 2003.
- Vester, Frederic: Die Kunst vernetzt zu denken, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 2000.
- von Hayek, Friedrich August: Der Weg zur Knechtschaft, Aktuell Verlag, München 1991.
- von Plate, Bernard: Grundzüge der Globalisierung, In: Informationen zur politischen Bildung, Heft 280, 3/2003.
- Wegweiser Kommune. Abrufbar unter: <http://www.wegweiser-kommune.de> (zuletzt geprüft am 18.02.2012)
- Werner, Frank: Die Raumordnungspolitik der DDR. Vincentz Verlag, Hannover 1985.
- Wiest, Karin: Multiple und global verwobene Moderne als Herausforderung für die vergleichende Stadtforschung, In: Belina, Bernd; Miggelbrink, Judith (Hrsg.): Hier so, dort anders, Westfälisches Dampfboot, Münster 2010.
- Willke, Gerhard: Neoliberalismus, Campus Verlag, Frankfurt/New York 2003.
- Zapf, Wolfgang: Entwicklung und Sozialstruktur moderner Gesellschaften, In: Korte, Hermann; Schäfers, Bernhard (Hg.): Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie, Leske+Budrich, Opladen 2002.
- Zarth, Michael; Huege, Petra: Auswirkungen der Globalisierung auf die Regionen der Bundesrepublik Deutschland, In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 1.1999.
- Zimmermann, Clemens (Hrsg.): Kleinstadt in der Moderne, Thorbecke Verlag, Ostfildern 2003.



Wissenschaftlicher Werdegang

Gerrit Schrödel

Gerrit Schrödel, Jahrgang 1983, begann im Jahr 2003 das Studium der Soziologie und Anthropogeographie (Magister Artium) an der Georg-August-Universität in Göttingen. Im Jahr 2005 erweiterte er seine Studienfächer um die Politikwissenschaft. Die im Jahr 2008 bei Dr. Rainer Neef eingereichte Masterarbeit trug den Titel „Erlebnisgesellschaft in Wolfsburg – Freizeitkulturen und Stadtentwicklungspolitik seit 1990“. Im Jahr 2010 wurde diese Arbeit in leicht erweiterter Form durch das Institut für Stadt- und Zeitgeschichte Wolfsburg veröffentlicht. Herr Schrödel hat unterdessen im Jahr 2008 ein Dissertationsvorhaben in der Abteilung Humangeographie der Georg-August-Universität Göttingen (Prof. Heiko Faust) zum Thema „Deutsche Kleinstadt“ begonnen. Während der Promotionszeit hat Herr Schrödel von 2010 bis 2012 Lehrveranstaltungen am geographischen Institut der Universität Göttingen angeboten. Nach erfolgreicher Prüfung erscheint die Dissertation Ende 2014 unter dem Titel „Empirische Bestandsaufnahme der deutschen Kleinstädte zu Beginn des 21. Jahrhunderts – Ein Siedlungstyp im sozioökonomischen Niedergang?“.





